



auftrag

Februar 1987

161/162

● **auftrag**

Februar 1987

Heft 161/162 — 27. Jahrgang

I	Botschafterdienst für Christus	<i>Helmut Fettweis</i>
II	Wenn Sonnenstrahlen . . .	<i>Hans Bahrs</i>
3	Wenn es zum Ende geht . . .	<i>H. F.</i>
8	Kirche	
	Ein — der — Kardinal wurde 80	<i>H. F.</i>
10	Kirche in einer säkularisierten Welt	<i>Wilhelm Lehmkämpfer</i>
35	Anspruchsvoller Christ — armer Pfarrer	<i>M. H. — H. F.</i>
36	Grundorientierung für ein Laienapostolat in der Kirche unter Soldaten	<i>Heinrich Havermann</i>
49	Katholische Verbände in Deutschland	<i>Helmut Fettweis</i>
74	Staat und Kirchen	<i>Michael Haubl</i>
79	Schläft die Kirche?	<i>M. H. — H. F.</i>
80	Vom Glück des Lebens	<i>Hans Stilbach</i>
82	Frieden	
	Bundeswehr — friedlichste Armee der Welt	<i>Wolfgang Altendorf</i>
83	GKS — dem Frieden verpflichtet	<i>Elke A. Fettweis</i>
86	Die Verantwortung des Christen für den Frieden	<i>Karl Carstens</i>
92	Internatinaler Friedensgottesdienst in Köln	<i>H. F.</i>
93	Predigt	<i>Joseph Höffner</i>
97	Dankansprache	<i>Hermann-Josef Kusen</i>
99	Wort des Generalinspektors	<i>Dieter Wellershoff</i>
101	GKS — stellv. Bundesvorsitzender	<i>Walter Hütten</i>
103	Pressemitteilung — und eine Antwort	<i>H. F.</i>
108	BDKJ im Gespräch mit der Militärseelsorge	<i>Norbert M. Schütz</i>
109	Unfriede bei Pax Christi? — Diskussion im Südwestfunk	
	Bischof Spital, Herr Koppe, Frau Müsle, Herr Hoeren	<i>Jürgen Bringmann</i>
123	Leserbrief	<i>Helmut P. Jermer</i>
124	Pax Christi	<i>Klaus Achmann</i>
127	Abrüstung ja — aber sinnvolle	<i>Norbert M. Schütz</i>
130	Ärztliche Ethik und Militärseelsorge	<i>Gottfried Roth</i>
133	Presse	
	Pressekonferenz Kardinal Höffner	<i>Helmut Fettweis</i>
138	Aus GKS und PGR	
	Hammelburg	<i>W. Witzgall/W. Stapper</i>
139	Wedel/Holst.	<i>M. + H. Küster</i>
140	Christkönigstreffen der Jugend	<i>H. + R. Schmidt-Bleker</i>
141	Hammelburg	<i>Eva Albert</i>
143	Bonn — Treffen der Frauen	<i>Ute Daumann</i>
144	Regensburg	<i>Harald Schäfer</i>
145	Bonn	<i>Norbert M. Schütz</i>
146	Informationen aus Kirche und Welt	
156	Das aktuelle Buch	
160	50 Jahre „Mit brennender Sorge“	<i>H. F.</i>
163	Der Königsteiner Engel	

Botschafterdienst für Christus

Unser Militärbischof, Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof von Bamberg, feierte am 24. Februar 1987 seinen 65. Geburtstag.

Wir als Redaktion wünschen unserem Bischof weiterhin Gottes Segen für sein Tun im geistlichen Amt und für sein persönliches Leben.

Wenn sich ein Mensch zum Priestertum berufen fühlt und zum Bischof erwählt wird, dann nimmt ihn sein Ruf ganz in Anspruch. Und dennoch gibt es Stunden, da muß er „auftanken“, Luft holen, sich selbst prüfen und auch wieder aus innerster Überzeugung sein „adsum“ — ich bin zur Stelle — sprechen. Zuweilen wird es auch ein „fiat“ — mir geschehe — sein. Aber immer benötigt der geistliche Hirte zwei Komponenten. Einmal muß er sich in der Berufung und Gnade Gottes geborgen wissen. Sonst könnte er — wie unser Bischof — seinen Wahlspruch „Für Christus leisten wir Botschafterdienst“ nicht erfüllen. Zum anderen muß er sich gehalten fühlen in der Liebe seiner Schwestern und Brüder in Christus. Denn der Dienst als Botschafter des Glaubens an dem auferstandenen Herrn hat nur einen Sinn, wenn die Botschaft den Mitmenschen nahegebracht wird.

Der Hirte, der Bischof, muß — das ist seine Berufung — dem Volk der Glaubenden den rechten Weg weisen. Und nur wenn dieses Volk Gottes seinem Hirten vertrauen kann und ihm traut, werden sie gemeinsam das Land schauen, das Christus uns in der Vollmacht des Vaters verheißen hat.

Unser Bischof hat nicht nur die guten Zeiten erlebt. Er weiß, was es bedeutet, Angst zu haben, wenn Kanonen schießen. Er weiß, was es bedeutet, in Gefangenschaft — scheinbar zukunftslos — leben zu müssen.

Er hat aber auch die vielen tiefen Hilfen unserer Kirche erschließen können bei seinen Studien in Innsbruck, Rom und München.

Er hat als Seelsorger die Nöte der Menschen kennengelernt und steht auch heute mitten im Leben unserer pluralistischen und so gefährvollen und zugleich gefährdeten Gesellschaft.

Daher weiß er, was es heißt, in dieser Zeit Orientierungshilfe und Hoffnung geben zu können.

Aber man kann Trost und Hilfe nur geben, wenn man aus der Tiefe des Glaubens schöpfen kann. Und da ist die Gemeinschaft der Glaubenden, die Hilfe der Mitbrüder im bischöflichen Amt — aber auch das Beispiel der bei Gott wohnenden Vorväter — eine Stütze bei der Bewältigung der Arbeit im Weinberg des Herrn.

Am 27. Mai 1977 erhob Papst Paul VI. den Prälaten Dr. Elmar Maria Kredel zum Erzbischof von Bamberg.

Am 22. Mai 1978 erfolgte die Ernennung zum Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr.

Wir danken Gott für unseren Hirten und schließen ihn ein in unser brüderliches Gebet, damit wir auch von ihm die Richtungsweisung erwarten können, die er uns im Auftrage Christi gibt.

So freuen wir uns mit ihm, wenn er uns Gottes Segen gibt, weil er selbst aus der Tiefe seines Herzens bekannt hat: „Es gibt keine andere Hilfe gegen die uns bedrängende Furcht vor dem Kommenden als das Wagnis des österlichen Glaubens.“

„Exultet iam angelica turba coelorum...“ „Gaudeat et tellus...“ „...totius orbis se sentiat amissione caliginem“.

(„Jubelt nun, ihr Engel, ihr himmlischen Scharen...“

„Freue dich, Erdenrund...“

„...erkennt, daß das Dunkel im ganzen Himmelskreis gewichen.“)

[aus dem Osterlob der Kirche]

Helmut Fettweis

Wenn Sonnenstrahlen durch die Zweige dringen

Wenn Sonnenstrahlen durch die Zweige dringen,
entfalten sie des Wachsens urgeheime Kraft.
Gleich uns die Vöglein jubiliern und singen
zum Lobe Gottes, der dies Wunder schafft.

In Ehrfurcht dürfen wir erfahren
auch das Frohlocken der Natur.
Es bleibt in uns in allen Jahren
ein heller Funke auf des Lebens Spur.

Groß steht der Wald in seinem Schweigen
am Abend hier und lehnt am Horizont.
Da mag die Stille tief in uns aufsteigen,
wie sie bei Tageslicht es nicht gekonnt.

Hans Bahrs

Wenn es zum Ende geht...

Vor wenigen Tagen erhielt ich einen Anruf. Der Inhalt des längeren Gesprächs gipfelte darin, daß eigentlich unsere Kirche sehr „hart“ sei. Nach der düsteren Zeit im November, der verhaltenen Zeit der Erwartung im Advent sei man erstmals so richtig froh gewesen, Weihnachten aufatmen zu können.

Und wenige Wochen später — etwa um die Zeit, da Sie, liebe Leserin, lieber Leser, das Heft in Händen halten — beginnt mit dem Aschermittwoch die tieftraurige Fastenzeit.

Müßte die Kirche nicht in den beginnenden Frühling hinein Freude und Hoffnung predigen *und* leben?

So wenige Zeilen, nur eine Frage, und doch erfordert dieses Gespräch eine lange Antwort.

Wir wissen aus der Erfahrung, aus dem Blick in die Morgenzeitung, dem Menschen ist nur eines ganz sicher, *er muß sterben*. Zeit und Ort weiß er nicht. Auch die Art des Sterbens ist ihm verborgen. Aber man weiß, daß für die Mehrzahl der Menschen das Erdenleben mit Krankheit und Not und der Gang in den Tod mit Schmerz verbunden ist.

Die „Götter in Weiß“, wie man zuweilen die Ärzte nennt, konnten viele Krankheiten heilen, sie werden neue Heilungen finden, aber eines werden sie nicht, den Tod bannen.

Die Philosophen haben viele Varianten für menschlichen Lebenssinn gefunden. An der Grenze des Todes sind sie allesamt gescheitert.

Die Menschen, die Reichtum und Macht scheffelten, sind gestorben. Sie konnten vielleicht die Umgebung, in der sie sterben mußten, verschönern, aber sie konnten sich keine Minute eines längeren Lebens kaufen.

Die vielen Religionen, die alle — so das II. Vatikanische Konzil — einen Strahl göttlicher Weisheit erkennen lassen, vermögen weder mit der Seelenwanderung noch mit dem Eingehen in ein unendliches Nichts dem Menschen die letzte Stunde zu erleichtern.

Nimmt man all diese menschlich verständlichen Aussagen und Regungen zusammen, so muß man bekennen: Nirgendwo gibt es einen Hinweis auf einen tieferen Sinn menschlichen Lebens als im Christentum.

Wenn also unsere Kirche 40 Tage die Weihnachtsbotschaft, die Geburt Jesu gefeiert hat, dann muß sie, wenn die Menschen nicht in unwahrer Euphorie weiterleben wollen, an das erinnern, was dem Menschen bevorsteht: an den Tod.

Daß dieses Leben auf unserer Erde begrenzt ist nach Ort und Zeit, ist Gewißheit. Daß es bedroht ist von Mühsal, Leid und Plage, ist Tatsache, seit die Sünde in die Welt kam.

Aber mit der Zuwendung des Schöpfergottes an seine Geschöpfe durch Sein Wort, das Fleisch geworden ist in Jesus Christus, wissen wir auch, daß es eine neue Dimension des Lebens gibt. Es gibt ein Leben nach dem Tode. Der Tod ist nicht die Endstation, sondern der Durchgang zu einem neuen Leben.

„Sehr schön“, so wird vielfach geantwortet, „aber wie wollen Sie das beweisen?“

Da hilft nur die Offenheit und die Wahrheit. Man kann ein Leben nach dem Tod nicht *beweisen*. Aber es gibt so viele Hinweise und so verlässliche Zeugen, daß man von einer Glaubenssicherheit reden kann. Es war ja nicht so — damals in Bethlehem —, daß Gott in einer Wolke herniederfuhr und sein Wort in Menschengestalt präsentierte.

Generationen von gläubigen Menschen hatten um die Erlösung gebetet, und Gott hat ihnen das Heil verheißen.

Aus dem alten Testament

So heißt es in den Büchern der Propheten im Buch Jesaja 7,14: „Darum wird euch der Herr von sich aus ein Zeichen geben: Seht, die Jungfrau wird ein Kind empfangen, sie wird einen Sohn gebären, und sie wird ihm den Namen Immanuel (Gott mit uns) geben.“

Dieser Prophet hat etwa von 740 bis 701 vor Christus in Jerusalem gelebt. Man nimmt an, daß diese Worte um 701 geschrieben wurden. Man fand übrigens bei den Funden von Qumran eine vollständig erhaltene Rolle dieser Texte aus dem 2. Jahrhundert vor Christus.

Auch im Buch Micha wird auf Christus hingewiesen und auf seinen Geburtsort. In Micha 5,1 heißt es: „Aber du, Bethlehem — Efrata, so klein unter den Gauen Judas, aus dir wird mir einer hervorgehen, der über Israel herrschen soll.“ Und diese Texte werden auf etwa 722 vor Christus datiert.

Jesaja wieder sagt in 49,6 „Ich mache dich zum Licht für die Völker; damit mein Heil bis an Ende der Erde reicht.“

Aus dem Neuen Testament

Markus, der wohl älteste Evangelist, weiß aus den heiligen Büchern Zusammenhänge zu zitieren, die weitere Hinweise auf Christus geben.

Nimmt man dann die Aussagen der Apostel hinzu, die in der Apostelgeschichte und in den Briefen stehen, dann verdichtet sich die Gewißheit, daß der Glaube an Christus als den gesandten Retter aus vielen alten Zeugnissen nichts Irrationales, sondern in den Lehren der Propheten bereits enthalten ist.

Man liest dann weiter, wie Christus die Jünger beruft und diese dann über ihren Meister berichten, um dann in das Bekenntnis Petri einzustimmen, der in Caesarea auf die Frage Jesu sagte: „Du bist der Messias, der Sohn des lebendigen Gottes“ (Mt 16,16). Gleichlautend berichten auch Markus (8,29) und Lukas (9,20) von diesem Ereignis. Johannes schildert (11,27), daß Marta, die Schwester des Lazarus ebenfalls bekannte: „Ja, Herr, ich glaube, daß Du der Messias bist, der Sohn Gottes, der in die Welt kommen soll.“

In diesem Zusammenhang sollte man auch im Buch der Weisheit lesen, jenem Werk, das in der Festrolle des Paschafesters einen festen Platz hat und teilweise auf Salomon zurück-

geführt wird. Dort steht u. a. 16, 12, 13: „...sondern dein Wort, Herr das alles heilt, du hast Gewalt über Leben und Tod...“

Diese Aussagen aus der Weisheit des jüdischen Volkes bestätigen, daß Gott eine besondere Heilstat geplant hat, um die Menschen zu erlösen.

Es ließen sich nun noch mehr Schriftstellen anfügen. Sie sind so zahlreich, daß sie einfach nicht erfunden sein können. Aus allen geht aber hervor, daß Gott sich der Menschen erbarmt hat. Er hat seinem Wort durch eine menschliche Mutter einen menschlichen Leib gegeben und diesem Jesus die Kraft verliehen, das Menschengeschlecht zu erlösen.

Daher ist es sinnvoll und eigentlich auch nach menschlichen Maßstäben vernünftig, zu hören, was dieser Sohn Gottes uns sagt. Auch diese Aussagen sind von einer Tragweite, daß sie wohl kaum erfunden sein können. Damit hat der Mensch eine verlässliche Grundlage zur Einrichtung seines Lebens. Nun kann — oder sollte zumindest — ihn nichts mehr erschrecken. Nun weiß er, daß das Leben einen Sinn hat. Es kommt auf ihn selber an, es nach diesen Maximen zu gestalten. Damit wird natürlich eine weitere Kette von Fragen provoziert.

Zunächst einmal, Jesus kam nicht in die Welt, um das Leid aufzuheben. Er selbst hat sich dem Leiden unterworfen, hat mitgelitten. Damit kann keiner sagen, daß hier aus ferner Gottheit nur ein Trostpflaster den Menschen gegeben worden sei. Gottes Sohn hat mit uns gelitten. Er ist abgestiegen in das Reich des Todes und ist auferstanden. Er ist den vorher bestimmten Zeugen erschienen. Und diese sind für diesen Glauben an sein Wort, sein Leben und seine Heilstat in den Tod gegangen.

So wird deutlich, daß wir uns diesem Jesus anvertrauen können.

Fragen

Woher haben wir aber das Wissen?

Wir haben alles, was wir wissen müssen, aus der Schrift, aus den Lehren der Kirche.

Wer bürgt für die Echtheit?

Wiederum die Kirche. Und da stellen sich neue Fragen.

In früheren Darlegungen haben wir die Geschichte der Kirche im Wandel der Zeit betrachtet. Wir wissen um ihre Gebrechlichkeit, um ihre Sündhaftigkeit, wir kennen alle Fehlleistungen von Hirten dieser Kirche. Aber zwei schwerwiegende Argumente kann man nicht außer Kraft setzen:

- Christus hat Petrus und seine Apostel beauftragt, den Völkern das Wort zu bringen. Er hat ihnen die Vollmacht gegeben, die Sünden nachzulassen und Sein Gedächtnis zu feiern.
- Er hat ihnen die Vollmacht gegeben, seinen Leib den Gläubigen als Seelenspeise zu reichen.

(„Du bist Petrus...“, Mt 16,18; „Weide meine Schafe...“, Joh 21,16; „Empfanget den Heiligen Geist! ... Wem ihr die Sünden vergebt...“, Joh 20, 22 u. 23; „von jetzt an wirst du Menschen fangen...“, Lk 5,10; „...wählte aus ihnen zwölf aus; sie nannte er auch Apostel“, Lk 6,13; „Dann rief er die Zwölf zu sich und gab ihnen die Kraft und die Vollmacht, Dämonen auszutreiben und die Kranken gesund zu machen.“ Lk 9,1; „Sie verkündeten das Evangelium und heilten überall die Kranken.“ Lk 9,6; „...auch die Mächte der Unterwelt werden sie (die Kirche) nicht überwäligen.“ Mt 16,18; „Das ist mein Leib... Tut dies zu meinem Gedächtnis!“ Lk 22,19).

- Und diese Kirche, gegründet auf den Aposteln, hat, wie die wissenschaftliche Forschung bestätigt, bis auf den heutigen Tag die Botschaft Christi unverfälscht überliefert und die Sakramente getreulich verwaltet. Manchem Zeitgenossen kommt der ehrfurchtsvolle Umgang mit dem gewandelten Brot zuweilen übertrieben vor. Aber kommt nicht gerade in dieser hochachtungsvollen Behandlung die Ehrfurcht der Kirche vor dem Leib des Herrn zum Ausdruck? Wir glauben, was Matthäus, Markus und Lukas übereinstimmend berichten: „Das ist mein Leib.“ Und wenn das eben der Leib des Herrn ist, dann kann man ihn nur mit äußerster Ehrfurcht behandeln.

Aber natürlich ist Christi Gnade nicht „umsonst“ zu haben. Der Mensch muß auf die Gnade antworten. Und auch hier wieder hat Christus den Weg gewiesen, in dem er die Gesetze, die Gott am Anfang seines Paktes mit Israel gegeben hat, nicht aufhob, sondern zur Einhaltung anmahnte. Wichtiger aber noch ist, daß er den Weg in das Heil gewiesen hat: *er selbst ist der Weg*. Und er hat für diesen Weg Zeichen aufgestellt. Sie ermöglichen es jedem, der nach dem Sinn des Lebens sucht, Orientierung zu geben. Und wer vom Wege abkommt, kann mit Hilfe der Gemeinschaft der Kirche wieder zurückfinden. So ist es also folgerichtig, wenn die Kirche mahnt, wenn sie auf die mögliche Sünde hinweist, daß sie das in einer Form tut, die schon Christus angeraten hat: „*Tut Buße!*“

Die Kirche erschließt durch ihre Mahnung zur Buße ja erst den Weg der Freude. In dem Maße wie die Sünde überwunden wird, wird der Mensch frei für die Verheißung der Auferstehung. Und das wird ja zum letzten Sinn des Erdenlebens, gerettet zu werden für jenes Leben nach dem Tode, das sich im Angesicht Gottes vollzieht und Freude ohne Ende bringt. Sagt doch der Apostel Paulus (1 Kor 15,3): „Christus ist für unsere Sünden gestorben, gemäß der Schrift, und ist begraben worden. Er ist am dritten Tag aufgeweckt worden, gemäß der Schrift, und erschien dem Kephas, dann den Zwölf.“

(Vergl. Jesaja 53,12: „Denn er trug die Sünden von vielen und trat für die Schuldigen ein.“ oder Hosea 6,2: „Nach zwei Tagen gibt er uns das Leben zurück, am dritten Tag richtet er uns wieder auf, und wir leben vor seinem Angesichte.“ — Jesaja 740—701 v. Chr.; Hosea 8.—4. Jahrh. v. Chr.)

Der Apostel fährt fort (1 Kor 15,22): „Denn wie in Adam alle sterben, so werden in Christus alle lebendig sein.“

Und Paulus bekräftigt diese Aussage noch (1 Kor 15,17–19): „Wenn aber Christus nicht auferweckt worden ist, dann ist euer Glaube nutzlos. . . , sind wir erbärmlicher dran als alle anderen Menschen.“

So ernst nimmt Paulus den Wert der Erlösung, besiegelt durch Christi Tod und Auferstehung.

Die Kirche ruft also im Besitz dieser Heilsgewißheit dazu auf, auch das zu tun, was uns in die Lage versetzt, uns auf die Verheißung des neuen Lebens zu freuen.

Wir Menschen brauchen die Erinnerung an unsere Sünden, sonst vergessen oder verdrängen wir sie. Wir müssen wissen, welche Werte unser Leben bestimmen. Wir müssen erkennen, wo die Potentiale sind, die nicht oberflächlich Vergnügen bringen, sondern die wirklich *Freude* bedeuten.

Und in diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine besinnungsreiche Fastenzeit und den frohmachenden Klang der Osterglocken, die sie zum heiligen Dienst rufen.

Wenn dann Gott unser Leben beschließt — *wenn es zum Ende geht* —, wissen wir, daß wir es durch seine Auferstehung neu beginnen.

H.F.

Kirche

Ein — der — Kardinal wurde 80

Wenn man heute vom Kardinal spricht, dann meint man Joseph Kardinal Höffner, den Erzbischof von Köln. Wir haben in Deutschland eine Reihe befähigter Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe. Dennoch keiner prägt zur Zeit das Bild der Kirche so wie dieser Mann aus dem Westerwald.

Sein Wort hat Gewicht und Klang, in der Presse, im Rundfunk und Fernsehen und auch im Volk. Wenn auch manche nicht immer mit ihm übereinstimmend, aber man fragt dennoch: Und was hat der Kardinal gesagt?

Sein Wort wird aber auch gehört im Kreise der Mitbrüder im Bischofsamt, in der Weltkirche, und es wird besonders gehört von den Bischöfen in Polen.

Am 24. Dezember wurde unser Kardinal 80 Jahre alt. Wer wenige Tage vor Weihnachten diesen rüstigen, verschmitzten Kirchenführer in der Pressekonferenz erleben konnte, die er nach seiner Reise um die Welt abhielt, mußte staunen. Lebendig und aufmerksam hört er in den Fragen der Presseleute auch verborgene und versteckte Untertöne und beantwortete sie elegant und souverän. Mancher 50jährige hätte ihn beneiden können.

Am 27.12.1986 waren dann die katholischen Verantwortungsträger, am 28.12.1986 die politischen Verantwortlichen eingeladen.

Mittelpunkt war, wie hätte es anders sein können, das Pontifikalamt. Der Dom in Köln — im Winter besonders kalt — war schon eine halbe Stunde vor Beginn so gefüllt, daß manche Ehrengäste keinen Plätze mehr in den Bänken fanden.

Weihbischof Dr. Dick hielt die Festpredigt. Er würdigte das Schaffen des Erzbischofs von Köln und Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz in einer Ansprache mit klarer Diktion und logischem Aufbau.

Der Heilige Vater, Papst Johannes Paul II., hatte zu diesem Festtag Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli entsandt. Er verlas einen Teil seiner Botschaft, die er am 28.12. dann als Predigt hielt.

In dieser Ansprache kam zum Ausdruck, wie sehr der Heilige Vater unseren Kardinal schätzt. Sogar kleinere Begebenheiten wurden erwähnt. Zum Vergnügen der Zuhörer spielte der Kardinal aus Rom auf die Wertschätzung der Studenten an, die sie dem damaligen Professor zeigten, indem sie ihn „Vater Joseph“ nannten.

Wer Gelegenheit hat, Kardinal Höffner öfter zu sehen, staunt immer wieder, wie dieser stille und fast zerbrechlich wirkende Mann die Kraft entwickelt, die in seinem hohen Amt gefordert wird. Und erstaunlich ist auch, daß der mehr scheue Gelehrte sich so großartig in der Öffentlichkeit zu behaupten weiß. Es ist imponierend, wenn er spricht und seine Meinung klar gegliedert sagt, und auch, wie er sie sagt. Selbst dann, wenn mit harten Tatsachen gekontert werden muß, bleibt der Bischof liebenswürdig, verbindlich, ja zuweilen fast verzeihend.

Sein Lebensweg vom Bauernbub im Westerwald über das Gymnasium in Montabaur, das Priesterseminar in Trier (1926), die Gregoriana in Rom bis zu seiner Priesterweihe am 19. Juli 1932 ist in den letzten Wochen oft geschildert worden.

Er promovierte in Theologie und Volkswirtschaft und habilitierte sich im letzteren Fach in Freiburg. 1951 wurde er an die Universität Münster berufen. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit lag aber weniger in diesen Wissenschaften allein als vielmehr in der Verknüpfung der wissenschaftlichen Erkenntnisse mit dem Leben des — der — Menschen. Die soziale Komponente regte ihn immer wieder an.

1962 wurde er von Papst Johannes XXIII. zum Bischof von Münster berufen. 1968 ernannte Papst Paul VI. den Bischof zum Koadjutor der Erzdiözese Köln und damit zum Nachfolger des so sehr beliebten, aber schon fast erblindeten Kardinals Josef Frings.

1976 wählte ihn die Deutsche Bischofskonferenz zum Vorsitzenden. Nach dem plötzlichen Tod seines bedeutenden Vorgängers Julius Kardinal Döpfner war diese Aufgabe nicht leicht. Die Weise aber, in der Kardinal Höffner das Ansehen der Deutschen Bischofskonferenz im In- und Ausland gemehrt hat, ist bemerkenswert.

So war dann um den Jubilar nach dem eindrucksvollen Gottesdienst eine frohe Gästeschar in der imposanten Kölner Symphonie geschart. Der Bischof hatte kaum so viel Hände, wie es zu schütteln galt. Und er hatte immer ein humorvolles Wort des Dankes.

Viele Gespräche am Rande mußten wiedergegeben werden. So machte der orthodoxe Bischof Augustinos keinen Hehl aus der Bewunderung für die liturgische Feier.

Unser Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof von Bamberg — von einem leibhaftigen ehemaligen Oberst im Labyrinth der Symphonie zuerst falsch eingewiesen — (Schlagzeile: Oberst weist Bischof in Köln in die falsche Richtung) war tief beeindruckt von der großen Zahl der Besucher im Gottesdienst und in der Symphonie. Allerdings mußte er feststellen, daß der Dom zu Bamberg wärmer ist als der Kölner (unsere Teilnehmer am Friedensgottesdienst können sich das gut vorstellen).

Die dann zu Ehren des Kardinals aufgeführte Geburtstagsfeier war in ihrer einfachen und humorigen Art ein Erlebnis. Die Vorträge verschiedener Gesangs- und Musikgruppen wechselten mit Einblendungen, die Stationen aus dem Leben des „Geburtstagskinds“ darstellten und mit Schmunzeln, zuweilen aber auch mit schallender Heiterkeit sowohl vom Jubilar als auch von den Zuhörern quittiert wurden.

Der kleine Imbiß mit heißen Getränken bei strenger Kälte war wohlthuend einfach.

Insgesamt war diese Feier, wie auch die am 28. 12. für die Politiker, eine sehr ansprechende Veranstaltung. Sie hat gezeigt, wie man einen großen Mann ehren kann, aber auch wie ein hoher kirchlicher Würdenträger stilvoll zu danken versteht.

H.F.

Kirche in einer säkularisierten Welt

— Die katholische Kirche in Frankreich —

Wilhelm Lehmkämpfer

I. Die Lage der katholischen Kirche in Frankreich

1. Die allgemeine Lage

Auf dem 89. Deutschen Katholikentag in Aachen diagnostizierte Prof. Dr. Jean Thomas OP am 13.9.1986 zunächst in schlichter Zurückhaltung: „Die Kirche, so wie sie in Frankreich lebt, lebt eher mäßig, scheint ihrer Sache nicht immer recht sicher zu sein und hat alle Mühe, nicht unter die Räder der Zeit zu kommen“, schließt aber unmittelbar daran — nicht ohne Ironie und Witz — an: „Die Kirche hat in Frankreich keine schlechte Presse. Sie ist heute auch von denen, die sonst nicht viel von ihr halten, als historisches Monument anerkannt. Kein Außenstehender fährt sie ärgerlich an, und niemand gibt sich große Mühe, ihre Äußerungen totzuschweigen. Aber sie macht kaum ernstlich aufregende Schlagzeilen.“

Wenngleich diese Kirche keine aufregenden Schlagzeilen verursacht, so ist sie dennoch recht lebendig; allerdings lebte und lebt die Kirche Frankreichs noch immer anders als die Kirchen außerhalb ihrer Grenzen.

2. Beziehungen zwischen Staat und Kirche

2.1 Die Lage nach der französischen Revolution

Während der Wirren der Revolution von 1789 wurden Kirche und Klerus in Frankreich aufs äußerste erschüttert. Das Klima war und blieb für längere Zeit vergiftet; für Napoleon Bonaparte allerdings ein unhaltbarer Zustand. Er stellte die während der Revolutionsjahre zerschlagenen kirchlichen und hierarchischen Strukturen zwar nicht wieder her, regelte sie aber infolge des mit Papst Pius VII. im Jahre 1801 geschlossenen Konkordates neu. Das Wesentliche dieses Konkordates besagt in etwa folgendes: Die katholische Kirche in Frankreich ist keine Staatskirche mehr. Die Kirche hat das Recht der freien und öffentlichen Ausübung des Gottesdienstes, sofern dabei die Grenzen der „polizeilichen Vorschriften“ nicht überschritten werden. Die Zahl der Diözesen wird auf sechzig beschränkt. Alle Bischöfe, auch jene, die den Eid auf die Revolutionsverfassung geleistet haben, müssen zurücktreten und werden künftig vom Ersten Konsul und seinen katholischen Nachfolgern ernannt, der Papst hat sie dann offiziell einzusetzen. Die Kirche verzichtet auf die 1789 säkularisierten Güter. Dafür verspricht der Staat, den Klerus, der in- folgedessen ohne Einkommen ist, in bescheidenem Rahmen zu entlohnen.

Allerdings geriet der Klerus dadurch in eine neue Abhängigkeit vom Staat. Die Ernennung der Pfarrer war im übrigen von vorhergehender staatlicher Genehmigung abhängig.

2.2 Napoleons Absichten

Die Gefügigkeit, die die Kirche Napoleon gegenüber bei den Konkordatsverhandlungen an den Tag legt, bestärken den Kaiser in seiner Absicht, die Kirche zu politischen Zwecken zu mißbrauchen.

Josef Lortz hat das damalige Verhältnis knapp so umrissen: „Die großen Vorrechte, die hier dem Staat eingeräumt wurden, genügen weder Bonaparte noch den französischen gesetzgebenden Körperschaften. Man verlangte ungeschmälerten Gallikanismus. Bonaparte gab dem Ausdruck in den berühmten organischen Artikeln, die er eigenmächtig dem Konkordat beifügte; sie schließen die Kirche Frankreichs nach außen vollkommen ab und geben sie im Innern restlos in die Hand des Staates.“⁽¹⁾

2.3 Die „Organischen Artikel“

R. Lill hat die durch Napoleon dem Konkordat beigegebenen „Organischen Artikel“, die die gallikanische Staatsaufsicht über die Kirche wiederbegründete und damit das mit Rom ausgehandelte Konkordat praktisch aushöhlten, einen „einseitigen staatlichen Rechtsakt“ genannt. „Sie bestimmten u. a.“, so fährt R. Lill fort, „das Placet, d. h. die staatliche Genehmigungspflicht für kirchliche Erlasse, und den Recursus ab abusu, d. h. die Möglichkeit der Anrufung staatlicher Instanzen gegen wirklichen oder vermeintlichen Mißbrauch der Kirchengewalt.“⁽²⁾ Napoleon gab sich damit aber keineswegs zufrieden; „der Papst kam soweit als möglich entgegen. Zur Kaiserkrönung reiste er 1804 nach Paris; . . . gegen Napoleons Bemühungen, Papst und Kirchenstaat in seine völlige Abhängigkeit zu bringen, leistete Pius VII. dann aber mannhaften Widerstand, der ihm 1809 die Verschleppung nach Frankreich, Isolierung von seinen Beratern und fünfjährige Haft eintrug; erst Napoleons Sturz gab ihm die Freiheit zurück.“⁽³⁾

2.4 Restaurationsjahre

Mit der Restauration des Bourbonenthrones begann zugleich das Bemühen, auch die Kirche zu restaurieren. Dieses Bemühen wurde unter König Karl X. (1824–1830) nachhaltig gefördert. So gab es in Adel und Klerus starke Kräfte, die den Vorrang des Adels und des Klerus erstrebten. Am liebsten hätten sie den Stand vor der Revolution von 1789 wiederhergestellt; für die veränderten Zeitverhältnisse hatten sie keinen Blick. „Dadurch kam es“, wie man bei Schuchert/Schütte anschaulich erfahren kann, „zu schweren Spannungen zwischen der wieder zu Einfluß gekommenen Adelsschicht einerseits und dem erstarkten Bürgertum und den Vertretern des vierten Standes der Arbeiter andererseits.“

2.5 Verfehlte Anstrengungen/Gegenströme

„Für die Kirche in Frankreich blieben diese Gegensätze nicht ohne Folgen. Die Kirche erschien dem Volke als reaktionär, und die dem Thron ergebenden Katholiken trugen mit die Schuld an der unkirchlichen und antiklerikalen Einstellung der Massen des französischen Volkes, worunter die französische Kirche bis in die Gegenwart zu leiden hatte.“⁽⁴⁾

Wo und wann immer politische Kräfte ihr Ziel, die Republik wiederherzustellen, verfolgten, stießen sie auf heftigen Widerstand im konservativen Klerus, der bei den gleichgesinnten katholischen Laien seinen Rückhalt fand. „Die Folge war“, wie Schuchert/Schütte berichten, „daß es zu einer Spaltung kam, welche die religiöse Durchschlagskraft im öffentlichen Leben schwächte. Neben führenden katholischen Kreisen, die das Heil in der Verbindung von Thron und Altar suchten, kam es zu einer fortschrittlichen Bewegung, die, allen reaktionären Strömungen abhold, sich ernstlich um die aktuellen Fragen der sozialen Entwicklung in Frankreich bemühte und den religionslosen und antiklerikalen Kräften im Staat eine katholische Front entgegenzustellen suchte.“⁵⁾

Daran erkannte man, wie uneins das katholische Lager — Klerus und Laien — war. Besonders deutlich wurde dies sowohl während und nach der Revolution von 1848 als auch nach dem politischen Zusammenbruch 1871. Die innere Zerrissenheit, hier konservativ/reaktionär, hier liberal/fortschrittlich, machte es den antireligiösen und antiklerikalen Kräften leicht, Stein für Stein im Gefüge der Kirche zu lockern und ihr die Gefolgschaft mancher Kreise, vor allem der Arbeiter, zu entziehen. Dies konnten selbst die hervorragenden Vertreter des liberalen Katholizismus, modern denkende und handelnde Priester wie Laien, z. B. der Dominikaner Henry Lacordaire, der wortgewandte Abbé Lammenais oder der Führer der liberalen Katholiken Frankreichs, Graf Montalembert, nicht verhindern.

3. *Trennung von Kirche und Staat*

Da der französische Klerus sich während des ganzen 19. Jahrhunderts nie zu einer einheitlichen und geschlossenen Haltung gegenüber den antireligiösen und antiklerikalen Kräften aufrufen konnte und auch zur III. Republik kein gutes Verhältnis fand, obsiegt schließlich jene Kräfte, die die Macht der Kirche endgültig zerschlagen wollten und auf dem Weg dorthin die radikale Trennung von Staat und Kirche anstrebten und im Jahr 1905 auch erreichten.

Josef Lortz hat im Jahr 1948 diese Entwicklung der französischen Kirche mit folgenden kurzen Sätzen analysiert: „In Frankreich klammerte sich der Klerus zu sehr an die Erinnerung der vorrevolutionären Zeiten. Der Katholizismus wurde royalisiert; also kam die Republik in die Hände des Liberalismus, Sozialismus und Judentums. Aus diesem Gegensatz entwickelte sich die kirchenfeindliche Trennung von Kirche und Staat zu Beginn des 20. Jahrh. — Der Klerus versagte auch auf dem sozialen Gebiet. Ganz im Gegensatz zu dem leuchtenden Vorbild der sozialen Caritas, dem Laien Frédéric Ozanam*) (. . .), verkannte er die Notwendigkeit der sozialen Seelsorge. Er blieb in der Sakristei. Deshalb ging das Volk seine eigenen Wege. Der Erfolg zeigte sich am Ende des Jahrhunderts und in dem bisherigen Verlauf des 20. Jahrhunderts: vollendete Gottlosigkeit, vollkommene religiöse Apathie ist in Frankreich — auch auf dem Lande — erschreckend weit gediehen, weiter als irgendwo in katholischen Gegenden Deutschlands.“⁶⁾

*) Professor in Paris, † 1853, Schöpfer der Vinzenzkonferenz, Anm.d.R.

3.1 Die Lage nach der Trennung

— Stimmungslage

Nachdem Frankreich die diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl 1904 abgebrochen und 1905 per Gesetz die Trennung von Staat und Kirche verfügt hatte, zeigte es sich sehr bald, daß die Trennung nicht so leicht, wie es sich die Verfechter des Gesetzes vorgestellt hatten, durchführbar war und daß sich mit ihr, aber auch mit dem Abbruch der Beziehungen zum Vatikan bei vielen Franzosen Unbehagen und Unzufriedenheit bemerkbar machten. Dieser Tatbestand verstärkte sich im Laufe und zu Ende des ersten Weltkrieges, so daß nicht nur Wünsche aus dem Klerus und katholischen Volk, sondern mehr und mehr auch Stimmen in Parlamentskreisen laut wurden, die eine Besserung der Beziehungen herbeisehnten und für notwendig erachteten.

— Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen

Die Katholiken, die für eine Wiederaufnahme der offiziellen Beziehungen zum Heiligen Stuhl plädierten, hatten dafür eine Reihe von religiösen Motiven, die Parlamentarier dagegen vorwiegend praktisch-politische Argumente. Sie waren letztlich auch dafür maßgebend, daß es bereits im August des Jahres 1920 wieder einen Nuntius in Paris gab, noch bevor der französische Senat offiziell über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen entschieden hatte, dies geschah nämlich erst am 20. November 1920.

— Klimaverbesserung

Der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen kam u.a. auch die sich bereits während des Krieges zwischen Staat und Kirche anbahnende Klimaverbesserung zugute. Sie war mit darauf zurückzuführen, daß die vielen Priestersoldaten im Krieg besonders mutig hervorgetreten waren und für Frankreich einen hohen Blutzoll entrichtet hatten. Josef Rath hat in diesem Zusammenhang die Zahl der gefallenen Priestersoldaten mit 4618 beziffert; 25000 Priester waren einberufen worden. Die Katholiken hatten sich, das Beispiel der Priestersoldaten unterstrich diese Meinung, als wahre Patrioten erwiesen. Das trug ihnen staatlicherseits Respekt ein und führte, auch auf Grund des Hirtenbriefes vom 7.5.1919 „Régénération de la France après la Grande Guerre“ zur Verbesserung der Atmosphäre zwischen Episkopat und Staat.

— Korrekturen

Nachdem 1921 die diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl offiziell wiederhergestellt waren, erstattete der Staat 1924 der Kirche die zur Ausübung ihres Kults unerläßlichen Güter zurück. Darüber hinaus konnten auch die Ordensleute in ihre Häuser zurückkehren und neue katholische Organisationen sowie katholische Zeitschriften gegründet werden. Zu nennen sind einmal das Entstehen von Studentenorganisationen, vor allem aber die Gründung der „Jeunesse Ouvrière Chrétienne“ (J.O.C. — Christliche Arbeiterjugend); zum anderen die Zeitschriften „L'Esprit“ und „L'Aube“.

Da sich auch ein Netz freier Schulen über Frankreich hinzog, war die damit einhergehende Gründung der „Association des Parents de L'Ecole libre“ (Elternverband der Konfessionsschulen) von großer Bedeutung. Daß in jenen Jahren auch neue Kirchen gebaut werden konnten, entsprach der verbesserten Lage und dem Willen zu religiöser Erneuerung. Doch konnte das, so erfolgsversprechend es auch schien, an der Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit der Franzosen zwar katholisch getauft ist, aber die wenigsten von ihnen praktizieren, bis heute kaum etwas ändern.

3.2 Situation der Trennung — heute

„Neu ist“, so urteilte Prof. P. Dr. Jean Thomas in Aachen am 13.9.1986, „... nach achtzig Jahren beiderseits auch längst die Trennung von Kirche und Staat nicht mehr. Gesehnt haben sich die Kirchenverantwortlichen seinerzeit gerade nicht danach, ihre Habe loszuwerden; statt zustehende Einkünfte einzuziehen um Almosen zu bitten und zu lernen, arm wie Kirchenmäuse zu leben. Inzwischen hat die Kirche, so wie sie in Frankreich ist, sich so vorteilhaft an diese schwierige Freiheit gewöhnt, daß es heute in Frankreich nicht so einfach wäre, einen halbwegs geistig lebendigen Katholiken ausfindig zu machen, der die Trennung von Kirche und Staat ernstlich abgeschafft sehen möchte.“

Das Neue ist, daß aus einer Trennung von Kirche und Staat eine Trennung von Kirche und Gesellschaft wird.“

II. Frankreich ein Missionsland

1. Emanzipierte Tochter

Papst Leo XIII. (1878—1903) hat die französische Kirche liebevoll die „älteste Tochter“ der katholischen Kirche genannt, obwohl ihm diese Kirche manchen Ärger bereitete. Aber in Frankreich stand die Wiege des europäischen Katholizismus, der über Jahrhunderte im Leben Frankreichs und der Franzosen eine bedeutende Rolle gespielt hat. Daß das heute nicht mehr der Fall ist, hat verschiedene Ursachen. Zum einen ist es das Werk der Aufklärer, zum anderen sind es die Folgen der Revolution in Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert sowie der diversen verfehlten Restaurationsbemühungen des katholischen Klerus, wie oben bereits dargestellt. Daß auch die sozialen Verhältnisse des vergangenen Jahrhunderts, u. a. die Solidarität der Arbeiter gegen die Arbeitgeber, mehr und mehr zur Verweltlichung der Kirche Frankreichs und des katholischen französischen Volkes beitrugen, braucht hier nicht näher erläutert zu werden. Von daher erklärt es sich aber, daß die französischen Katholiken in zunehmendem Maße mehr nach dem Taufschein als nach dem praktizierten Glauben zum Katholizismus zählen.

2. Fragen an das katholische Frankreich

Als Papst Johannes Paul II. Frankreich 1980 das erste Mal besuchte, fragte er die „Grande Nation“ beim Gottesdienst auf dem Flughafen „Le Bourget“ bei Paris: „Frankreich, was hast du aus deinem Taufgelöbnis gemacht?“ Da die Antwort ausblieb, änderte der Papst

bei seinem zweiten Frankreichbesuch Anfang Oktober 1986 diese Fragestellung dergestalt, daß er — gleich zu Anfang in Lyon — fragte: „Was habt ihr mit dem Erbe eurer Märtyrer angefangen?“ So provozierend des Papstes Fragen klingen, so sorgenvoll sind sie nicht nur an die französischen Katholiken, sondern auch an die französische Gesellschaft und den Staat gerichtet.

3. Glaubenseifer und Haltung

Einer unmittelbar vor dem Papstbesuch 1986 veröffentlichten Umfrage zufolge bezeichnen 81 Prozent der Franzosen sich als katholisch. Mehr als die Hälfte von ihnen aber glaubt, sich in wesentlichen Fragen nicht an die Lehre der Kirche und an die Mahnungen des Papstes halten zu müssen. Nur 16% der Getauften praktizieren ihren Glauben durch regelmäßigen Kirchenbesuch. Nach Prof. P. Dr. Jean Thomas lautet das konkret: „Wenn immer noch über 80% (1986: 81%) der meinungsbefragten Erwachsenen sich als Katholiken betrachten und ungefähr ebenso viele von den über 18jährigen immer noch die Absicht haben, ihre Kinder, wenn sie demnächst zur Welt kämen, taufen zu lassen, erachten nicht viel mehr als die Hälfte der Befragten (55–60%) die Auferstehung Jesu für glaubwürdig, und kaum ein Viertel von ihnen (27%) glaubt an die Gegenwart Christi in der Eucharistie.

Die Zahl der halbwegs regelmäßigen Kirchgänger (mindestens zwei Sonntage im Monat) ist in den vergangenen 12 Jahren (1984–1986) von 21% auf 15% gesunken.

Nicht nur die Franzosen im allgemeinen, sondern auch die „guten“ (sonntäglich praktizierenden) Katholiken sind vielfach mit dem, was die Kirche ihnen fürs gute Benehmen vorschreibt, nicht einverstanden und denken nicht daran, sich daran zu halten: Nicht nur die Mehrzahl der Bevölkerung, sondern auch ein Großteil der Praktizierenden haben kein Verständnis dafür, wenn die Kirche vorehelichen Verkehr verurteilt und mißbilligt, daß sie den Geschiedenen die Wiederverheiratung untersagt. Wenn sie empfängnisverhütende Mittel verbietet, kümmert sich nur eine bescheidene Minderheit der Bevölkerung darum, und bei den praktizierenden Katholiken wollen die meisten nichts davon wissen.

4. Lebt Gott in Frankreich anders?

In keinem Land Europas treten Priester und Laien so liberal auf wie in der katholischen Kirche Frankreichs. Sie treten dort derart individuell in Erscheinung und agieren auch dergestalt, daß es mitunter den Anschein hat, daß jeder nach seiner Façon in der Kirche Frankreichs lehren, predigen und Liturgie feiern —, gestalten und mitgestalten darf und kann.

„Wie in der Familie, in den Schulen, den Betrieben und anderen Organismen und Organisationen haben heute in der Kirche die autorisierten Führungskräfte mit ungefügigen Menschen zu tun, die dagegen allergisch sind, sich als Gefolgschaft führen zu lassen. Bei aller Hochachtung für die Hirten — die der Hirte jetzt allerdings immer mehr persönlich verdienen muß — wollen sie sich nicht mehr als Herde (als unmündig Untergeordnete unter befugt Übergeordnete) gängeln lassen“, urteilt Prof. P. Dr. Jean Thomas.

Weiter urteilt der Professor: „Die Jüngeren, die den Glauben ernst nehmen, scheinen vorzuziehen, mit dem Hl. Geist auf direktem Draht zu sprechen und eventuell persönlich auf ihn zu hören — ohne amtliche Vermittlung (mit Selbstbedienung). Hierarchische Väterlichkeit kommt ihnen verdächtig vor, Instanzenwege zu bürokratisch und moralisch theologische Erörterungen zu klug. Wenn sie von Geistlichen etwas erwarten, so ist das eher eine beratende (und möglichst sich auch beraten lassende) Begleitung als kirchlich beglaubigte Weisungen.“

Auch die Regierenden verhalten sich gegenüber der Kirche wenig folgsam. Sie „lassen sich nicht von kirchlichen Obrigkeiten und geistlichen Möchtegern-Vormündern über den Mund fahren“ (Thomas). Das alles zeigt, daß Gott in Frankreich dennoch lebt, kaum besser oder schlechter als in vergleichbaren anderen Ländern, nur, wie das katholische Frankreich ihm dient und huldigt, ist von anderer Art, ist individueller, ist eigenwillig, vielleicht sogar missionsbedürftig.

III. Der katholische Klerus in Frankreich

1. Personelle Lage

Eines der vorrangigsten Probleme der katholischen Seelsorge in Frankreich ist das Vorhandensein eines ausreichenden Klerus für die verschiedenen Funktionen der Seelsorge. Auch hier unterscheidet sich Frankreich kaum von seinen Nachbarländern. Hier wie dort ist das Priestertum im Schwinden. Der Rückgang der Zahl der Priester hat mehrere Ursachen: der schwindende Glaubenseifer, die Abwertung des Priesterstandes, die Verstädterung bzw. Landflucht der Bevölkerung.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts sinkt die Zahl der Priester konstant:

1901 gibt es 67 000 Welt- und Ordenspriester,
1960 sind es nur noch knapp 50 000 (49 432),
1980 nur mehr 39 000.

In einem Land, in dem das Priestertum immer weniger ernst genommen und die Priester kaum mehr als Priester, sondern eher als Kultdiener angesehen werden, mußte das zu einer Identitätskrise führen. Diese Identitätskrise, sagt Prof. Dr. Thomas, „erklärt — viel mehr als eine plötzliche Epidemie der Heiratslust — den Ausstieg Tausender von Priestern (6 000 in zwölf Jahren), die seinerzeit in eine Kirche eingestiegen waren, in der der Geistliche etwas zu sagen hatte und man darauf achtgab. Viele sind damals schweren Herzens gegangen, weil für sie die Kirche, der sie ihr Leben gelobt hatten, im Sterben lag.“

1980 ist „die Hälfte der damals 39 000 Priester über 60 Jahre alt“. „Am Ende des Jahrhunderts werden es“, nach Prof. Thomas, „wenn der seit einigen Jahren wieder leicht ansteigende Trend der Priesterweihen anhält, voraussichtlich halb so viele (ungefähr 20 000) sein — mit einem Durchschnittsalter über 65.“

2. Einsatzfelder

Sofern man davon ausgeht, daß mehr als 90 % aller Franzosen katholisch getauft sind, aber die Katholiken dennoch eine Minderheit bilden, dann ist das Sammeln und Betreuen dieser Minderheit eine missionarische Aufgabe und ein missionarischer Auftrag für den Klerus Frankreichs. Dabei gibt es verschiedene Zielgruppen und Zielgebiete.

Bei den Zielgruppen liegt der Schwerpunkt auf dem Sektor: Arbeiterapostolat.

Als Zielgebiete gelten vorrangig jene Regionen, in denen es so gut wie keine mehr oder nur ganz wenige praktizierende Katholiken gab oder gibt. Zu den Regionen, die in der neueren Zeit am stärksten im Glaubenseifer nachgelassen haben, rechnen vorwiegend die Gebiete entlang oder in der Nähe der großen Verkehrswege sowie die großen Städte. Die zunehmende Entchristlichung und das Vordringen des Kommunismus unterstrichen Anfang der 40er Jahre die Notwendigkeit verstärkter Missionsanstrengungen, zumal die Pfarrseelsorge sich am Ende ihrer Möglichkeiten dafür ansah.

So kam es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Reihe von Initiativen, „die“ — wie Jacques Duquesne berichtet — „zum Teil spektakulären Charakter hatten (Arbeiterpriester), zum Teil pittoresk anmuten (Missionsfeldzüge von Ordensgeistlichen per Wohnwagen in ländliche Gebiete, unternommen von den Fils de la Charité mit P. Thivollier oder den Oblaten der Unbefleckten Empfängnis“.⁷⁾ Diese Methoden waren zwar nur von kurzer Dauer, doch wurden daraus Strukturen entwickelt, die heute noch Bestand haben.

3. Arbeiterpriester

Es ist wohl nicht meßbar, ob die Methode „Arbeiterpriester“ sich bewährt hat oder nicht. Fest steht jedoch, daß der ideal veranlagte Arbeiterpriester oft einem Spannungsverhältnis ausgeliefert war, das Opfer gefordert hat. Sich mit den Arbeitern zu identifizieren und sich ganz und gar ihren Belangen zu widmen, bedeutete u.U. Vernachlässigung bzw. Aufgabe der missionarischen Pflichten, was letztlich die Entfremdung von der Kirche zur Folge hatte. Verhielt der Arbeiterpriester sich nicht im Sinne der Erwartungen der Arbeiterschaft, verlor er an Autorität und Respekt. Das waren Extreme, die das Dilemma der Arbeiterpriester hervorhoben und Zweifel an derartigen Missionierungsmethoden aufwarfen. Rom und die französischen Bischöfe hatten, als das Experiment eingestellt wurde, zwar unterschiedliche Motive, waren sich aber darin einig, daß der Auftrag weiterhin bestehen bleibe, aber andere, bessere Formen gefunden werden müßten, ihn zu erfüllen. So kam es, daß am 19.1.1954 alle Arbeiterpriester von ihren Bischöfen aufgefordert wurden, die mit der Arbeitsübernahme und Bindung an die Arbeitswelt übernommenen Verpflichtungen aufzugeben oder die Arbeit ganz aufzukündigen. Damit war der „Arbeiterpriester“ tot. Priester, die im Rahmen der erlaubten Betätigung weiterarbeiteten, hießen fortan „Priester der Arbeitermission“. Es hat mehrere Jahre gedauert, bis sich die damit verbundenen Probleme für Kirche und betroffene Priesterschaft gelöst hatten; als es 1956 zu einem hinlänglichen Stillstand gekommen war — nicht alle Arbeiterpriester waren den bischöflichen Weisungen gefolgt —, wurde 1957 von den Bischöfen Frankreichs die Gründung der

„Mission Ouvrière“ beschlossen. Diese Einrichtung hat all die Kriterien bestimmt, die die Kirche in der Arbeiterwelt wirksam vergegenwärtigen sollen: sorgfältige Auswahl und Ausbildung der infrage kommenden Priester, Regelung ihrer Beziehungen zu Pfarrei, katholischer Aktion, Gewerkschaften ect.⁸⁾

Wie die „Arbeitermission“ vorgeht, hat Jacques Duquesne ebenfalls beschrieben: „Manche Industriegebiete werden in Sektoren eingeteilt, von der „Arbeitermission“ betreut. Es handelt sich dabei um eine der „Gesamtpastoral“ weitgehend analoge Organisation: alle Kräfte (Pfarren, katholische Aktion, arbeitende Priester, Ordensleute etc.) werden koordiniert. Das Arbeiterapostolat nimmt darin eine wesentliche Vorrangstellung ein. Manche Priester wurden für die „Arbeitermission“ freigestellt, das heißt, sie wurden einem Sektor zugeteilt, ohne darüber hinaus einer bestimmten Pfarre anzugehören.“⁹⁾

Parallel zur Form der „Arbeitermission“ fand auch die herkömmliche Art der Volksmissionen zu neuen Formen und Initiativen, was sich früher im Rahmen der Pfarre vollzog, wurde nunmehr gleichzeitig auf eine ganze Stadt, auf ein ganzes Gebiet ausgedehnt.

4. Priester der „Mission de France“

Eine neue Initiative auf dem Feld der Missionierung war auch die „Mission de France“. Da ihr Entstehen — so wiederum Jacques Duguesne — mit dem der Arbeiterpriester zusammenfällt und sich eine Anzahl von Arbeiterpriestern in ihren Reihen befand, verwechselte und verwechselt man noch immer die „Mission de France“ mit einer Organisation der Arbeiterpriester. In Wirklichkeit handelt es sich hier um eine Vereinigung von Weltpriestern, die sich in besonderer Weise die „Evangelisation der entchristlichten und nicht-christlichen Welt zur Aufgabe gemacht und sich zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt hat. Neu an diesem System ist vor allem, daß zum erstenmal Weltpriester nicht an eine bestimmte Diözese gebunden sind. An ihrer Spitze steht ein Bischof als Präsident einer bischöflichen Kommission, die gemeinsam von den französischen Kardinälen und Erzbischöfen eingesetzt wurde (...).¹⁰⁾ Die Mission de France bildet eine Art Feuerwehr; auf Grund ihrer interdiözesanen Struktur kann man sie heute hier und morgen dort einsetzen. Das Leben der zu ihr gehörenden Priester gestaltet sich bewegt und mobil; dabei bleiben Unannehmlichkeiten nicht aus, denn nicht immer und überall können sie ihre Vorhaben auch vollenden.

Die „Mission de France“ unterhält für ihren Nachwuchs in Pontigny (Yonne) ein eigenes Priesterseminar. Über den Rahmen ihrer ursprünglichen Aufgaben hinaus hat sie sich auch um die Neuorientierung von Stellung und Aufgaben des Priesters sowie der „Sakramenten-Seelsorge“ Verdienste erworben.

In den 60er Jahren geriet die 1941 ins Leben gerufene „Mission de France“ in eine Krise, aus der sie jedoch Ende der 70er Jahre, nachdem sich die französischen Bischöfe eingehend damit befaßt und die Einrichtung überdacht und neu orientiert hatten, gestärkt und gefestigt wieder hervorkam.

5. Seelsorge-Probleme

Zu diesem Problem traf Anfang Mai 1981 Prof. Dr. Charles Wackenheim, Straßburg, anlässlich eines Vortrages über „die Situation der katholischen Kirche in Frankreich (1970—1980)“ folgende Feststellungen: „Zu Beginn der 70er Jahre beschäftigten sich viele französische Bischöfe und Priester mit einem Problem, das sie etwas ungeschickt mit den Stichworten ‚Sakramentalisation und Evangelisation‘ umschrieben. Dabei ging es jedenfalls um ein Grundanliegen moderner Seelsorge. Wie soll sich ein Priester Katholiken gegenüber verhalten, die mit einer sakramentalen Forderung an ihn herantreten, sich aber keine Rechenschaft darüber ablegen, daß ein Sakrament nur als Zeichen lebendigen Glaubens sinnvoll sein kann? Indes stehen auch überzeugte und engagierte Christen den Sakramenten fern, da sie nicht einsehen, worin der Sakramentenempfang die Orientierung ihrer Existenz maßgebend bestimmen könnte. Auf beiden Seiten besteht also die Gefahr einer Entfremdung zwischen Kult und Leben, zwischen sakramentaler Praxis und kerygmatischer Vermittlung des Glaubens.“

Eben diese Schwierigkeiten veranlaßten damals Seelsorger und Theologen, das fragwürdige Thema anders zu formulieren und auch zu versuchen, die praktischen Gegensätze zu überwinden. Man verzichtete auf den Terminus „Sakramentalisation“, der an eine verhängnisvolle „Ex-opere-operato-Theologie“ erinnerte. Man stellte den Glaubensvollzug wieder eindeutig als die Voraussetzung jeder sakramentalen Handlung heraus. Bischof Robert Coffy verarbeitet diese Einsichten in einem Bericht, den er im Herbst 1971 der Plenarsitzung des französischen Episkopats in Lourdes vorlegte.

Der Titel dieser Abhandlung („Die Kirche als Heilszeichen inmitten der Menschen“) zeigt deutlich, wie sich die theologische Akzentsetzung verschoben hatte, Sakrament und Verkündigung werden nicht mehr als autonome Größen nebeneinandergestellt. Die Kirche selbst, als Gemeinschaft der zum Glauben Gerufenen, ist das Grundsakrament des göttlichen Heils für alle Menschen.

Diese Fragestellung wurde drei Jahre später in einem etwas veränderten Kontext wieder aufgegriffen und erweitert. Nach der Vollversammlung von 1974 veröffentlichte der ständige Rat der französischen Bischofskonferenz ein Arbeitspapier über „Befreiung der Menschen und Heil in Jesus Christus“. In diesem Text klangen Motive der lateinamerikanischen Befreiungstheologien sowie der dem Thema der Weltmission gewidmeten Bischofssynode von 1974 an. Aber auch in Frankreich hatten die hier behandelten Fragen rege Diskussionen ausgelöst. Einerseits drückte sich das Bestreben aus, den Glauben im konkreten und gesamten Leben der Menschen zu verankern, nicht zuletzt in ihren kollektiven Initiativen und Kämpfen für die Befreiung der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Andererseits war man sich aber zugleich der Notwendigkeit bewußt, die Originalität der christlichen Erlösung zu wahren und das von Gott in Christus geschenkte Heil nicht auf menschliche Befreiung zurückzuführen. Es gelang den Verfassern des Dokuments, die theologische Linie der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ anhand einer verwandelten Situation treffend zu aktualisieren.

6. *Priester vor Ort — eine homogene Gruppe?*

Dieses Thema war schon immer komplex in Frankreich und ist es noch. Eigentlich waren die Priester weder in der Kirche des Ancien Régime eine homogene Gruppe noch zur Zeit der Revolution, der Restauration bzw. der Gegenwart.

Heute geht es vor allem um Anpassung oder Nichtanpassung, d. h., die rechte Form des Priestereinsatzes zu finden. Wie dies geschieht, dafür ein paar Beispiele:

a) Der Landpfarrer

Wer sich mit den materiellen und spirituellen Lebensbedingungen z. B. eines Landpfarrers vertraut machen möchte, sollte das Buch „Tagebuch eines Landpfarrers“ von Georges Bernanos (1888–1941), das 1936 erschienen ist, lesen. Dieses Buch vermittelt Eindrücke, wie sie tiefer kaum empfunden werden können; es erzählt von der Indifferenz der Pfarrangehörigen, den leiblichen und geistigen Ängsten und Nöten, von der oft größten Einsamkeit eines Landpfarrers, seinen kleinen und großen Demütigungen bis hin zur Verachtung und Verächtlichmachung sowie tausend anderen Sorgen, die totale Mutlosigkeit verursachen, weil sie kaum oder überhaupt nicht aus der Welt zu schaffen sind. Nachstehend ein paar Sätze, die betroffen machen: „Meine Pfarre ist so wie alle anderen, alle Pfarren sind einander ähnlich. Natürlich die von heutzutage. Gestern sagte ich zum Pfarrer von Norenfontes: ‚Hier hält sich wohl das Gute und Böse im Gleichgewicht, nur liegt der Schwerpunkt tief, sehr tief oder — anders ausgedrückt — wie zwei Flüssigkeiten von verschiedener Dichte liegt eines über dem anderen und vermischt sich nicht.‘ Er hat mir ins Gesicht gelacht. Er ist ein guter Priester, sehr wohlwollend, sehr väterlich und gilt sogar beim Erzbischof als ein sehr feinsinniger, ein wenig gefährlicher Kopf. Über seine Geistesblitze freut sich jedes Pfarrhaus, und er bestärkt sie mit einem Blick, der lebhaft sein soll, den ich aber im Grunde so verbraucht, so müde finde, daß ich eher weinen möchte.

Meine Pfarre wird vom Stumpfsinn geradezu aufgefressen. Wie so viele andere Pfarren auch. Vor unseren Augen frißt der Stumpfsinn sie auf, und wir sind machtlos dagegen. Eines Tages werden wir vielleicht davon angesteckt sein und auch in uns diesen Krebs entdecken. Man kann jedoch recht lange damit leben. . . . Meine Pfarre. . . . Nie hatte ich so schmerzlich empfunden, wie einsam sie ist und wie einsam ich selbst bin. . . .

Der frohe Glaube, daß es mit allem zum besten stünde, ist bei den Oberen längst erstorben. Die ihn noch bekennen, lehren ihn nach alter Gewohnheit, ohne an ihn zu glauben. Beim geringsten Einwurf gönnen sie einem ein verständnisvolles Lächeln und geben sich geschlagen. Die alten Priester täuschen sich darüber nicht. Trotz des äußeren Anscheins, und obwohl man sich getreulich an einen bestimmten Wortschatz hält, der übrigens unveränderlich bleibt, sind die Gegensätze der öffentlichen Beredsamkeit nicht mehr dieselben wie ehemals, die Älteren erkennen sie nicht wieder. . . . Leider beginnt ein Wort in den Pfarrhäusern in Umlauf zu kommen, eines der schrecklichen Frontsoldatenworte, die — ich weiß nicht wie und warum — den älteren Zeitgenossen drollig vorkamen, die aber junge Leute meines Alters so häßlich und traurig finden. . . . Man wiederholt jetzt gar zu gern: ‚Kuschen und nicht mucken!‘ Mein Gott! Sind wir dazu da? Ich kann wohl einse-

hen, daß es Vorgesetzte geben muß. Aber wer gibt ihnen Auskunft? Wir! Wenn man uns also den Gehorsam und die Einfalt der Mönche anpreist, nun, ich kann mir nicht helfen: ihr Vorbild läßt mich kalt. . . Wir sind alle instand, sobald ein Novizenmeister uns befiehlt, Kartoffeln zu schälen oder Schweine zu hüten. Aber seinen Pfarrkindern kann man nicht so leicht mit Tugendbezeugungen aufwarten wie einer schlichten Mönchsgemeinschaft! Um so weniger, als jene dergleichen nie kennenlernen werden und auch nichts davon verstehen würden.“⁽¹¹⁾

Georges Bernanos hat geschildert, was noch in den 30er Jahren die Regel schien; Mitte der 60er Jahre dürfte davon sicher auch noch manches zutreffen, vor allem in materieller Hinsicht. Aus einem Interview mit einem Landpfarrer jener 60er Jahre klingt einiges in diesem Sinne an; dort heißt es u. a.: „Unsere Ausbildung gibt uns das Rüstzeug, unserer Rolle voll und ganz gerecht zu werden. Wenn wir uns irgendwo wirklich unterlegen fühlen, dann ist das im Hinblick auf unseren Lebensstandard, unsere Verpflegung, unsere Kleidung — und gelegentlich auch hinsichtlich der Type unseres Wagens. Keiner von uns Priestern kann, sofern er nicht über private Mittel verfügt, ein den allgemeinen Normen entsprechendes Leben führen. Unsere Armut ist eine Tatsache. Sie drängt uns in einen dauernden Zustand der Inferiorität. Das ist manchmal wahrhaft qualvoll.

Dieser Zustand materieller Unterlegenheit besteht auch, wenn man den Lebensstandard des Priesters mit dem der Landbevölkerung oder des Arbeiters vergleicht. Wie oft muß man Kritik einstecken wegen einer fleckigen Soutane oder wegen ungeputzter Schuhe. Dabei bedenkt niemand, daß der Priester kein Hauspersonal hat und vielleicht am Abend vorher nach einer Sitzung erst um Mitternacht zu Bett ging. Wohl jeder von uns Priestern hat irgendwann einmal darunter gelitten, daß er nicht in der Lage war, ein bestimmtes Buch zu kaufen oder sich einen Kinobesuch zu leisten. Letzten Endes dürfte es kaum einen Fabrik- oder Landarbeiter geben, der weniger verdient als ein Priester. Auf Mildtätigkeit angewiesen zu sein, ist manchmal recht bitter, und tausend Dinge entbehren zu müssen letzten Endes entmutigend.“⁽¹²⁾

Werner Seither veröffentlichte im Mai 1981 in „Die christliche Familie“ einen Beitrag, der das Leben und den Alltag des Landpfarrers unserer Tage drastisch beleuchtet. Darin heißt es u. a.: „Man hört zwar in Pfarrhäusern das geflügelte Wort: ‚Die Ordensleute legen das Gelübde der Armut ab, aber wir Weltpriester leben sie!‘, doch empfinden viele Priester diese Armut nicht als bedrückend. Sie wissen sich hier in den Spuren des Heiligen Johannes Vianney, des armen Pfarrers von Ars. Ihr bescheidenes Einkommen setzt sich aus vielen Zuwendungen zusammen, so daß es ihnen schwerfällt, persönliche und dienstliche Einnahmen und Ausgaben auseinanderzuhalten. Zum andern liegt die Finanzverwaltung der Pfarrei in der Regel in ihren eigenen Händen. Ihr einziger Vorteil ist das freie Wohnen in einem Pfarrhaus, das der politischen Gemeinde gehört, das aber oft heruntergekommen ist, und in dem sie nur zwei bis drei Räume bewohnen.“

Mit großer Offenheit gab 1981 ein Mitarbeiter der „Aktion Contact Abbé“, einer deutsch-französischen Solidaritätsgemeinschaft mit französischen Landpfarrern, Pfarrer J. T. aus

G. in der Diözese Châlons-sur-Marne, in seinem Pfarrbrief einen Rechenschafts- und Finanzbericht über das Jahr 1980. Seinem Pfarrverband, der aus sieben Gemeinden besteht, und uns, seinen Freunden der Aktion in den Diözesen Straßburg und Speyer, öffnete er einen Einblick in seine priesterliche Lebensweise und sein pastorales Wirken.

Mit seinen 930 Pfarrangehörigen und seinen Freunden im Elsaß, in der Pfalz und im Sauerland möchte er so seine Freuden und Leiden, seine Erfolge und Mißerfolge teilen.

Vor etwa 20 Jahren kam er durch die elsässische „Klerushilfe“ mit berufstätigen Frauen aus dem Unter-Elsaß in Verbindung, um dann ab 1967 durch die Aktion „Contact Abbé“ auch in der Diözese Speyer solidarischen Priestern, berufstätigen Frauen, Familien und Pfarreien zu begegnen. Seit 1967 nimmt er an den Jahrestreffen der Aktion teil, bei denen sich bis zu 50 französische Landpfarrer einfinden, wobei seine Heimatdiözese Châlons die größte Gruppe darstellt. Hier ist er auch der Vertrauensmann der Aktion für seine Pastoral-Region, der schon manchen Pfarrer aus seiner Isolation herausgeholt hat.

Diese Region leidet unter der Landflucht, der Überalterung und der Arbeitslosigkeit von ca. 6 Prozent, nachdem hier noch 30 bis 40 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Aus Solidarität mit den anonymen Alkoholikern ist er selbst Antialkoholiker — und das im Champagner-Land. Er gehört zur Priestergemeinschaft des Prado*), die sich für die „Kirche der Armut“ einsetzt, wobei das auch geistig zu verstehen ist, als Geöffnetsein für die Mission der Kirche und für die Menschen.

In seinem Bericht schreibt Pfarrer T.: „Mein großes Pfarrhaus mit seinen acht Räumen stelle ich, nach wie vor, Wohnungssuchenden zur Verfügung. Die Haushaltsführung ist für mich nicht schwierig: ich benütze nur die Küche und das Schlafzimmer darüber. Von mehreren Familien wurde ich zum Essen eingeladen, mehrmals wurde mir auch das fertige Essen ins Haus gebracht. Das Pfarrhaus ist Eigentum der Gemeinde G. und hat keinen Komfort: kein Bad, kein WC im Haus, kein Warmwasserbehälter und keine Zentralheizung. Meine Dienstzeit verbringe ich fast ganz in den sieben Gemeinden und auf den Straßen, denn der Pastorsektor hat einen Durchmesser von ca. 20 Kilometern.

Ich bin glücklich, daß ich bei meinen Werktagsmessen draußen immer Teilnehmer habe. Das ist ein großer Trost, da andere Priester berichten, daß sie allein oder auch nicht mehr zelebrieren. Der Sonntags-Meßbesuch nimmt langsam ab. Das kommt sicherlich davon, daß die Bevölkerung überaltert ist und sich nicht mehr durch Jüngere erneuert. Wenn auch Alter, Krankheit und die Viehwirtschaft viele stark in Anspruch nehmen, so haben sich doch die Pfarrangehörigen im Grunde ihres Herzens ihre Religion und ihre Achtung vor der Kirche in ihren Priestern bewahrt. Auch der Finanzbericht 80 zeigt so eine Hochherzigkeit der Pfarrangehörigen.

Als ich 1964 im Pastoral-Sektor begann, gab es hier noch zehn Schulklassen, fünf, denen ich Religionsunterricht zu erteilen hatte, also mindestens eine in jeder Gemeinde. Im Schuljahr 1979/80 waren es nur noch sechs Klassen. So sehr hat sich die Zahl der Gebur-

*) Gründer des Prado: Pater Antoine Cherier; am 4.10.86 von Papst II. Johannes Paul seliggesprochen.

ten verringert: In sieben Jahren waren es nur mehr 64 Kinder, die im Pfarrverband geboren wurden! So hatten wir 1979/80 nur noch drei Gruppen für die Erteilung des Religionsunterrichtes außerhalb der Schule am freien Mittwoch und am Samstagnachmittag.

Zur feierlichen Kommunion gingen 1980 an zwei Orten 19 Jungen und Mädchen, 1981 sind es nur mehr sechs. Durch die Sonntags- und Werktagsmeßfeiern komme ich regelmäßig mit ca. 50 Erwachsenen und noch mehr Kindern in den verschiedenen Gemeinden zusammen. Eine andere Kontaktnahme sind Hausbesuche, die aber nur gelegentlich stattfinden können...

Die Erforschung unserer Heimatgeschichte setze ich fort, vor allem für unsere sieben Gemeinden und die drei Gemeinden, die durch den Stausee „Lac du Der“ untergingen. Vom Palmsonntag an, während des ganzen Sommers, können die Touristen, die unsere Fachwerkkirchen besuchen, daran teilnehmen. Soweit ich Zeit habe, unterstütze ich auch die Katholische Blindengemeinschaft von Châlons. Während der Sommerferien helfe ich traditionell bei einem Zeltlager oder in der Ferienkolonie. Im Juli war ich mit dem Pfarrer von C. und 45 Jungen an der Côte d'Or. Im Geist der elsässischen Klerushilfe (Aide au Clergé) und der „Aktion Contact Abbé“ versuche ich bei jeder Gelegenheit, mit meinen Mitbrüdern in Kontakt zu kommen. Bei den Priesterkonferenzen können sie sich mit den notwendigen Kleidungsstücken versorgen. Ein Teil meines Vorrats kommt von meinen beiden Reisen, die ich vom 16. bis 20. September 1980 nach Deutschland und ins Elsaß mit dem Peugeot-Kleinbus durchführte.¹³⁾

b) Der Kleinstadtpfarrer

Aus dem Interview mit dem Pfarrer einer Kleinstadt sei auszugsweise folgendes hervorgehoben, was nach wie vor an Gültigkeit nichts verloren haben dürfte. Frage: „Ist, Ihrer Ansicht nach, der Priester noch eine Person von Stand und Rang?“ Antwort: „Gewiß, Standesperson ist der Priester immer noch. Aber welche Art von Standesperson? Sie wollen wissen, wie uns die Menschen begegnen? Das ist, wenn man will, amüsant, aber in erster Linie doch schmerzlich und beunruhigend. Zunächst begegnen sie uns wie einem Geschäftsmann: man ‚bestellt‘ und ‚bezahlt‘ eine Messe; man wünscht einen bestimmten Tag, eine bestimmte Stunde mit der Überheblichkeit dessen, der dafür sein Geld auf den Tisch legt — übrigens ein Mindestpreis, für den man dann ein Höchstmaß an Gegenleistung verlangt. Dann sieht man in uns so etwas wie Beamte, die Dokumente ausstellen. Eventuell auch den Leiter eines Wohlfahrtsunternehmens mit unbegrenzten Mitteln, von dem man Hilfe, Arbeitsplatz und Wohnung erwarten darf. Schließlich betrachtet man uns auch noch als einen Unternehmer, der den Geschäftsgang ankurbelt. Schon bei der ersten Begegnung weiß ich, daß ich in eine dieser Kategorien eingestuft wurde, und meist führt ein solches Gespräch zu keinem menschlichen Kontakt.“

Im günstigeren Fall sieht man in uns so etwas wie einen Arzt: Wenn ich alte Leute aufsuche, nennen sie mich ‚Doktor‘. Oder auch eine Art Erzieher, der in schwierigen Fällen zu Rate gezogen wird: die meisten Eltern kommen mit ihren halbwüchsigen Kindern allein

nicht zurecht. Was die aktiven Christen anlangt, so erwarten sie vom Priester häufig, daß er ihrer Gruppe eine Vorrangstellung einräume und ihren Bestand sichere.

Die Menschen mögen doch endlich von uns das verlangen, was wir ihnen geben können und geben sollen: Jesus Christus. Aber sie haben es einfach noch nicht gelernt: Sie müssen sich erst daran gewöhnen. Wir aber müssen den Mut und die Festigkeit aufbringen, zu verweigern, was wir nicht geben können.“

Frage: „Man spricht zuweilen von einer Verwirrung in den Reihen der Priester. Finden Sie, daß dieser Ausdruck gerechtfertigt ist?“

Antwort: „Nicht eigentlich. Doch sind wir oft fassungslos gegenüber dem, was die Leute von uns verlangen. Man bestürmt den Pfarrer, bis man erreicht hat, daß das Söhnchen ausnahmsweise zur Erstkommunion zugelassen wird, aber man kümmert sich nicht um die weitere religiöse Erziehung. Man streitet sich herum und setzt alles daran, für die Großmutter ein feierliches Begräbnis zu bekommen, mit allem, was dazugehört, doch man dachte nicht daran, den Priester an das Sterbebett zu rufen. Da versuchte man auf jede nur mögliche, oft auch gehässige Art und Weise zu erreichen, daß der Priester sein Interesse vor allem jener Gruppe zuwende, für die man sich gerade entschieden hat, und darüber vernachlässigt man andere dringende Aufgaben. Der Priester selbst weiß recht gut, was er zu tun hat. Wenn er jedoch, wie ich, allein ist, bringen ihn solche Forderungen und Ansinnen aus der Fassung. Wie soll man da nicht innerlich verhärten und mutlos werden. . . Soll ich Ihnen sagen, was am schwersten zu verwinden ist? Wenn ich eine ausdrückliche kirchliche Weisung befolge — im Rahmen der Liturgiereform, der Ehevorbereitung oder in bezug auf die Vorschriften für den Katechismus —, und die meisten praktizierenden Christen halten das für eine schrullige Idee meinerseits, das trifft mich besonders hart. . .“

Frage: „Wie steht es mit Ihrem Kontakt zum Bischof?“

Antwort: „Man ist leider viel zu sehr mit Arbeit überlastet. Die Fülle administrativer Aufgaben läßt es zu keinem echten Kontakt kommen. Dennoch habe ich den Eindruck, daß sich ein gewisser Fortschritt abzeichnet. . .“

Frage: „Sind Sie der Ansicht, daß Ihre Ausbildung den praktischen Anforderungen entspricht?“

Antwort: „Alles, was ich mir im Laufe meines Studiums aneignen konnte, war mir nützlich. In dieser Pfarre, in der mich derzeit ein Kirchenneubau beschäftigt, habe ich allerdings den Eindruck, zu wenig gelernt zu haben. . . In der Ausbildung selbst sollte man nicht zu sehr am Buchstaben hängen bleiben. Das Seminar allein wird immer einer Ergänzung durch die Praxis bedürfen. Jedem einzelnen Priester bleibt es überlassen, Jesus Christus in seiner Kirche zu erleben und zu entdecken. Das ist sein Weg nach Damaskus. . . Ich überlasse es Ihnen, sich selbst eine Vorstellung davon zu machen, welcher Beharrlichkeit im Gebet und in geistlichen Übungen es bedarf, welche Läuterungen durchzumachen sind, bevor man dieses Damaskus gefunden hat. Viel Charakter braucht es dazu. Angesichts so viel Unverständnisses, vor allem bei den praktizierenden Katholiken, wird man

manchmal vom Überdruß erfaßt. Also muß man sich an das Wesentliche klammern: an die gläubige Verbindung mit Gott.“¹⁴⁾

c) Ein Pariser Vorort-Pfarrer

Der Pfarrer einer großen Pfarre in einem Pariser Vorort (50 000 Seelen) hat in den Jahren 1963 und 1964 einige Wochen hindurch ein bis auf die Viertelstunden genaues Tagebuch geführt. Er hat die folgenden Durchschnittswerte ermittelt.

Auf 24 Stunden entfallen:

Zeit, über die man persönlich verfügt: Schlaf, Essen, Freizeit etc.: 11 Stunden, 10 Minuten.

Wege, organisatorische, manuelle und administrative Aufgaben: 4 Stunden, 25 Minuten.

„Pannendienst“, diverse Kontakte: 50 Minuten.

Vorbereitung auf Predigt und Zusammenkünfte, geistige Arbeit: 2 Stunden, 50 Minuten.

Apostolische Aufgaben (geistliche Besuche, religiöse Ermutigung, Predigten): 1 Stunde, 35 Minuten.

Gottesdienst und Gebet: 3 Stunden, 10 Minuten.

Wie alle Pfarrgeistlichen in den großen Pfarren bestätigt auch dieser Priester, daß administrative und organisatorische Arbeiten einen beträchtlichen Teil des Tages in Anspruch nehmen, so daß er dem, was er den „apostolischen Dienst“ nennt, nicht die Zeit widmen kann, die ihm wünschenswert erschiene.

Wenn man die angeführten Agenden und eine Reihe anderer Tätigkeiten überblickt, ergibt sich dazu zweierlei: Der Tagesablauf des Priesters ist einerseits zersplittert; er besteht aus vielen kleinen Aufgaben: persönlichen Begegnungen, Gesprächen, die manchmal kurz und konzentriert sind, oft auch lang und ergebnislos; dies alles läßt sich meist schwer in bestimmte Aufgaben einordnen. Andererseits ist die Arbeitslast sehr ungleich verteilt, hier genauso wie auf nationaler und diözesaner Ebene (beispielsweise in der Diözese Lille, wo die berufliche Belastung, je nach Pfarre, Schwankungen im Verhältnis 1:10 aufweist, von 352 Seelen bis zu 3 623 Seelen). „Kein Staat der Welt setzt seine Beamten so unrationell ein, wie die Kirche es tut“, bemerkte einer der Konzilsväter, Msgr. Kaiser aus Peru. . .

In den Städten nimmt die Arbeitsüberlastung der meisten Priester immer gewaltigere Formen an. Die Verteilung der Arbeitslast ist nach wie vor sehr ungleich, sie kommt in vielen Fällen den Pfarrangehörigen gar nicht zu Bewußtsein. Das bestätigt auch ein Kaplan aus einem Pariser Vorort. Er war zunächst Seelsorger in einer vornehmen Gegend, wo die Gottesdienstzahl sehr hoch war. Er hatte elf Erwachsenengruppen zu betreuen und dadurch praktisch jeden Abend eine Versammlung; dazu kamen noch einige Jugendgruppen, Katechismusunterricht in überfüllten Sälen, Krankenbesuche und Samstag nachmittags fast pausenlos Beichtthören. Als er später in eine weitgehend entchristlichte Arbeiterpfarre versetzt wurde, sah er sich dort völlig entgegengesetzten Bedingungen gegenüber: keine einzige Jugend- oder Erwachsenengruppe, ein schwach besuchter Katechismusun-

terricht und Samstag nachmittags leere Beichtstühle. Die einzige „starke Zeit“ in seinem Tagesablauf war die zwischen 18.30 Uhr und 20.00 Uhr, in der er Hausbesuche machte. Das waren die eineinhalb Stunden, in denen die Leute bereits von der Arbeit zurückgekehrt waren und noch nicht vor dem Fernsehapparat saßen. Ich wollte von Priestern erfahren, welche Arbeit sie am stärksten in Anspruch nähme. Die Antworten auf meine Frage fielen sehr unterschiedlich aus: angefangen vom Seelsorger eines Altersheims, der die Begräbnisse nannte, bis zum jungen Kaplan, dessen Antwort lautete: „Das Unvorhergesehene. Man muß sich Zeit nehmen, mit den Leuten zu sprechen, sie zu empfangen, sie anzuhören.“¹⁵⁾

Diese wenigen, wenn auch unvollständigen Hinweise lassen spüren, was den Klerus in Stadt und Land bewegt und bedrückt.

7. Der Fall Lefebvre

Das Priestertum in Frankreich ist auch vom Auftreten und Wirken des Bischofs Lefebvre betroffen und beeinflusst. Mitte der 70er Jahre war die von ihm ausgehende Unruhe besonders groß.

Jedermann weiß — trug Prof. Dr. Charles Wackenheim bei seinem Referat am 5. Mai 1981 in Colmar vor —, daß der „Fall Lefebvre“ im Sommer 1976 auffallend starke Wellen geschlagen hatte. Die Mehrzahl der Bischöfe befiel alsbald ein Gefühl der Unsicherheit. In Lourdes drückte Erzbischof Roger Etchegaray, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, die Bedrängnis vieler seiner Kollegen so aus: „Diesen Sommer hat ein Erdbeben Klüfte aufgerissen oder erweitert, die uns mit Vorsicht dazu veranlassen, nicht etwa einen anderen Weg einzuschlagen, sondern einen Augenblick innezuhalten (...). Es gibt eine Zeit, so würde Kohelet sagen, zum Vergrößern eines Hauses, und eine Zeit zum Befestigen seiner Fundamente. Die Zeit ist nun gekommen, die Fundamente auszubauen.“ In einem Brief der Bischöfe Frankreichs heißt es in diesem Zusammenhang deshalb auch, insbesondere im Blick auf die Liturgie der Messe: „Wir Bischöfe und Priester müssen gemeinsam gegen die Mißbräuche reagieren, überall wo solche aufgetreten sind.“

8. Priesternachwuchs

Auch darüber hat Prof. Wackenheim angesichts des Verhaltens von Lefebvre referiert. Nachstehend dazu seine Aussagen:

„Schon 1976 begann Bischof Marcel Lefebvre, in traditionalistischen Seminarien Priesterkandidaten heranzubilden. Die zahlenmäßig positiven Resultate, die er dabei erzielte, verstärkten noch das Unbehagen, das die Frage des Priesternachwuchses seit mehreren Jahren bei den französischen Bischöfen ausgelöst hatte. Schon 1972 hatte Bischof Francois Fréteillère einen diesbezüglichen Bericht vorgelegt. Im Herbst 1973 hielt Bischof Raymond Bouchex ein Referat über das priesterliche Amt. Die Priesterausbildung stand 1975 wieder auf der Tagesordnung. Ein Jahr später veröffentlichte die Bischofskonferenz ein Arbeitspapier über den kirchlichen Zölibat. Ein feierlicher Aufruf zum priesterlichen Dienst erfolgte 1978.

Diese wiederholten Ansätze zeugen von einer besonders schwierigen Situation. Im April 1977 gab der Pariser „Centre National des Vocations“ einen ausführlichen Bericht über die Lage und die Probleme der Priesterausbildung in Frankreich bekannt. Die Leiter dieser Informationsstelle vertraten die Meinung, die Zahl der Priesteramtskandidaten hätte sich „stabilisiert“. Im Jahre 1973 hatten 214 Seminaristen ihre theologischen Studien angetreten, dann 240 (1974), 202 (1975) und 215 (1976). Es handelte sich dabei um Jugendliche, deren Durchschnittsalter (22) bedeutend höher lag als zehn Jahre zuvor (18). Augenblicklich gibt es ungefähr 1200 Theologen, die sich in den rund 94 französischen Diözesen auf den priesterlichen Dienst vorbereiten. Etwa 1000 dieser Anwärter besuchen die ehemaligen Großen Seminarien; die übrigen 200 verteilen sich auf verschiedene Ausbildungsgruppen, die aus studierenden oder werktätigen jungen Männern bestehen. Jene Diözesen, die den größten Prozentsatz von Theologen aufweisen, gehören natürlich zu den kirchentreuesten Gegenden des Landes: Le Puy (10,4 Kandidaten für 100000 Einwohner), Bayonne (9,4), Dax (8,8), Luçon (5,4), Dijon (4,8), Basançon (4,3), Vannes (4,2), Angers (4), Bayeux und Rennes (3,8). Kaum 1200 zukünftige Priester für rund 50 Millionen (getaufte) Katholiken: ein solches Verhältnis bietet reichen Stoff zur Überlegung. Seit 1972 verzeichnet man freilich eine Stabilisierung. Aber bis zu diesem Zeitpunkt waren die Seminarien viel dichter besetzt gewesen als seither. Im Jahre 1968 hatten nicht weniger als 790 junge Menschen eine theologische Ausbildung mit der Absicht begonnen, Priester zu werden. Die Bedeutung dieses gewaltigen Rückganges hat der Religionssoziologe Julien Potel zu klären versucht. Zwischen 1965 und 1975 sank die Anzahl der französischen Weltpriester von 40994 auf 36014, also um rund 5000. Durchschnittlich fielen also in dieser Periode 500 Priester pro Jahr aus, während der jährliche Verlust von 1948—1960 nur etwa 70 betrug. Diese Entwicklung wird noch deutlicher, wenn man die im Dienst stehenden Diözesanpriester berücksichtigt: zwischen 1965 und 1975 sind 5500 aus der seelsorgerlichen Praxis ausgeschieden. Da in diesen zehn Jahren die französische Bevölkerung zugenommen hat, fällt das Verhältnis der Priester zur Einwohnerzahl um so negativer aus. Wie läßt sich dieser Vorgang erklären?

Der Ausfall durch den Tod ist ein ziemlich konstanter Faktor (750 pro Jahr). Demgegenüber ging die Zahl der jährlichen Priesterweihen in der von Potel untersuchten Periode regelmäßig zurück (von 646 auf 190): Die ordinierten Priester erreichten statistisch kaum die Hälfte ihrer verstorbenen Mitbrüder. Gleichzeitig stieg das Alter der Weihelikandidaten.

Der französische Klerus leidet also an einem demographischen Vitalitätsschwund sowie an einem immer ungünstigeren Altersaufbau. Dazu kommt eine Erscheinung, die Julien Potel erstmals analysiert: die freiwillige Amtsaufgabe französischer Diözesanpriester. Es ist anzunehmen, daß von 1945—1975 insgesamt 3000 Priester ihr Amt niedergelegt haben.

Seit 1960 verdoppelt sich die Zahl der Austritte alle fünf Jahre: 241 (1960—64), 485 (1965—69), 972 (1970—74). Nachdem die Bischofssynode von 1971 den Priesterzölibat aufs neue bestätigt hatte, erreichte die Zahl der jährlichen Amtsniederlegungen 1972 den Höchststand von 225.

Wer obige Tatsachen erwägt, kann unmöglich der Frage ausweichen, wie eine so tiefgreifende Krise entstehen konnte und was dieselbe für die Zukunft der Kirche in Frankreich bedeuten mag. Unzählige Presseartikel und Bücher haben das Thema behandelt. Die konservative These dokumentiert das beachtliche Buch eines Professors der Universität Nancy, Paul Vigneron. Seines Erachtens entsprechen die zwei Krisen des Priesternachwuchses im 20. Jahrhundert (1900—14 und ab 1945) dem doppelten Ausbruch modernistischer Irrlehren. Der tendenziösen Deutung von Vigneron kann man trotzdem folgendes „Gesetz“ entnehmen: Jede Verunsicherung des Glaubens, jede Auflockerung des geistigen Zusammenhalts der Katholiken wirkt sich auf den Priesternachwuchs aus.

Zum Schluß möchte ich bemerken, daß diese kritischen Stimmen im Versuch einer weitgespannten, wenn auch noch unübersehbaren ekklesiologischen Umdeutung wurzeln. Der Schwund des Priesternachwuchses muß in den allgemeinen Kontext der wohlstandsgesellschaftlichen Glaubensanfechtung und der kirchlichen Erneuerungsbemühungen hineingestellt werden. Dabei darf jedoch die konkrete Gestaltung der pastoralen Ämter und Dienste nicht außer acht gelassen werden. Der abrupte Rückgang der Ordinationen bedeutet wohl auch, daß viele Katholiken, vornehmlich Jugendliche, den kanonischen und gesellschaftlichen Status des Weltpriesters in Frage stellen. Aus der äußerst knappen Besoldung der französischen Priester (etwa 1 600 FF pro Monat) erklärt sich die Tatsache, daß nahezu die Hälfte von ihnen (meist nebenamtlich) berufstätig sind. Die sogenannten „Arbeiterpriester“ haben sich mit der stillschweigenden Zustimmung der Bischöfe in einem Maße vermehrt, das alle statistischen Vermutungen übertrifft.

IV. Die Laien in der katholischen Kirche Frankreichs

1. Die katholische Aktion

Seit dem Konzil von Trient (1545—1563) hat die Laienschaft sich mehr und mehr in die apostolische Aktion der Kirche eingefügt und einen stetig steigenden Anteil an ihr genommen. Die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich forderte die Laienschaft geradezu heraus, denn dort war die Kirche nach dem Trennungsgesetz von 1905 nur auf sich selbst angewiesen, was nicht allein die Erfüllung ihres Auftrags erschwerte, sondern auch die Verteidigung ihrer Rechte sowie die Sicherung ihrer Freiheit gefährdete. Die Kirche in Frankreich sah sich von daher weit mehr als in den Nachbarländern auf eine intensivere Laienunterstützung angewiesen.

Pius XI. (1922—1939), der von seinem Amtsantritt an darauf bedacht war, die Laien für die apostolische Mitarbeit in der Kirche zu aktivieren, unterstrich mit seinem Aufruf zur „Actio catholica“, die er als Herein- und Teilnahme der Laien in das und am hierarchischen Apostolat definierte, die Notwendigkeit der Laienmitwirkung und förderte sie nach besten Kräften. Das Echo war in den Ländern recht unterschiedlich, dennoch fanden sich in den europäischen Ländern sehr bald Kräfte, die die Forderung Pius XI. mittrugen und in die tägliche Arbeit einbrachten.

In Frankreich, wo im Jahre 1927 die katholische Aktion ins Leben gerufen worden war, riefen herausragende Laientheologen zur Aktivierung dieser Bewegung auf und begründeten sie mit Appellen, die sich vor allem an die christliche Elite Frankreichs richteten und sie aufforderten, in der pluralistischen Gesellschaft der 30er Jahre ein lebensnahes Christentum zu verwirklichen. Im Hinblick auf die in Frankreich immer stärker in Erscheinung tretenden Auswüchse des Laizismus wuchsen den katholischen Laien vor allem auf dem Feld des Schul- und Erziehungswesens Aufgaben zu, die vom Klerus nicht mehr wahrgenommen werden durften.

Was die katholische Aktion nach Papst Pius XII. (1939–1958) nicht sein sollte, hat er — wohl aus Sorge über manche Entgleisungen — in seiner Ansprache vor den Leitern der katholischen Aktion am 3. Mai 1951 dargelegt; der Papst sagte u. a.: „Wir brauchen nicht eigens zu betonen, daß die katholische Aktion nicht berufen ist, eine Kraft im Bereich der Parteipolitik zu sein. Die katholischen Staatsbürger können sich, eben als Staatsbürger, zu einer Vereinigung mit politischen Zielen zusammentun; das ist ihr gutes Recht als Christen wie als Staatsbürger. Daß in ihren Reihen Mitglieder der katholischen Aktion sind und mitwirken — in dem Sinne und innerhalb der Grenzen, die oben erwähnt wurden —, ist berechtigt und kann durchaus wünschenswert sein. Es darf jedoch nicht zugelassen werden, daß die katholische Aktion selbst zu einer parteipolitischen Organisation wird.“

Die katholische Aktion hat ihrer Natur nach nicht die Aufgabe, anderen Vereinigungen vorzustehen und eine Art Oberaufsicht auszuüben. Die Tatsache, daß sie der unmittelbaren Leistung der geistlichen Hierarchie unterstellt ist, schließt diese Folgerung nicht ein.

Der besondere Sinn der katholischen Aktion liegt darin — fuhr Pius XII. in seiner Ansprache fort, nunmehr die Grundbedingungen aufzeigend —, daß sie der Treffpunkt jener tätigen Katholiken ist, die stets bereit sind, im Apostolat der Kirche mitzuarbeiten, jenem Apostolat, das durch göttliche Anordnung hierarchisch ist und unter den Getauften und Gefirmten seine Mitarbeiter findet. Daraus ergibt sich eine Folgerung, die zugleich eine väterliche Mahnung, nicht an die katholische Aktion eines bestimmten Landes, sondern an die katholische Aktion aller Länder ist. Ihr Aufbau wird sich in verschiedenen Gegenden den besonderen Umständen des Ortes anpassen müssen, aber in einem Punkte haben alle ihre Mitglieder gleich zu sein: in dem ‚Fühlen mit der Kirche‘, in der Hingabe an die Sache der Kirche, im Gehorsam gegenüber jenen, die der Heilige Geist als Bischöfe eingesetzt hat, um die Kirche Gottes zu leiten, in der kindlichen Unterwerfung unter den höchsten Hirten, dessen Sorge Christus selbst seiner Kirche anvertraut hat.“¹⁶⁾

Ob die katholische Aktion in Frankreich die hier aufgezählten Bedingungen generell erfüllt hat, mag manch einem fraglich erscheinen, doch ist dies nicht der Ort, diese Frage zu prüfen. Was in Frankreich speziell in jenen Jahren geschehen ist und weiterhin geschah, kennzeichnen die zahlreichen „mouvements spécialisés“, jene Einrichtungen, die auf Milieuverchristlichung durch Milieugehörige ausgerichtet waren. Was daraus erwuchs und sich in die eine oder andere Richtung hin entwickelte, hat Prof. Wackenheim — bezogen auf die Zeit von 1970–1980 — wie folgt abgehandelt:

2. Politisierung der katholischen Aktion

„Es gibt in Frankreich eine sogenannte ‚spezialisierte katholische Aktion‘, die ein recht eigentümliches Gebilde darstellt. Die darin zusammengeschlossenen Organisationen entsprechen drei verschiedenen ‚Lebensmilieus‘. Die Arbeiterwelt oder Arbeiterklassen betreiben drei spezialisierte Bewegungen: die ‚Action Catholique de l’Enfance en monde ouvrier‘, die ‚Jeunesse Ouvrière Chrétienne‘ (1926 durch Abbé Guérin in Clichy gegründet) und die ‚Action Catholique Ouvrière‘. Der sogenannten ‚unabhängigen‘ Mittelklasse entsprechen auch drei je nach Altersstufen gegliederte Organisationen: ‚Action Catholique de l’Enfance en milieux indépendants‘, die ‚Jeunesse Indépendante Chrétienne‘ und die ‚Action Catholique Indépendante‘. Nach einem ähnlichen Schema teilt sich schließlich die für die Landbevölkerung zuständige katholische Aktion in ‚Action Catholique de l’Enfance en monde rural‘, ‚Mouvement Rural de la Jeunesse Chrétienne‘ und ‚Chrétiens du Monde Rural‘ auf. Wichtig ist dabei, daß diese von den Bischöfen offiziell und mit Nachdruck akkreditierte Dachorganisation jahrzehntelang Anspruch auf eine regelrechte Exklusivität des Laienapostolats erheben konnte. An dieser Anmaßung sind die verschiedensten Versuche im Sinne einer integrierten Seelsorge gescheitert. Pastoralräte oder Synoden konnten in Frankreich nie zustande kommen, weil die spezialisierten Bewegungen der katholischen Aktion allen anderen Gruppen und Personen das Recht auf Mitbeteiligung absprachen. Neben dem von der Hierarchie investierten Apparat der katholischen Aktion konnte und durfte es keine apostolische Tätigkeit geben. Selbstverständlich begnügten sich die Bischöfe nicht mit lehramtlicher Unterstützung. Das organisierte Laienapostolat verfügt heute noch über für französische Verhältnisse ganz beträchtliche finanzielle und menschliche Mittel. Ende 1972 formulierte die Vollversammlung des französischen Episkopats die vorherrschende Theorie besonders prägnant, indem sie die Bewegungen der katholischen Aktion als Gruppen charakterisierte, ‚denen ein offizielles Statut und eine offizielle Rolle zukommen und die die Kirche auf privilegierte Weise vertreten.‘

3. Umbruch

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel fiel deshalb im Herbst 1975 folgende von den in Lourdes versammelten Bischöfen erlassene Erklärung in die Öffentlichkeit: ‚Ihrer menschlichen Verwurzelung gemäß sind gewisse Bewegungen (der katholischen Aktion) manchmal in die Lage versetzt, zeitliche Entscheidungen zu treffen, die sie als für ihr Apostolat notwendig und mit dem Glauben der Kirche übereinstimmend betrachten. Sie handeln dann frei unter ihrer eigenen Verantwortung, und ihre Entscheidung bindet nur die jeweilig betroffene christliche Gruppe.‘ Dieser sensationelle Umschlag war um so unverständlicher, als viele französische Bischöfe aus der Schule der katholischen Aktion hervorgegangen waren. Was war nun zwischen 1972 und 1975 geschehen, das einen so radikalen Umschwung erklären konnte? Es waren damals mehrere scharfe Kritiken über die pseudo-soziologischen Postulate und theologischen Ungereimtheiten der offiziellen Laienapostolatstheorie erschienen. Aber der entscheidende Grund des bischöflichen Rückzähers war sehr wahrscheinlich die innere ideologische Entwicklung jener Geister, die die

Kirchenführung selbst gerufen hatte. Zwei Beispiele werden genügen, um diesen Vorgang zu beleuchten.

Am 12. Mai 1974, zwischen den beiden Präsidentschaftswahlgängen, gaben die 800 Delegierten der 'Action Catholique Ouvrière' in Issy-les-Moulineaux folgende Stellungnahme bekannt: 'Durch ihren internationalen Kampf verwirft die Arbeiterklasse die ihr bereitete Situation; durch ihre Organisation strebt sie immer mehr nach dem Verschwinden der kapitalistischen Gesellschaft und nach dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Arbeiter kommen zum Bewußtsein, daß ihnen der Klassenkampf in allen Lebensbereichen aufgedrängt wird (...). Immer mehr Arbeiter halten die politische Aktion für notwendig, um ihre Situation dauerhaft und tiefgehend zu ändern. Deshalb erscheint die Kampagne zur Präsidentenwahl als die Hoffnung eines ganzen Volkes auf ein menschliches Leben, als eine Etappe auf dem Weg nach einer sozialistischen Gesellschaft. Diesen Sinn hat für die verschiedenen Strömungen der Arbeiterklasse die Kandidatur der Linken (Mitterrand!). Da sie die Situation und das Engagement der Arbeiterwelt miterleben, bezeugen die Mitglieder der ACO, daß die Befreiungsanstrengungen der Arbeiterklasse das bekunden, was Jesus Christus den Menschen offenbart.'

Ende Juni 1974 hielt die JOC*) einen nationalen Kongreß in Paris ab. Etwa 40 000 Jugendliche hatten sich dort eingefunden, um die sieben Hauptpunkte ihres Programms vor die öffentliche Meinung zu tragen: 40-Stunden-Woche für alle; soziale Ausstattung; menschenwürdigere Entlohnung; eine 5. Woche Urlaub; Anrecht auf Arbeit für alle; gleiche Chancen für die gesamte Jugend; kostenlose Schulen. Im Laufe der Veranstaltung wurde die Internationale gesungen und beim Schlußakt erblickte man den KP-Chef Georges Marchais — während die CFTC überhaupt nicht eingeladen war.

Dieser Trend ging in die Brüche, als die seit 1977 wieder getrennten Linksparteien bei den letzten Kammerwahlen, im Frühling 1978, eine eindeutige Niederlage erlitten. Dazu kam noch die für die gesamte westliche Welt charakteristische neo-konservative Welle Ende der 70er Jahre, die natürlich auch in Frankreich Gesellschaft und Kirche mitbestimmte. Es stellte sich um so deutlicher heraus, daß die liberalen, sozialen, progressiven und sozialistischen Elemente des französischen Katholizismus eigentlich immer nur eine zahlenmäßig geringe Minderheit bildeten.“ (Vortrag: Colmar)

4. *Erneuerung*

Der „mündige Laie“, von dem nach dem zweiten Vatikanischen Konzil soviel geredet wurde und wird, stieß im französischen Klerus nicht überall und unbedingt auf Gegenliebe. Trotz zahlreicher und länger andauernder Querelen hat man aber inzwischen Vertrauen zueinander gefunden und die Erkenntnis gewonnen, daß, wie es ein Pfarrer betont hat, die Laien „im Vergleich zu uns immer das bessere Gespür für die Probleme des Lebens in der sie umgebenden Welt haben“. Ein anderer hob hervor: „Wenn sich der Priester gegen-

*) Jeunesse Ouvrière Chrétienne

über den Problemen des Lebens interessiert und aufgeschlossen zeigt und den Laien als Priester gegenübertritt, wird er auch von ihnen als solcher genommen“. Wieder ein anderer meinte: „In der Gruppe der aktiven Laien gehört der Priester einfach mit zur Gemeinschaft als einer, der ihre Arbeit teilt und seinen Beitrag leistet. . . .“ Indessen — so sagte es in Colmar Prof. Wackenheim — zeitigt der französische Katholizismus Blüten und Früchte, wo und wie man sie nicht erwartet. Anstelle des organisierten Laienapostolats entstehen informelle Basisgruppen oder charismatische Gemeinschaften. Auch geistliche Berufe gibt es immer wieder, vorwiegend in kontemplativen Orden sowie in neuen, dem modernen Leben angepaßten Institutionen. In priesterlosen Gemeinden gestalten Laien die Sonntagsliturgie. Zahlreiche Gebetsgruppen treffen sich nicht nur im Laufe des Jahres, sondern auch für geschlossene Exercitien. Die religiöse Erziehung der Kinder und Jugendlichen, die ja in Frankreich kaum in den Schulräumen geschehen kann, liegt größtenteils in den Händen freiwilliger Laienkatecheten. Diese und viele andere Indizien zeugen von einem Erneuerungsprozeß, der sich gerade in Frankreich um so rascher vollziehen könnte und müßte, als hier seit Jahrzehnten mehr und mehr kirchliche Strukturen abgebaut werden mußten.

5. Laieneinsatz

„Der Klerus ist nicht mehr allein Herr im Haus. Die Zeit ist vorbei“, erklärt Professor Thomas, „zu der der Kleriker in seinem Klerik-Bereich sich die ausschließliche Alleinverantwortung vorbehalten und alles, was nicht unter seiner Würde war, selber machen konnte, während dem andächtigen Laien zustand, ja und Amen zu sagen“.

Auch wenn es manchem Pfarrer schwer fällt, Laien mitzubeteiligen, er kommt einfach nicht mehr um den Einsatz von Laien herum, schon weil es nicht mehr genug Kleriker gibt.

Über die Hälfte der früher besetzten Landpfarrgemeinden ist priesterlos; sie werden von Nichtpriestern betreut.

„Wenn priesterlose Gemeinden nicht von Nichtpriestern betreut würden, gäbe es da keine Gemeinden mehr. Wenn 150 000 (nicht oder sehr schlecht bezahlte) ständige Mitarbeiter und 220 000 (unbesoldete) Katechisten nicht wirksam mitarbeiteten, wären die Geistlichen außerstande, das tägliche Leben ihrer Kirchen und die Übermittlung ihrer frohen Botschaft zu bewerkstelligen.“

Laien oder Schwestern übernehmen Beerdigungen, Vorbereitung auf die Trauung, Schüler- oder Studentenseelsorge, lehren theologische Fächer, predigen oder leiten Einkehrtage, auch für Priester (Thomas).“ Heute ist normal, was gestern noch unvorstellbar war.

6. Laienengagements

„Kaum je“, hebt Prof. Thomas hervor, „fand man wie heute, wo man auch hinsieht, so viele mehr oder weniger christliche Christen so überall engagiert, wenn es darum geht, gegen Hunger und Misere, Diskrimination und Mißhandlung, Rechtsmißbrauch und Frei-

heitsberaubung oder den Krieg und seine schlechten Mittel anzugehen. Aber vielleicht besonders in unzähligen bescheidenen Engagements: mit Abbé Pierre, wenn uneingeplante Arme auf der Straße liegen, beim Lesen- und Schreibenlernen der ungebetenen Gäste aus der Fremde, beim freundschaftlichen Zuhördienst am Telefon für Einsame und Verzweifelte, beim Brunnenbohren in Indien oder Afrika und zahllosen anderen bescheidenen Weisen, recht und schlecht praktisch Nächste naher oder ferner Nächster zu sein.“

Zusammenfassung

1. In Frankreich sind Staat und Kirche gesetzlich voneinander getrennt. Die Trennung hat ihre Wurzeln in den Wirren und Folgen der französischen Revolution von 1789, denn da begann der systematisch geführte Kampf gegen die katholische Kirche in Frankreich. Seit Napoleon Bonaparte, der die Kirche Frankreichs dadurch, daß er sie zu politischen Zwecken mißbrauchte, weiter schwächte, hat die katholische Kirche Frankreichs nie im gesamten 19. Jahrhundert zur Einheit im öffentlichen Auftreten und zu einheitlichem Handeln gegenüber Staat und Gesellschaft zurückgefunden.

Anfang des 20. Jahrhunderts setzten es die antireligiösen und antiklerikalen Kräfte Frankreichs durch, daß die französische Regierung die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abbrach und die Trennung der Kirche vom Staat gesetzlich vollzog. Die Kirche wurde in Frankreich total säkularisiert und zu einer Privatvereinigung herabgewürdigt.

2. Die ursprünglich äußerst radikal gestaltete Trennung erfuhr im ersten Weltkrieg und Anfang der 20er Jahre beachtliche Milderungen und Klimaverbesserungen; 1920 wurden die diplomatischen Beziehungen zu Rom wieder aufgenommen und 1924 der Kirche die zur Ausübung ihres Kultes unerlässlichen Güter zurückerstattet.

Die Gründung des Elternverbandes der freien Konfessionsschulen, die „Association des Parents de L'Ecole libre“, sicherte den Bestand der katholischen Privatschulen bis auf den heutigen Tag. Als die sozialistische Regierung Mitterrands versuchte, diese Schulen zu verstaatlichen, gelang es dieser Association, von der katholischen Kirche hilfreich unterstützt, das sozialistische Begehren erfolgreich zu vereiteln.

3. Seit der französischen Revolution war Frankreich ein Missionsland und ist es bis heute geblieben. Die „älteste Tochter der Kirche“ hat sich dergestalt emanzipiert und säkularisiert, daß Papst Johannes Paul II. 1980 wohl nicht zu Unrecht fragte: „Frankreich, was hast du aus deinem Taufversprechen gemacht?“

4. Frankreichs Kirche leidet stärker als die Kirchen in vergleichbaren Nachbarländern an Priestermangel. Der katholische Klerus ist inhomogen, verarmt und vielfach vereinsamt. Seine Autorität schwindet; der Priester ist, mehr oder minder, in den Augen vieler nur mehr ein Diener des Kultes.

Der gesamte Klerus gilt als geschwächt. „Auch die Bischöfe“, sagt Prof. Thomas, „sind bescheiden geworden: befragen Sachverständigere, fragen sich, ohne sich zu schämen, nicht auf alle Fragen die Antwort zu haben, und stellen echte Fragen, ohne die Gläubigen oder

Ungläubigen abzukanzeln, wenn sie nach Wissen und Gewissen anders antworten, als das die Frager meinten.“

5. Die Trennung von Kirche und Staat forderte aktive Laien und forderte sie zugleich heraus. Laien verkörpern die „Katholische Aktion“, bestimmen Einsatz und Arbeit des Klerus mit, tragen Verantwortung in Erziehung und Bildung der katholischen Kinder, der Heranwachsenden und Erwachsenen. Laien arbeiten auf allen seelsorglich zu bestellenden Feldern, wo immer das möglich und nötig ist.

Was die Kirche in Frankreich letztlich ausmacht, sei abschließend — wieder mal mit dem lebendigen und plastisch zum Ausdruck kommenden Worten Prof. Jean Thomas — hier vermerkt:

„Gewiß lebt Gott auch heute in Frankreich, viel in seinen Gotteshäusern und wo es sich sonst nach kirchlichem Usus gebührt. Aber er bleibt halt, mit Verlaub zu sagen, ein unverbesserlicher Vagabund. Und diese polizeiwidrige Anlage scheint in der Art und Weise, wie Gott heute in den Menschen, die in Frankreich leben, lebt, wieder einmal besonders flagrant zu Tage zu treten.

Die Kirche gibt weniger an, und man nimmt ihr weniger ab. So sind die Christen weniger häuslich zu Hause, aber überall; mehr oder weniger christlich mit allen möglichen mehr oder weniger anderen; mit denen, die anders glauben oder anders denken; oder glauben, nicht zu glauben; die die Welt anders sehen und anders wollen. Was soll das geben?

Das gibt zunächst eine echte Krise. Denn das bringt viele Christen, die gewohnt sind, es mit ihrem Christsein ernst zu nehmen, um ihre gewohnte Art, Christ zu sein. Die einen vermissen die gute alte christliche Zeit, zu der die Welt ihrer Erinnerung ordentlich war und Geborgenheit bot. Andere sehnen sich danach, wie sie sich seiner Zeit zuversichtlich anschickten, gesellschaftlich, im christlichen Fortschritt christlicher Politik, wie im Himmel so auf Erden, ein christlich organisiertes und funktionierendes neues Jerusalem hier und jetzt aufzubauen. Die Jüngeren unter denen, die nach dem Glauben leben möchten — auch die Älteren unter den Jüngeren und die Jüngeren unter den Älteren —, kommen nicht mehr mit. Sie haben zuviel von christlichen Zivilisationen, christlichen Regimen, christlicher Politik und christlichem Getue gesehen oder gehört, um auf christliche Ordnungen übertriebene Erwartungen zu setzen. Sie kommen eigentlich gar nicht mehr auf den Gedanken, daß es eine spezifisch christliche Art und Weise, alles besser zu machen als alle anderen, gäbe und daß sie damit diesen unterentwickelten anderen vorbildlich gegenüberstünden...“

... So lebt Gott heute in Frankreich bescheidener als in der guten alten Zeit, weniger majestätisch, pädagogisch und diszipliniert, nicht wie Gott in Frankreich, aber ein ganz interessantes Menschenleben.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Josef Lortz: Geschichte der Kirche, Münster 1948.
- 2) Vgl. R. Kottje u. B. Moeller: „Ökumenische Kirchengeschichte 3, S. 136/37, Kaiser Grünewald, Mainz 1974.
- 3) Vgl. Schuchert/Schütte: „Die Kirche in Geschichte und Gegenwart“, S. 483, Thomas-Verlag, Kempen 1969.
- 4) ebd.
- 5) ebd.
- 6) Vgl. Josef Lortz: Geschichte der Kirche, Münster 1948.
- 7) Vgl. Jacques Duquesne: Die Priester, Verlag Fritz Molden, S. 11, Wien, 1965.
- 8) Vgl. hierzu auch „Lexikon für Theologie und Kirche“, Herder, Freiburg 1961.
- 9) Vgl. Jacques Duquesne: „Die Priester“, S. 167, Verlag Fritz Molden, Wien-München, 1965.
- 10) ebd.
- 11) Vgl. Georges Bernanos: „Tagebuch eines Landpfarrers“, Wien, 1936.
- 12) Vgl. Jaques Desquene: „Die Priester“, S. 141/42, Verlag Fritz Molden, Wien-München 1965.
- 13) Vgl. Die christliche Familie; Nr. 22, 31.5.1981: „Rechenschaft eines franz. Landpfarrers“, Essen-Werden.
- 14) Vgl. Jacques Duquesne: „Die Priester“, S. 178–180.
- 15) ebd., S. 274f.
- 16) Vgl. „Der Papst sagt“, herausgeg. v. Michael Chinigo, Verlag Heinrich Scheffler, Frankfurt a.M., 1955.

Anspruchsvoller Christ — armer Pfarrer

Es gibt heute anspruchsvolle Christen. Kommt der Papst, dann sind sie dabei. Und um auch wirklich gesehen zu werden, bemühen sie sich um die erste und in einer Anwendung von Demut vielleicht um die zweite Reihe.

Zuweilen tut es natürlich auch ein Pontifikalamt. Da muß man schon dabei sein, man ist ja schließlich Christ und katholisch.

Es gibt dann noch die Schar der Feiertagschristen. Sie strömen zu Weihnachten, sie sind oft auch Ostern zu finden, aber weniger zu Pfingsten. An den sonstigen Sonn- und Feiertagen sind diese armen strapazierten Mitbürger aus eigener Vollmacht entschuldigt. Alle paar Jahre in einem Bußgottesdienst werden solche kleinen Dinge wieder „geregelt“.

Es gibt da noch einige religiöse „Feinschmecker“. Sie erkundigen sich dann weniger nach der Messe, sondern nach dem „Opus“, das zu Gehör gebracht wird, vielleicht auch nach dem einen oder anderen Solisten oder nach dem Organisten.

Allen aber ist zu eigen, daß sie für ihr Kommen auch etwas verlangen.

Doch leider auch die Schar der lieben und guten Alltagschristen ist vom Anspruchsdenken angekränkt.

Da predigt heute nicht ihr Wunschpfarrer, und schon geht es los: „Bei der Predigt wäre ich beinahe eingeschlafen!“ „Diese monotone Stimme!“ „Singen kann der auch nicht!“ „Der hat die Gemeinde ja nicht im Griff. Das Aufstehen klappte gar nicht!“

Wenn man still, noch angetan vom Mysterium der Gegenwart des Herrn, dem Ausgang nach der Messe zustrebt, dann kann man solche Worte hören. Sie schmerzen. Denn diesen Christen geht verloren, was der eigentliche Mittelpunkt der Messe ist: Verkündigung des Wortes und Wandlung der Gaben in den Leib und das Blut des Herren.

Die Predigt oder wie entsprechend versierte Christen sagen, die Homilie (erbauliche Bibelauslegung) ist nur ein Teil des Dienstes vor Gott. Kernstücke sind und bleiben das Wort (aus 1., 2. Lesung und Evangelium), das heilige Opfer und das Gebet.

In der heutigen Zeit, da die Priester leider so wenige geworden sind, müßte der katholische Christ endlich von seinem Anspruchsdenken Abschied nehmen. Es ist ja eben das Geheimnis und das Mysterium dieser unserer Kirche, daß das heilige Opfer auch vom letzten Dorfpfarrer — man verzeihe diesen Ausdruck — in der gleichen Wirksamkeit gefeiert wird wie vom Papst persönlich.

Es ist an den Christen gelegen, den Dienst vor Gott wieder als Gottesdienst und nicht als erbauliches Spektakel zu sehen. Der Vermittlerdienst, den der Pfarrer, der von Gott für diesen Dienst berufen, für uns Menschen leistet, steht und fällt nicht mit unserer Zustimmung. Gott hat die Apostel beauftragt das — sein — Wort zu künden und die Sakramente zu verwalten in Redlichkeit und Heiligkeit. Von rhetorischer Eleganz war nicht die Rede.

Nehmen wir unsere Pfarrer so an, wie Gott sie als Menschen wachsen ließ. Danken wir für jeden, den Gott in seinen Dienst beruft, und danken wir jenen, die seinem Ruf folgen.

M. H.—H. F.

Grundorientierung für ein Laienapostolat in der Kirche unter Soldaten — Aufgaben zur Intensivierung von Gemeinde- und Verbandsleben

Heinrich Havermann

1. Die Ausgangslage: Religiöse Gleichgültigkeit greift um sich

Zu den ersten Boten des christlichen Glaubens, die in unser Land kamen, gehörten vor allem die römischen Legionäre. Einen besonderen Ruf hat die Thebäische Legion christlicher Soldaten, die, von Kaiser Maximian zur Christenverfolgung eingesetzt, im letzten Drittel des dritten Jahrhunderts den Gehorsam verweigerte und mit ihrem Anführer Mauritius den Märtyrertod starb. In den alten Standorten der römischen Besatzung gedenkt man noch heute dieser Glaubenszeugen: Viktor in Xanten, Gereon in Köln, Cassius und Florentius in Bonn. Diese legendäre Legion war in der ägyptischen Thebais beheimatet. In späterer Zeit — um 430 betrug die Zahl der Mönche in Ägypten 50 000; unübersehbare Scharen von Mönchen belebten die Wüste. Ihr inneres Ringen wie ihr Tag und Nacht laut angestimmtes Gotteslob heiligten die Einsamkeit der stummen Wüste. In Oberägypten leitete im 5. Jahrhundert Abt Schenute ein Kloster, dem allein 2 200 Mönche und 1 800 Nonnen angehörten.

Im siebten Jahrhundert fegte der Sturm des Islam durch den vorderen Orient, über Ägypten und ganz Nordafrika. Er erstickte überall das blühende christliche Leben. In Nordafrika, dem Lande des heiligen Augustinus, wo es die meisten Bischofssitze in der alten Kirche

gab, blieb kein Bischofssitz erhalten. Heute verweisen nur noch die Titel der Weihbischöfe auf ein einst geistig und religiös reiches Land, das für Christen in der Folgezeit eine rechte Wüstenei wurde.

Keine Weltgegend, kein Landstrich, kein Volk hat die Zusage, daß ihm bis zur Endzeit die Gnade des christlichen Glaubens und eine durch ihn überhöhte Kultur erhalten bleibt. Christliche Kultur verschwindet nicht nur durch jahrhundertelange Unterdrückung; sie kann auch verschwinden durch eine religiöse Austrocknung der Menschen.

In einer Pfarrei des heiligen Köln soll die Statistik vor kurzem um die hundert Firmkandidaten ausgeworfen haben. Angesichts einer so großen Zahl soll der Kardinal Interesse bekundet haben, das Sakrament der Firmung selbst zu spenden. Als man anfang, die Firmung vorzubereiten, sollen sich dafür zwei Bewerber gemeldet haben.

Drückt dieses Beispiel nicht sehr deutlich ein heute leicht erfahrbares Phänomen aus: religiöse Gleichgültigkeit? Zu diesem Phänomen machte die Referentin für Mittel- und Nordeuropa im Vatikanischen Sekretariat für die Nichtglaubenden, Frau Dr. Peter, auf einer Studententagung in Augsburg Mitte Dezember 1985 die folgenden Feststellungen:

„...man (kann) wohl als die verbreitete Form modernen Unglaubens... (die) religiöse — und auch ethische — Gleichgültigkeit (bezeichnen), die, vielleicht zunächst ein Produkt der westlichen Konsumgesellschaft, immer weitere Kreise zieht und, im Gegensatz zum kämpferischen Atheismus und Unglauben der Vergangenheit, eine schwer erfassbare, diffuse Form der Religionslosigkeit darstellt... Wir stehen... hier vor einem Problem, das an sich nicht neu ist und seine letzten Wurzeln wohl in der zur Trägheit neigenden Natur des Menschen hat, der sich irgendwie gegen die Übernahme folgenschwerer und unbequemer Verpflichtungen sträubt...“ (OSSERVATORE ROMANO Nr. 2 vom 10.1.1986, S. 4).

Vor der Sondersynode der Bischöfe gab Kardinal Höffner wenige Wochen früher am 26.11.1985 in Rom eine kritische Situationsbeschreibung zur Lage der Kirche in unserem Vaterland. Er sagte unter anderem:

„...Es läßt sich nicht leugnen, daß sich in der katholischen Kirche Deutschlands auch Krisenhaftes und Bedauerliches zeigt.

1. Durch den schweren Traditionsbruch Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre sind bei vielen Katholiken die religiösen und sittlichen Überzeugungen und Verhaltensweisen verunsichert worden. Die Zahl der Kirchenbesucher ist gesunken. Der religiöse Indifferentismus greift um sich.

2. Das kritische Hinterfragen der Glaubens- und Sittenlehre der Kirche, das nicht selten in unverantwortlicher Weise geschah und von den Massenmedien häufig sehr oberflächlich aufgegriffen wurde, hat nicht wenige Gläubige verwirrt. Manche fragen traurig: ‚War denn alles falsch, was wir bisher geglaubt haben?‘

3. Die Weitergabe des Glaubens von der älteren an die jüngere Generation ist gestört, teils weil viele Familien hier versagen, teils weil auch der Religionsunterricht und die Katechese in eine Krise geraten sind.

4. Durch die Auseinandersetzung zwischen den sogenannten ‚Progressiven‘ und ‚Konservativen‘ wurde die missionarische Ausstrahlungskraft der Kirche geschwächt.

Nicht wenige Katholiken identifizieren sich nur zum Teil mit der Kirche und ihrer Lehre. Sie sagen: ‚Ich glaube an das Wort Gottes, aber nur teilweise; ich achte die Gebote Gottes, aber nicht alle...; ich bin katholisch, aber nicht ganz.‘ Die Teilidentifikation ist gefährlich; denn sie ist Ausdruck der ‚Individualisierung von Glücksansprüchen‘ und eines Eklektizismus. Sie widerspricht der Nachfolge Christi, die den ganzen Menschen ohne Vorbehalt fordert.

5. Die Krise der Kirche ist nicht an erster Stelle eine Krise, die innerkirchlich aus dem Ringen um den rechten Glauben entstanden wäre, wie es etwa bei den christologischen und trinitarischen Auseinandersetzungen der ersten christlichen Jahrhunderte oder im Streit um die Ikonenverehrung oder im Ringen um die Rechtfertigung zur Zeit Luthers der Fall gewesen ist. Die gegenwärtige Krise der Kirche ist vielmehr weithin durch das Hereinholen der säkularisierten Welt in die Kirche, vor allem in der Form einer maßlosen Emanzipation, des Subjektivismus, des Horizontalismus und des Konsumismus bedingt. Die Auswirkungen sind in den Familien, in den Schulen und Universitäten und im öffentlichen Leben deutlich erkennbar.

6. Die Krise zeigt sich auch darin, daß viele ihre Hoffnung auf die Änderung von Strukturen und Zuständigkeiten setzen, während die wahre Erneuerung der Kirche in der Bekehrung der Herzen und der Hinwendung zu Gott besteht. Man könnte frei nach Wilhelm Busch sagen: ‚Die Strukturen sind anders, die Formen sind neu. Der alte Adam ist auch dabei.‘...“ (OSSERVATORE ROMANO, Nr. 49 vom 6. 12. 1985, S. 7).

Am 19.3.1986 setzte der Katholische Militärbischof nach Beratung bei der Zentralen Dienstbesprechung der dienstaufsichtführenden Militärgeistlichen und nach Beratung mit dem Vorstand der Zentralen Versammlung die „Ordnung für die Arbeitskonferenz beim katholischen (Wehr-)Bereichsdekan“ in Kraft.

Damit ist auf allen Ebenen im Bereich der Katholischen Militärseelsorge der Einsatz von Laien in den beratenden Gremien hinsichtlich der Aufgaben und der Arbeitsweise durchstrukturiert.

Wenn man die jeweiligen Ordnungen ordentlich studiert hat, weiß man, wer wen bei welcher Sitzung trifft und worüber die Sitzungsteilnehmer wahrscheinlich miteinander beraten.

Ob die Beratung zu einem Rat an den Inhaber des kirchlichen Leitungsamtes auf der jeweiligen Ebene führt, steht genauso dahin wie die Erwartung, jeder Gedankenaustausch münde in missionarische Aktionen der Laien bzw. Unternehmungen mit Bekenntnischarakter.

Den seit diesem Jahr umfassend festgelegten Organisationsstrukturen auf der Seite der beratenden Gremien mochte die verbandsähnliche Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) nicht nachstehen. Sie ergänzte die Aussagen ihrer Ordnung zu den Verbandsaufgaben durch ein Papier von mehr als 40 Seiten, in dem sie ihre Ziele und Wege erläuterte, mit dem sie letztlich den Versuch unternimmt, ihre Arbeit zu strukturieren.

Wie sagte Kardinal Höffner?

„Die Strukturen sind anders, die Formen sind neu. Der alte Adam ist auch dabei.“

Was nützen einem miesen Fußballverein Bemühungen um neue Taktiken, neue Trainer oder neue Trikots, wenn die Spieler müde sind oder nach besser zahlenden Clubs Ausschau halten?

Was ist die beste Struktur des Laienapostolates ohne engagierte Laien, die bereit sind,

- Zeit zu opfern,
- die notwendigen Fähigkeiten für das Apostolat zu erwerben,
- selbstlos im Apostolat zu arbeiten,
- mutig in der Öffentlichkeit aufzutreten?

Strukturen sind wichtig, weil sie die Zusammenarbeit ordnen und damit Reibungen vermeiden helfen. Ohne klare Organisation kann auch ein Orden frommer Asketen nicht bestehen. Doch wichtiger als alle Organisation, alle Ordnungen und Strukturen sind einsatzwillige und -freudige Menschen.

Seine kritische Situationsanalyse vor der Bischofssynode in Rom beendete Kardinal Höffner mit dieser Forderung:

„...Die Christen dürfen sich in der Welt von heute nicht in ein Ghetto zurückziehen. Sie müssen die Botschaft Christi in alle Bereiche des modernen Lebens tragen: in das Familienleben, in den Bereich der Erziehung und der Schule, in den Bereich der Arbeit und der Wirtschaft, in das öffentliche Leben...“ (OSSERVATORE ROMANO, Nr. 49 vom 6.12.1985, S. 7).

Frau Dr. Peter schloß ihren Vortrag im Dezember letzten Jahres in Augsburg mit den Worten:

„...In dieser von der religiösen Gleichgültigkeit gekennzeichneten Welt werden also nur gut im Glauben ausgebildete, überzeugungstreue und von missionarischem Eifer beseelte Männer und Frauen in der Lage sein, diesen Glauben nicht nur zu bewahren, sondern ihn auch in allen Milieus präsent zu machen, damit er wieder zu einer die Geschichte gestaltenden Macht werde.“ (OSSERVATORE ROMANO, Nr. 2 vom 10.1.1986, S. 5)

2. Die Sendung: Auftrag der Laien in unserer Zeit

Mit diesen Worten ist eigentlich auch schon umschrieben, was das Laienapostolat bezweckt.

Apostolat — Mission — das sind die griechischen bzw. lateinischen Worte für Sendung. Sie ist letztlich zurückzuführen auf das letzte der in den Evangelien aufgezeichneten Worte

Jesu an seine Jünger: "...Gehet hin in alle Welt und verkündet die frohe Botschaft der ganzen Schöpfung!" (Mk 16,15 bzw. Mt 28,19).

Das Zweite Vatikanische Konzil überträgt mit der Nummer 2 des „Dekretes über das Apostolat der Laien“ den biblischen Sendungsauftrag in die Sprache unserer Zeit:

„...Dazu ist die Kirche ins Leben getreten:

- sie soll zur Ehre Gottes des Vaters die Herrschaft Christi über die ganze Erde ausbreiten
- und so alle Menschen der heilbringenden Erlösung teilhaftig machen,
- und durch diese Menschen soll die gesamte Welt auf Christus hingeeordnet werden.

Jede Tätigkeit des mystischen Leibes, die auf dieses Ziel gerichtet ist, wird Apostolat genannt...“

In bezug auf den Menschen soll eine Ordnung der Welt nach christlichen Grundsätzen, was wohl gleichzusetzen ist mit der Herrschaft Christi über die Erde, dem Menschen das Heil bringen.

Die frohe Botschaft Jesu Christi gereicht auch noch dem Menschen des 20. Jahrhunderts zum Heil, der eine Zeitlang glaubte, daß für ihn aufgrund seiner Erkenntnis alles — auch das Paradies auf Erden — machbar sei, und der nun angesichts des von ihm Geschaffenen in Angst und Schrecken gerät.

Daß die Herrschaft Christi und eine christliche Weltordnung allein das Heil des Menschen bezwecken und daß hinter dem Sendungsauftrag der Kirche die Sorge um den Menschen steht, macht die Nummer 3 der „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“ deutlich, die das Zweite Vatikanische Konzil am 7.12.1965 verabschiedete. Darin heißt es:

„3. Gewiß staunt die Menschheit heutzutage bewegt über die eigenen Erfindungen und die eigene Macht; trotzdem wird sie oft ängstlich bedrückt durch die Frage nach der Entwicklung der heutigen Welt, nach dem Ort und Auftrag des Menschen im Weltall, nach dem Sinn seines Schaffens als Einzelperson und in Gemeinschaft mit anderen, schließlich nach dem letzten Ziel der Dinge und Menschen... Es geht um die Rettung der menschlichen Person, es geht um den rechten Aufbau der menschlichen Gesellschaft. Der Mensch also, der eine und ganze Mensch, mit Leib und Seele, Herz und Gewissen, Vernunft und Willen steht im Mittelpunkt...“

Ist die so beschriebene Sorge um den Menschen, sein Heil und die Entwicklung einer menschenwürdigen Gesellschaft nicht eine aktuelle Herausforderung?

Entspricht die Botschaft Christi dieser Herausforderung nicht eher als alles, was heute auf dem Markt der Ideologien angeboten wird?

Ist die Botschaft Christi mit ihrem Liebesgott nicht humaner, menschenfreundlicher als die vielen Glücksvorstellungen, die sich Menschen erdacht oder die Machteliten ihren Mitmenschen gar verordnet haben?

Kann man für diese frohe Botschaft, dieses Evangelium nicht mehr Menschen begeistern?
Muß deshalb nicht jeder gläubige Christ sich persönlich einsetzen für die Verwirklichung der Heilssendung?

Jeder Christ ist zum Apostolat berufen.

Jeder Christ hat auf seine ihm gegebene Art, das Evangelium zu künden, die frohe Botschaft weiterzutragen.

„... Das Konzil hat die Kirche als das eine Volk Gottes neu zu sehen gelehrt, ihre einheitliche Heilssendung bekräftigt und die aktive, verantwortliche, entschiedene und unersetzliche Beteiligung der Laien an dieser Sendung wiederholt betont. Die einheitliche Heilssendung der Kirche ist konkret eine dreifache in Verkündigung, Liturgie und Diakonie. Die darin enthaltenen Aufgaben kommen allen Gliedern des Volkes Gottes gemeinsam, jedoch in verschiedenen Funktionen, folglich mit unterschiedlichem Schwergewicht zu.

So sind in der katholischen Kirche das Dienstpriestertum und das Bischofsamt für die religiöse Prägung der Sendung wesentlich und unverzichtbar.

Die Hauptaufgabe der Laien liegt demgegenüber eindeutig im menschlich und sachlich engagierten Dienst an der Welt — in den Bereichen der Familie, des Berufslebens, des Sozialen, der Politik, der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaften und Künste, der Medien und des internationalen Lebens.

Daraus folgt, daß die Laien ihr Interesse nicht primär oder gar ausschließlich auf rein innerkirchliche Dienste und Funktionen richten sollten; dies bedeutete Weltflucht für die ganze Kirche. Es wäre unsinnig, wenn die Laien Forderungen erheben würden, die das Dienstpriestertum zurückdrängen oder gar ersetzen wollten. . .

... im Blick auf den spezifischen Weltdienst der Laien wird die Frage immer dringlicher, wie die Probleme der Welt mit ihren verschiedenen Sachbereichen und die Aufgaben der Christen in ihnen von den Laien innerhalb der Kirche wirksam zur Sprache gebracht werden können. . .“ (A. Schwan „Der Priester muß Priester bleiben“, in RHEINISCHER MERKUR/CHRIST UND WELT, Nr. 38 vom 12.9.1986, S. 24); denn es ist Sache der Laien, das kirchliche Amt herauszufordern und ihm ungelöste, offene Fragen der Welt vorzulegen, damit sie im Sinne des Evangeliums beantwortet werden können.

Die vielfältigen Aussagen der Kirche zum Laienapostolat konkretisierte Papst Johannes Paul III. für den Bereich der Militärseelsorge am 21.6.1986 in einer Ansprache an den Vorstand des Internationalen Militäräpistolats. Er sagte: „... Als Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die christlichen Glaubens sind, wollt ihr diesen Glauben vertiefen, in seinem Licht die schwierigen Fragen klären, vor die ihr gestellt werdet, ihn in allem, was ein Leben ausmacht, in die Tat umsetzen und davon in eurer militärischen Umgebung Zeugnis geben. Das gehört zum Wesen des Laienapostolates, das sich auf Gnade und Verantwortung der Taufe gründet und zu dem das Zweite Vatikanische Konzil besonders ermutigt hat: ebenso zum persönlichen Apostolat wie zum Apostolat von Gruppen, die gebil-

det werden, um ihre Mitglieder besser zu unterstützen und ein gemeinsames Zeugnis zu geben...

Die jüngste Apostolische Konstitution „*Spirituali Militum Curae*“ vom 21. April zur Neuordnung der Zuständigkeiten der Militärbischöfe stellt mit Recht klar: „Da alle Gläubigen am Aufbau des Leibes Christi mitwirken müssen, sollen der Ordinarius und sein Presbyterium dafür sorgen, daß die gläubigen Laien des Ordinariats, sowohl als einzelne wie gemeinsam, ihre Rolle wahrnehmen als apostolische, aber auch missionarische Triebkraft unter den übrigen Soldaten, mit denen sie zusammenleben...“ (OSSERVATORE ROMANO, Nr. 33/34 vom 15.8.1986, S. 11).

Der Papst erwartet im einzelnen

- eine Vertiefung der Überlegungen hinsichtlich der sittlichen Fragen, die mit dem Soldatenberuf zusammenhängen;
- eine klare Gewissensbildung im Hinblick auf die großen Probleme des Dienstes am Frieden und für die Sicherheit;
- Beiträge zur Klärung der Überzeugungen junger Leute und der öffentlichen Meinung in Fragen des Friedens und der Sicherheit;
- eine menschlichere und gerechtere Organisation des Militärlebens als Ausdruck christlicher Nächstenliebe;
- die Befähigung der Wehrpflichtigen, trotz Entwurzelung im Dienst ihren Glauben und ihre religiöse Praxis zu leben;
- aufmerksame Hilfe für alle, die in materielle und moralische Schwierigkeiten geraten;
- eine Ausbildung für das Apostolat durch wachsendes Vertrautwerden mit dem Evangelium und der ganzen Lehre der Kirche;
- eine innige Vereinigung der Soldaten mit Christus im Gebet und in den Sakramenten.

Der Papst versichert den Vertretern des Apostolat Militaire International, daß sie ihren Platz in der Kirche haben. Zum Schluß seiner Ansprache ruft er ihnen zu:

“...die Kirche gibt viel auf euer Apostolat: Seid unter euren Brüdern Licht, Salz, Sauerreife des Evangelismus!”

3. Die Verwirklichung des Apostolats in der Kirche unter Soldaten

Mühe los kann man aus den Erwartungen des Papstes ein mehrjähriges Programm für die Laienarbeit im Bereich der Katholischen Militärseelsorge machen. Doch wie verwirklichen wir dieses Programm?

Um mit den nur geringen freiwilligen Kräften in der für Engagierte immer knapp bemessenen Freizeit wirkungsvoll und einigermaßen erfolgreich im Laienapostolat arbeiten zu können, müssen wir die gegebenen Ordnungen beachten und die vorhandenen Strukturen sinnvoll nutzen. Diese dürfen uns nie beherrschen, wir müssen sie selbst souverän anwenden, um die uns gesetzten oder freiwillig gewählten Ziele schad- und möglichst auch reibungslos zu erreichen.

Die Grundstruktur des Laienapostolates, die etwa seit dem zweiten Vatikanischen Konzil bzw. seit dem Ende ihrer Würzburger Synode in allen Diözesen der Bundesrepublik Deutschland anzutreffen ist, besteht aus zwei tragenden Säulen: Das sind einmal die katholischen Verbände mit einer schon langjährigen Tradition und vielfältigen Verdiensten in staats-, gesellschafts-, sozial- und kulturpolitischen Bereichen; das sind zum anderen die dem kirchlichen Amt auf der jeweiligen Ebene zugeordneten beratenden Gremien, die sich seit ihrem Bestehen um eine Erneuerung des Gemeindebewußtseins und eine Intensivierung der Mitverantwortung der Gemeindemitglieder an der Entwicklung ihrer Kirche verdient gemacht haben.

Dieses Säulenpaar von Räten und Verbänden ist zur Zeit in den meisten Diözesen unterschiedlich ausgebildet, so daß die Last der Laienarbeit nicht gleichmäßig, nicht optimal — ja manchmal auch nicht risikolos getragen wird.

Was kennzeichnet nun die beiden Säulen? Die besonderen Merkmale und Eigenarten für Verbände wie Räte herauszuarbeiten heißt, ihre Tragfähigkeit und Belastbarkeit zu bestimmen, heißt, eine sinnvolle, erfolgsorientierte Aufgabenverteilung vorzunehmen. Erfreulicherweise gibt es schon ein Papier, das die Besonderheiten der beiden Säulen des deutschen Laienapostolates beschreibt. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) erkannte schon in den siebziger Jahren, daß die in Räten und Verbänden verwirklichte Laienarbeit auch die Gefahr gegenseitiger Behinderung bzw. sinnloser Konkurrenz hervorrufen kann. In einer am 18.11.1978 beschlossenen Stellungnahme „Zum Profil der katholischen Verbände“ wird auf Seite 6 dieses Risiko deutlich angesprochen. Es heißt dort:

„...Einige Verbände gefährden ihre spezifischen Möglichkeiten dadurch, daß sie sich mehr und mehr im Sinne von gemeindlichen bzw. kirchenamtlichen Strukturen verstehen. Entwicklungen in solche Richtung werden gelegentlich von recht unterschiedlichen Positionen her und durch entgegengesetzte Motive ausgelöst. Verbände können sich von sich aus auf ein gemeindliches Selbstverständnis zubewegen, wenn sie für gewisse Personengruppen ein pastorales oder gesellschafts-diakonisches Monopol innerhalb der Kirche anstreben. Bischöfe und kirchenamtliche Stellen können dieselbe Entwicklung dadurch fördern, daß sie Verbände in einem zu weiten Umfang in kirchenamtliche Auftragsverhältnisse nehmen...“

Die Stellungnahme des ZdK „Zum Profil der katholischen Verbände“ hebt dann in vier Merksätzen das Besondere der Verbände gegenüber den Räten hervor. Diese Merksätze sollten ernsthaft beachtet werden, wenn ein gemeinsamer Erfolg des Laienapostolates von den Amtsträgern und den engagierten Laien unter den bereits dargelegten Einsatzbedingungen — geringe Kräfte, knappe Zeit — gewollt wird.

Die vier Merksätze lauten:

(1) Verbände sind freie Initiativen, während Räte einem kirchlichen Amt zugeordnete Gremien sind.

(2) Verbände wirken in von ihnen selbst bestimmten Sach-, Berufs- oder Lebensbereichen, während dem Amt zugeordnete Räte immer dem Ganzen der Kirche verpflichtet sind.

(3) Verbände dürfen, sie müssen im Interesse ihrer Wirksamkeit auswählen — auch ihre Mitglieder, während Räte sich verantwortlich fühlen müssen für „organisierte“ und „nichtorganisierte Katholiken“, für „Nah- und Fernstehende“.

(4) Verbände haben teil an der einen Sendung der Kirche, Räte koordinieren die Laienarbeit auf ihrer jeweiligen Ebene insgesamt.

Für die Kirche unter Soldaten bedeuten diese Merksätze:

(1) Ob es an einem Standort einen GKS-Kreis gibt oder nicht, liegt an der Bereitschaft der Soldaten vor Ort, sich für die Ziele der GKS aktiv einzusetzen.

Der verantwortliche Inhaber eines kirchlichen Amtes soll für seinen Bereich ein beratendes Gremium zusammenkommen lassen.

(2) Die GKS legt ihre Ziele und Aufgaben selbständig in einer Ordnung fest und leitet von daher immer wieder konkrete Aufträge zur Bewältigung aktueller Alltagsprobleme ab.

Die Räte unterstützen die Militärgeistlichen auf der jeweiligen Ebene beim Aufbau einer lebendigen Kirche durch Anregungen, Beratung und Mitwirkung. Sie fördern das Entstehen/die Entwicklung von GKS-Kreisen bzw. freier Initiativen und organisieren die Laienarbeit in ihrem Bereich nach dem Subsidiaritätsprinzip.

(3) Die GKS leistet ihre Verbandsarbeit nach dem Grundsatz: „Nicht kleckern, sondern klotzen!“ Durch überlegte Auswahl gleichgesinnter, qualifizierter Soldaten und durch Schwerpunktbildung auf wenige religiöse, berufsbezogene bzw. gesellschaftspolitische Aufgaben erreicht sie eine hohe Wirksamkeit, ja Durchschlagskraft.

Räte müssen in ihrer Arbeit offen für alle sein und darum den Missionsgedanken pflegen, Abseits stehende suchen, die Seelsorge im gesamten Pastoralbezirk beobachten und attraktive Veranstaltungen anbieten.

(4) Aufgrund unterschiedlicher Interessen und Aufgabenwahl kann es in einem Seelsorgebezirk mehrere GKS-Kreise geben. Auch andere freie Initiativen wie z.B. Frauenkreise sind denkbar.

Räte sind einmalig in ihrem Bereich, sie müssen sich für die gesamte Laienarbeit ihres Bereichs verantwortlich fühlen und unter Umständen Koordinierungsaufgaben übernehmen.

Diese Auslegung der vier Merksätze der ZdK-Stellungnahme soll zu einer stärkeren Ausprägung des Profils der GKS und der Räte in der Kirche unter Soldaten beitragen. Sie ist auf allen drei Ebenen der Laienarbeit zutreffend.

Laienarbeit ist nur sinnvoll und nur dann eine Unterstützung für die Militärgeistlichen, wenn sie aufgabenorientiert ist. Rufen wir uns stichwortartig die Aufgaben in Erinnerung,

die der Papst in seiner Ansprache vor dem Vorstand des Internationalen Militärpostolates entwickelte, und versuchen wir dann, diese Aufgaben in die Struktur der Laienarbeit einzuordnen.

Der Papst forderte auf zu

- einer religiös/sittlichen Weiterbildung,
- einer ethischen Begründung des Soldatenberufs,
- einer gewissenhaften Durchdringung der Probleme von Sicherheit und Frieden,
- einem Engagement für Frieden und Sicherheit in der Öffentlichkeit,
- einer menschlichen Gestaltung des Truppenalltags,
- einer aufmerksamen Betreuung der Wehrpflichtigen,
- einer aufgeschlossenen Hilfsbereitschaft und Kameradschaft,
- einem aktiven religiösen Leben und
- einer Ausbildung zum Apostolat.

Die wichtigste Ebene des Laienpostolates ist die des Pfarrgemeinderates und die des GKS-Kreises.

Auf der Grundlage persönlicher Bekanntschaft und Freundschaft sollten sich in einem GKS-Kreis die religiösen, soldatischen und staatsbürgerlichen Anlagen des Einzelmitglieds entfalten können. Den Zweck der Mitgliedschaft in einem solchen Kreis umriß der Mainzer Domkapitular Moufang schon auf dem 10. Katholikentag 1858 in Köln, als er zu einer Intensivierung des Vereinslebens aufrief und forderte: „... jeder Mann sollte sich einem Verein anschließen, einem Verein, damit er sich selbst besser mache, oder einem Vereine, der das Wohl des Nächsten und der Kirche erstrebt, oder an Vereine, die sich mit dem Wohl des Vaterlandes beschäftigen...“ (RHEINISCHER MERKUR/CHRIST UND WELT, Nr. 37 vom 5.9.1986, S. 22).

Die GKS deckt mit den Zielen ihrer Ordnung und dem programmatischen Papier „Ziele und Wege der GKS“ vom 28.4.1986 alle die erwähnten Bestrebungen ab. Dieses Programmpapier will eine Weiterentwicklung der GKS einleiten, vor allem

- zu einer Vergrößerung der Mitgliederzahl,
- zu deren besserer Weiterbildung und
- zu einer größeren Wirksamkeit nach innen und außen.

Das geht nicht ohne Arbeit, ohne Vortragsveranstaltungen, ohne Gesprächskreise mit anderen Gruppierungen, ohne Forderung des Einzelmitglieds. Zum Erreichen ihrer Ziele sieht die GKS eine Konzentration ihrer Arbeit auf folgende Themenkreise vor:

- (1) Glauben und kirchliche Lehre
- (2) Soldatischer Auftrag und gesellschaftliche Aufgaben
- (3) Gemeinschaftsbildung und Lebenshilfe
- (4) Internationale Zusammenarbeit.

Wenn ein GKS-Kreis in seiner Jahresarbeit jedem Themenkreis nur zwei Abendveranstaltungen widmete, böte er ein attraktives Programm und könnte dabei fast allen Forderungen

gen des Papstes entsprechen. Bei der Beschränkung auf nur einen Themenkreis ließe sich natürlich eine Aufgabe besser und umfassender bewältigen. Ob durch eine solche Schwerpunktsetzung die Attraktivität zugunsten eines bestimmten angestrebten Erfolgs abnimmt, muß in jedem Einzelfall geprüft werden. Wichtig ist allein das Engagement im Sinne der Ziele der GKS. Wünschenswert ist, wenn sich an jedem Standort der Bundeswehr gleichgesinnte katholische Soldaten zu einem GKS-Kreis zusammenschließen.

Ideal für die Laienarbeit in der Kirche unter Soldaten ist es dann, wenn für jeden Seelsorgebezirk ein ordnungsgemäßer Pfarrgemeinderat besteht. Die Forderung, jeder Seelsorgebezirk möge über ein solches Gremium verfügen, ist gleichbedeutend mit der unabdingbaren Notwendigkeit, daß dieses Gremium in seiner Zusammensetzung auch den ganzen Seelsorgebezirk repräsentiert und sich damit für die Seelsorge in seinem gesamten Bezirk auch verantwortlich fühlt. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Pfarrgemeinderat in den einzelnen Standorten seines Bezirks im allgemeinen nicht der Träger kirchlicher Veranstaltungen bzw. nicht der Organisator des religiösen Lebens sein kann. Das soll er auch gar nicht; die Ordnung für den Pfarrgemeinderat sieht eine Durchführungsverantwortung für beschlossene Maßnahmen nur dann beim PGR, „falls kein anderer Träger zu finden ist“ (siehe 2. a.). Denkbare Träger der Laienarbeit am Mann und vor Ort sind einmal die GKS-Kreise, dann die in der Ordnung des Pfarrgemeinderates vorgesehenen Ortsausschüsse (siehe 6. c.). Das Subsidiaritätsprinzip und der Wille, das Laienapostolat an jedem Standort zur Wirkung zu bringen, muß also einen Pfarrgemeinderat vorrangig dazu treiben, in allen Standorten seines Seelsorgebezirks die Entstehung von GKS-Kreisen und/oder von Gruppen aktiver Katholiken zu fördern. Ihre Aktivitäten dann aufeinander im Seelsorgebezirk abzustimmen ist eine Aufgabe, die dem Pfarrgemeinderat zuwächst, wenn er die Förderung von Ortsausschüssen und Aktivkreisen erfolgreich betrieben hat.

Nur vor Ort und am Mann, nur in der für die unterschiedlichen Leute günstigsten Zeit und mit ihnen, nur in der jeweils konkreten Lebenssituation des einzelnen und vor dem Hintergrund der kirchlichen, religiösen Angebote kann das Laienapostolat ansprechend und missionarisch sein. Die Möglichkeiten der Verwirklichung des Laienapostolates vor Ort sind:

- Besuchs- und Informationsdienst,
- Familiengesprächskreise,
- Familienwerkwochen,
- Aktionen zur Betreuung Wehrpflichtiger,
- Standortgottesdienste,
- Pflege/Ausbau der Beziehungen zur Ortschaft,
- Begegnungen mit Verbänden der Ortschaft.

Sache des Pfarrgemeinderates ist es, immer wieder darauf zu achten, daß alle Aktivitäten in den einzelnen Standorten nie den Charakter eines offenen Angebotes verlieren. Schließt sich im Lauf der Zeit irgendwo eine Gruppe enger zusammen und entwickelt sie sich zu einer Art Kernschar, sollte der Pfarrgemeinderat die Entstehung neuer Aktivkreise zielstrebig fördern.

Um die Kräfte des Laienapostolates eines Seelsorgebezirks in diesem Sinne fördern und anregen zu können, muß ein Pfarrgemeinderat zuallererst über die pastorale Lage eines Bezirks sehr gut informiert sein. Dazu sollte er feste Verbindungen zu den Verantwortlichen in der Truppe, zu den Ortspfarreien, zu den katholischen Verbänden und zu wichtigen kommunalen Einrichtungen knüpfen. Im Rahmen eines jährlich einmal stattfindenden Besinnungswochenendes könnte der Pfarrgemeinderat über seine Aufgaben nachdenken, die ihm über den Seelsorgebezirk vorliegenden Informationen zu einem Forderungskatalog verdichten und daraus Aufträge für die Aktivkreise in den einzelnen Standorten bzw. Vorhaben und Maßnahmen ableiten, die er in eigener Verantwortung für den gesamten Seelsorgebezirk durchführen möchte. Solche Vorhaben und Maßnahmen sind sicherlich eher eine Herausforderung an den einzelnen zu gemeinsamem Bekenntnis und zur gemeinsamen Bewältigung großer Aufgaben denn im Interesse des einzelnen liegende Veranstaltungen seelsorglicher oder weiterbildender Art.

Solche Vorhaben und Maßnahmen könnten sein:

- Herausgabe eines Pfarrbriefes,
- Projektpartnerschaften mit Kirchen der Dritten Welt,
- Aktionen für die Initiative „Wähle das Leben!“
- Durchführung von Kommunion-/Firmvorbereitung,
- Organisation von Wallfahrten und zentraler Gottesdienste,
- Vorbereitung/Durchführung eines Pfarrfestes,
- Vertretung der Anliegen der katholischen Soldaten in der Öffentlichkeit.

Die Klugheit gebietet eine Beschränkung auf wenige Aufgaben, die dann allerdings so engagiert und so überlegt angepackt und darüber hinaus so gründlich ausgewertet werden sollten, daß alle Beteiligten ein spürbares Erfolgserlebnis haben und dieser Erfolg noch seine Auswirkung bei den Unbeteiligten hat, die Eindrücke durch bloßes Dabeisein oder auch durch eine Presseberichterstattung gewinnen.

Es gibt für die bislang wenigen aktiven Kräfte im Laienapostolat auf der Ebene des Seelsorgebezirks viel zu tun. Gewinnen wir weitere Kräfte, indem wir konkrete Aufgaben weiterhin sichtbar erfolgreich lösen.

Die Ebene des Wehrbereichs ist für die Laienarbeit in der GKS wie auch in den beratenden Gremien ein Umschlagplatz für Erfahrungen und Informationen, für Vorstellungen und Pläne, für Meinungen und Anregungen.

Sowohl die Arbeitskonferenz beim Katholischen (Wehr-)Bereichsdekan als auch die Wehrbereichskonferenz der GKS haben eine Klammerfunktion: beide müssen durch einen regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch verhindern, daß die Laienvorstände auf Bundesebene sich von der Wirklichkeit der Basis entfernen und daß diese sich von weltlichen Problemen zurückzieht und sich auf den Bereich der Kern- bzw. Gottesdienstgemeinde einigelt.

Damit die Wehrbereichsebene den Umschlagplatz im dargestellten Sinn abgeben kann, muß unbedingt jeder Seelsorgebezirk und jeder GKS-Kreis mit einem Delegierten dort

präsent sein. Die Laienarbeit auf der Wehrbereichsebene sollte dann für jeden deutlich wahrnehmbar, das bedeutet zeitlich getrennt, als Arbeit der freien Initiative in der Verantwortung der verbandsähnlichen Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und als Tagung der Arbeitskonferenz unter der Leitung des Katholischen (Wehr-)Bereichsdekans durchgeführt werden.

Im Rahmen der Arbeitskonferenz

- sollte der (Wehr-)Bereichsdekan immer wieder versuchen, die spirituellen Grundlagen für das Laienapostolat zu schaffen;
- sollten der ihm beigegebene Moderator und der Arbeitsausschuß bemüht sein, jedesmal einen Beitrag zur fachlichen Weiterbildung der Laien im Apostolat zu leisten;
- sollte die Leistung bestrebt sein, auf die Bedeutung aktueller Fragestellungen religiöser, kirchlicher, sicherheitspolitischer bzw. gesellschaftlicher Art hinzuwirken und die Pfarrgemeinderäte bzw. GKS-Kreise zur Übernahme ganz bestimmter Aufgaben aufzurufen, und so das Laienapostolat im Bereich fördern;
- sollten die Delegierten für die Zentrale Versammlung so gewählt werden, daß sie den gesamten Bereich mit seinen Anliegen vertreten, sich rechtzeitig auf die Zentrale Versammlung vorbereiten und deren Beschlüsse auswerten können;
- sollte die Zusammenarbeit mit den Diözesen des Bereichs gepflegt und besonderen Entwicklungen in der jeweiligen Ortskirche (z.B. Diözesensynode) die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Der Moderator der Arbeitskonferenz sollte von sich aus Verbindung halten zum Vorsitzenden der Zentralen Versammlung und darüber hinaus bereit sein, im Sachausschuß II („Gemeindearbeit“) des Vorstands der Zentralen Versammlung mitzuarbeiten. Durch diese Art der Ausschularbeit wird sowohl der Informationsaustausch als auch die Zusammenarbeit der Zentralen Versammlung mit den Arbeitskonferenzen institutionalisiert. . .

Die Arbeit der Wehrbereichskonferenz der GKS ist mit der der Arbeitskonferenz vergleichbar, doch kann es nicht dieselbe sein, will die GKS ihre Eigenständigkeit als Verband bewahren. Die GKS wird bei ihren Wehrbereichskonferenzen

- der Schulung der Sprecher ihrer Kreise besondere Aufmerksamkeit schenken und
- darüber hinaus die verbandspolitischen Ziele herausarbeiten müssen, um daraus Aktionsprogramme für die einzelnen Kreise abzuleiten.

Die aufgrund freier Initiative katholischer Soldaten entstandene und von diesen weiterhin getragene verbandsähnliche Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hat sich in den vergangenen Jahren anerkanntermaßen in Kirche und Staat, Bundeswehr und Gesellschaft als „Lobby für den Frieden“ erwiesen (siehe Heinrich Walle in INFORMATION FÜR DIE TRUPPE, Heft 8/86, S. 34 ff.). Dieser Leistung könnte eine weitere hinzugerechnet werden, wenn die GKS sich auf die gleiche gründliche Weise für die Verteidigung der Grundwerte einsetzen würde. Der Sinn des soldatischen Dienstes wird in Frage gestellt, und das Fundament unserer freiheitlich demokratischen Ordnung wird aufgeweicht angesichts der Tatsache, daß sie Spannbreite allgemein anerkannter Werte spürbar schmaler

und wenig tragfähig wird. Muß die gesamte GKS sich nicht — gelegen oder ungelegen — für die Grundwerte einsetzen? Müssen wir uns nicht bemühen, die Grundwerte beispielhaft vorzuleben? Ein neues Aufgabenfeld für die GKS wird sichtbar!

Während die GKS mit den Themenfeldern „Sicherheit und Friede“ bzw. „Grundwerte leben“ langfristig als Verband gefordert ist, stellt die Überwindung der religiösen Gleichgültigkeit für die Zentrale Versammlung und alle beratenden Gremien eine Herausforderung dar. An großen Aufgaben fehlt es nicht. Aufgaben vor Ort und am Mann sind zahlreicher als unsere Kräfte. Schauen wir nicht mutlos weg. Schauen wir unsere Umwelt kritisch an, entscheiden wir uns für die dringlichsten Aufgaben, und packen wir sie gemeinsam an.

Wie sagte der Papst am 21.6.1986 den Vertretern des Apostolat Militaire International: „...die Kirche gibt viel auf euer Apostolat...“ (a.a.O.).

Katholische Verbände in Deutschland

Helmut Fettweis

Vor der Aufklärung

Vor der französischen Revolution waren die Kirchen — auch die katholische — eng mit den jeweiligen Staatsregierungen verbunden.

Die Gesellschaft war relativ einheitlich und in einem Ständesystem abgeschlossen geprägt. Die Wertnormen der Kirchen wurden nirgends in Frage gestellt.

Kleinere Gruppen Andersgläubiger innerhalb der Staaten wurden aus unterschiedlichen Gründen geduldet, zuweilen verfolgt, ab und an auch mit besonderen Privilegien gefördert.

Mit der Ausbreitung der geistigen Ziele der französischen Revolution zerbrach diese einheitliche Struktur, und an ihre Stelle trat — zunächst zögernd — eine gewisse Glaubens- und Gewissensfreiheit. Da aber mit der geistigen Revolution auch eine politische einherging, verlor die Kirche durch die Aufhebung der privilegierten Stellung und die Anwendung des Grundsatzes politischer und rechtlicher Gleichheit ihre besondere Stellung im Staate.

Im politischen Spektrum gab es nunmehr keine Position, von der aus die Kirche hätte einwirken können.

Die neue Gesellschaft entwickelte sich nicht mehr nach vorgegebenen, sondern nach eigengesetzten Normen.

Da die Kirche als Kirche keinen Einfluß geltend machen konnte, ihr Einfluß aber von vielen Bürgern als notwendig angesehen wurde, bildeten sich außerhalb der Hierarchie Gruppierungen, die sich zunächst zu reinen Zweckbündnissen zusammenschlossen, um im politischen und gesellschaftlichen Leben nicht „untergepflegt“ zu werden.

Der Bildung solcher Gruppen kam das vom Staat erlassene liberale Grundrecht der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit entgegen.

Damit bewegten sich diese Gruppen im Einklang mit dem Staatsrecht, jedoch außerhalb der im Kirchenrecht vorgesehenen Gesellungen, Kongregationen und Bruderschaften.

Das Wollen, in Staat *und* Gesellschaft mitgestaltend zu wirken — und zwar im christlichen, besonders aber im katholischen Sinne —, brachte dann den Zusammenschluß zu Vereinen, Verbänden und später zu Parteien.

Man nennt diese Form der Mitarbeit im außerkirchlichen Bereich vielfach „katholische Bewegung“.

Wenn auch die Ziele in den Gruppierungen vordergründig sehr unterschiedlich waren — z.B. Kolping und Arbeitervereine —, so war ihnen ein Merkmal gemeinsam: Sie waren bzw. fühlten sich in erster Linie als Teil der Kirche. So blieb es nicht aus, daß man diese Tätigkeiten allgemein mit „Katholizismus“ umschrieb.

Da diese Entwicklung in den einzelnen Ländern unterschiedliche Gegebenheiten vorfand und auch die Menschen unterschiedliche Verhaltensmuster von Natur her entwickelten, stellte sich die Form des Katholizismus in jedem Land anders dar.

Die Entwicklung in Deutschland ist eine besondere Form. Sie ist nur für Deutschland typisch. Die Betrachtung der historischen Entwicklung der Verbände in unserem Vaterland ist ein spezieller Beitrag zur Geschichte der Kirche in unserem Land.

Situation im 19. Jahrhundert

Im 18. Jahrhundert besaßen viele katholische Kirchen in den europäischen Ländern die Neigung, sich auf der Ebene der Bischöfe von der römischen Kurie weitgehend unabhängig zu machen. Zuweilen gelang das um den Preis einer weitgehenden Unterstellung unter den jeweiligen Staat. Diese Form war als „gallikanische Freiheit“ bekannt und wurde als Fessel für die Kirche bezeichnet.

In Deutschland fühlten sich die Bischöfe in ihren weltlichen Herrschaftsbereichen durch den Papst bevormundet. Man suchte nach einer Form der eigenständigen Nationalkirche.

Dieser „Episkopalismus“ wurde sehr stark durch den Trierer Weihbischof J. Nikolaus von Hontheim, unter seinem Pseudonym „Febronius“ bekannt, vertreten.

Doch alle diese Ideen wurden über Nacht — in Frankreich durch die Revolution 1792 und in Deutschland durch den Reichsdeputationshauptschluß 1803 — erledigt.

Politisch bedeutete das, daß im Deutschen Reich die Katholiken aus der Mehrheit in die Minderheit gerieten (Fürstenkolleg 4 Katholiken, 6 Protestanten).

Viel schwerer aber wirkte sich die wirtschaftliche Entmachtung der Kirche aus. Man kann sich das heute kaum vorstellen. Es wurde durch die weltlichen Herren nicht nur die politische Oberhoheit übernommen, es fiel ihnen auch der Besitz der Bistümer und Klöster zu. Sogar die Güter der Domkapitel übernahm der neue Landesherr.

Diese Beseitigung der wirtschaftlichen Grundlage der Kirche zerstörte die ganze Diözesanstruktur. Es muß einmal genau nachgelesen werden, wie tief dieser Einschnitt war. Amtsinhaber erhielten zwar einen persönlichen Pensionsanspruch, aber kein Entgelt für ihre geistliche Tätigkeit. Vakante Bistümer konnten nicht besetzt werden, weil die Domkapitel — da aufgelöst — nicht wählen konnten.

Aufgelöst wurden auch viele Klöster, da man das monastische Leben als unnütz ansah. Neue Klöster oder auch Neueintritte bedurften staatlicher Billigung, und die gab es nicht. Auch die Schulen, die von Klöstern teilweise musterhaft betrieben wurden, gingen verloren. Es gibt Geschichtsforscher, die hier den Beginn eines katholischen „Bildungsdefizits“ sehen.

So war die katholische Kirche in Deutschland total gelähmt, als das deutsche Reich durch Napoleon aufgelöst wurde.

Es wurden leider auch innerkirchliche Gegensätze neu belebt. Einerseits wollte man sich baldmöglichst — insbesondere nach dem Wiener-Kongreß 1814/15 — mit den Landesfürsten einigen. Andererseits wollte man eine Art Nationalkirche. Dazu hätte man sich im Bereich des Deutschen Bundes aber einig sein müssen. Da diese Einigkeit nicht zu erreichen war, strebte man nach örtlichen Lösungen. Dabei war es besonders schwer, den Landesherren (z.B. in Preußen) klar zu machen, daß die katholische Kirche ein Eigenleben hatte, das weitgehend von außen — vom Papst — beeinflusst war. Die Nachwirkungen einer unterschwelligen Ablehnung von Katholiken als weniger staatstreue Diener war bis in die 30er Jahre zu spüren.

Nach den Erschütterungen durch Napoleon und seine Kriege, durch die Freiheitskriege und die folgende Not entstand die Sehnsucht nach einer geordneten Welt. Man griff auf die Organisation der alten Bistümer zurück. Doch die geistigen Auswirkungen der Französischen Revolution waren in Wirkung und Gegenwirkung noch lebendig. So entstanden in den Bistümern unterschiedliche Geistesrichtungen. Nicht zuletzt der Tod Pius VI., der als Gefangener in Frankreich starb, und Gregor XVI. (1831—1846) beeinflussten den Wunsch der Gläubigen nach einer engen Verbindung zwischen Ortskirche und Papsttum. So wurde in Deutschland der „Ultramontanismus“ ein Kennzeichen. Die Sehnsucht nach einer einigen, starken Kirche zeigte nun die verschiedensten Entwicklungen.

Initiativen

In Münster ist die älteste Gruppe einer sich erneuernden Kirche entstanden, die „Familia sacra“. Zunächst hat der Generalvikar des Bistums Münster (Domherr Franz von Fürstenberg) reformerische Ideen. Die Fürstin Gallitzin leistet aus der vollen Bejahung des katholischen Glaubens einen Beitrag. Es bildet sich die Gruppe. So wird deutlich, daß die Kirche hier anziehend wirken kann, so anziehend, daß sich die Brüder Droste zu Vischering angezogen fühlen. Frömmigkeit ohne intellektuelle Enge ist die prägende Kraft dieser ersten Gruppierung.

Im Süden, an der Universität Landshut, wirkt Michael Sailer. In seiner Auseinandersetzung mit Kant, in seinem Eingehen auf die Bibel und die Kirchenväter erwirbt er die Kräfte, die ihn befähigen, die Aufklärung in der Theologie zu überwinden. Durch seine charismatische Begabung, aber auch durch seine ungeheure Arbeitsleistung fesselt er Studenten und führt ungezählte Menschen wieder zum Glauben.

In Wien ist es der Redemptorist Clemens Maria Hofbauer, der als Prediger und Seelsorger Einfluß gewinnt. In seinem Lebenskreis trifft er auf den konvertierten Friedrich von Schlegel, der durch viele politische Einflußnahmen dazu beiträgt, daß man der Kirche wieder gewisse Wirkmöglichkeiten zubilligt. Dadurch werden im Süden auch weniger Konfliktstoffe angesammelt als z. B. in Preußen.

In Koblenz entwickelt Joseph Görres — nach einer Ernüchterung in Paris — einen geistigen Kristallisationspunkt für neue Formen kirchlichen Lebens. Im „Rheinischen Merkur“ nimmt er den journalistischen Kampf auf. In seiner Schrift „Teutschland und die Revolution“ zeigt er 1819 eine neue Form der Zuordnung von Staat und Kirche auf. Er unterstützt die Bindung der Kirche an Rom.

Inzwischen entwickelte sich die liberale und die katholische Presse (1828) zu einer gemeinsamen politischen Linie und vor allem zu einer gegenseitigen Unterstützung und Hilfe. Es entsteht der Anfang einer katholischen Presse. Trotz dieser ersten weitverstreuten katholischen Regungen fehlt es zunächst an einer größeren Zahl dynamischer katholischer Persönlichkeiten.

1821 wird die Zeitung „Der Katholik“ gegründet. 1830 wurden insgesamt 35 Zeitschriften gegründet. Doch 14 stellten dann bald ihr Erscheinen wieder ein. Die restlichen bildeten aber eine Basis für die Verteidigung katholischer Positionen.

Es kann hier nicht den vielfältigen Entwicklungen nachgegangen werden. Es ist aber erstaunlich, wie viele Katholiken in der damaligen Zeit nach neuen Formen suchten.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß sich seit 1815 die kirchliche Caritas entwickelte. Sie fand zwar noch nicht zu einer einheitlichen Form, aber der Gedanke wurde in vielen Orten von Geistlichen und Laien aufgenommen und entwickelt.

Unverständige Behörden — uneinige Kirche

Diesem Aufbruch in kirchlicher Gesinnung standen staatliche Behörden gegenüber, die nicht zu erkennen vermochten, daß Glaubensdinge nicht der staatlichen Regelung obliegen. Wie immer in solchen Fällen — wie auch heute noch — entzündeten sich Konflikte an zweitrangigen Problemen. Kleinlichkeiten im behördlichen Reglement wurden dann zu auslösenden Faktoren. So erhielt 1831 der Kölner Erzbischof Spiegel keine Erlaubnis, nach Rom zu reisen.

1834 wurde der Verdacht wach, daß die katholische Kirchenfreiheit vernichtet werden sollte, weil man dem Erzbischof Ungehorsam in der Durchführung kirchlicher Trauungen konfessionsverschiedener Ehepaare vorwarf. Die deutschen Bischöfe waren sich zu dieser

Zeit noch nicht einig in ihrer Haltung zum Staat. Sie reichte von einer strikten Ablehnung staatlicher Eingriffe in kirchliche Angelegenheiten (Köln) über die Anerkennung gewisser Leitungsfunktionen (Mainz) bis zu einem moderaten Umgang mit staatlichen Stellen (Freiburg). Auch im Klerus war keine Einheitlichkeit herzustellen. Es gab u. a. auch Gruppen, die dem Staatskirchentum hinneigten und sogar den Zölibat als nicht mehr zeitgemäß ablehnten.

Diesen Strömungen unter den Priestern stand das Kirchenvolk ablehnend gegenüber. Auch konnte man sich nicht mit jenen Priestern anfreunden, die, umfassend gebildet, Aufklärung mit Theologie zu verbinden suchten (sogenannte Hemesianer), um so dem Zeitgeist ein geistiges Gegenüber zu bilden.

Das Volk vermißte die altüberlieferten Frömmigkeitsformen — Wallfahrten, Rosenkranz, Bruderschaften etc.

1836 wurde Erzbischof Clemens August Droste zu Vischering — bisher Münster — Erzbischof von Köln und damit Nachfolger des Grafen Spiegel. Dieser Seelenhirt führte nun die von vielen Priestern angewandten Freiheiten zurück auf das, was die Kurie für richtig erklärte hatte.

1837 wurde somit zu einem Schicksalsjahr für den deutschen Katholizismus. Man muß dabei beachten, daß weniger Glaubenslehren oder Fragen der Theologie die Geistlichkeit zu gegensätzlicher Meinung kommen ließ als vielmehr die Fragen der Welt und der Gesellschaft.

Der Streit 1837 entzündete sich dann an der Diskrepanz zwischen einem vom Papst 1830 erlassenen „Breve“, das für die Kölner Kirchenprovinz Möglichkeiten anbot, konfessionsverschiedenen Ehepaaren unter gewissen Umständen die Eheschließung auch kirchlich zu gestatten. Der Staat Preußen hatte weitgehendere Großzügigkeit der Kirche verlangt. Da der neue Bischof von Köln diese Regeln aber gemäß dem Breve eng auslegte, gab es Streit mit dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz. Dieser ließ am 20. 11. 1837 den königlichen Befehl überbringen, der Droste Vischering seines Amtes enthob und unter Bewachung auf die Festung Minden verbrachte.

Dieser Vorgang wurde — trotz einer „schwachen“ Begründung — als ein Rückfall in die Zeiten absolutistischer Herrscher angesehen. Der Erzbischof, der bei Klerus und Laien zunächst nicht beliebt war, wurde nun Symbolfigur für einen Protest gegen diesen Staat.

Am 10. 12. 1837 feierte Papst Gregor XVI. den gefangenen Bischof als einen treuen Sohn und mutigen Kämpfer für die Kirche.

Im katholischen Volk — aber auch in der gesamten Öffentlichkeit — fand dann die Schrift von Joseph Görres „Athanasius“ — Ende Januar 1838 — die größte Aufmerksamkeit.

Die Parallele zu jenem Kirchenvater, der Arius widerstand, wurde sinnfällig und allgemein verstanden. Hier zeigte sich erstmals, daß Presse in innerpolitischen Fragen eine Macht werden kann.

Dabei betonte Görres immer, daß man sich nicht zu unbedachten Taten hinreißen lassen dürfe. Ihm ging es um mehr, um den Zusammenhalt des katholischen Kirchenvolkes.

So waren bald auch die beiden Ziele seiner Zeitschrift erkennbar: die Anwendung der Rechtsgleichheit für die Kirche und das Bemühen, den Volkswillen auf die Aufgabe, die gesetzlich verankerte Freiheit auch zu erreichen, zu konzentrieren.

Es zeigte sich außerdem, daß nicht nur einige hochgeborene Vertreter des Volkes beim König vorstellig wurden, sondern das Volk forderte ein Recht. Zwangsläufig ergab sich aus dieser Situation, daß der Klerus zum Kristallisationspunkt wurde.

Vorläufer einer katholischen Partei

Da nun auch die katholischen Abgeordneten — aus verschiedenen Parteien — in den Provinziallandtagen sich zur Durchsetzung der Forderungen des Volkes zusammaten, kam 1890 erstmals die Bezeichnung „Katholische Partei“ auf.

1841 konnte der Streit zwischen Staat und Kirche beigelegt werden. Die Kirche hatte Erfolg gehabt, dank der Beihilfe des Kirchenvolkes. Insgesamt jedoch hatte sich die „schlafende“ Kirche wachrütteln lassen. Die Volksfrömmigkeit nahm wieder Gestalt an. Wallfahrten und Prozessionen waren gefragt (August bis Oktober 1844 500 000 Pilger nach Trier).

1848 wurde August Reichensperger zum wichtigsten Führer des politischen Katholizismus.

Vereine — Vereinigungen

Nun wurden laufend katholische Vereine gegründet — „Franciscus-Xaverius-Verein“, „Das Parlament“ in Elberfeld; „Sonntagsgesellschaft“ in Aachen usw.

Die Aufgabenstellung war verschieden. Man sorgte sich um karitative Zwecke, aber man gründete auch Bildungsvereine, Lesegesellschaften oder Vereinigungen zur Durchsetzung politischer Ziele. Es gab jedoch auch zweckfreie Vereinigungen oder Gruppierungen, die nur der Geselligkeit dienten.

Mit dem Jahr 1848 änderte sich einiges in Deutschland. Dennoch waren Katholiken nicht unter den Wortführern der März-Revolution zu finden. Wenn sie auch etliche Einwände gegen die politische Ordnung hatten, so lehnten sie doch Gewalt ab. Ihre Oberhirten bestärkten sie in einer friedlichen Haltung. Es war aber nicht allein der religiöse Respekt vor der Obrigkeit, sondern auch noch das Wissen um den Schaden, den die französische Revolution der Kirche und den Menschen zugefügt hatte. Hinzu kam, daß Vorgänge in der benachbarten Schweiz (1847) zu Bilderstürmen und zu unkontrollierten Ausschreitungen geführt hatten. Eine andere Seite war, daß trotz der Vielzahl der Vereine, trotz einer Presse im Anfang, die Katholiken noch nicht politisch organisiert waren.

Die Entwicklung verlief in den deutschen Staaten unterschiedlich. Dennoch tat sich allenthalben etwas. Der „Katholik“ stellt 1848 (4. März) die Forderung, daß Religions- und

Gewissensfreiheit an erster Stelle zu stehen hätten. Der Ruf nach Unabhängigkeit der Religion und Kirche vom Staate folgte, ebenso wie der nach der Freiheit religiöser „Associationen“. Für diese Zeit ungewöhnlich und neu war die Forderung nach einem Einschreiten gegen soziales Elend. Es zeichnete sich nämlich ab, daß man ob der Freude über die Liberalisierung die Randgruppen, die Kirchen und vor allem die Armen vergessen würde.

Ein „Verein für religiöse Freiheit“ wurde in Limburg, ein „Pius-Verein“ in Mainz gegründet. Man wollte bewußt darüber wachen, daß die Freiheit nicht zum Nachteil für die Religion werden solle.

Der Laie als Gestalter

In Mainz zeigte sich auch eine neue Konzeption des katholischen Vereins — er wurde ein *Laienverein*. Dieses Modell wurde bald Modell für ähnliche Gründungen in ganz Deutschland.

Wichtig ist noch, daß jedem Verein ein Geistlicher als Beirat angehören mußte. Laien und Geistlichkeit waren so eng verbunden.

Oktober 1848 ergibt eine — zwar lückenhafte — Übersicht: 16 Zweigvereine in Schlesien, 14 in Westpreußen, 400 Vereine in der Diözese Freiburg. Man zählte über 100 000 Mitglieder.

Die soziale Struktur ist heute nicht mehr genau festzustellen, aber in den Versammlungen sind neben Adeligen, Offizieren, Bürgern, Beamten auch zahlreiche Handwerker und Arbeiter zu finden. Diese breitgestreute Schichtung ist auch aus der hohen Zahl der Gründungsmitglieder in den einzelnen Städten zu folgern.

Ebenso muß festgestellt werden, daß der Querschnitt der Bevölkerung bei den katholischen Vereinen der damaligen Zeit besser vertreten war als selbst in der Frankfurter Nationalversammlung. Selbst den Frauen räumten die katholischen Verbände ein „Zuhörerrecht“ ein. Sie durften auf den Generalversammlungen regelmäßig die Galerie besuchen und konnten so dem Geschehen folgen. Man wollte auf demokratischer Basis für die Freiheit der Kirche und für das Wohl des Volkes wirken. Dennoch muß gesagt werden, daß das damalige Demokratieverständnis sich nicht mit dem heutigen politischen Begriff deckte. Die sehr differenzierten Begriffe und Vorstellungen mußten einmal ausführlicher dargestellt werden, sprengen hier aber den Umfang der Abhandlung.

Um die Organisation

Festzuhalten ist, daß mit dem Jahr 1848 die katholischen Vereine, Vereinigungen, Zusammenschlüsse eine Form gefunden haben, die im „katholischen Verein Deutschlands“ in Mainz ihre Spitze haben. Wenn auch der Zusammenhang lose, die Mehrheit des Kirchenvolkes keineswegs voll vertreten war, so zeigten doch sehr starke Kräfte im katholischen Volk, daß sie bereit waren, für ihre Kirche zu kämpfen. Aus einem in erster Linie religiösen Willen entstand eine Art Bewegung, die sich auch politisch auswirkte und auswirken sollte.

Diesem Willen tat kein Abbruch, daß man sich in Treue zum Papsttum *und* zur kirchlichen Hierarchie bekannte. Ebenso war die Beteiligung von vielen Geistlichen kein Bruch der Laienbewegung.

Bemerkenswert für diese erste große Generalversammlung in Mainz war auch das Bekenntnis zur sozialen Verpflichtung des Katholizismus. Damit wurde eine Urkraft katholischer Vereine in dieser frühen Stunde geboren. (Vergleiche: Kommunistisches Manifest 1847, London; Enzyklika Rerum Novarum 1891, Rom.)

Der Verein des hl. Vinzenz von Paul wurde als Vorbild gelobt und als eine der Lösungen anerkannt, um den Menschen in Not zu helfen.

Eine Fülle von Aktivitäten, vielfach auch von Geistlichen, ist um diese Zeit zu verzeichnen. Diese Aktivitäten erschöpften sich nicht nur in Reden. Man versuchte durch Petitionen in den Landtagen und in der Nationalversammlung in der Paulskirche eine neue Zeit zu schaffen (z.B. 1142 Petitionen mit 273 135 Unterschriften von Katholiken zur Beratung der Grundrechte).

Der Kern dieser Bewegung lag in der damaligen Zeit in Köln und Mainz (z.B. 1849 sind in 30 Diözesen an 38 Pius-Vereine).

Neuorientierung

Obwohl nach dem Rückschlag der Nationalversammlung 1848 ein Teil der Aufgaben für die katholischen Vereinigungen hinfällig wurden, erkannte man aus der Situation, daß es notwendig war, katholische Präsenz zu zeigen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. So wurde 1849 beschlossen, den Schwerpunkt auf Bildung und Beratung einer neuen sozialen Ordnung zu legen.

Eine Übersicht über die mannigfaltigen Aktivitäten macht dann auch klar, daß über Spezialzwecke hinaus katholische Vereine den Zweck haben, das katholische Leben allgemein zu fördern. Die Anerkennung des deutschen Episkopates und des Papstes waren ein starker positiver Impuls.

Die Entwicklung ging dann vom Borromäus-Verein (Bildung) über den Bonifatius-Verein (deutsche Diaspora) zur Bildung von „Kindheit-Jesu-Vereinen“, Standesvereinigungen und zu vielerlei Zusammenschlüssen ähnlicher Art. Es ist im nachhinein verblüffend, daß diese Vereinigungen nicht langsam, sondern fast schlagartig in wenigen Jahren entstanden sind und sofort einen hohen Wirkungsgrad erreicht haben.

Dennoch, nach wenigen Jahren änderte sich die Situation. Die politische Aussage trat zurück. Man glaubte auf sozialem Feld und in der Volksbildung Schwerpunkte setzen zu müssen.

Diese Schwerpunktverlagerung wurde auch dadurch deutlich, daß die Generalversammlung des „Katholischen Vereins Deutschlands“ sich von einer zentralen Versammlung *eines* Vereines mit *einem* Ziel zu einer vielfältigen Darstellung „Katholischer Vereine

Deutschlands“ entwickelte. Im Prinzip wurde 1858 bereits der Charakter späterer Katholikentage vorweggenommen.

Immerhin fällt in diese Zeit auch die große Ausbreitung des Gesellenvereins Adolf Kolping (1858: 180 Vereine mit 20000 Mitgliedern). Auch wird erkennbar, daß man im katholischen Bereich offen wird für die soziale Frage (Bischof von Ketteler, 1850 Bischof von Mainz).

1858 war politisch noch insofern bemerkenswert, daß erstmals ein Katholik Ministerpräsident in Preußen wurde. Damit stellte sich für die katholischen Abgeordneten der „katholischen Fraktionen“ die Frage, wo sie Anschluß suchen sollten. Die Konservativen kamen nicht infrage, denn das schien damals Rückschritt und Verlust vieler Freiheiten zu bedeuten. Der Anschluß an die Liberalen erschien ebenfalls untunlich, da man als Katholik die Säkularisierung der Gesellschaft nicht mitmachen konnte. Außerdem dachte man im katholischen Volk „großdeutsch“, man schloß Österreich mit ein. Die Liberalen aber wollten eine deutsche Lösung unter der Führung Preußens — also „kleindeutsch“. So blieb man in der Mitte und nannte sich „Zentrum“.

Die Situation der Katholiken wurde dann wieder schwieriger. Einmal entstanden Probleme hinsichtlich der Freiheit von Forschung und Lehre in der Theologie. Den Konflikt verschärfte — aus deutscher Warte gesehen — der „Syllabus“ Pius IX., den dieser 1864 veröffentlichte. In dieser Zusammenstellung waren alle Stellungnahmen erfaßt, die erstellt waren, um Lehren zurückzuweisen, die gegen die Auffassung der Kirche verstießen. Insbesondere der Liberalismus kam dabei schlecht weg. Der andere schwerwiegende Schlag war die Niederlage Österreichs gegen Preußen (1866). Damit war eine kleindeutsche Lösung in der politischen Struktur vorgezeichnet.

Andererseits wuchs bei vielen Katholiken — behutsam unterstützt von einigen weitschauenden Bischöfen — der Entschluß, nun um so mehr für die Kirche zu tun.

1868 änderte sich dann die Struktur des deutschen katholischen Vereinswesens dadurch wesentlich, daß man ein ständiges Zentralkomitee wählte. So konnte man die Organisationsarbeit besser leisten. Auf der Generalversammlung 1869 erhielt dieses Zentralkomitee seine erste klare Form. „Souverän“ war die Generalversammlung. Sie bestätigte jeweils das Zentralkomitee. In diesem waren alle Diözesen vertreten. Kooperationen waren möglich. An der Spitze stand ein Präsident. 1872 wurde das Fürst Karl zu Löwenstein, der das Amt fast 30 Jahre verwaltete. Somit war eine organisatorische Lösung gefunden worden, die einmal alle organisierten katholischen Kräfte vertrat und andererseits eine straffe Führung ermöglichte. Außerdem ließ sich auf diese Weise gut mit der Hierarchie zusammenarbeiten, denn die Bischöfe „Kleindeutschlands“ hatten sich 1867 zu einer gemeinsamen Konferenz zusammengefunden, die regelmäßig tagte.

Um den politischen Auftrag

1869 wurde in Baden eine „katholische Volkspartei“ gegründet. Ausgangspunkt hierzu war ein Schulstreit mit den Liberalen.

Entscheidend in diesen Jahren war, daß das Kirchenvolk, und zwar in breiter Masse, eine Ordnung wollte, die seiner Gläubigkeit entsprach.

Man muß sich heute einmal vorstellen, welch ungeheure Energie und Glaubenskraft z. B. 1868 dahinter steckte, daß aus Anlaß der Übersendung einer Glückwunschadresse zum Goldenen Priesterjubiläum Papst Pius IX. sich eine Delegation von über 500 Mitgliedern nach Rom aufmachte, um die 23 Bände mit 250 000 Unterschriften zu überbringen. Selbst heute im Zeitalter der Massenveranstaltungen ist eine solche Anzahl bedeutungsvoll.

Es zeigte sich, daß seit der Zeit dieser Mobilisierung der katholischen Massen die Herrschenden in Deutschland mit dem katholischen Volkswillen rechnen mußten. Seit jenen Tagen gibt es auch das latente Spannungsverhältnis zwischen Liberalen und Katholiken bis auf den heutigen Tag.

In der Folge wurde nun die Frage laut, wie und welche Prinzipien das katholische Volk im politischen Willen verankert wissen wollte. Aus den Grundgedanken christlicher Ethik war das nicht ohne weiteres abzuleiten. Und in der Politik des Tages war manches — wie auch heute noch — schwer durchzusetzen. Der demokratische Kompromiß ist immer dann gefährdet, wenn ethische oder moralische Fragen zur Debatte stehen.

Wichtig ist für die geschichtliche Betrachtung, daß bereits um 1870 eine Forderung katholischer Politik lautete, ein Gleichgewicht zwischen Grundbesitz — Arbeit — Kapital sei zu sichern. Man machte sich Sorgen wegen des Anwachsens des Einflusses des Kapitals. In der damaligen Zeit war das Zentrum noch nicht in der Rolle einer selbständigen Partei. Das ergab sich erst 1874, als im Reichstag das Zentrum mit 27,8% aller Stimmen stärkste Fraktion des Hauses wurde. Wie geschlossen das gläubige Volk dieser katholischen Partei einen politischen Auftrag gab, läßt sich 1881 daraus erkennen, daß 86,3% aller katholischen Wähler dieser Partei ihre Stimme gaben. Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, wie wichtig es ist, daß in gewissen Grundfragen Einigkeit auch in politisches Handeln umgesetzt werden kann. (Was könnte eine solche Einigkeit z. B. in Sachen § 218 heute bewirken?) Dennoch war in der damaligen Zeit das Zusammenarbeiten der Fraktion des Zentrums nicht ohne Spannung, da die verschiedenen Landsmannschaften — Elsässer, Rheinländer, Westfalen, Schlesier usw. — auch ihre örtlichen Konflikte mit einbrachten.

Es ist dem Geschick des politisch erfahrenen Ludwig Windhorst zu verdanken, daß die Arbeit des Zentrums in wesentlichen Fragen zu einer geschlossenen Meinungsbildung zusammengefaßt werden konnte.

1873 verschärfte sich die bereits seit dem Unfehlbarkeitsdogma von 1870 vorhandene Spannung zwischen Katholiken und dem deutschen Reich. Man mißtraute auch den Katholiken, weil sie immer mehr für eine großdeutsche Lösung eingetreten waren.

Um die Kirche

Die Maigesetze von 1873 (Ablösung der geistlichen Schulaufsicht, „Kanzelparagraph“, Verbot der Jesuiten, Erleichterung des Kirchenaustrittes usw.), die vom Zentrum abge-

lehnt wurden, hielten Kirchenvolk und Geistlichkeit für untragbar. Man widerstand dem Ansinnen des Staates.

So wurden dann im Gegenzug vom Staat die kirchlichen Stellen entsprechend drangsaliert. 1876 waren alle preußischen Bischöfe in Haft oder im Exil. 1880 zählte man 1000 vakante Pfarrstellen, und die katholische Presse versuchte man durch Beschlagnahme und Einfluß auf Redakteure mundtot zu machen.

Das katholische Volk aber setzte sich um so stärker für ihre Geistlichen und Wortführer ein. Entlassungen aus dem Gefängnis „arteten“ zu Volksfesten aus. Um diese Zeit bestand noch keine enge Verbindung zwischen Zentralkomitee und Zentrum. Man scheute seitens des Zentrums eine zu einseitige kirchliche Bindung. Man wollte im Parlament manövrierfähig bleiben.

Der Kulturkampf

Damit ging der Kulturkampf in Preußen und in Deutschland in vollem Umfang los.

Am Zentrum vorbei ging dann aber die Beendigung des Kulturkampfes, den Unterhändler von Leo XIII. und Bismarck in Form der beiden Friedensgesetze von 1886 und 1887 aushandelten. Im preußischen Landtag mußte das Zentrum dann zustimmen.

Bei der Betrachtung der politischen Ebene ist immer zu berücksichtigen, daß die Landtagsebene (Preußen) und Reichstagebene (Deutsches Reich) oft unterschiedliche Entwicklungen zeigten.

Wie schwierig solche Situationen — Politik des Landes, Politik der Kurie — oft sein können, hatte das Zentrum in dieser Situation erfahren müssen. Das Zentrum wollte katholische Partei sein und trat für die Kirche ein — aus staatsmännischer Rason mußte die Kurie jedoch zuweilen anders handeln, als es die Situation vor Ort angeraten sein ließ. Diese Konstellation hat dem Zentrum dann noch mehrfach den Weg erschwert.

Einem Mann wie Windhorst gelang es aber meistens, solche Widersprüche zu klären.

Dieser Kulturkampf, der eigentlich eine Schwächung der Kirche beabsichtigte, brachte jedoch eine Stärkung der Gemeinsamkeit des katholischen Volkes im politischen Handeln.

Man muß sich in dieser Situation — etwa um 1880 — erinnern, daß die Entwicklung des Zentrums auf einer anderen Ebene erfolgte als die des Zentralkomitees. Nur der Kulturkampf brachte beide Gremien zu einer stärkeren Zusammenarbeit.

Nachzutragen ist noch, daß sich einflußreiche Katholiken seit 1848 darum bemühten, eine katholische Universität zu gründen. Da das jedoch 1875 nicht mehr durchsetzbar erschien — und von vielen auch als falsch erachtet wurde —, entschloß man sich, eine wissenschaftliche Gesellschaft zu gründen.

So gründete Georg von Hertling, Bonn, zum hundertsten Geburtstag von Joseph Görres — 1875 — die „Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland“. Glaube und Wissenschaft sollten sich nicht mehr fremd sein.

Der „Augustinusverein zur Pflege der Katholischen Presse“ wurde dann 1878 in Köln gegründet. Sein hauptsächliches Werk ist die „Centrums-Parlaments-Correspondenz“, die 1883 als Verbindungsglied zwischen Partei und Presse konzipiert war.

Nachdem die Lage sich in Preußen/Deutschland entspannt hatte, nachdem politisch-soziale Ziele des Zentrums — durch den Aufbau des sozialen Versicherungswesens 1880 — zu Teilen verwirklicht waren, ging der Einfluß des Zentrums zurück. Erwähnenswert ist noch das besondere Wirken Franz Hitzes, eines Zentrumsabgeordneten in der Abgeordnetenversammlung in Preußen und im Reichstag, der zu den erstrangigen Sozialexperten gehörte.

So mußte das Zentrum von 1874 bis 1912 einen Rückgang des hohen Stimmanteils (siehe S. 58) auf 16,3 % hinnehmen. Erstaunlich — und damit als Beweis für die politische Mündigkeit — muß angesehen werden, daß in Preußen der Anteil sich aber geringfügig auf 23 % erhöhte.

In den nachfolgenden Jahren war das Zentrum zwar immer noch in der Politik gestaltend tätig, jedoch zeigte es sich — besonders nach dem Tode von Windhorst 1891 —, daß auch in dieser Partei die Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat unterschiedliche Interessenlagen bei den Wählern schaffte.

Insgesamt waren Katholiken im wilhelminischen Kaiserreich nicht voll gleichberechtigt. Zuweilen waren im Wahlkampf Parolen wie „Partei der Romknechte“ zu hören.

Stärkung der Verbände

Im Bereich der katholischen Verbände verstärkte sich um diese Zeit die sozialpolitische Komponente. Das lag an der Entwicklung zum Industriestaat. Arbeitervereine waren die notwendige Reaktion der katholischen Bürger auf die Situation der Zeit, auf die Angriffe der Liberalen über das Kapital und der Anwürfe aus den Reihen der Marxisten.

Die Namen dieser Vereine waren unterschiedlich („Arbeiterverein zum Hl. Paulus“, „Arbeiterwohl“ usw.). Sie bezeichneten sich als christlich-sozial und umfaßten auch Bauern und Handwerker.

Da sie zudem vielfach interkonfessionell waren, hatten sie keinen großen Rückhalt beim Klerus und gingen im Kulturkampf, spätestens aber nach der sozialen Gesetzgebung unter.

Unter dem Eindruck der Enzyklika „Humanum Genus“ (Papst Leo XIII., 1884), die sich mit der Freimaurerei, aber vor allem auch gegen Rationalismus und Radikalismus wandte, konnte Dr. Franz Hitze, der Generalsekretär der katholischen Arbeitervereine, zu einer Abwehr auch der Agitation der Sozialdemokratie aufrufen. Hier waren für ihn besonders die Gottesleugnung und der Haß gegen die Kirche Ansatzpunkte, um den christlichen Arbeiter an seine Ideale zu erinnern.

1889 hatte Hitzes Wirken Erfolg. Die Arbeitervereine hatten zu einer förmlichen Bindung an die Kirche zurückgefunden und einen Präses als geistlichen Beirat erhalten.

Der „Volksverein für das katholische Deutschland“ Mönchen-Gladbach orientierte sich zwar an sozialen Fragen, hatte aber auch ein betont religiöses Konzept. Um 1914 zählte er 805 000 Mitglieder.

Vielfältige Entwicklungen

In der damaligen Zeit war die Wirkung der katholischen Vereine — auch der Frauenvereinigungen, Frauenbund usw. — von erheblichem Einfluß. Sie legten aber erhebliche organisatorische Arbeitskräfte fest.

Um so erstaunlicher ist es, daß in dieser Zeit auch noch die Bildung des Deutschen Caritasverbandes gelang (1897). Die politische Situation im Kulturkampf schränkte die Arbeit der Orden, die der Krankenpflege dienten, ein. Ihr Ansehen sank, aber die Not blieb. So wurde dann aus der Idee des Diözesangeistlichen Dr. Lorenz Werthmann dieser neue Verband geboren. Seine segensreiche Tätigkeit ist seitdem nicht mehr aus der — katholischen — Öffentlichkeit wegzudenken.

Es müßte, wollte man in dieser Betrachtung auf alle Entwicklungen eingehen, der Streit um die christlichen Gewerkschaften und die Auseinandersetzung zwischen den Richtungen um „Hochland“ und „Der Gral“ eingegangen werden. Doch sind die Gegebenheiten so genau abzuwägen, daß damit die Darstellung über die Entwicklung der katholischen Verbände zu weit gefaßt würde.

Insgesamt schwächten die Kämpfe die Kraft der politischen Partei. So entstanden dann auch die Schwierigkeiten zwischen Kirche und Arbeitern und zwischen Kirche und Intellektuellen. Fehlentwicklungen, die leider bis in die heutige Zeit wirken.

1914 — Der erste Weltkrieg

Mit Beginn des ersten Weltkrieges traten erhebliche zusätzliche Spannungen auf. Obwohl man zunächst dem allgemeinen „Kriegsrausch“ verfallen war und an die gerechte Sache glaubte, erkannten doch einsichtige Politiker, daß die Arbeiterschaft am Krieg ungleich schwerer zu tragen hatte (z.B. allgemeine Teuerung) als andere Stände.

Hinzu kam die Diskussion um das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen, das eine Verschiebung der Gewichte zu den Parteien erwarten ließ, die der Kirche weniger gut gesinnt waren.

Ein Mitgliederrückgang des Volksvereins war die Quittung für die Entfremdung zwischen dem Arbeiterflügel im Zentrum und der Mehrheit der Abgeordneten.

Der deutsche Episkopat sprach sich gegen das neue Wahlrecht aus. Das kostete erneut Stimmen in der Arbeiterschaft. Einzelne kirchliche Forderungen, die Arbeitervereine sollten sich ganz aus der Politik fernhalten, waren ebenfalls nicht dazu angetan, neue Arbeiter zu gewinnen.

Oktober 1918 wurde in München die „Bayerische Volkspartei“ gegründet. Die Reste des Zentrums mußten sich anschließen. Eine weitere Zersplitterung war eingetreten.

Der Weg nach Weimar

Mit der Revolution begann dann am 9. November 1918 der deutsche Weg in die Republik. Das Zentrum war trotz der vorgeschilderten Schwäche ein gewisser Stabilisierungsfaktor. Zusammen mit anderen Vertretern der Mehrheitsparteien garantierte es unter den sozialistischen Volksbeauftragten einen relativ gesicherten Übergang in die neue politische Form. In der Weimarer Koalition war es eine Stütze der politischen Kraft, die die neue Verfassung trug. Unter den Angriffen der Sozialdemokraten, die ihre Vorstellungen von einer Trennung von Staat und Kirche usw. durchsetzen wollten, erstarkte das Zentrum wieder.

So waren Zentrumspartei und die katholischen Verbände stabilisierende Faktoren in der schweren Zeit bis zur Neubildung einer tragfähigen Regierung. Es gelang sogar in der stillen Verfassungsarbeit und unter Führung von Persönlichkeiten wie Konstantin Fehrenbach, Joseph Wirth, Wilhelm Marx, Heinrich Brüning, Heinrich Brauns und anderen, viele katholische Prinzipien, die bisher unerreichbar schienen, durchzusetzen. Das galt vor allem für die Gleichberechtigung, das Frauenwahlrecht und viele soziale Einzelfragen.

Das Zentrum hatte die Revolution nicht gewollt — es bejahte sie auch nicht —, aber es versagte sich der Aufbauarbeit niemals. Diese Arbeit wurde teilweise mißverstanden. So verlor die Partei Anhänger aus dem Kreis des Adels und auch etliche Vertreter der Intelligenz. Die Reichsverfassung paßte vielen Katholiken nicht, auch klerikalen Kreisen — insbesondere, daß der Name Gottes nicht genannt wurde.

Konrad Adenauer, Oberbürgermeister in Köln, warnte daher vor einer Verschlechterung der Lage durch Vorbehalte der Katholiken gegen die Verfassung (Katholikentag 1922, München).

Pfarreien — Verbände

Zunächst unbemerkt vollzog sich dann aber eine Bewegung, die später den Verbänden, aber auch der Kirche noch Schwierigkeiten machen würde. In der Kirche begann ein Erwachen. Unter Romano Guardini, dem begabten Theologen, wurde immer deutlicher, daß die Kirche auch religiöse Gemeinschaft ist. Und in dieser Gemeinschaft ist die Pfarrgemeinde der Kristallisationspunkt kirchlichen Lebens. Die Neuentdeckung der Liturgie als Ausdruck kirchlicher Verbundenheit und Gemeinschaft weckte neue religiöse Kräfte.

Damit trat eine neue Dimension katholischer Sicht der Dinge ein. In der Liturgie sammelte sich das Volk Gottes und wurde nun Gemeinschaft in der Kirche und fand sich eingeordnet in den Bereich zwischen Engeln, Himmel und Erde.

Zentrum war somit der Altar der Pfarrgemeinde. Die Verbände, die einstmal die Kirche nach außen vertreten, ja verteidigt hatten, wurden für die Pfarreien eine Last, da man befürchtete, daß sie einen Teil der Gläubigen aus dem örtlichen Kreis fernhalten würden.

Die Jugend

Es muß hierbei auch noch an die Jugendbewegung gedacht werden, die sich 1913 mit dem Bekenntnis am Hohen Meißner zu einer eigenverantworteten Lebensgestaltung von der Gesellschaft der Vorkriegszeit abgegrenzt hatte. Sie stellte — außer dem Postulat nach innerer Wahrhaftigkeit — jedoch keine eigenen Ziele auf, die über das Jugendalter Bestand haben konnten.

Im Zusammenbruch des Krieges verging dann auch dieser Ansatz. Es gelang Guardini im „Quickborn“ zwar eine Brücke zur Jugend zu bauen. Es wurde auch in der Burg Rothensfels am Main ein anziehendes Zentrum erstellt, aber den Weg zur Breite des Kirchenvolkes fand man nicht.

Man „vergrub“ sich in einer idealistisch romantischen Vorstellung, die ihre äußeren Kennzeichen aus Lagerfeuer, Rittersaal, Volkslied und edler Minne bezog. Auch die Bräuche, von der Bekleidung bis zum sprachlichen Ausdruck, waren für die meisten Menschen der damaligen Zeit nicht nachvollziehbar. Dennoch kann nicht übersehen werden, daß der religiöse Inhalt dieser Jugendbewegung prägend auf viele intellektuelle Jugendliche wirkte. Diese religiöse Entscheidung hielt für viele ein Leben lang an und wirkte selbst auf diejenigen, die sich zu einer aktiven Mitgliedschaft nicht entscheiden konnten.

1919 wurde dann der Bund „Neudeutschland“ für die katholischen Schüler höherer Schulen gegründet. Es war eine Jugendgemeinschaft, die sich nicht an die Pfarrgemeinden und Diözesen hielt, sondern in örtliche Gemeinschaften und „Gäue“ gliederte. Für den Neudeutschen war die Burg Normannstein an der Werra der Mittelpunkt.

Von den älteren katholischen Jugendvereinigungen hatte man ansonsten wenig vernommen. Es gab seit 1896 den Verband der Katholischen Jugend- und Jungmännervereine mit dem Sitz in Düsseldorf. Einer der begabtesten Generalsekretäre war Dr. Carl Klosters. Er versuchte die Enge zu sprengen. Die Bildungs- und Erziehungsaufgaben erweiterten das religiöse Programm.

1915 entwickelte sich ähnlich der Zentralverband der katholischen Jungfrauenvereinigungen Deutschlands in Bochum.

Nicht unerwähnt bleiben darf die Gründung der Deutschen Jugendkraft (DJK) im Jahre 1920.

So bildeten die Jugendvereine, aber auch die anderen katholischen Vereinigungen einen Kern, der eines Tages besonders an Bedeutung gewinnen sollte. Das war dann aber weniger Eigenverdienst als Veränderung durch die Zeitumstände.

Die evangelische Kirche hatte nach dem Zusammenbruch 1918 Schaden gelitten, weil sie eng mit Kaisern und Königen verzahnt war. Die katholische Kirche hatte die Zeiten relativ gut überstanden. Darüber war der Gläubige erstaunt und zeigte Interesse.

Verkirchlichung

Dennoch wurde auch diese Entwicklung relativiert durch die stärker werdende Verkirchlichung. So fand die Befruchtung der profanen Welt mit katholischem Gedankengut nicht ausreichend statt.

Auf dem Katholikentag 1928 wurde dann der Gedanke der katholischen Aktion, wie sie in Italien üblich geworden war, in die Diskussion gebracht.

In Italien gab es kein Verbandswesen deutscher Prägung. Inzwischen konnte es unter dem Faschismus auch nicht mehr entstehen.

So war die katholische Aktion nach Pfarreien und Diözesen und innerhalb nach Männern, Frauen, Jungen, Mädchen gegliedert. Wenn auch diese Form in Deutschland nicht übernommen wurde, so ändert sich das Schwergewicht der deutschen Verbände insofern, als die, die außerhalb der kirchlichen Organisation entstanden waren, an Bedeutung abnahmen. Neu gegründete Vereinigungen (z.B. 1928 „Verband katholischer Frauen- und Müttervereine“), die innerhalb der kirchlichen Organisationsstruktur standen, erhielten stärkeres Gewicht.

So erlangte die Laientätigkeit *im* Bereich der Kirche bald einen höheren Stellenwert als die, die versuchte, aus dem katholischen Glauben heraus in die Welt und an der Welt zu arbeiten.

Die Krise des Volksvereins und das Problem, wie man eine katholische Aktion begründen könne, hielten über die zwanzig Jahre hin an.

Nationalsozialismus — zu Beginn ein Verwirrspiel

Der Nationalsozialismus brachte neue Probleme. Einsichtige Führer des Zentrums, u.a. Prälat Ludwig Kaas, erkannten, daß Deutschland in ein radikales Lager nach links — Kommunisten — oder nach rechts — Nationalsozialisten — treiben würde. Die relativ stabile Wählerlage gab dem Zentrum eine gewisse Schlüsselrolle. Man erwog, ob man die Nationalsozialisten in eine gemäßigte Koalition einbinden könnte. Doch Hitler ging aufs Ganze. So wurde die christliche Partei von den Vorverhandlungen ausgeschlossen. Die Ernennung Hitlers erfolgte ohne ihre Mitwirkung.

Im großen Wahlkampf 5. März 1933, der letzte, der einigermaßen frei war, nahmen alle katholischen Organisationen in einem Wahlauf Ruf (17.2.33) gegen das neue Regime Stellung. Sie standen im Schulterschuß mit dem Zentrum.

Man muß jedoch bedenken, daß die damalige katholische Organisation — vielleicht aufgrund der vorangegangenen Zwistigkeiten — nicht mehr das ganze Kirchenvolk vertrat.

So ging aus dem Wahlkampf die Bayerische Volkspartei mit Verlust eines Mandates (30000 Stimmen) hervor. Das Zentrum gewann zwar 200000 Stimmen und 2 Mandate mehr, büßte aber Prozente ein, weil die hohe Wahlbeteiligung — die Aufforderungen zur Wahlbeteiligung wurden „massiv“ an den Mann gebracht — das Gesamtergebnis beeinflusste.

Dennoch wurde deutlich und ist geschichtlich verankert, daß die katholische Bevölkerung sich durch die Propaganda Hitlers erheblich weniger verführen ließ als irgendein anderer Volksteil.

Hitler — heute kann man das klar erkennen — versuchte nun, diese „Sperrminorität“ auszuschalten. Ebenso war klar, daß nur die Kirche dem Zentrum eine solche starke Stütze sein konnte, daß man sich der „Gleichschaltung“ widersetzen könnte.

Hitler versuchte eine Doppelstrategie. Er versuchte Ermächtigungen zu bekommen. Im Zentrum war man dagegen. Es wurden Änderungen gewünscht. Hitler gewährte sie fast alle. Dadurch entstand der Eindruck, daß man mit ihm verhandeln könne.

Die andere Verlockung war, daß Hitler ein Konkordat mit dem Vatikan in Aussicht stellte.

Seitens des Zentrums spielte außerdem eine Rolle, daß man glaubte, durch die gesetzliche Einbindung Hitler auf legalen Wegen halten zu können. Als nicht unerheblich ist auch die Analyse der damaligen Stimmungslage der Bevölkerung in Deutschland zu werten. Dem Kernkreis der Katholiken — also 10—11 % — sowie den 25 %, die die SPD gewählt hatten, Bürger, die also allesamt als staatsreu einzustufen waren, standen immerhin noch etwa 15 % Kommunisten gegenüber, die den Staat ablehnten. So standen also höchstens zum Schutze der Weimarer Republik 36 % zur Verfügung. 50 % wollten eine andere Demokratie und die Kommunisten eben eine Diktatur des Proletariats. Ein weiterer Punkt war, daß Hitler dem Zentrum zugesagt hatte, die Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“, die nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 erlassen worden war und die bestimmte Rechtsregeln verletzte (Verhaftungsdauer, Rechtsbeistand, Haftbeschwerde usw.), aufzuheben.

Das Ermächtigungsgesetz

In dieser sehr schwierigen politischen Situation stimmte das Zentrum dem Ermächtigungsgesetz zu. Heute weiß man, daß Hitler anderenfalls den Staatsstreich befohlen hätte. SA-Verbände standen bereit.

Ein weiterer Gesichtspunkt war damals maßgebend. Man wußte, daß die SPD dieses Gesetz ablehnen würde. Einige SPD-Abgeordnete waren unter verschiedenen, meist fadenscheinigen Gründen verhaftet worden und so an der Abstimmung verhindert. Bei negativem Ausgang hätte man mit Sicherheit alle SPD-Abgeordneten verhaftet. Mit der Annahme des Gesetzes, mit Hilfe des Zentrums und der geschlossenen Ablehnung durch die SPD war für die Nationalsozialisten die Form des Rechtsstaates gewahrt. Nach dem Buch „Der Untergang des politischen Katholizismus“*) hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Otto Wels, nach der Abstimmung zu einem Zentrumsabgeordneten gesagt: „Sonst wären

*) Rudolf Morsey: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparlei zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“ 1932/33; Stuttgart — Zürich 1977

wir dort nicht mehr herausgekommen.“ Die große Frage, wann man in einer Diktatur was sagen kann und wann man schweigen muß, wird immer eine ungelöste Frage bleiben. Sicher jedoch ist, daß die NSDAP ihr Ziel, die vollständige Macht im Staate zu erringen, intensiv weiter verfolgte.

Zunächst wurden die Versprechungen, die Notverordnung aufzuheben, nicht eingehalten. Hitler verstand es durch einige — wie man heute weiß — gezielte theatralische Gesten vielen Deutschen und auch Katholiken — auch Bischöfen — deutlich zu machen, daß nun eine neue Zeit in einem „positiven christlichen“ Sinne anbrechen werde.

Der Staatsakt am 21. März 1933 mit dem ehrwürdigen, aber doch sehr betagten Reichspräsidenten Paul von Hindenburg in der Potsdamer Garnisonkirche am Grabe des großen Preußenkönigs Friedrich II. weckte Hoffnung auf ein Einschnwenken in eine gute deutsche Tradition. Die verschiedenen Bekenntnisse zum Christentum: z.B. Hitler, *Mein Kampf*, Zentralverlag der NSDAP, Fz.Eber, Nachf., München, 211./212. Auflage S. 632: „Es konnte in den Reihen unserer Bewegung der gläubigste Protestant neben dem gläubigsten Katholiken sitzen, ohne je in den geringsten Gewissenskonflikt mit seiner religiösen Überzeugung geraten zu müssen.“ Solche und ähnliche Bemerkungen wurden ein Jahr fast täglich gebracht. Gottes Gnade wurde für das „Werk“ beschworen. „Das Christentum gilt als Basis unserer Moral“, hieß es sinngemäß in einem Aufruf zum 1. Februar 1933.

Das Konkordat — seine Folgen

Den Höhepunkt dieser feierlichen Beteuerungen bildete dann das Konkordat, das am 22. Juli 1933 — überraschend schnell — zustande kam.

Damit aber war den katholischen *politischen* Gruppierungen, vor allem den beiden katholischen Parteien der Rückhalt genommen. Kirchliche Probleme waren nun sofort zwischen Kirche und Staat zu lösen. Der Vermittlung einer Partei bedurfte es nicht mehr.

Das Ende des politischen Katholizismus war unrühmlich. Doch man muß allen Handelnden der damaligen Zeit zugute halten, daß man sich einfach nicht vorstellen konnte, wie eine Diktatur mit mißliebigen politischen Gegnern verfahren würde.

Daß allerdings auch Diktaturen Fehler machen, kann man an dem Beispiel der Konkordatsbestimmung ersehen, die den Geistlichen den Beitritt zu politischen Parteien verbot. Dieser Passus sollte sich nach Hitler gegen die Geistlichen in Zentrum und Bayerischer Volkspartei auswirken. Es bewahrte aber letztlich die Geistlichkeit — legal — davor, der Partei — der NSDAP — beitreten zu müssen.

Der Verbände Opfergang

Für die katholischen Verbände ging es nun ebenfalls ums Überleben. So sie rein religiösen Aufgaben verschrieben waren, konnte man sie als Institution der Kirche ansehen. Damit wurde aber diese Laienarbeit verkirchlicht. Jene Verbände, die soziale oder andere Aufgaben hatten (z.B. Schützen, Kolping, Arbeitervereine, KAB, Gewerkschaften usw.), waren

nicht durch das Konkordat abgedeckt und fielen der Gleichschaltung oder der Auflösung zum Opfer.

Kirchlicherseits hatte man schon vor längerer Zeit über eine Neuorganisation der Laienarbeit nachgedacht. Denn der Zeitgenosse von 1932/1933 mußte feststellen, daß die katholischen Vereine aus einer gewissen Isoliertheit nicht herauskamen. Sie schafften es nicht, dem Wunsche Pius XI. zu folgen und eine kraftvolle katholische Laienarbeit zu entwickeln.

Pläne verschiedener Art wurden entwickelt. Man wollte bestehende Vereine so umgestalten, daß sie als kirchliche Einrichtung geschützt waren. — Das bedeutete Verzicht auf staatsbürgerliche, staatspolitische und wirtschaftliche Aufgaben, auf Information und Bildung — einschließlich einer Zeitschrift.

Eine andere Form sah einen „Katholischen Volksbund“ vor, der sozusagen — eine Mischung aus Volksverein und Schulorganisation — den organisatorischen Rahmen für eine „katholische Aktion“ bilden sollte.

Bischof Kaller (Ermland) hatte ebenfalls eine Variante entwickelt. Sie sah vor: Ausschüsse in den Pfarreien, dazu die Vorsitzenden der Vereine, der apostolischen und karitativen Werke und Einzelpersonlichkeiten. Auf Diözesanebene sollten dann ebenfalls entsprechende Ausschüsse gebildet werden. Die Gesamtvertretung für Deutschland hätte einem Zentralausschuß zugestanden, der aus drei Bischöfen, drei Priestern und vier Laien bestehen sollte. Im Zentralrat — als Vollversammlung — hätten sich die Verbände repräsentiert gefunden.

Da man sich April/Mai 1933 klar wurde, daß alle katholischen Organisationen bedroht waren, beschloß die Konferenz der deutschen Bischöfe — 30. Mai/1. Juni 1933 — die Einführung der katholischen Aktion nach dem Modell von Bischof Kaller.

Inzwischen ging jedoch der „Totentanz“ der Verbände in die letzte Runde. Lehrer und Lehrerinnen wurden gleichgeschaltet. Es folgten die Jugendverbände. Die Hitlerjugend wurde (Juni 1933) Staatsjugend. Damit wurde sie als einzige mit allen Privilegien ausgestattet. Lehrer und Beamte wurden einfach gezwungen, ihre Mitarbeit in katholischen Vereinigungen einzustellen. Arbeitsplätze, Lehrstellen usw. waren für Angehörige der Hitlerjugend reserviert. Abitur durfte nur noch abgelegt werden, wenn — von seltenen Ausnahmen abgesehen — auch eine Bescheinigung über die Aktivität in der Hitlerjugend vorlag.

Eine Idee von Generalpräses Ludwig Wolker, die kirchlich anerkannten Verbände als eine Vereinigung mit „besonderen Aufgaben“ zu erhalten, scheiterte an den Realitäten. Man konnte — und kann es in einer Diktatur wohl nie — nicht ein „bißchen mitmachen“ und einen „Zaun“ um die kirchliche Aufgabe ziehen, dort wo Kirche und Welt aufeinandertrafen.

Der Deutsche Gesellentag — 8.—11. 6. 1933 — sollte noch einmal darstellen, welche positiven Leistungen man für Staat und Volk gebracht hatte. Der Vizekanzler von Papen hielt eine Rede. Der Reichskanzler wünschte guten Verlauf, und die örtliche NS-Organisation

nen terrorisierten die Teilnehmer so — teilweise unter Mißhandlung auch ausländischer Delegierter —, daß die Veranstaltung abgebrochen werden mußte.

In anderen Fällen ging man weniger brutal, aber in der Sache ebenso hart vor. Die KAB zum Beispiel versuchte sich noch ein wenig im Schutz der Kirche zu halten. In der Presse wurde aber bereits verbreitet, daß einzig die Eingliederung in die Deutsche Arbeitsfront übrigbleibe.

Wenn seitens der Kirche der kirchliche Charakter eines Vereins betont wurde, dann behauptete die NSDAP, daß es sich um ein Anhängsel des aufgelösten „Zentrums“, handele. Dabei war man in der Methode wenig zimperlich. Geistliche, die noch zu den Verbänden standen, wurden tätlich angegriffen oder in „Schutzhaft“ genommen. Ehemalige Geschäftsstellen oder auch Privathäuser, in denen man Akten vermutete, wurden durchsucht. Und gefunden wurde immer etwas, da man damals ja einfach nicht wissen konnte, wie brutal ein diktatorisches Regime — ob braun oder rot — sein konnte.

So erwartete man dringend seitens der Kirche den Abschluß des Konkordates. Als Rom zögerte, bedeutete man von Berlin, daß nach einem Abschluß die Übergriffe untergeordneter Stellen aufhören würden.

Am 7. Juli, sozusagen in letzter Minute, erhielt der Art. 31 des Reichskonkordates, der den Schutz katholischer Vereinigungen bedeutete, seine endgültige Fassung. Man glaubte Grund zur Hoffnung zu haben.

Hitler veröffentlichte dann — vertragsgetreu — zwei Tage nach Vertragsabschluß am 10. Juli 1933 einen Erlaß, der die Auflösung katholischer Vereine rückgängig machte und Zwangsmaßnahmen verbot. Aber — und da zeigt sich die ganze Hinterhältigkeit des NS-Regimes — man „vergaß“ die Liste der geschützten Organisationen zu erstellen. Alle Klagen der Kirche, endlich diese Liste der gestatteten katholischen Organisationen zu erlassen, waren bis Kriegsende vergeblich.

Es versuchten dann viele gutmeinende Katholiken durch „Pakte mit dem Teufel“ noch ein wenig katholische Aktivität zu retten. Auf allen Ebenen machte man Versuche, sich durch eine Flucht in bürgerliche Zirkel usw. zu retten. Erfolg hatte dieses Bemühen jedoch nicht.

Auch die Versuche der Bischöfe, unter ihrem Schutz Verbänden das Weiterleben zu sichern, scheiterten.

Denn grundsätzlich verbot man „Doppelmitgliedschaften“. Wer in einer Gliederung der Partei war, durfte nicht Mitglied in einer entsprechenden kirchlichen Organisation sein. Dabei gab es die Situation, daß eine ministerielle Stelle in Berlin „anordnete“, daß ein Konzept für „alle Frauenverbände“, „Jugendverbände“ usw. geschaffen würde, daß aber die zuständige Parteiinstanz einfach kein Konzept vorlegte.

Verwaltungserlasse auf unterer Ebene erschwerten dann zusätzlich die Arbeit.

Es kam hinzu, daß sich die Geheime Staatspolizei einschaltete, um die Verbände nun endgültig auszuschalten.

Die Haltung der deutschen Bischöfe war damals auch nicht einheitlich. Man erwog, gewisse Vereinigungen zu opfern, um andere — insbesondere die katholische Aktion — desto sicherer zu erhalten.

In Rom sah man die Angelegenheit viel klarer. Der Kardinalsstaatssekretär teilte den Bischöfen mit, daß man sich nicht mit der Aufgabe von bewährten katholischen Vereinigungen einverstanden erklären könne, sondern neue Verhandlungen anrege.

In dieser Zeit — 30. Juni 1934 — fiel dann die Mordaktion „Römputsch“. Neben Opfern unter den Partei- und SA-Leuten erschoss man profilierte Männer der katholischen Aktion (Adalbert Probst, DJK; Erich Klausener, Kath. Aktion Berlin usw.). Hier muß nun eingefügt werden, daß die Verbandsführungen so weit von ihren Ortsverbänden entfernt waren, daß man die Opfer kaum mit Namen kannte. Man erfuhr oft erst viele Monate oder Jahre später, daß dieser oder jener auch „dabei“ war. Das Kirchenvolk kannte sie nicht.

In der Folgezeit überlegte man, was man zum Schutze katholischer Vereinigungen noch machen könne. Die Bischöfe gaben ihre Zustimmung, und so löste man sich nicht auf. Dafür ging die Gestapo gegen einzelne Gruppierungen vor. Am 6. Februar 1936 wurde Generalpräses Wolker mit fast allen Mitarbeitern verhaftet. Der Prozeß brachte jedoch überraschend viel Freisprüche. Die Organisation war aber zerschlagen.

1936, im Spätsommer, versuchten die Bischöfe noch einmal, eine Rechtsgrundlage für ihre Verbände durch Verhandlungen zu sichern. Doch die Verhandlungen scheiterten, weil die Bischöfe ihre Position nicht preisgeben wollten und konnten. Staatlicherseits war man aber nicht mehr interessiert. Man erledigte solche „Dinge“ auf der unteren Ebene auf „kaltem Wege“.

In der Zeit von 1937 bis 6. Februar 1939 wurden alle katholischen Jugendverbände: Neudeutschland, Quickborn, Pfadfinder usw., aufgelöst. Die Jungfrauenvereinigungen folgten. Einige Vereinigungen blieben bestehen, wurden aber systematisch „ausgehungert“.

Die Bischöfe erkannten, daß hier eine Besserung kaum möglich war. Vorsorglich hatte man bereits 1936 „Richtlinien für die katholische Jugendseelsorge“ erlassen. So konnte man Aktivitäten der Vereinigungen in die amtliche Seelsorge integrieren, ein Prozeß, der die Verkirklichung der Laienarbeit weiter förderte.

Der Kampf um die katholischen Parteien und Verbände, um das, was man mit „Katholizismus“ bezeichnete, war so nach teilweise hartem Widerstand in rund sechs Jahren zu Ende gegangen.

Neue Opfer

Nun konzentrierte man sich seitens der Nazis auf andere Objekte: Schulen, Klöster, Orden, Presse usw. Erkennbar wurde die Systematik des Vorgehens. Zunächst nahm man den Laien die Waffen (Verbände), dann berannte man die Bastionen (Orden, Presse etc.), um sich zuletzt gegen die Kirche als Kirche zu wenden.

Gruppen, die benötigt wurden, z.B. Caritas, ließ man vorerst ungeschoren.

Im Widerstand

Es muß noch erwähnt werden, daß eine recht ansehnliche Zahl Angehöriger der Verbände untereinander Verbindung hielten und auch mit der Kirche Kontakte pflegten. Aus diesen Reihen erstanden Widerstandskämpfer und viele, die ihre Erfahrungen nach Kriegsende zur Verfügung stellten.

Neuanfang — 1945

Es ist eines der Wunder der Nachkriegszeit, daß die Organisation der katholischen Kirche fast völlig und die der evangelischen Kirche noch ausreichend intakt geblieben ist, obwohl der Staat zusammengebrochen war, die Gesellschaft sich erheblich verändert hatte und die ehemaligen katholischen Organisationen nur noch in spärlichen Resten existierten. Aus dem persönlichen Erleben ist dem Verfasser noch in Erinnerung, daß sich Kolping regte, daß einige Schützenvereine nach Organisationsformen suchten, ansonsten aber „nur“ die Pfarreien vorhanden waren.

Was lag da näher, als an die vorhandenen Strukturen anzuknüpfen. So erwog man bei einem ersten Treffen der rheinischen Bischöfe im Mai 1945, eine Laienaktivität im Sinne der katholischen Aktion anzustreben. Man glaubte in der Form der katholischen Volkshochschul-Bewegung gute Erfahrungen — und damit auch Organisationsmuster zu haben.

In der Jugendbewegung gab man der Pfarrjugend die größeren Chancen. Sollten jedoch wieder Schülerverbände entstehen, so wollte man sie an die Diözesen binden.

Das katholische Verbandswesen war dermaßen zerstört, daß man glaubte, der katholischen Aktion mit einer Gliederung in die vier „Naturstände“: Männer — Frauen — Jungen — Mädchen, den Vorzug geben zu sollen.

Unsicher war man sich im deutschen Episkopat, welche Stellung Rom einnehmen würde. Man war auch der Ansicht, daß die starke Hinwendung des Kirchenvolkes zur Liturgie eigentlich einer Vereinsstruktur widersprechen würde.

Nicht klar waren sich die Verantwortlichen, daß ein Verzicht auf Organisationsformen in einer Demokratie leicht auch den Verzicht auf Mitgestaltung beinhaltet.

Um den rechten Weg

Manner in dieser Zeit hatten es nicht leicht. Die Chance, christliche Gewerkschaften zu bilden, verhinderten die Alliierten, da sie für eine Einheitsgewerkschaft votierten. Das Zentrum bildete sich ebenfalls nicht neu — aus unterschiedlichen Gründen —, und damit gab es zunächst auch keine Möglichkeit, katholische Anliegen über eine eigene Presse zu vertreten.

Ohne Förderung durch die Bischöfe fanden sich katholische und evangelische Christen zur CDU und CSU zusammen. Diese Gründung lag damals in der Luft. Christen hatten in der Abwehr von Hitlers Übergriffen sich näher kennen und schätzen gelernt. Das

Trennende bezog sich nur auf den innerkirchlichen Raum, in der Politik war die Basis auf gleichen moralischen und ethischen Auffassungen fest gegründet.

Damit fehlte jedoch eine rein katholische Stimme. Da sie auch nicht von den Verbänden artikuliert werden konnte, blieben nun nur noch die Bischöfe als Vertreter katholischer Anliegen. Und das war auf die Dauer nicht gut. Heute werden dadurch vielfach Bischöfe in der Öffentlichkeit mit der Beantwortung von Tagesfragen verschlissen. Das schadet oftmals dem Ansehen des geistlichen Amtes.

In dieser Situation übersandte Papst Pius XII. am 1.11.1945 ein Schreiben Mit dem diskreten Hinweis auf die „... Verbände, die früher sich ausgezeichnet bewährt haben...“

Trotz des mahnenden Hinweises des Papstes gingen die Diözesen nach dem Krieg weiter unterschiedlich in der Organisation der Laien vor.

Ohne Zutun der Bischöfe, aber mit ihrer Duldung entwickelten sich dann auch Verbände.

So kam es allenthalben zu der Gründung der „Pfarrjugend“ und vereinzelt auch zur Neubelebung von „Neudeutschland“, „Quickborn“, „Pfadfinder“ usw.

Mit dem BDKJ wurde eine gewisse Neuordnung ins Leben gerufen. Sowohl die Zentrale im Jugendhaus in Düsseldorf als auch Haus Altenberg bei Köln sind Stellen, die die Bischöfe ins Leben gerufen haben. Diese Zentralen sind das organisatorische Dach für Verbände und Pfarrjugend. Die bischöflichen Jugendämter mit ihrer Untergliederung in Stadt- bzw. Kreisjugendämter sind „Amtsstellen“. Eine endgültige Bewertung kann noch nicht vorgenommen werden. Doch sollte man bedenken, daß ein Teil der Querelen mit dem BDKJ und der KJG darauf zurückzuführen ist, daß es für die Kirche als Institution schwer ist, sich über einen „Teil ihrer Institution“ am Tagesgeschehen zu beteiligen. Das riecht dann immer nach manipulierter Laienarbeit. Aus dieser Erkenntnis versuchen dann — besonders Funktionäre mit Antenne für politische Gegebenheiten, ihre Auffassung unterhalb der Weisung der Hirten durchzusetzen. Daß damit aber gar nicht die Meinung des Kirchenvolkes getroffen, sondern oftmals nur die anstudierte eigene Meinung verbreitet wird, kann aus der Geschichte vielfach bewiesen werden.

Demgegenüber stehen Verbände, die als neue Eigengründung Gewicht in der Tagesdiskussion erreichten. Das sind KAB und vor allem auch Kolping, BKU und CAJ. In diese Reihe gehört natürlich auch die Landvolkbewegung, die kfd und der Frauenbund. Ebenso müssen erwähnt werden die Schützen, die Studentenverbände. Es müßten noch eine Reihe von Vereinen — Verbänden aufgezählt werden — von der Elternschaft bis zu den Akademikern, letztlich auch zur GKS.

Probleme der Laien in der Kirche

Es gibt bei der Vertretung der Kirche in der Gesellschaft und im Staat Probleme, die nicht von der Kanzel gelöst werden können, sondern die in der Nahdiskussion sozusagen auf der Straße ausgefochten werden müssen. Eine Meinungsbildung von Pfarrei zu Pfarrei

eventuell über Probleme, die sich dort nicht ergeben oder zu denen Fachleute nicht vorhanden sind, ist sehr schwer. Eine jeweilige Zusammenfassung über Stadt-, Kreisdekanate zur Diözese ist kaum machbar.

Infolgedessen muß das Bistum Stellungnahmen nach Beratung von Fachleuten abgeben. Diese haben zwar vielleicht Aufmerksamkeit in der Presse, aber keinen Nachhall im Volk. Ein Problem, das aber vom Ortsverband, weil in seiner Thematik liegend, aufgenommen wird, kann auf den jeweiligen Ebenen mit gleichem Sachverstand diskutiert werden und ist im Ergebnis und in den Zusammenhängen allen Mitgliedern — diskussionsfähig — geläufig.

Die Schwäche der Organisation der Laienarbeit über die Pfarreien hat sich schon bei der Mitarbeit der Kirche während der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates (1948) gezeigt. Die Kirche hatte keine Gelegenheit, über Presse, Rundfunk oder Verbände ihren Standpunkt zu verdeutlichen.

Ähnlich erging es beim Kampf um die katholische Schule. Und in diesen Tagen wird der Kampf für die Erhaltung der Schulordnung in NRW, der ja auch ein Kampf zur Erhaltung der kirchlichen Privatschulen ist, von Elterninitiativen geführt. Schwierigkeiten gab es auch beim einheitlichen Kampf um § 218. Auch hier war das Laienpotential nicht von der Institution Kirche zum Einsatz zu bringen.

Vielleicht liegt hier auch die Wurzel dazu, daß der Einsatz nach der Parole „Wähle das Leben“ nicht voll zur Entfaltung gekommen ist. Erst in neuester Zeit scheint sich die Basis zu verbreitern.

Es ist eben ein großer Unterschied, ob sich Laien aus eigener Einsicht zu einem Handeln im Sinne der Kirche zusammenschließen oder ob eine Aufgabe auf dem Wege kirchlicher Verordnung „angeregt“ wird.

Gerade in der heutigen Zeit der Emanzipation der mündigen Bürger haben kirchliche Anregungen (Verordnungen) nicht immer den erwarteten Erfolg.

Die Tendenz der Verkirchlichung von Laienbewegungen ist keine gute Voraussetzung für erfolgreiches Handeln.

Die Entwicklung der Verbände in der jüngsten Zeit kann nicht voll gewürdigt werden, wenn man nicht auch die neu initiierte Bildungsarbeit der Diözesen betrachtet. Diese Entwicklung ist zweifellos ein Reflex auf die Unterdrückung der Diskussion in der Nazizeit. Weiterhin ist festzustellen, daß das Wissen der Katholiken um Fragen der Theologie immer ein wenig schwach entwickelt war. Dem Wissen aus dem Schulkatechismus folgte meist keine weitere Information mehr. Und die Sonntagspredigt allein konnte das Defizit nicht auffüllen.

Hinzu kam, daß nach dem Zusammenbruch die Chance der Kirche, über die Bildung eine Möglichkeit zur gesellschaftlichen Darstellung zu haben, groß war. So entstanden — nach dem evangelischen Vorbild Bad Boll — allenthalben auch katholische Akademien. Diese

waren und sind, obwohl in den leitenden Stellen vielfach Laien die Führung hatten und haben, jedoch keine eigenverantwortliche Laienarbeit.

Die Fortsetzung sind heute die Katholischen Bildungswerke. Es bedarf möglichst bald hier einmal einer wissenschaftlichen Durchleuchtung. Denn die Bildungsrichtung dieser Einrichtung geht in vielen Fällen über die Köpfe ganzer Zielgruppen hinweg.

Besondere Bedeutung hat auch die Umorganisation des Zentralkomitees der deutschen Katholikentage in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Dieses wurde zur Dachorganisation sowohl der Vertretung der katholischen Verbände als auch der Laienstrukturen in den Diözesen, die dort institutionalisiert sind. So wurde die Führungsrolle der deutschen Bischöfe betont. Das ZdK ist auf diese Weise zwar die Arbeitsgemeinschaft „der im Laienapostolat der katholischen Kirche in Deutschland tätigen Kräfte“, aber es hat an eigenverantwortlicher Selbständigkeit eingebüßt. Das ergibt sich auch aus der Wandlung der Katholikentage. Die Vertreterversammlung — einst das Kernstück — wurde an den Rand verlegt, die Großveranstaltung des katholischen Kirchenvolkes unter starker geistlicher Einwirkung ist Mittelpunkt geworden.

Von besonderer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland und die Gestaltung dieser demokratischen Staatsform ist die Tätigkeit katholischer Politiker und Gelehrter. Sie stammten aus katholischen Verbänden. Leider ist es aber zu einer organisatorischen Ausbildung dieser Tätigkeiten nicht wieder gekommen. So wird der Einfluß der Kirche stärker über das „Katholische Büro“ als Institution der Kirche als über verantwortliche Laien in Absprache mit der Kirche oder noch besser in Deckung mit den Prinzipien der Kirche ausgeübt. So ist auch hier eine Verkirchlichung der Laienaktivität zu verzeichnen.

Mehr als hundert Jahre haben Laien in eigener Initiative der Kirche im gesellschaftlichen und politischen Raum jene Freiheit verteidigt, die der Kirche oftmals das Überleben ihrer Organisationsstruktur ermöglichte.

Die starke Einbindung der Laienkräfte in den innerkirchlichen Bereich birgt zwei Gefahren. Einmal kann es leicht dazu kommen, daß sich Laiengremien sozusagen um „nur“ innerkirchliche Aufgaben kümmern. Spontangruppen versuchen beinahe vorzuschreiben, ob die Blumen links oder rechts auf dem Altar anzuordnen sind. Zuweilen fühlt „man“ sich zum Schiedsrichter in Fragen berufen, die Sache des Pfarrers sind und bleiben müssen.

Zum anderen aber werden in der Kirche Kräfte gebunden, die mit mehr Effektivität nach außen wirken könnten und müßten. Denn die Laien müssen dafür sorgen, daß unsere heilige Kirche in der menschlichen Gesellschaft die Stellung einnimmt, die ihr zukommt nach dem Willen des Stifters. Man muß — insbesondere bei der Diskussions- und Demonstrationsfreudigkeit in unseren Tagen —, wieder zur Kenntnis nehmen können, daß katholische Laien aus der Tiefe ihres Glaubens und aufgrund ihrer fachlichen Fähigkeiten wertvolle Beiträge liefern für die Gesellschaft von morgen.

Ohne diese Außenwirkung und Vertretung büßt die Kirche eines Tages ihre führende Funktion für unser Volk ein.

Staat und Kirchen

Das Verhältnis des Staates zu Kirchen und Religionsgesellschaften in Österreich

Michael Haubl

Allgemeines

Die heute bestehenden Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Kirchen bzw. Religionsgesellschaften sind Ergebnis einer Rechtsentwicklung, deren Wurzeln im Römischen Reich liegen.

Der Österreichische Staat versteht sich aus seiner Verfassung als rein säkular. So sind z.B. ... Vorrechte des Bekenntnisses ausgeschlossen (Art. 7 B-VG)

War bis Josef II. nur die Katholische Kirche anerkannt, begann aus einer Vielzahl von Gründen eine andere Politik des Staates Platz zu greifen. Das Toleranzpatent von 1781 und das Protestantenpatent von 1861 seien als Beispiel für diese Entwicklung genannt.

Ein für Österreich wesentlicher Schritt war das Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 (RGBl. Nr. 142/1867) über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, dessen Artikel 15 richtungsweisend wurde:

„Jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft hat das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, ordnet und verwaltet ihre inneren Angelegenheiten selbstständig, bleibt im Besitze und Genusse ihrer für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds, ist aber, wie jede Gesellschaft, den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.“

Ein grundlegender Schritt war das Gesetz vom 20. Mai 1874 (RGBl. Nr. 68/1874) betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgesellschaften (Anerkennungsgesetz).

Eine Religionsgesellschaft, die die Anerkennung durch den Staat erlangen will, muß folgenden Kriterien Rechnung tragen:

- Definition der Lehre
- Mitgliedschaftsregelung
- territoriale Abgrenzung
- Regelung der Finanzen
- Bestellung religionsgesellschaftlicher Amtsträger
- Errichtung wenigstens einer dauerhaften Kultusgemeinde
- kein Verstoß gegen die Gesetze und die guten Sitten.

Nach diesem Gesetz fanden bisher Anerkennung:

- die Altkatholische Kirche (1877)
- die Methodistenkirche (1951)
- die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage (1955)
- die Armenisch-apostolische Kirche in Österreich (1972)

- die Neuapostolische Kirche in Österreich (1975)
- die Österreichische Buddhistische Religionsgesellschaft (1982).

Die Anerkennung durch den Staat bedeutet für die Kirche oder Religionsgesellschaft im allgemeinen

- Verbesserung der Rechtsstellung (Gleichstellung mit Körperschaften des öffentlichen Rechtes)
- Verbesserungen im Bereich Gebühren und Abgaben
- z. T. günstigere Bedingungen im Bereich der Sozialversicherung
- bessere Möglichkeiten im Bereich des Schulwesens und des Religionsunterrichtes
- besseren Schutz für die Religionsausübung und die Geistlichen und Amtsträger durch das Strafgesetz
- allenfalls finanzielle Leistungen durch den Staat.

Auch wenn sich der Staat als säkular versteht, gibt es eine Reihe von Gesetzen, die religiöse Wertvorstellungen einbeziehen bzw. zum Inhalt haben, wie z. B.

- Gesetz vom 15. Juli 1921 (DRGBL. I S. 939) über die religiöse Kindererziehung (für Österreich in Kraft gesetzt durch Verordnung vom 1. März 1939, DRGBL. I S. 384)
- Feiertagsruhegesetz 1957 (BGBl. Nr. 264/1957)
- Gesetz vom 3. Mai 1868 zur Regelung des Verfahrens bei den Eidesablegungen vor Gericht (RGL. Nr. 69/1874).

Die folgenden Erläuterungen zu den einzelnen Kirchen und Religionsgesellschaften sind nach dem Zeitpunkt der staatlichen Anerkennung gereiht:

Die Römisch-Katholische Kirche

Der Römisch-Katholischen Kirche kommt im Rahmen der österreichischen Rechtsordnung eine besondere Stellung zu:

- Für sie gelten innerstaatliche Regelungen wie auch Staatsverträge (Konkordate) zwischen der Republik Österreich und dem Heiligen Stuhl.
- Nur sie genießt in Österreich öffentlich-rechtliche Stellung. (Die Evangelische Kirche AB und HB genießt die Stellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.)
- Ihre Territorialgliederung ist durch Staatsvertrag mit dem Heiligen Stuhl geregelt.

Zwischen der Republik Österreich und dem Heiligen Stuhl bestehen diplomatische Beziehungen. Österreich ist beim Heiligen Stuhl durch einen Botschafter vertreten, der Heilige Stuhl unterhält in Wien eine Nuntiatur.

Für die Beziehungen Staat—Kirche kann man als wesentlich folgende, allerdings unvollständig aufgeführte Regelungen ansehen:

- Pfarregulierung, Klosterreform und Bildung des Religionsfonds durch Joseph II.
- Staatsgrundgesetz 1867
- Staatsvertrag von St. Germain vom 10. September 1919 (StGBL. Nr. 303/1920)

- Konkordat 1933 (BGBl. II Nr. 2/1934)
- Gesetz über die Erhebung von Kirchenbeiträgen im Lande Österreich (Kirchenbeitragsgesetz, GBILÖ Nr. 543/1939 — im Zusammenhang mit der Einziehung des Religionsfonds)
- Vertrag vom 23. Juni 1960 (BGBl. Nr. 195/1960, 107/1970) zur Regelung vermögensrechtlicher Beziehungen
- Verträge, die die territoriale Verfassung der Kirche betreffen (Vertrag Eisenstadt — BGBl. Nr. 196/1960, Vertrag Innsbruck — BGBl. Nr. 227/1964, Vertrag Feldkirch — BGBl. Nr. 417/1968).

Die Evangelischen Kirchen

Nach dem Toleranzpatent Josephs II. vom 13. Oktober 1781*) gewährte das Protestantentpatent vom 8. April 1861 den evangelischen Gläubigen „...prinzipielle Gleichheit vor dem Gesetz und hinsichtlich der Beziehung ihrer Kirchen zum Staat“.

Eine ausgeformte Regelung erfolgte aber erst durch das Bundesgesetz vom 6. Juli 1961 über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche (Protestantengesetz). Dieses Gesetz umfaßt

- die Evangelische Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses in Österreich sowie die in dieser zusammengeschlossenen
- Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Österreich
- Evangelische Kirche Helvetischen Bekenntnisses in Österreich.

Die Altkatholische Kirche

Die Altkatholische Kirche wurde 1877 — im siebenten Jahr ihres Bestehens — nach dem Gesetz vom 20. Mai 1874 betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgesellschaften anerkannt (Anerkennungsgesetz).

Die Griechisch-Orientalische Kirche

Die Griechisch-Orientalische Kirche wurde durch das Bundesgesetz vom 23. Juni 1967 über äußere Rechtsverhältnisse der Griechisch-Orientalischen Kirche in Österreich anerkannt (Orthodoxengesetz).

Der geistlichen Jurisdiktion der Metropolis von Austria unterstellt sind:

- die griechisch-orientalische Kirchengemeinde zum Heiligen Georg und
- die griechisch-orientalische Kirchengemeinde zur Heiligen Dreifaltigkeit,

beide in Wien. Sie wurden ehemals kraft kaiserlicher Privilegien instituiert und sind gleichfalls staatlich anerkannte Einrichtungen der griechisch-orientalischen Kirche in Österreich.

*) gilt für Lutheraner, Calvinisten und Griechisch-Orthodoxe

- Als weitere staatlich anerkannte Kirchengemeinde ist die serbisch-orientalische Kirchengemeinde zum Heiligen Sava in Wien zu nennen, die 1893 auf Grund einer Verordnung des k. k. Statthalters im Erzherzogtum Österreich unter der Enns konstituiert worden ist.
- Ferner gehört die rumänische griechisch-orientalische Kirchengemeinde zur Hl. Auferstehung in Wien zu den staatlich anerkannten Einrichtungen der griechisch-orientalischen Kirche in Österreich. Sie wurde 1923 „mit aufsichtsbehördlicher Genehmigung der staatlichen Kultusverwaltung“ konstituiert.
- Die russisch-orthodoxe Kirchengemeinde zum Heiligen Nikolaus in Wien erlangte am 25. April 1969 den Status einer staatlich anerkannten Kirchengemeinde, und ebenso ist
- die bulgarisch-orthodoxe Kirchengemeinde zum Heiligen Iwan Rilski in Wien seit 10. Mai 1969 eine staatlich anerkannte Einrichtung der griechisch-orientalischen Kirche in Österreich.

Die Israelitische Religionsgesellschaft

Die Juden wurden bereits sehr früh Objekt staatlicher Rechtsetzung. Bereits 418 n. Chr. verbot Kaiser Honorius den Juden, öffentliche Ämter zu bekleiden. Im Mittelalter wurden Judenordnungen erlassen, die z. B. den Besitz von Grund und Boden, die Zugehörigkeit zu Zünften und Gilden — und damit die Ausübung landwirtschaftlicher oder handwerklicher Berufe — verboten haben. Angeordnet wurde das Tragen einer bestimmten Kleidung, eine optische Kennzeichnung (Kaiser Maximilian I.) in Form gelber Ringe oder gelber Hüte. Nach dem Judenprivileg Herzogs Friedrich II. für die Wiener Juden (1237) sind diese „servos camere nostre“ (Kammerknechte). 1516 wird das erste Ghetto in Venedig im Bereich der alten Eisengießereien errichtet (möglicherweise kommt das Wort „Ghetto“ von „ghettare“ = gießen); ähnliche Regelungen der Einschränkung der Wahl des Aufenthaltes folgen bald in ganz Europa.

Die Aufklärung, die Französische Revolution und die Kriege Napoleons verändern Europa so wesentlich, daß sich auch die rechtliche Situation der Juden ändert.

In Österreich setzt Josef II. durch sein Toleranzpatent den ersten Schritt (Patent vom 2. Jänner 1782).

Aber erst das Gesetz vom 21. März 1890, betreffend die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der Israelitischen Religionsgesellschaft (Israelitengesetz, RGrBl. Nr. 57/1890) bringt eine rechtliche Anerkennung.

Eine andere Regelung gilt für die Juden im Burgenland: Hier steht noch heute der XLII. Ungarische Gesetz-Artikel vom Jahre 1895 in Kraft, der die israelitische Religion „als gesetzlich rezipierte Religion erklärt“ und fünf Bestimmungen des Ungarischen Gesetz-Artikels LIII/1868 auf die Anhänger der israelitischen Religion ausdehnt, wobei heute noch zwei Geltung haben.

Die Methodistenkirche

Die Methodistenkirche wurde auf Grund des Anerkennungsgesetzes mit Verordnung vom 24. Februar 1951 (BGBl. Nr. 74/1951) gesetzlich anerkannt.

Die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage (Mormonen)

Diese Religionsgesellschaft wurde 1955 auf Grund des Anerkennungsgesetzes gesetzlich anerkannt.

Die Religionsgesellschaft der Anhänger des Islams

Mit Gesetz vom 15. Juli 1912 (Islamgesetz) wurde „den Anhängern des Islams nach hanefitischem Ritus“ die Anerkennung als Religionsgesellschaft gewährt.

Die Armenisch-Apostolische Kirche in Österreich

Mit Verordnung des BMUK vom 12. Dezember 1972 wurde die Armenisch-Apostolische Kirche auf Grund des Anerkennungsgesetzes anerkannt (BGBl. Nr. 5/1973).

Die Neuapostolische Kirche in Österreich

Auf Grund des Anerkennungsgesetzes wurden die Angehörigen dieser Religionsgesellschaft mit Verordnung des BMUK vom 25. September 1975 (BGBl. Nr. 524/1975) anerkannt.

Die Österreichische Buddhistische Religionsgesellschaft

Die Anhänger des Buddhismus wurden auf Grund des Anerkennungsgesetzes durch Verordnung des BMUK vom 31. Dezember 1982 (BGBl. Nr. 73/1983) als Religionsgesellschaft gesetzlich anerkannt.

Die Herrnhuter Brüderkirche

Diese Kirche wurde 1880 auf Grund des Anerkennungsgesetzes anerkannt, besteht aber in Österreich nicht mehr.

Quellen:

Inge GAMPL
Österreichisches Staatskirchenrecht
Springer-Verlag, 1971
Wien

Max KLESSE
Vom Alten zum Neuen Israel
Ner-Tamid-Verlag, 1965
Frankfurt/Main

Schläft die Kirche?

Die Gewißheit, daß der Kirche das Wort Gottes anvertraut ist, (ver-)führt leicht dazu, daß man es dem Manne im Evangelium gleichtut, der einst das eine Talent, das ihm anvertraut wurde, vergrub, damit nichts darankomme (vgl. Mt 13,18 u. 26-28). Belohnt wurde jedoch jener, der mit seinen ihm anvertrauten Talenten wucherte.

Wenn man die Diskussion um die Frage „Kirche und Medien“ verfolgt, dann kann man tatsächlich auf den Gedanken kommen, der Besitz der Heilsgewißheit mache satt oder schläfrig oder überbesorgt. Da wird das Wort geprägt, die Kirche brauche keine zweite Kanzel.

In der heutigen Zeit, da nur noch 16–20% der katholischen Gläubigen regelmäßig die Sonntagsmesse besucht und nur etwa 5% eine Kirchenzeitung bezieht, erscheint es doch an der Zeit, eine neue Kanzel zu gründen, von der Gottes Wort — ob gelegen oder ungelegen — verbreitet wird. Das muß eine Kanzel sein, die nicht nur in den Innenraum wirkt, sondern weit in die Öffentlichkeit gerichtet ist.

Was nutzt es, wenn Kardinal Höffner eindrucksvoll von dem von uns unterstützten Radio Veritas berichtet, das Verbot von Radio Catholica in Nicaragua beklagt und die verantwortlichen Berater in Deutschland nicht wissen, was sie im Missionsland Deutschland in ein Seelsorgeprogramm umsetzen könnten.

Dabei gibt es Fachleute genug — Journalisten, Medienspezialisten, Techniker, Wissenschaftler.

Diese sollte man mit den „Hirten“ zusammenbringen, damit sie überhaupt einmal ein Modell erstellen, was den vielen in der Irre der Welt sich verlaufenden „Schafen“ aus dem Stall Gottes angeboten werden kann, damit sie die Stimme hören und wieder einen Weg finden.

Sonst könnte es eines Tages geschehen, daß der Richter am Ende unserer Tage sagen wird: Du — Kirche — hast dich um die Leibsorge gekümmert — Caritas, Beratungsstellen, Hilfen in aller Welt —, aber du hast die Seelsorge vergessen, du hast die Bekehrten bekehrt.

Schon im Evangelium steht „Martha, Martha, du machst dir viele Sorgen und Mühen, aber nur eines ist notwendig. Maria hat das Bessere gewählt, das soll ihr nicht genommen werden.“ (Lk 10,41–42)

Das Wort Gottes und das Wissen um die große Kraft der Sakramente, das ist, was den Menschen heute nottut.

Dennoch, bei allen Überlegungen, es muß am Anfang der Plan stehen, welches Medium wie eingesetzt werden kann.

Das Fernsehen ist zweifellos zu teuer. Hier wird es darauf ankommen, daß auch in den Privat-Sendungen die Kirche einen Raum hat.

Aber einen Rundfunksender könnte man sich schon leisten. Und an Programstoff sollte es nicht fehlen.

Einmal gibt es Informationen, die auf der Bundesebene wichtig sind.

Selbstverständlich müssen die Diözesen einen Anteil bekommen und nicht zuletzt auch die Stadt- und Kreisdekanate und die Verbände.

Auch darf nicht außer acht gelassen werden, daß Radio Vatikan seine Stimme einbringen könnte, und die Nachrichten aus der Weltkirche, besonders die, die man im profanen Radio nicht hört, finden sicher interessierte Hörer.

Wenn all das einmal zu einem „Programmgerüst“ zusammengestellt wäre, dann müßte es möglich sein, Probesendungen auf Band zu nehmen und in verschiedenen Diözesen, zum kritischen Hören anzubieten.

Es müßte doch ein leichtes sein aus der Vielzahl der Fachleute, sobald man sich über die Grundsätze klar ist, einige herauszusuchen und 8 Tage in irgendein Studio zu setzen und dann mit einem klaren Programmauftrag eine 24-Stunden-Probesendung erstellen zu lassen.

Was kleinen „Missionierungsgrüppchen“ gelingt, sollte unserer Kirche doch nicht so schwerfallen.

Natürlich muß beachtet werden, daß die Bischöfe von „Publik“ noch geschreckt sind. Und die Laienspielschar von Ludwigshafen war auch nicht angetan, zu überzeugen.

Aber sollte man nicht daraus gelernt haben und zunächst einmal Fachleute zusammenbiten?

Wie schon so oft in diesen Zeiten, es muß gemahnt werden, nur noch eine kurze Zeit und die Kirche hinkt hoffnungslos hinterher.

M. H. — H. F.

Vom Glück des Lebens

Hans Stilbach

Der Mensch hat Glück, dem plötzlich ein Gewinn, eine Erbschaft zufällt. Und doch ist das Symbol der rollenden Kugel bezeichnend für den Wert solchen Glückes. Es liegt schon einige Wahrheit darin, wenn der Volksmund sagt: „Wie gewonnen, so zerronnen!“ Es ist doch ein wesentlicher Unterschied zwischen Glück haben und glücklich sein! Das erste ist meist wie ein kurzer Rausch, der uns von außen zufliegt. Das andere ist eine Sache des Herzens, des inneren Menschen, der Persönlichkeit. Es ist eine Angelegenheit, die mit äußeren Glücksgütern nicht viel zu tun hat, die aber diesen Glückskindern eine tiefe innere Befriedigung geben kann. Es sind Menschen, die wohl den „Stein der Weisen“ gefunden haben müssen. Es sind merkwürdige Menschen, die in allen Lagen des Lebens und an allen Dingen etwas Gutes finden. Ihr harmonisches Wesen, ihre glückhafte Natur strahlt ihnen mitunter aus den Augen, liegt oft im Klang ihrer Stimme, und doch können diese Menschen im Charakter so verschiedenartig sein.

Dem einen sitzt der Schalk im Genick. Diese Eulenspiegelnaturen haben einen so urwüchsigen aber auch treuherzigen Humor, daß man ihnen nie böse sein kann. Im Gegenteil, sie helfen uns damit über so manche Klippen und fatale Situationen des Alltags. — Es gibt einsame, stille Menschen, deren innere Ausgeglichenheit uns dennoch anzieht und deren Wert wir erst im vertrauten Gespräch so recht erkennen und die uns manchen Gewinn geben können. — Wir kennen die im guten Sinne immer betriebsamen Menschen, die jederzeit Rat wissen und auch über bürokratische Schwierigkeiten hinweg zu helfen verstehen. — Bei einem anderen Menschen ist es nur die Lauterkeit seines Wesens, die unbedingte Wahrhaftigkeit des Charakters. Man weiß bei ihm in jedem Falle, woran man ist. Dies sind wohl die besten Voraussetzungen für eine glückliche Ehe, die von restlosem gegenseitigem Vertrauen und Verstehen getragen ist.

Woher nehmen nun diese Menschen die Kraft zu dieser ausgeglichenen Persönlichkeit? Sind es die Erbanlagen, Erziehung und Bildung, oder ist es die Kraft des eigenen Willens? Es wird wohl alles einen Teil dazu beitragen. Es sind aber auch andere Faktoren, die hinzukommen können. Da ist die innere Befriedigung im Beruf, man sollte hierzu „berufen“ sein. Das ist freilich heute im Zeitalter der Normung und Mechanisierung oft nicht möglich. Aber für solche Fälle hat man wohl das „Steckenpferd“ erfunden. Glückliche Menschen, die in irgendeine Liebhaberei vernarrt sind! Es ist dies immerhin eine positive „Flucht aus dem Alltag“, im Gegensatz zu jeder rauschartigen Sinnenvernebelung, die uns nach vielleicht kurzem Glücksgefühl doch aus dem seelischen Gleichgewicht bringen wird.

Den besten inneren Ausgleich wird uns aber in allen Schicksalsschwankungen die Gewißheit geben, daß ein allmächtiger Herrgott über unserem Lebensschicksal steht.

Frieden

Bundeswehr — friedlichste Armee der Welt

Wolfgang Altendorf*

Sie darf weder in Krisengebieten außerhalb ihres Verteidigungsauftrages eingesetzt werden noch etwa zur „Unterdrückung politisch kontroverser Strömungen“ im eigenen Land.

Man hat sie weder mit einem „Feindbild“ ausgestattet, noch kennt sie umrissene „Angriffsziele für den Ernstfall“.

Sie ist zudem eine Armee, die im Alltagsbild der Bundesrepublik Deutschland kaum in Erscheinung tritt. Die militärische Uniform taucht nur hin und wieder in der zivilen Gesellschaft auf, meist bei Manövern, allenfalls in der Nähe von Kasernen.

Ihr Auftreten ist dann von größter Zurückhaltung. Weder Mannschaften noch Offiziere nehmen sich in der Öffentlichkeit Freiheiten heraus, die nicht auch jedem Zivilisten in einer freiheitlichen Ordnung zustehen, eher weniger davon.

Ausschließliche Verteidigung

Die Bundeswehr hält sich strikt, ernsthaft und ohne Abstriche ausschließlich an ihren Verteidigungsauftrag. Angriffskriege werden weder heimlich geplant noch theoretisch überhaupt erwogen. So gesehen ist sie ein „notwendiges Übel“, das man, bei gesicherter Weltlage, lieber heute als morgen verschwinden lassen möchte. Die Bundeswehr gilt zudem als eine der teuersten Armeen der Welt. Sie verschlingt jährlich Milliarden; dennoch ist ihr Etat im Bundeshaushalt geringer als die jährlichen Aufwendungen des Bundes für soziale Zwecke. Das früher anvisierte ideale politische Ziel, nämlich — der Sozialetat müsse höher sein als derjenige der Rüstung, ist in der Bundesrepublik Deutschland schon seit etlichen Jahren erreicht.

Man weiß von der Wirkung der Waffen

Die Ansichten der Offiziere der Bundeswehr spiegeln sich in den Themen, die ganz allgemein von der Bevölkerung der Bundesrepublik diskutiert werden — und unterscheiden sich kaum in ihrer durchschnittlichen Einschätzung. Angehörige der Bundeswehr verabscheuen ebenso den Krieg wie jeder vernünftige Mensch auf dieser Erde. Aber sie wissen einiges mehr über die Wirkung von Waffen, sei es aus eigener Praxis im Umgang damit bei Manövern oder durch Filme, die an Realistik, was die Wirkung dieser Waffen anlangt, keine Kompromisse eingehen. Es sind, denkt man die Konsequenzen weiter — und das geschieht — schreckliche Filme. So wissen die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Bundeswehr also genauer, was ein Krieg, auch ein „konventionell geführter“, in der Realität bedeutet. Kommandeure sprechen etwa bei der Vereidigung von Wehrpflichtigen längst keine „markigen Worte“ mehr. Sie scheuen sich nicht, ihre eigene Skepsis vor jeder

Art militärischen Abenteurs bei solchen offiziellen Gelegenheiten zu artikulieren, die Politik zur Friedlichkeit zu mahnen, auf Verhandlungen zur Konfliktvermeidung unbeeinträchtigt zu drängen.

Frustration kein Zeichen von Schwäche

Wer einem Bundeswehrangehörigen, dem er begegnet, „Militarismus“ unterstellt, weiß weder etwas vom friedlichen Geist in dieser Armee, noch kennt er die Bedeutung des Begriffs Militarismus. Trotzdem geschieht es und unbesehen immer wieder. Von hier rührt die Frustration her, unter der diese Armee in ihrer Beziehung zur Bevölkerung leidet. Man setzt voraus, was nicht vorhanden ist; diese Frustration entsteht auch dort, wo mißverständene Solidarität zum „Militärischen“, das man Bundeswehrangehörigen im voraus unterstellt, zum Ausdruck kommt.

Das bedeutet jedoch keineswegs, daß diese Armee von ihrer Einstellung her „das Geld nicht wert“ sei, das man für sie aufwendet. Sie wird im Ausland hoch eingeschätzt. Diese Einschätzung basiert auf genauen Details. Keine Armee dieser Welt ist derart vom Ausland her unter ständiger Beobachtung wie die Bundeswehr. Man kennt ihre hervorragende technische Ausrüstung und die Intelligenz, mit der sie genutzt wird. Zum Glück schließt man von der Skepsis, von der ihre Angehörigen erfüllt sind, nicht auf eine entscheidende Minderung ihrer Einsatzstärke; denn tatsächlich wäre dies ein Trugschluß.

Die disziplinierte Einschätzung

Eine derart von friedlichem Geist durchdrungene Armee befindet sich nämlich bei Konfliktsituationen stets im Recht. Vor dem Hintergrund ihrer eigenen friedlichen Einstellung erscheint jede Provokation von außen als himmelschreiendes Unrecht, gegen das sich diese Armee im Bewußtsein ihrer rechtlichen Position, auch verzweifelt, wenn es sein muß, zur Wehr setzt. Von dieser naturrechtlichen Basis her, die es dem Individuum ohne Abstriche gestattet, Angriffe abzuwehren, versteht sich auch die disziplinierte Einschätzung der Bundeswehr. Sie gilt als eine der im Innern intaktesten Armeen, die ihren Angehörigen einen größtmöglichen Spielraum läßt, ohne die unerläßliche Disziplin zu vernachlässigen. Übergriffe, die auch hier vorkommen, verlieren ihre deprimierende Schärfe durch die offenen Wege zur Rehabilitation des Rechtsverstoßes, wie sie keine Armee in dieser realen Perfektion, also auch in der Praxis, aufweist.

*) Professor W. Altendorf, Europäische Akademie, Antwerpen

GKS — dem Frieden verpflichtet

Frieden sichern — fördern — erbeten

Elke A. Fettweis

Eingeführt wurde der Welttag des Friedens 1968 von Papst Paul VI., um in der Welt den Gedanken des Friedens zu fördern. In bereits alter Tradition feierte die Gemeinschaft Ka-

tholischer Soldaten (GKS) auch in diesem Jahr zusammen mit ihren Familienangehörigen, Freunden und geladenen Gästen im Collegium Josephinum diesen Tag im Rahmen einer Festveranstaltung. Der Einladung waren zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens, der ausländischen Streitkräfte sowie der katholischen und evangelischen Kirche gefolgt. Wie schon in den letzten Jahren war auch diesmal die Zahl der interessierten jungen Leute erfreulich groß.

In seiner Begrüßung hob der Sprecher der KSG Bonn, Oberst Walter Szelag, hervor, daß die katholischen Soldaten in diesem Jahr bereits zum zehnten Mal diesen Tag feierlich begingen. Gemäß der Intention des Weltfriedenstages, über das Beten hinaus die Welt für den Frieden zu aktivieren, sei es ein Anliegen der GKS, mit und vor einer breiten Öffentlichkeit den Dienst des Soldaten am Frieden zu betonen.

In seinem Festvortrag zum Thema „Die Verantwortung des Christen für den Frieden“ sprach Bundespräsident a.D. Professor Dr. Karl Carstens davon, daß es eine der wichtigsten Funktionen des Staates sei, sowohl den inneren als auch den äußeren Frieden zu schützen. Dies widerspreche keineswegs der christlichen Gesinnung. „Der Soldat, der Wehrdienst leistet, erfüllt damit nicht nur eine staatsbürgerliche Pflicht, sondern sein Verhalten steht mit den christlichen Geboten im Einklang, wenn der Wehrdienst ausschließlich der Verteidigung gegen einen Angriff dient.“ Dem Christen sei es erlaubt, sein Land gegen einen Angriff zu verteidigen und sich im Frieden auf eine Verteidigung gegen einen möglichen Angriff vorzubereiten. „Die Aufstellung von Streitkräften, denen jeder Angriff untersagt ist, die nur der Verteidigung dienen, widerspricht keinem christlichen Gebot.“ Um den Soldaten in solchen Fragen Beistand zu leisten, hielt es Carstens daher für gut und konsequent, daß die beiden großen Kirchen in Deutschland nach der Gründung der Bundeswehr vor rund dreißig Jahren eine Militärseelsorge einrichteten.

Nach Ansicht von Professor Dr. Carstens sei die Politik der gegenseitigen Abschreckung oder der gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit auf der Grundlage des christlichen Glaubens im Atomzeitalter dann vertretbar, wenn man davon überzeugt sein dürfte, daß sie mindestens zur Zeit noch die sicherste Bewahrung des Friedens, wenngleich auch keine Garantie sei. „Diese Überzeugung dürfen wir aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre haben.“

Carstens erinnerte weiterhin daran, daß auch die biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen in die Abrüstungsvereinbarungen einbezogen werden müßten. Die Sicherung des Friedens durch gegenseitige ausgewogene und kontrollierte Abrüstung sei ein christliches Gebot. Er hob weiterhin hervor, daß seiner Einschätzung nach trotz aller düsteren Prophezeiungen durchaus Chancen für eine Verständigung zwischen den Supermächten bestünden.

Hinsichtlich der Verteidigungskosten sagte Carstens, daß die durch Abrüstungsvereinbarungen eingesparten finanziellen Mittel, als ein gemeinsamer Beitrag der Industriestaaten, den Notleidenden in den Entwicklungsländern zugute kommen sollen.

Seine Ausführungen schloß der Altbundespräsident mit der Aufforderung an alle, um den Frieden zu beten. „Es scheint so, daß viele Deutsche in den vierzig Jahren des Wohlstandes seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Beten verlernt haben. Um so eindringlicher und inbrünstiger sollten diejenigen, die an Gott glauben, um die Bewahrung des Friedens beten, so wie unsere Vorväter es getan haben. Wir sollten Gott bitten, daß er die Herzen und Sinne der Menschen in der Welt, vor allem der Regierungen aller Länder, erleuchten möge, so daß sie untereinander Frieden halten.“

Auch der Apostolische Nuntius, Erzbischof Dr. Josef Uhač, rief in seiner Ansprache dazu auf, das Beten für den Frieden nicht zu vergessen. Denn Gott erwarte vom Menschen zwar die verantwortungsvolle Gestaltung seiner Geschicke, aber da Gott der Schöpfer sei, gebe es den Frieden nur in der göttlichen Erlösung.

Am Beispiel der Ehe stellte er das Fundament des Friedens dar. Wenn sogar Eheleute, die sich gesucht, bejaht und geliebt hätten, nicht der Vernunft folgend in Frieden lebten, wie sollten dann erst Völker, die sich nicht gesucht, bejaht und geliebt hätten, in Frieden leben? Deshalb bestehe — und das betone Papst Johannes Paul II. immer wieder — Friedensarbeit im Sieg über Sünde und Rivalitäten und somit im Sieg der Liebe im Herzen jedes Einzelnen.

In seinem Schlußwort, das zugleich auch eine Art Debüt auf Bonner Boden für Militärpfarrer Manfred von Schwartzberg, den katholischen Standortpfarrer Bonn, darstellte, dankte er unter anderem dem Hausherrn des Collegium Josephinum und hob hervor, daß auch die tägliche Arbeit eines Pädagogen ein Friedensdienst sei. Denn die Menschenbildung sei entscheidend für den Frieden und ende nicht mit der Schulentlassung. Vielmehr müßten die jungen Erwachsenen dann mit dem bisher Gelernten in der Lage sein, selbst weiterzuarbeiten an der Menschenbildung.

Von Schwartzberg dankte auch dem Kammerorchester des Stabsmusikkorps der Bundeswehr unter Leitung von Hauptmann Christoph Lieder, das der Veranstaltung einen festlichen Rahmen verliehen habe. Ohne das Ein- und Unterordnen jedes einzelnen Musikers wäre kein Zusammenspiel und damit keine harmonische Musik möglich. Ebenso müsse man sich im Alltag an dem Ort, an dem man sich befinde, ein- und unterordnen. Sonst sei auch im Leben keine Harmonie zu erreichen.

Die Verantwortung des Einzelnen für den inneren und äußeren Frieden sowie das Beten um den Frieden stellten alle Redner in den Mittelpunkt ihrer Aussagen. Besonders die Berufssoldaten und Wehrdienstleistenden fühlten sich durch diese Übereinstimmung zwischen Politik, Militär und Kirche in ihrer Entscheidung für den Wehrdienst bestärkt und bekundeten ihre Zustimmung durch reichlich, oft spontanen, Beifall.

Die Verantwortung des Christen für den Frieden

Karl Carstens

Ich will heute zu Ihnen „über die Verantwortung des Christen für den Frieden sprechen“. Ich meine damit nicht den himmlischen Frieden, den Frieden des Menschen mit Gott, von dem es in der Bibel heißt, daß er höher sei als alle Vernunft.

Ich spreche von der Verantwortung des Christen für den irdischen Frieden, den Frieden in der Familie, der Nachbarschaft, der Gemeinde, im Lande und in der Welt. Ich spreche dazu als evangelischer Christ und theologischer Laie, der seine Glaubensüberzeugung vor allem aus der regelmäßigen Lektüre der Bibel schöpft, übrigens häufig aus der Übersetzung von Jörg Zink, der für jeden Tag des Jahres einen passenden Bibeltext ausgewählt hat.

In den 35 Jahren, in denen ich politische Verantwortung trug, habe ich mich immer wieder, und je älter ich wurde, desto mehr gefragt, welche Gebote aus christlicher Sicht für die von mir zu treffenden Entscheidungen galten. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen möchte ich sprechen.

Ich stelle die Frage: Welchen Beitrag kann der Christ zum irdischen Frieden leisten? Kein Zweifel, Christus ermahnt uns immer wieder zur Friedfertigkeit.

„Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen“, heißt es in der Bergpredigt. Und kurz danach: „Wer seinem Bruder zürnt, der ist des Gerichtes schuldig.“ Und dann das größte Wort: „Liebet eure Feinde“ (Matthäus 5). Das sind Gebote, die sich an jeden von uns richten. Wir müssen sie ernst nehmen, so schwer sie manchmal zu befolgen sind.

Unsere Friedfertigkeit muß sich in allen Bereichen unseres Lebens erweisen, angefangen mit der Familie. „Charity begins at home“, heißt ein schönes englisches Sprichwort. Die Barmherzigkeit fängt zu Hause an. Wer mit seinem Ehegatten, seinen Kindern, seinen Eltern oder Geschwistern in Streit lebt, der ist kein überzeugender Friedenskämpfer, auch wenn er noch so oft in Demonstrationen für den Frieden mitmarschiert.

Unsere Friedensliebe muß sich in unseren Beziehungen zu unseren Nachbarn und zu unseren Mitbürgern in der Gemeinde zeigen. Sie muß unser Verhalten in der Politik, in der Innenpolitik und in der Außenpolitik bestimmen. Wir sind nicht gehindert, unseren Standpunkt mit Worten kraftvoll zu vertreten und vor allem mit Entschiedenheit für Recht und Gerechtigkeit zu kämpfen. Aber wir dürfen unseren Gegner nicht hassen, auch wenn seine Ansichten nach unserer Meinung noch so falsch sind. Wir müssen in ihm den Bruder sehen, den Menschen, der Gottes Antlitz trägt. Und das müssen wir auch dann tun, wenn der Gegner uns haßt. Das ist vielleicht das schwerste von allen Geboten. Wir begegnen im privaten und im politischen Bereich haßerfüllten Menschen. Ja es gibt politische Lehren, die den Haß geradezu predigen.

*) Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Karl Carstens hielt diese Rede am 22. Januar 1987 vor der GKS Bonn.

Wir haben sie in der Vergangenheit in Deutschland zur Genüge erlebt. In den Armeen der Ostblockstaaten werden die Soldaten auch heute zum Haß gegen Imperialismus und Kapitalismus erzogen. Lenin hat einmal gesagt, während des revolutionären Kampfes bestehe die Hauptaufgabe darin, in den Massen den Haß gegen die Bourgeoisie zu wecken (Gesammelte Werke Bd. 31, S. 279). Das ist ein schlimmes Wort, und es wirkt bis heute fort, auch in unserem Lande wenn wir an manche Äußerungen der Extremisten im rechten und im linken Lager, bis hin zu manchen Haßgesängen in der Kunst denken.

Aber der Christ darf Haß nicht mit Haß erwidern. Wir müssen zur Verständigung bereit sein, wo immer dazu eine Chance besteht. Wir müssen versuchen, die Gegensätze abzubauen, soweit das möglich ist. Und schon gar nicht dürfen wir Gewalt anwenden, um unseren Standpunkt durchzusetzen.

Aber wir dürfen uns verteidigen, wenn wir in rechtswidriger Weise tätlich angegriffen werden. Wir dürfen auch anderen beistehen, wenn sie angegriffen werden. Wir nennen das Notwehr und Nothilfe. Seit Augustin und Thomas von Aquin ist das Recht zur Notwehr ethisch und theologisch abgesichert. Luther vertrat den gleichen Standpunkt, allerdings mit einer Einschränkung: „Wenn man mich angriffe als einen Prediger um des Evangeliums willen“, sagte er, „so wollte ich mit gefalteten Händen meine Augen zum Himmel heben und sagen: Mein Herr Christe ... ich befehle meinen Geist in deine Hände, und wollte also sterben“. Aber wenn ein Räuber ihn anfällt, dann — so sagt Luther — darf er sich wehren.

Auch der Staat darf, ja er muß Rechtsbrüche ahnden. Hier herrscht eine merkwürdige geistige Verwirrung. Vom Widerstandsrecht und zivilen Ungehorsam als angeblich erlaubten Reaktionen gegen staatliches Handeln ist die Rede.

Dieser Irrlehre muß man im Interesse des Friedens entschieden entgegentreten. Es war und ist eine der wichtigsten Funktionen des Staates, den inneren Frieden zu bewahren. Allein der Staat darf zur Wahrung des Rechts Gewalt anwenden. Er hat das Gewaltmonopol. Kein Bürger darf seine politischen Ziele oder seine Rechte selbst mit Gewalt verfolgen. Wenn wir das zuließen, wäre niemand mehr seines Lebens sicher. Dazu gibt es, abgesehen von dem Fall der Notwehr, nur eine Ausnahme: den Widerstand gegen ein totalitäres Regime, welches die Menschenrechte mit Füßen tritt.

Wir haben auch das während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland erlebt. Und wir zollen mit Recht denen, die sich im Widerstand gegen Hitler erhoben und dafür ihr Leben opferten, höchste Achtung.

Aber unsere heutige Situation ist eine völlig andere. Wir leben in einer Demokratie. Der Wähler, das heißt der Bürger, entscheidet in freien Wahlen darüber, wer in der Bundesrepublik regieren und wer Gesetze beschließen soll. Das ist die beste Staatsform, die wir kennen. Sie ist die beste Garantie für die Freiheit. Denn, so frage ich, wer soll sonst entscheiden, wenn nicht die Mehrheit der Bürger? Etwa der, der sich am lautesten entrüstet? Oder der am eindrucksvollsten redet? Oder der, der den besten Zugang zu den Medien hat? Oder der auf irgendeine andere Weise sich die Macht im Staat verschafft?

Das kann doch ernsthaft niemand wollen. Das bedeutet aber auch, daß, wer im Wahlkampf unterlegen ist, die Gesetze, die die Mehrheit beschließt, befolgen muß. Ziviler Ungehorsam oder gar Widerstand gegen die beschlossenen Gesetze bedeutet einen Angriff auf das Kernstück der Demokratie, bedeutet einen Bruch der Verfassung, bedeutet eine Verletzung des Friedens. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Und das alles gilt verstärkt für unsere Demokratie, die eine rechtsstaatliche Demokratie ist. Wer glaubt, daß die Mehrheit im Bundestag ein Gesetz beschlossen hat, das gegen die Verfassung verstößt, kann das oberste Gericht, das Bundesverfassungsgericht, anrufen. Es entscheidet dann mit letzter Autorität. Es wahrt vor allem die Würde des Menschen gegen staatliche Eingriffe. Ein so verfaßter Staat wie der unsere darf, ja er muß gegen diejenigen vorgehen, die die Gesetze verletzen. Damit erfüllt der Staat eine seiner wichtigsten Aufgaben, nämlich die Wahrung des Friedens. Er muß Terroristen und den Geiselnahmer hinter Schloß und Riegel bringen.

Demonstrationen sind ein legitimes Mittel, um den politischen Entscheidungsprozeß zu beeinflussen. Aber wer bei einer Demonstration Gewalt anwendet, verletzt das Recht. Der Staat muß ihm entgegentreten. Ebenso sollte der Staat gegen vermummte Demonstranten einschreiten. Die Vermummung ist der erste Schritt auf dem Wege zur Gewaltanwendung. Unsere Polizei und der Bundesgrenzschutz, die den Frieden im Innern sichern und dabei zahlreiche, zum Teil schwere Verletzungen erleiden, verdienen unseren Dank und unsere Unterstützung.

Und noch eines ist zu beachten: Demonstrationen ersetzen demokratische Entscheidungen nicht. Es sind Minderheiten, die demonstrieren. Die anderen, die nicht demonstrieren, haben auch einen Anspruch darauf, daß ihre Meinung berücksichtigt wird.

Der Staat muß auch die, die Gewaltanwendung verherrlichen oder befürworten, in ihre Schranken verweisen ebenso wie diejenigen, die meinen, daß Gewalt gegen Sachen ein erlaubtes Mittel der politischen Auseinandersetzung sei. Die Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Menschen und Gewalt gegen Sachen ist eine unheilvolle Unterscheidung, die zu einer großen Verunsicherung bei manchen Bürgern geführt hat. Leider wurde sie auch von Theologen proklamiert. Es ist eine Irrlehre. Wer Strommasten absägt oder Brandsätze in Kaufhäusern zündet, verletzt die Friedenspflicht und macht sich einer schweren Straftat schuldig.

Dies alles steht mit der christlichen Lehre in Einklang. Aus der Bergpredigt kann man keine anderen Schlüsse ziehen. Sie will unser persönliches Handeln leiten, aber sie enthält keine erschöpfende Handlungsanweisung für den freiheitlichen Rechtsstaat. Das hat Luther gemeint, als er sagte: „Ein ganzes Land oder die Welt mit dem Evangelium zu regieren sich zu unterfangen, das ist ebenso, als wenn ein Hirte in einen Stall Wölfe, Löwen, Adler und Schafe zusammentäte und ein jegliches frei nebeneinander laufen ließe und sagte, da weidet und seid rechtschaffen.“

Was ich bisher gesagt habe, läßt sich auch auf die auswärtigen Beziehungen unseres Landes anwenden. Auch unsere Außenpolitik muß durch Friedensliebe und Friedfertigkeit gekennzeichnet sein.

Wir dürfen zur Durchsetzung unserer Ziele keine Gewalt anwenden. Die Bundesrepublik Deutschland hat demgemäß in mehreren internationalen Verträgen auf Gewaltanwendung verzichtet. Wir müssen uns in einem Konflikt um einen friedlichen Ausgleich bemühen. Alle Bundesregierungen seit 1940 haben sich darum bemüht. Und wir dürfen den außenpolitischen Gegner ebenso wenig wie den innenpolitischen Gegner hassen, auch wenn er Haß gegen uns predigt. Ja, wir dürfen in ihm nicht den Feind sehen. Er ist Gegner, nicht Feind.

Aber was ist, wenn wir militärisch angegriffen, wenn wir mit Krieg überzogen werden? Dürfen wir uns dann unter Anwendung von Gewalt verteidigen, oder müssen wir den Angriff widerstandslos hinnehmen? Es ist eine zentrale Frage des christlichen Glaubens.

Immer wieder haben sich christliche Kirchen und Sekten zur völligen Gewaltlosigkeit bekannt: die Täufer, die Quäker, die Menoniten, die Zeugen Jehovas, auch heute wieder viele Anhänger der Friedensbewegung. Wir respektieren ihre Entscheidung. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gibt jedem Wehrpflichtigen das Recht, aus Gewissensgründen den Wehrdienst zu verweigern und statt dessen Zivildienst zu leisten.

Als Christen billigen wir diese Bestimmung unserer Verfassung. Freilich sollten die, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern, erkennen, daß zwischen ihrer Entscheidung und der Bereitschaft ihrer Altersgenossen, den Wehrdienst zu leisten, ein innerer Zusammenhang besteht. Die letzteren, die Soldaten, schützen nämlich unsere freiheitliche Ordnung einschließlich des Rechts der Wehrdienstverweigerung.

Würden alle den Wehrdienst verweigern, dann könnte unsere Freiheit schnell verlorengehen und damit auch das Recht der Wehrdienstverweigerung.

Der Soldat, der Wehrdienst leistet, erfüllt damit nicht nur eine staatsbürgerliche Pflicht, sondern sein Verhalten steht auch mit den christlichen Geboten im Einklang, wenn der Wehrdienst ausschließlich der Verteidigung gegen einen Angriff dient.

Auch hier ergibt sich aus der Bergpredigt nach meiner Meinung nichts anderes. Die Bergpredigt verbietet uns nach meiner Überzeugung nicht, unser Leben und das Leben der uns Anvertrauten gegen einen Angriff von außen zu schützen. Es heißt dort zwar: Wenn dir jemand einen Streich gibt auf deine rechte Backe, dann biete auch die andere dar (Matthäus 5).

Aber es heißt nicht: Wenn einer deinen ältesten Sohn getötet hat, so biete ihm auch den jüngeren Sohn dar, damit er ihn gleichfalls töte. Die Hinnahme eines militärischen Angriffs wird uns nicht anbefohlen. „Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen“, sagt Jesus an einer anderen Stelle (Matthäus 26).

Wir dürfen als Christen unser Land gegen einen äußeren Angriff verteidigen, und daraus folgt, daß wir uns im Frieden auf eine Verteidigung gegen einen möglichen Angriff vorbereiten dürfen. Die Aufstellung von Streitkräften, denen jeder Angriff untersagt ist, die nur der Verteidigung dienen, widerspricht keinem christlichen Gebot. So war es konsequent, daß beide großen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland nach der Schaffung der

Bundeswehr vor dreißig Jahren eine Militärseelsorge einrichteten, die den Soldaten geistigen Beistand gibt.

Aber, so lautet die nächste Frage, gilt das alles auch noch gegenüber einer Bedrohung mit Kernwaffen? Darf der Westen einen Gegner von einem nuklearen Angriff dadurch abzuhalten versuchen (dissuadieren — wie die Franzosen sagen, ein weit besseres Wort als das englische *deter*: abschrecken), daß der Westen selbst ein nukleares Verteidigungspotential aufbaut mit der Folge, daß im Falle eines Krieges die Schöpfung, Gottes Schöpfung, ausgelöscht werden könnte?

Die Beantwortung dieser Frage ist schwer; niemand sollte ohne sorgfältige Prüfung seines Gewissens zu ihr Stellung nehmen. Nach meiner Ansicht ist die Politik der gegenseitigen Abschreckung oder der gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit, wie man sie auch nennt, auf der Grundlage des christlichen Glaubens dann vertretbar, wenn wir davon überzeugt sein dürfen, daß sie mindestens zur Zeit noch die sicherste Garantie für die Bewahrung des Friedens ist. Diese Überzeugung dürfen wir aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre haben.

Die Doktrin der dissuasion hat Europa seit über vierzig Jahren den Frieden erhalten. Wo sonst auf der Welt kriegsähnliche Konflikte ausgebrochen sind, besaßen die kriegführenden Parteien diese Fähigkeit zur gegenseitigen nuklearen Vernichtung nicht. Denken Sie an die verschiedenen Kriege im Nahen Osten, an den Golfkrieg zwischen Iran und Irak, den Vietnamkrieg, den Krieg Vietnams gegen Kambodscha, an die Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion oder an den Krieg um die Falkland-Inseln, die meisten davon lange schreckliche Kriege, denen Millionen von Menschen zum Opfer gefallen sind, während Europa vom Krieg verschont blieb. Ja, man kann sicher noch einen Schritt weitergehen und sagen: Zu dem einzigen bisherigen Einsatz nuklearer Waffen, nämlich 1945 gegen Japan, wäre es nicht gekommen, wenn Japan die Fähigkeit zum nuklearen Gegenschlag gehabt hätte.

Die gegenseitige nukleare Vernichtungsfähigkeit ist daher eine Garantie für die Bewahrung nicht nur unserer Freiheit, sondern auch des Friedens. Ich weiß, daß sich viele gegen diese Einsicht sträuben, aber sie ist unwiderlegbar.

Deswegen gehen nach meiner Meinung diejenigen leichtfertig mit Frieden und Freiheit in Europa um, die von dem westlichen Bündnis den einseitigen Verzicht auf nukleare Waffen verlangen, ohne irgendeine Gewähr dafür zu haben, daß dann auch der Osten seine nuklearen Waffen abschafft.

Ich kann auch denen nicht beipflichten, die meinen, die Gefahr, daß es zu einer nuklearen Katastrophe komme, werde immer größer. Die das sagen, verwechseln zweierlei. Richtig ist, daß das Ausmaß der Katastrophe, wenn es zu einem dritten Weltkrieg kommen sollte, immer größer würde, da das Waffenarsenal ständig wächst. Aber davon zu unterscheiden ist die Frage, ob es zu einem dritten Weltkrieg kommt. Die Wahrscheinlichkeit dafür wächst nicht, vielleicht vermindert sie sich sogar angesichts der steigenden Schreckensvisionen, die mit dem Ausbruch eines solchen Krieges verbunden sind. Aus alledem folgt:

Wir schulden den Soldaten der Bundeswehr Dank. Sie leisten mit ihrem Wehrdienst einen entscheidenden Beitrag zur Bewahrung des Friedens.

Ich muß an dieser Stelle noch auf ein anderes, oft gehörtes Argument eingehen, nämlich daß wir das Geld, welches wir für unsere Verteidigung ausgeben, lieber den Entwicklungsländern zukommen lassen sollten. Das ist ein auf den ersten Blick sympathisches Argument. Die das fordern, unterliegen jedoch einem Trugschluß. Die Bundesrepublik Deutschland leistet zur Zeit ebensoviel Entwicklungshilfe wie der gesamte Ostblock, einschließlich der Sowjetunion. Wir können das tun, weil wir eine freie Verfassungsordnung und eine freie Wirtschaftsordnung haben. Wenn wir aufhören, uns zu verteidigen, könnten wir schnell beides verlieren und damit auch unsere Fähigkeit zu großzügiger Entwicklungshilfe.

Freilich gibt das Verteidigungskonzept der gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit, über das ich bisher gesprochen habe, keine hundertprozentig sichere Friedensgarantie. Wir bewegen uns im Rahmen von Wahrscheinlichkeitsüberlegungen. Dabei können wir darauf hinweisen, daß die Politik der beiden Supermächte im Verhältnis zueinander von großer Vorsicht gekennzeichnet ist. Das gilt auch für die Sowjetunion. Beide Supermächte attackieren einander, oft mit schärfsten Worten. Aber sie vermeiden Konflikte, die sie in eine unmittelbare militärische Konfrontation zueinander bringen würden.

Wir haben auch deswegen Grund zur Hoffnung, daß der Krieg vermieden werden kann, aber wir haben keine Gewißheit.

Daher bedarf das bisherige Gesagte einer wesentlichen Ergänzung. Es ist die Pflicht aller Politiker in Ost und West, dafür einzutreten, daß das Wettrüsten aufhört. Abrüstungsverhandlungen mit dem Ziel einer Verminderung der nuklearen Waffen im Rahmen einer ausgewogenen Gesamtregelung haben höchste Priorität. Keine Mühe darf uns Europäern zu groß sein, die Supermächte immer wieder an den Verhandlungstisch zu bringen und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln auf sie einzuwirken, damit es zu Abrüstungsvereinbarungen kommt.

Außer den nuklearen müssen auch die biologischen und die chemischen Massenvernichtungswaffen in diese Vereinbarungen einbezogen werden. Die Sicherung des Friedens durch gegenseitige ausgewogene und kontrollierte Abrüstung ist ein christliches Gebot.

Ich kann hier nicht auf die vielen Streitfragen zur Abrüstung eingehen, auf die sogenannte Nulllösung bei Mittelstreckenraketen, auf das amerikanische Abwehrsystem, das im Weltraum stationiert werden soll (SID), auf die Überschreitung der SALT-II-Grenzen durch die USA. Diese Erörterung bedürfte eines eigenen Vortrags. Aber ich möchte doch sagen, daß nach meiner Einschätzung trotz aller düsteren Prophezeiungen Chancen für eine Verständigung zwischen den Supermächten bestehen.

Wenn es zu Abrüstungsvereinbarungen kommt, dann sollten allerdings die dadurch eingesparten finanziellen Mittel in der Tat den Entwicklungsländern zugute kommen als ein gemeinsamer Beitrag der Industriestaaten für die notleidende Menschheit.

Denn unsere Bemühungen um den Frieden in der Welt dürfen nicht nur das Ost-West-Verhältnis im Auge haben. Wir dürfen die Dritte Welt nicht außer acht lassen. So lange Millionen von Menschen hungern und viele an Hunger sterben, gibt es keinen allgemeinen Frieden. Papst Johannes Paul II. hat in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag, dem 1. Januar 1987, einen eindringlichen Appell an die Menschheit gerichtet. Er appelliert an unsere Solidarität mit den Notleidenden und ermahnt uns, Fremdenfeindlichkeit, Rassenhaß, religiöse Intoleranz und Klassenschranken aufzugeben. Ich möchte dem Papst dafür danken, daß er diesen Gedanken in seiner Friedensbotschaft so stark herausgestellt hat.

Ich habe Ihnen zu dem Thema Verteidigung der inneren und äußeren Sicherheit unseres Staates und zum Frieden in der Welt meine Auffassung nach bestem Wissen vorgetragen, so wie sie sich in mir über eine lange Zeit hinweg entwickelt hat, und ich habe mich dabei immer wieder bemüht, das, was ich sagte, an den Geboten und der Lehre des Christentums zu messen.

Ich möchte schließen mit der Aufforderung an uns alle, um den Frieden zu beten. Es scheint so, daß viele Deutsche in den 40 Jahren des Wohlstands seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Beten verlernt haben. Um so eindringlicher und inbrünstiger sollten diejenigen, die an Gott glauben, um die Bewahrung des Friedens beten, so wie unsere Vorfäter es getan haben. Wir sollten Gott bitten, daß er die Herzen und Sinne der Menschen in der Welt, vor allem der Regierungen aller Länder, erleuchten möge, so daß sie untereinander Frieden halten.

In einem herrlichen Kirchenlied, das in der Zeit des 30jährigen Krieges entstanden ist, heißt es:

*Er lasse seinen Frieden ruhn
auf unserm Volk und Land.
Er gebe Glück zu unserm Tun
und Heil zu unserm Stand.*

Internationaler Friedensgottesdienst im Hohen Dom zu Köln

In anderer Reihenfolge als in den vergangenen Jahren fand in diesem Jahr der Friedensgottesdienst in Köln nach der festlichen Veranstaltung der GKS in Bonn statt.

Am 3. Februar 1987 versammelten sich 2 800 Soldaten aus Belgien, Großbritannien, den Niederlanden, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland zusammen mit 350 Beamten des Bundesgrenzschutzes zum internationalen Gottesdienst aus Anlaß des Weltfriedenstages 1987.

Der hochwürdigste Kardinal Joseph Höffner, Erzbischof von Köln, ließ es sich nicht nehmen, diesen Gottesdienst in Konzelebration mit je zwei amerikanischen, belgischen, britischen und deutschen Militärgeistlichen zu feiern.

Die Zahl der hochrangigen militärischen und zivilen Teilnehmer war groß. Neben dem Staatssekretär im BMVg Dr. Günter Ermisch und dem Generalinspekteur der BW Admiral Dieter Wellershoff sah man die Inspektoren der Teilstreitkräfte, Befehlshaber und Kommandeure alliierter und deutscher Verbände in großer Zahl. Damit wurde deutlich, wie wichtig dieser Gottesdienst auch von den führenden Vertretern der Soldaten genommen wird.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß das Stabsmusikkorps der Bundeswehr, der Domorganist Prof. Clemens Gans und „Annette“ mit ihrer Gitarre der heiligen Handlung einen beeindruckenden musikalischen Rahmen gaben.

Das Lied des Tages war dem Soldatengebetbuch (Nr. 435) entnommen: „Dunkelheit weit und breit“. Die einzelnen Strophen begleiteten die liturgische Handlung. So war der Ablauf – u. a. auch in mehreren Sprachen – aus einem Guß.

Wenn auch das innerste Erlebnis mit dem heiligen Geschehen am Altar verbunden ist und das Mysterium der Wandlung von Wein und Brot in Leib und Blut unseres Herrn und Erlösers Jesus Christus immer neu innerlich gefangen nimmt, so ging das Wort des Hirten – unseres Kardinals – in die Tiefe des Herzens.

Kardinal Höffner, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, führte aus:

Liebe Soldaten!

Papst Johannes Paul II. hat für das Jahr 1987 das Leitwort ausgegeben: „Solidarität – Schlüssel zum Frieden“. Das aus dem Lateinischen stammende Fremdwort „Solidarität“ findet sich heute in allen Sprachen. Es ist eine aufrüttelnde Parole. Denken wir an die freie Gewerkschaftsbewegung „Solidarnos“ in Polen. Im Lateinischen versteht man unter Solidarität das Miteinanderverbundensein wie die Fäden in einem fest gewebten Tuch, das Bereitsein zur Gesamthaftung: einer für alle, alle für einen.

Im Licht der Botschaft Christi bedeutet Solidarität ein elementares Spannungsverhältnis zwischen dem in der Menschheit vorgegebenen solidarischen Verbundensein und dem daraus folgenden solidarischen Verpflichtetsein.

I. Solidarisches Verbundensein

Obwohl der Mensch wie kein anderes Wesen auf dieser Erde eine Welt für sich ist, einzigartig er selbst, nie wiederholt, nie wiederholbar, ruht er dennoch nicht beziehungslos in sich selbst. Er ist geöffnet, ansprechbar, seinem Wesen nach dialogisch, eingefügt in das Menschengeschlecht. Trotz ihrer Verschiedenheit nach Rasse, Hautfarbe, Volkstum, Kultur, Sprache und Geschichte sind alle Menschen durch dieselbe Menschennatur biologisch und metaphysisch geeint. Sie sind nicht nur viele, sondern viele derselben Art. Gott hat jeden Menschen als sein Bild erschaffen. Alle sind Kinder Gottes. Unabhängig von Vereinbarung und Zustimmung bildet die Menschheit in biologischer, metaphysischer, geister, sittlicher, rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht eine ursprüngliche, vorgegebene Einheit.

Die ganze Menschheit ist auf die gemeinsamen geistig-sittlichen Werte des Wahren, Guten, Schönen und Heiligen hingeordnet.

Durch die Menschwerdung und den Erlösungstod Jesu Christi ist die Einheit des Menschengeschlechtes noch viel tiefer geworden. Jesus Christus ist durch seine Menschwerdung unser aller Bruder geworden. „Er selbst“, so sagt das Zweite Vatikanische Konzil, „hat nämlich, als er die menschliche Natur annahm, die ganze Menschheit in einer *übernatürlichen Solidarität* zu einer Familie zusammengefaßt und an sich gebunden, und er hat die Liebe zum Zeichen seiner Jünger bestimmt mit den Worten: Daran werden alle erkennen, daß ihr meine Jünger seid, wenn ihr Liebe zueinander habt“ (Joh 13,35)¹⁾. Nach der Menschwerdung Christi sind Haß, Streit und Feindschaft schlimmer, als sie es vorher waren.

In früheren Jahrtausenden, ja noch vor wenigen Jahrhunderten standen die Erdteile und Kulturkreise kaum in Berührung miteinander. Heute haben Presse und Rundfunk, Kriegsdrohung und Friedenssehnsucht, Weltwirtschaft und Weltverkehr die ganze Menschheit zu schicksalhafter Einheit verbunden wie nie zuvor.

Auch die Katholische Kirche nimmt immer mehr weltweite Dimensionen an. Die Gewichte verlagern sich in die südliche Hemisphäre. Von den 887 Millionen Katholiken leben noch 280 Millionen in Europa und 80 Millionen in Nordamerika, die übrigen 527 Millionen jedoch in anderen Kontinenten: in Lateinamerika, Afrika und Asien. Papst Pius XII. mahnte in seiner Weihnachtsansprache schon im Jahre 1950: „Man öffne die Grenzsperrn, man beseitige die Drahtverhaue, man gewähre jedem Volk freien Einblick in das Leben aller anderen, man hebe die dem Frieden so abträgliche Abschließung bestimmter Länder von der übrigen Kulturwelt auf.“ Das ist nur möglich, wenn die gemeinsamen geistigen und sittlichen Grundwerte von allen Völkern anerkannt werden. Es ist tröstlich, daß trotz aller Eisernen Vorhänge das Bewußtsein weltweiter Solidarität bei allen Völkern immer stärker wird.

Auch *wirtschaftlich* bildet die ganze Menschheit eine vorgegebene Einheit. Gott hat die Erdengüter ursprünglich „der ganzen Menschheitsfamilie gewidmet“²⁾, also nicht bestimmten Menschen zugewiesen, wie jedem seinen Leib. Der Grundsatz der ursprünglichen Gemeinwidmung der Erdengüter gilt auch für die Völkergemeinschaft. „Das Ärgernis“, so erklärte das Zweite Vatikanische Konzil, muß „vermieden werden, daß einige Nationen, deren Bürger in überwältigender Mehrheit den Ehrennamen Christen tragen, Güter in Fülle besitzen, während andere nicht genug zum Leben haben und von Hunger, Krankheit und Elend aller Art gepeinigt werden.“³⁾ Papst Johannes XXIII. hat darauf hingewiesen, daß die Menschen in allen Teilen der Welt gleichsam „Bewohner ein und desselben Hauses“ sind, so daß „ein dauerhafter und segensreicher Friede nicht gewährleistet ist, wenn die wirtschaftliche und soziale Lage des einen von der des anderen allzu stark abweicht.“⁴⁾

II. Solidarisches Verpflichtetsein

Das vorgegebene solidarische *Verbundensein* ist Anspruch, Aufgabe, Verpflichtung. Leider ist in der Welt von heute weithin an die Stelle der Solidarität unter den Völkern die Angst voreinander getreten. Das Wettrüsten nimmt kein Ende. Die Bedrohung wächst ins Unvorstellbare, bis zur Selbstvernichtung der Menschheit. Immer mehr Staaten sind versucht, sich *wirtschaftlich* abzukapseln: durch Wettbewerbsbeschränkungen, durch Protektionismus und durch Subventionen. Und doch lehrt die Erfahrung, wie richtig die Aussage der Enzyklika „Mater et Magistra“ ist: „Die einzelnen Länder sind darauf angewiesen, sich gegenseitig auszuhelfen und zu ergänzen. Sie können ihr eigenes Wohl nur dann wahren, wenn sie zugleich auf das Wohl anderer Länder Bedacht nehmen“ (Nr. 202).

Angesichts der bedrohlichen Lage, in der sich heute die Menschheit befindet, müssen sich alle Völker ihrer solidarischen Verbundenheit erneut bewußt werden. Ein neues Bewußtsein vermag die Verhältnisse zu ändern. Daß dies möglich ist, zeigt die neuere Geschichte. Hexenwahn, Sklaverei und Kolonialherrschaft sind auf diese Weise beseitigt worden. Warum sollte eine Bewußtseinsänderung nicht auch zur Ächtung des Krieges und zur Überwindung von Hunger und Elend führen?

Ein neues Bewußtsein weltweiter solidarischer Verpflichtung wird freilich nur dann entstehen, wenn die Rechte aller Völker „auf Existenz, auf Freiheit, auf Unabhängigkeit, auf eine eigene Kultur und auf eine echte Entwicklung“ gesichert werden.⁵⁾ Heute werden zahlreiche Menschen und ganze Völker auf die Seite geschoben, benachteiligt und entrechtet, d. h. in die Apartheid gestoßen. Apartheid, vom französischen *à part* (beiseite) gebildet, bedeutet: abgesondert, getrennt, an den Rand gedrängt werden. Vier Formen der Apartheid verletzen die Solidarität unter den Völkern und Menschen.

1) Heute herrscht mit Recht eine weltweite Empörung über die *rassische* Apartheid in Südafrika.

2) Weit verbreitet ist die *gesellschaftliche* Apartheid, die schwächere soziale Gruppen an den Rand drängt und sie ausbeutet. Die gesellschaftliche Apartheid stellt eine „noch nie dagewesene Herausforderung“ dar, da es heute um die „gesellschaftlich-wirtschaftliche Befreiung von Millionen von Männern und Frauen geht, deren Lage durch wirtschaftliche, soziale und politische Unterdrückung unerträglich geworden ist.“⁶⁾

3) In den wohlhabenden Industriestaaten, die auf ihre Freiheit und Rechtsordnung stolz sind, breitet sich in erschreckender Weise die *Apartheid gegen die ungeborenen Kinder* aus. Apartheid heißt „auf die Seite schieben“. Millionen von ungeborenen Kindern werden nicht nur auf die Seite geschoben, sondern umgebracht.

4) In vielen Ländern lastet auf Millionen von Menschen die *religiöse* Apartheid. Wer sich in diesen Staaten öffentlich als Christ bekennt und am religiösen Leben einer Partei teilt, nimmt, kann weder Ministerpräsident noch Mitglied der Regierung noch Botschafter, noch Bürgermeister, noch Direktor einer Fabrik, noch Universitätsprofessor, noch Offizier, noch Leiter einer Schule noch Mitglied des Parlaments und dergleichen werden.

Jede Form von Apartheid ist ein Angriff gegen die Solidarität des Menschengeschlechtes. Deshalb verwirft der Christ jede Apartheid. Er ist davon überzeugt, daß die Überwindung der Apartheid eine wesentliche Voraussetzung des Friedens im Inneren der Staaten und unter den Staaten ist.

Bei meinem Besuch in Mittelamerika kurz vor Weihnachten des letzten Jahres habe ich erkannt, daß jene von Terror und Elend heimgesuchten Völker in Freiheit und in solidarischer Verbundenheit mit allen Völkern der Welt leben wollen. Sie wollen weder eine Afghanistanisierung noch eine Kubanisierung noch eine Verproletarisierung noch eine Kolonialisierung neuen Stils.

Die Solidarität verpflichtet alle Völker, einander brüderlich zu helfen. Diese Hilfe muß doppelter Art sein.

1) Die Völker sind verpflichtet, in solidarischer Verbundenheit die Würde und die Rechte aller Menschen gegen Angreifer zu verteidigen. Das Zweite Vatikanische Konzil sagt: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“⁷⁾ Papst Johannes Paul II. hat in seiner Friedensbotschaft 1987 erneut darauf hingewiesen, daß „die Sicherheit, die auf Waffen beruht, stufenweise ersetzt“ werden muß „durch eine Sicherheit, die auf der Solidarität mit der Menschheitsfamilie beruht“. Zugleich hat er nochmals „zu weiteren Anstrengungen aufgerufen, die Waffen auf das notwendige Minimum für eine berechtigte Verteidigung zu reduzieren“ (Nr. 8). Die Aussagen des Konzils und des Papstes zeigen, daß diejenigen nicht im Sinne der Kirche sprechen, die den Dienst des Soldaten als unmoralisch hinstellen.

2) Es ist ein Gebot der gesamt menschlichen Solidarität, den notleidenden Völkern tatkräftig und selbstlos zu Hilfe zu kommen. Die hungernden Völker erwarten vor allem von den Christen ein Zeichen. Bleibt dieses Zeichen aus, droht die Gefahr, daß ein „zweiter Messias“ durch „großtuerische, aber trügerische Versprechungen“ die Massen aufwiegeln und an „totalitäre Ideologien ausliefern wird.“⁸⁾

Nach christlichem Verständnis ist es nicht das Ziel der solidarischen Zusammenarbeit aller Völker, innerweltlichen Heilshoffnungen den Weg zu bahnen. Auch die größten sozialen Reformen vermögen die Sehnsucht des Menschen nach dauerndem Leben, bleibendem Glück und nie endender Liebe nicht zu stillen; denn der Mensch ist „in seinem Verlangen unbegrenzt und berufen zu einem Leben höherer Ordnung“⁹⁾. Es gibt keinen innerweltlichen Ausbruch aus der Endlichkeit und Begrenztheit des Menschen in das Land der endgültigen und ewigen Freiheit. In der Dritten Welt haben Bischöfe und Laien mir oft gesagt, daß sie sich um des Menschen willen gegen den praktischen Materialismus, gegen den Ungeist des Konsumismus und gegen innerweltliche Heilsutopien wehren. Es geht ihnen um die *gesamt menschliche* Erfüllung: in Ehe und Familie, in Arbeit und Beruf, in der Liebe zum Schönen, im Zeithaben für Freunde und Spiel. Ihre Erfüllung findet die *gesamt menschliche* Integration im Glauben an Gott und in der Er-

wartung des ewigen Lebens. Aber gerade die Hoffnung auf das Kommende ist für den Christen der stärkste Antrieb zum sozialen Engagement im Dienst der Freiheit der Kinder Gottes.

¹⁾ Dekret über das Laienapostolat, 8

²⁾ Enzyklika „Quadragesimo anno“ 45

³⁾ GS 69 und 88

⁴⁾ Enzyklika „Mater et Magistra“ 157

⁵⁾ Papst Johannes Paul II. in seiner Homilie bei der Messe im Konzentrationslager Birkenau, 7. Juni 1979.

⁶⁾ Instruktion über die christliche Freiheit und die Befreiung, Nr. 81

⁷⁾ GS 79

⁸⁾ Enzyklika „Populorum progressio“, 11

⁹⁾ GS 10

Es ist immer wieder beeindruckend, mit welcher inneren Bereitschaft auch die vielen jungen Soldaten die Last eines sehr frühen Aufstehens und die Kälte im Dom in Kauf nehmen. Richtet man einmal seinen Blick auf die Jugend, dann mußte man feststellen, daß zur Feierstunde in Bonn und hier in Köln zum Gottesdienst im Dom junge Menschen in einer Zahl versammelt waren, von der eine Einrichtung wie der BDKJ selbst in guten Zeiten geträumt hat. Es war, und das konnte man sehen, den jungen Menschen ernst mit ihrem Bekenntnis zum Frieden. Eine solche Einmütigkeit dürften selbst die nicht übersehen, die anderer Meinung sind.

Aus allen Militärgemeinden waren dann Delegierte unterschiedlichster Dienstgradgruppen, vorwiegend aber auch wieder junge Soldaten, zu einem Empfang ins Maternus-Haus geladen.

Derweil hatten die anderen Kameraden Gelegenheit, nach einem wärmenden Imbiß an einem gut gegliederten Besichtigungsprogramm teilzunehmen. Eine sinnvolle Ergänzung durch den Standort Köln mit seinem Standortpfarrer.

Im Maternus-Haus hielt dann Militärdekan Msgr. Hermann-Josef Kusen, in seiner bekannt launigen Art, seine Dankansprache.

Eminenz, Exzellenz, Herr Staatssekretär, Herr Admiral, meine Damen und Herren, liebe Soldaten!

Vor 10 Jahren, im Januar 1977, fand zum ersten Mal anläßlich des Weltfriedenstages ein Internationaler Soldatengottesdienst hier in Köln statt, damals in der St. Apostelkirche, die die Soldaten, die gekommen waren, nicht alle fassen konnte. Von 1978 an — also jetzt zum 10. Mal fand deshalb dieser Gottesdienst im Kölner Dom statt. Und zehnmal haben Sie, Eminenz, in diesen 10 Jahren diesen Gottesdienst mit den im Erzbistum Köln stationierten Soldaten der verschiedenen Nationen gefeiert.

Eminenz, ich begrüße Sie ganz herzlich hier in Ihrem eigenen Haus, aber im Kreis der Soldaten aus Ihrem Erzbistum und aus einigen benachbarten Standorten. Ich danke Ihnen im Namen der Militärseelsorger der verschiedenen Nationen, daß Sie jedes Jahr spontan zusage, wenn wir Sie bitten, mit uns und unseren Soldaten diesen Gottesdienst anläßlich des Weltfriedenstages zu feiern. Und wer Sie bei diesem Gottesdienst erlebt, der möchte nicht

glauben, daß Sie vor wenigen Wochen Ihr 80. Lebensjahr vollendet haben. Ich möchte Ihnen im Namen der Anwesenden hierzu noch einmal herzlich gratulieren. Gelegentlich sprechen Sie schon einmal von der künftigen Heimat, der wir alle entgegengehen. Unser aller Bitte ist, daß Sie uns noch lange erhalten bleiben, wir brauchen Sie.

Ebenso herzlich begrüße ich den Bischofsvikar für die amerikanischen Soldaten in Europa, Herrn Weihbischof Dimino, Exzellenz, Sie sind erst eine Woche in Europa. Wir freuen uns, daß Sie schon nach so wenigen Tagen unserer Einladung zu diesem Gottesdienst gefolgt sind. Wir wünschen Ihnen Gottes Segen für Sie und Ihre Arbeit unter unseren amerikanischen Soldaten.

Internationaler Soldatengottesdienst. Es ist für uns eine besondere Ehre, daß der Bundesminister der Verteidigung von diesem Ereignis Kenntnis genommen hat und vertreten ist durch Herrn Staatssekretär Dr. Ermisch. Herr Staatssekretär, ich hoffe, Sie haben die Temperaturen in unserem schönen Dom gut überstanden. Dies ist halt die Kälteübung der Katholischen Militärseelsorge.

Ein besonderer Gruß gilt dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Herrn Admiral Wellershoff. Sie sind in Ihrer Eigenschaft als Generalinspekteur zum ersten Mal unter uns. Sie zeigen damit, welche Bedeutung Sie dieser Tatsache beimessen, daß Soldaten aus den verschiedenen Nationen um den Frieden in der Welt beten.

Mit Ihnen begrüße ich für das Heer den stellv. Inspekteur des Heeres, Herrn Generalleutnant Malecha, für die Marine den Inspekteur der Marine, Herrn Vizeadmiral Mann, für die Luftwaffe den stellv. Kdr. General der Luftflotte, Herrn GenMajor Griesse, für das Sanitäts- und Gesundheitswesen der Bw den Inspekteur des SanWesens, Herrn Genoberstabsarzt Dr. Voss, für den territorialen Bereich den Befehlshaber im Wehrbereich III, Herrn GMPhilipp.

Ich freue mich über die große Beteiligung des Bundesgrenzschutzes an diesem Gottesdienst und begrüße stellvertretend für alle Beamten Herrn Direktor im BGS Thonfeld.

Aus dem zivilen Bereich der Bw begrüße ich Herrn Ministerialdirektor Hildebrand und Herrn MinDirektor Dr. Schaeffen, sowie Herrn Vizepräsident Nobis.

Ein besonderer Gruß gilt unseren ausländischen Soldaten. Für die belgischen Soldaten begrüße ich sehr herzlich den stellv. KG des I. Belg Korps, Herrn GM Magon und Herrn GM de Mild. Für die niederländischen Soldaten Herrn GM Hoondert und für die britischen Soldaten Seniorchaplain Crosbie.

In diesen Gruß schließe ich alle hier anwesenden Soldaten ein. Dabei sage ich ein besonderes Wort des Dankes allen Kommandeuren, Dienststellenleitern und Chefs. Sie haben ihren Soldaten nicht nur die Teilnahme an diesem Gottesdienst ermöglicht, sondern sie auch ermuntert, an diesem Gottesdienst teilzunehmen.

Ich freue mich, daß auch die ehemaligen Soldaten an diesem Gottesdienst teilnehmen. Auch das Gebet von Pensionären wird erhört. Stellvertretend für alle begrüße ich den ehemaligen stellv. Generalinspekteur Herrn GLt a.D. Windisch.

Auch meine Heimatstadt Köln ist vertreten durch Herrn Stadtverordneten Lohmer. Herzlich willkommen.

Ich habe die Begrüßung begonnen bei den Bischöfen und schließe sie bei den Prälaten. Sehr herzlich begrüße ich den Generalvikar der Erzdiözese Köln, Herrn Domkapitular Prälat Feldhoff und den Militärgeneralvikar Prälat Dr. Niermann. Mein besonderer Dank gilt dem Hausherrn des Kölner Doms, Herrn Dompropst Henrichs. Ich vermute, daß der Kölner Dom für die Bw eine strategische Bedeutung gewonnen hat. Hier können jedes Jahr die Soldaten aller Dienstgradgruppen — auch die, die an den Schreibtischen sitzen — ihre Winterausrüstung testen. Da der Weltfriedenstag im Januar liegt, wird sich das auch in den kommenden Jahren nicht ändern.

In diesen Gruß an die Prälaten schließe ich alle meine Mitbrüder aus der Militärseelsorge der verschiedenen Nationen ein und danke Ihnen für ihr Engagement bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Gottesdienstes.

Sicherung und Erhaltung des Friedens bedeutet immer auch Schutz des menschlichen Lebens, seiner Würde und Freiheit. Es waren katholische Soldaten, die die Anregung gaben, jährlich diesen Gottesdienst mit den Soldaten anderer Nationen zu feiern. Und es waren Soldaten, die die Anregung gaben, bei diesem Gottesdienst auch nicht die Würde und den Schutz des ungeborenen Lebens zu vergessen. So halten wir seit einigen Jahren in unserem Gottesdienst die Kollekte für den vom Erzbischof von Köln eingerichteten Fonds „Mütter in Not“.

Ich danke an dieser Stelle den Soldaten, die damals diese Anregung gaben, und ich danke Ihnen allen, daß Sie Jahr für Jahr mit Ihrem Kollektenbeitrag helfen, daß Menschenleben in Würde geschützt wird.

Ich wünsche uns allen, daß uns auch 1987 der innere und äußere Friede erhalten bleibt und daß dieser Friede auch in anderen Teilen der Welt Fuß faßt.

Spontaner Beifall dankte dem Dekan für sein herzliches Wort.

Nach ihm fand der Generalinspekteur der Bw Admiral Dieter Wellershoff dankbare, aber auch nachdenkliche Wort.

Herr Kardinal, meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich die Gelegenheit dieses Beisammenseins nutzen, um Ihnen stellvertretend für alle Soldaten und alle Beamten des Bundesgrenzschutzes für ihre Predigt zu danken.

Ihr Worte zum Verhältnis zwischen Kirche und Soldaten und der ethischen Begründung des militärischen Dienstes in der heutigen Zeit sind für uns Soldaten von großer Bedeutung. Sie sind ein wichtiger Beitrag, um die Unsicherheit, die bei vielen Soldaten aller Konfessionen durch die Aktivitäten kirchlicher Gruppen ausgelöst wurden, zu beseitigen.

Mit Sorge haben wir beobachten müssen, wie versucht wurde, unter Berufung auf allerdings verfremdete Aussagen der Amtskirche, die Kriegsdienstverweigerung zum Maßstab christlichen Handelns zu machen. Mit Betroffenheit haben wir die Behauptung zur

Kenntnis genommen, der Dienst des Soldaten fördere die Kriegswahrscheinlichkeit und stehe der Förderung der Gerechtigkeit entgegen. Dieser Versuch, die Soldaten an den Rand der christlichen Gemeinschaft zu drängen, verbunden mit der wenig christlichen Aufforderung zu strafbarer Handlung, hat nicht nur die katholischen Soldaten der Bundeswehr und unserer Verbündeten verunsichert. Um so mehr danke ich Ihnen, daß wir von Ihnen aus berufenem Munde gehört haben, daß diejenigen, die den Dienst des Soldaten als unmoralisch hinstellen, nicht im Sinne der Kirche sprechen.

Die Erfahrung Ihres langen Lebens, Ihre seelsorgerische und menschliche Autorität verleihen dieser Aussage ein besonderes Gewicht. Hierfür danke ich Ihnen im Namen aller Soldaten.

In einer Zeit wankender Wertvorstellungen hat Ihre Predigt gemahnt, uns daran zu erinnern, daß ein neues Bewußtsein weltweiter solidarischer Verpflichtung nur dann gedeihen kann, wenn die Rechte aller Völker auf Existenz, auf Freiheit, auf Unabhängigkeit, auf eigene Kultur und auf echte Entwicklung gesichert werden.

Damit haben Sie fest umrissen, wofür auch wir Soldaten dienen und welchen Werten wir uns verpflichtet fühlen müssen, wenn der christliche Glaube Maßstab des soldatischen Handelns ist.

Für diese Wegweisung danke ich Ihnen. Meinen Dank möchte ich zugleich mit einer Bitte an die Kirche um Hilfe und Unterstützung verbinden. Der Dienst des Soldaten in unserer heutigen Zeit ist ein schwerer Dienst. Soldaten sind Waffenträger im Nuklearzeitalter. Daraus erwächst eine besondere Verantwortung, die hohe Forderungen an das Gewissen und die innere Einstellung der Soldaten erhebt. Gerade deswegen ist der aus christlicher Verpflichtung heraus handelnde Soldat auf die ethische Standortbestimmung seiner soldatischen Existenz in unserer Zeit angewiesen. Sicherlich muß der Soldat als Mensch, der sich vor Gott zu verantworten hat, selbst nach den ethischen Grundlagen seines Berufes selber fragen. Aber er braucht Anstoß, Orientierungshilfe und, wenn nötig, auch Mahnung. Und er braucht den Schutz der Kirche, wenn versucht wird, ihn als Waffenträger, und oftmals mit ihm seine Familie, an den Rand der christlichen Glaubensgemeinschaft zu drängen. Diesen Schutz haben Sie uns heute gewährt. Ihn erfahren wir auch täglich durch die einzigartige seelsorgerische Tätigkeit der Militärpfarrer, deren Arbeit Sie stets wohlwollend gefördert haben.

Hierfür gilt Ihnen mein besonderer Dank.

Der Vertreter der GKS, der stellvertretende Bundesvorsitzende Oberfeldwebel Walter Hütten — auch einer der Jungen —, ließ in gestraffter Form aus der Erinnerung die Aufgabe der Zukunft aufleuchten.

Er führte aus:

„Eminenz, Herr Staatssekretär, Herr Admiral, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kameraden!

Ich darf Ihnen die Grüße des Bundesvorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Herrn Oberstleutnant Trost, übermitteln. Er bedauert sehr, daß er an dem Gottesdienst zum Weltfriedenstag und an dieser Stunde der Begegnung aus dienstlichen Gründen nicht teilnehmen kann.

Zwanzig Jahre Feier des Weltfriedenstages! Dieses Jubiläum sollte uns veranlassen, zurückzuschauen auf die Botschaften, die Papst *Paul VI.* und sein Nachfolger Papst Johannes Paul II. zu Beginn eines jeden Jahres an uns alle gerichtet haben. Botschaften, die kein Programm beinhalten, das in 365 Tagen verwirklicht werden kann, sondern Botschaften, die uns den Frieden besser erschließen helfen. Botschaften, die uns mannigfache Seiten des Friedens beleuchten und Gültigkeit haben über unsere Zeit hinaus.

„Wenn du den Frieden willst, verteidige das Leben“ (1977) sollte heute ebenso bedacht werden, wie die Botschaft: „Nein zur Gewalt, — ja zum Frieden“ (1978).

Diese und all die anderen Botschaften wurden von den Mitgliedern der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in ihren Jahresarbeiten intensiv behandelt, mit Verbänden und Gruppierungen auf pfärrlicher, regionaler und diözesaner Ebene sowie mit anderen Organisationen in der Katholischen Kirche Deutschlands diskutiert, und zwar mit dem Ziel, ein gemeinsames Handeln zu ermöglichen. Sie waren Grundlage für die Arbeit im internationalen Bereich, insbesondere mit den Mitgliedern des „Apostolat Militaire International“.

Diesen Dialog mit allen Gruppen möchten wir auch in Zukunft trotz einiger negativer Erfahrungen weiterführen.

Hochwürdigster Herr Kardinal, wir möchten uns bei Ihnen bedanken, daß Sie seit 1977 mit uns die Eucharistiefeier zum Weltfriedenstag feiern sowie für Ihre klärenden Worte heute und in den vergangenen Jahren. Darüber hinaus gilt unser Dank auch Ihren Mitbrüdern im Bischofsamt, die in den Ortskirchen den Weltfriedenstag mit den Soldaten und ihren Angehörigen feiern.

In seiner Botschaft 1984 „Der Friede entspringt einem neuen Herzen“ sagte Papst Johannes Paul II.: „Alle Männer und Frauen sollen (schließlich) einen Beitrag für den Frieden leisten und sich dabei entsprechend ihrer Veranlagung und ihren jeweiligen Aufgaben gegenseitig ergänzen.“

Eine Forderung, die, wie bereits gesagt, heute noch ihre Gültigkeit hat.

Der herzliche Beifall für den Generalinspekteur und den Oberfeldwebel zeigte, daß in der Bundeswehr Gedanken und Taten des Friedens eine Heimstatt haben.

Zum Schluß sprach noch einmahl unser Kardinal.

Der Kardinal dankte allen Teilnehmern am Gottesdienst, dem Staatssekretär, den Admiralen, Generalen und Generalärzten, vor allem aber den jungen Soldaten, die so zahlreich gekommen seien.

Nicht zuletzt müsse er aber aus vollem Herzen den Mitbrüdern in der Militärseelsorge Anerkennung und Dank zollen.

Ihm sei besonders bei seiner kürzlichen Reise nach Mittel- und Südamerika klar geworden, was eigentlich Militärseelsorge bedeuten könne.

So hätten ihn die demokratischen Präsidenten von El Salvador — Napoleon Duarte — und von Guatemala — Vinicio Cerezo — auf die Gewalttätigkeit von Armee und Polizei — ein Erbe der vergangenen Diktaturen — aufmerksam gemacht.

Um dem zu steuern, müsse man etwas tun. So habe der Kardinal dann vorgeschlagen, auch dort eine Militär- und Polizeiseelsorge einzurichten, um diese Institutionen zu humanisieren.

Es müsse ein Ethos des Soldaten entwickelt werden, damit nicht mehr blinde Gewalt, sondern Einheit, Frieden und Versöhnung sich ausbreiten könnten.

Unter solchen Eindrücken wiege das Gewicht des Gesetzes über die eigene Militärseelsorge und seine Ausführung besonders.

Das gute Verhältnis zwischen Kirche und Soldaten müsse erhalten bleiben. Er sehe mit Freude und hoffe, daß es sich weiter ausbreite, daß der Soldat über den Sinn seines Dienstes nachdenke.

Humorvoll auf die Kälte im Dom eingehend berichtete der Kardinal mit Schmunzeln, daß in Köln der Spruch kreise: „Die Domherren werden uralte, weil der Dom so kalt.“ Er hoffe aber — und er vermeine die Atmosphäre gespürt zu haben —, daß das Gebet unter der Kälte nicht gelitten habe.

So hoffe er, daß der Herr dieses Gebet für den Frieden unter den besonderen Umständen mit Gnade erhört habe.

Langanhaltender Beifall zeigte, daß der Kölner Kardinal, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

Noch lange zog sich das Gespräch in einzelnen Gruppen hin. Die Fülle der Gedanken auf den diesjährigen Veranstaltungen zum Weltfriedenstag 1987 ist wert, im Laufe des Jahres immer wieder erneut bedacht und diskutiert zu werden. Sie müssen sich auswirken in Taten des Friedens und begleitet sein von Gebeten um die Gnade Seines Friedens.

Presse-Mitteilung — und eine Antwort

Katholische Jugendverbände im Gespräch mit der Militärseelsorge

Bonn, 12. Dezember: Als eng und fruchtbar werteten das Katholische Militärbischofsamt und der Bund der deutschen katholischen Jugend die Zusammenarbeit zwischen Katholischer Militärseelsorge und den im BDKJ zusammengeschlossenen katholischen Jugendverbänden im Anschluß an ein Gespräch in Bonn, das Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann und die Bundesvorsitzenden des BDKJ Lothar Harles und Gertrud Casel am 11. Dezember führten. Im Mittelpunkt der Begegnung standen die innerverbandliche Diskussion um die „Dienste für den Frieden“ und die Arbeit der „aktion kaserne“, einer Arbeitsgemeinschaft von Mitgliedsverbänden des BDKJ, die sich für Wehrdienstleistende und junge Zeitsoldaten engagieren.

Ethische und politische Aspekte der „Abschreckung“ als Mittel der Sicherheitspolitik wurden auf der Grundlage kirchlicher Lehraussagen und bisher formulierter BDKJ-Positionen überprüft. Die Vertreter der Jugendverbände bedauerten, daß es zu wenige qualifizierte Beiträge katholischer Soldaten zu dieser komplexen Problematik gebe. Bundesvorsitzender Harles bat die Katholische Militärseelsorge nachdrücklich darum, wie schon in der Vergangenheit für die Ermöglichung eines wirklichen innerkirchlichen Dialoges zu den oft kontroversen Sachfragen einzutreten. (Kursiv durch Redaktion.)

Für die Arbeit der „aktion kaserne“ im vergangenen Jahr wurde eine deutliche Zunahme der engagierten Mitarbeiter in den Kasernen konstatiert. Angebotene Informationsveranstaltungen für Vertrauensleute und Mitarbeiter von Freizeitbüros konnten mit dem zunehmenden Teilnehmerinteresse nicht schritthalten. Im Bereich der Soldatenbetreuung wollen die „aktion kaserne“ und die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung neue Initiativen ergreifen. Militärgeneralvikar Niermann dankte der „aktion kaserne“ auch für die Sorge um die „Seele von Soldaten“, da sie sich als katholische Arbeitsgemeinschaft auch dem kirchlichen Sendungsauftrag verbunden wisse.

Referat
für Militärseelsorge
und Öffentlichkeit
(12. 12. 1986)

Zur vorabgedruckten Presseerklärung ist noch nachzutragen:

— „Zu *wenige qualifizierte Beiträge katholischer Soldaten*“.

Dieser Passus veranlaßte mich, beim BDKJ nachzufragen, was damit gemeint sei. Ein Mitglied des Vorstandes meinte dazu, daß der Ausdruck falsch wiedergegeben sei. Man habe gesagt: „zu *wenig qualifizierte Beiträge*“.

Damit wird die Behauptung natürlich noch abwertender. Denn man kann voraussetzen, daß man im BDKJ des Lesens und Schreibens kundig ist. Der BDKJ erhält seit Jahren alle Publikationen: „Wenn Soldaten Frieden sagen“, Buch I und II; „auftrag“ und die Vielzahl der Publikationen zum Thema Frieden (Soldat für den Frieden, 1970; Standortbestimmung, 1971; Thesen zum Selbstverständnis des Soldaten, 1972; Frieden in unseren Tagen — Frieden in Zukunft, 1982; Erklärung zum Wort der Deutschen Bischofskonferenz, 1983; Apostolat Militaire International, AMI-Position 1984 usw.).

Das „Pikante“ an dieser Behauptung ist zudem, daß 1984 in 4. Auflage eine Schrift erschienen ist: „...dem Frieden dienen?“, herausgegeben vom Bundesvorstand der BDKJ in Zu-

sammenarbeit mit der Arbeitsstelle Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS).

Liest man nun auch dieses Werk, dann fragt man sich, weiß man beim BDKJ nicht, was man mitgeschrieben hat, oder redet man mit zwei Zungen? Auf jeden Fall muß man daraus schließen, daß der BDKJ sein eigenes Schrifttum als „wenig qualifiziert“ bewertet.

Da das Schrifttum der GKS Aufnahme in verschiedene Verzeichnisse wissenschaftlicher Autoren und Bibliotheken gefunden hat, überlegt man, was will der BDKJ mit einer solchen Behauptung?

Es gibt einige Antworten. Es könnte sein, daß man einen Keil zwischen Militärseelsorge als Institution unserer Kirche und Verband treiben will. Es kann aber auch sein, daß man von den eigenen „Werken“, die meist den Tag der Veröffentlichung nicht überlebt haben bzw. schon mit dem Hinweis auf ihre Revisionsbedürftigkeit vorgestellt wurden, ablenken will. Es ist natürlich auch denkbar, daß man nicht weiß, wie die Realitäten aussehen, oder daß man sich nicht die Mühe machen (kann?) will, die Arbeit des Soldaten als einen der Pfeiler der Verteidigung unserer Werte anzuerkennen.

Es wird daher noch einmal der Versuch unternommen, den Standort der Soldaten zu erläutern.

Sicherlich wäre eine friedliche Welt, in der man den Soldaten nicht braucht, ideal. Aber eine der ersten wesentlichen Erkenntnisse der Arbeit der GKS für den Frieden war eine Diskussion um das Schriftwort Js 2,4 „...zu Pflügen schmieden sie die Schwerter...“. Militärgeneralvikar Prälat Dr. Martin Gritz behandelte dieses Zitat im Zusammenhang mit den Aussagen des II. Vatikanischen Konzils (1967).

In der Pastoralkonstitution heißt es nämlich in Nr. 78: „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges und wird ihnen drohen bis zur Wiederkunft Christi, insofern sie aber, in Liebe verbunden, die Sünde überwinden, wird auch die Gewalttätigkeit überwunden...“

Damit ist die Realität dieser Welt beschrieben. Das Konzil gibt dann genauere Auskunft, wie man sich und die Werte der Gesellschaft, der Völker schützen kann.

So heißt es in Nr. 79: „Den Regierenden aber und all denen, die an der Verantwortung für den Staat beteiligt sind, obliegt die *Pflicht*, auf das Wohl der ihnen anvertrauten Völker bedacht zu sein und so schwerwiegende Fragen mit entsprechendem Ernst zu behandeln. Aber militärische Macht einzusetzen, um ein Volk rechtmäßig zu verteidigen, ist etwas anderes, als andere Nationen zu unterjochen.“

Und weiter wird dann die Friedensfunktion des soldatischen Dienstes mit den entsprechenden Auflagen beschrieben.

Der Soldat hat also, bevor er Soldat wird, spätestens aber wenn er Funktionen übernimmt, sorgfältig zu prüfen, ob die Bedingungen, unter denen er Soldat wird, mit der Lehre der Kirche, des Konzils und der Bischöfe übereinstimmen.

Er hat auch zu prüfen, ob die Lebenssituation seines Vaterlandes in irgendeiner Weise bedroht ist oder bedroht werden kann.

Lebten wir auf einer einsamen Insel, brauchten wir keinen einzigen Soldaten — außer zum politischen Zeremoniell.

Als GKS haben wir in vielen Diskussionen festgestellt, daß wir auf das Wort unserer Regierung vertrauen können. Unsere Regierung hat feierlich erklärt, daß sie auf eigene Atomwaffen verzichtet. Es ist mehrfach erklärt worden, daß die Bundeswehr ausschließlich der Friedenssicherung und der Verteidigung dient.

Sie ist für einen Angriff weder ausgebildet noch ausgerüstet oder gar stark genug und schon gar nicht motiviert. Die Bündnispartner sind ebenfalls auf die Verteidigung ausgerichtet. Weder Heer noch Marine oder Luftwaffe sind in der Lage, weitreichende Vorstöße zu unternehmen, wie es die Truppen des Warschauer Paktes ständig üben. Wer die Manöver der Bundeswehr und der Alliierten verfolgt hat — und bei uns kann man das —, mußte feststellen, daß Verteidigung und Abwehr die einzigen Ziele waren, auch wenn das zuweilen im Gegenstoß erfolgen muß. Die Stärke hinsichtlich Menschen, Panzern, gepanzertem Gerät ist gerade so hoch, daß der mögliche Gegner keinen Überraschungsangriff wagen kann, wenn er sachlich analysiert. Die alte strategische Weisheit, daß ein Angreifer dreifach überlegen sein muß, gilt noch immer. Wer anderes behaupten will, steht nicht auf dem Boden der Realität.

Auch läßt sich kein Rückschluß auf Angriffsabsichten aus der Reichweite der Luftwaffe ziehen. Denn ein Angriff der Luftwaffe auf weite Distanz ist für einen Angreifer nur dann sinnvoll, wenn er das Land auch besetzen kann. Andererseits muß eine Luftverteidigung weit ins Hinterland eines Angreifers wirken, wenn man die Reserven ausschalten will, die zum Stoß in die Tiefe bereitstehen. Der Verfasser hat in einer sehr hohen Geheimhaltungsstufe über Jahre Menschen, Pläne und Material prüfen müssen. Nicht an einer einzigen Stelle ist ein Faktor aufgetaucht, der auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges auch nur entfernt hätte schließen lassen. Da diese Prüfungen auch den Bereich zu anderen Streitkräften überschritten, hätten dabei Verdachtsmomente auftauchen müssen, wenn man dort eventuell Angriffsabsichten haben könnte.

Sieht man einmal die die Bundesrepublik umgebenden Mächte an, dann stellt man fest, daß sich langsam in Europa Zustände anbahnen, die einen Krieg in dieser Region ausschließen. Europa wächst — unter Schwierigkeiten — zusammen, wie einst die Länder im Deutschen Reich. Man hat erkannt, daß ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nur noch mit beider Vernichtung enden könnte. Und man hat Institutionen geschaffen, die Streitfälle auf rechtllichem Wege zu schlichten in der Lage sind.

Die Bundeswehr hat weder im Dienst noch unterschwellig ein Feindbild. Es gibt keine ideologische Aufheizung. Andererseits muß man sich klar werden, daß einem Einbrecher in den Frieden ein harter Verteidigungswille entgegensteht.

Realität ist aber leider immer noch, daß die Sowjetunion und der Warschauer Pakt vom Feindbild des hassenswerten Kapitalisten ausgehen.

„Keine Pazifisten

Der Chefredakteur der sowjetischen Parteizeitung „Prawda“, Viktor Afanasjew, hat in einem Leitartikel Verteidigungs- und Befreiungskriege als natürlich und gerecht erklärt. Das Atomzeitalter erfordere zwar ein neues Denken, das Gewalt und Krieg als Mittel der Politik ablehne, das Ziel der KPdSU aber bleibe der Aufbau des Kommunismus. Deshalb unterstütze sie Arbeiter- und Befreiungsbewegungen in aller Welt und führe den ideologischen Kampf gegen deren Widersacher: Marxisten sind keine Pazifisten.

RMK 51, 12. 12. 1986“

Das vorstehende Zeitungszitat aus der letzten Zeit zeigt, daß die Zeit der aggressiven Reden kommunistischer Funktionäre noch nicht vorbei ist. Wenn sich auch unter Gorbatschow einiges zu ändern scheint, zurückgenommen ist die Drohung mit dem Krieg als Mittel der Politik noch nicht.

Wir als Soldaten wissen, daß in erster Linie die Politiker die Aufgabe haben, für das Wohl der ihnen anvertrauten Menschen zu sorgen. Wir wissen aber auch, daß der fachliche Rat des Soldaten den Frieden fördern kann.

So hat sich die GKS schon sehr früh entschlossen (1962), den soldatischen Dienst als Friedensdienst zu betrachten und entsprechend auch Beiträge zum inneren Gefüge der Bundeswehr einzubringen.

Nicht viel später wurde erkannt, daß auch Maßnahmen notwendig sind, die den Frieden entwickeln und fördern. So wurden „innerbetrieblich“ neue Werte entwickelt und gefördert (Abbau von Unwissenheit, aufmerksam machen auf Problemstellungen, Seminare, Diskussionen).

Darüber hinaus wurde eine kaum aufzuzählende Fülle von Einzelaktionen geplant und durchgeführt (Kolbe-Werk, Mithilfe am Bau eines Klosters, Patenschaften für Kindergärten, Kapellen, Krankenstationen usw. in aller Welt).

Ebenso sind wir im „auftrag“ bemüht, Missionsstationen zu helfen und über das Presseapostolat dafür zu sorgen, daß man mehr Informationen bekommt. Eine Zusammenstellung ist bisher immer daran gescheitert, daß einmal die Beteiligten zu bescheiden waren, zum anderen daß einfach die Zeit fehlte, die Aktionen pressemäßig zu sammeln.

Wichtiger aber noch ist, daß wir in den Diskussionen erkannt haben, daß die innere Umkehr der Angelpunkt zum Frieden ist.

Die jährliche Wallfahrt nach Lourdes seit mehr als 25 Jahren, die Feier der Weltfriedenstag sind Zeugen dafür, daß wir wissen, daß Frieden in erster Linie ein Geschenk Gottes ist, um das man beten muß. Nicht umsonst beginnt die GKS jeden Tag jeder Tagung mit Gebet oder Gottesdienst. Deswegen finden die Soldaten-Wallfahrten in Deutschland und nach Orten im Ausland so großen Zuspruch. Wir freuen uns dabei über die Gebetsgemeinschaften mit denen, die nicht Soldaten sind. Wir haben solche gemeinsamen Gebetsveranstaltungen dem BDKJ und Pax Christi schon mehr als einmal angeboten. Leider

wurde dieses Angebot fast nie beachtet. Traurig macht daher, daß der BDKJ in Bonn z.B. im Jahr 1987 auch die Gebetsgemeinschaft mit der kfd nicht vollzogen hat.

Nimmt man nun all diese Dinge zusammen, so haben wir, die GKS, eine Fülle von Schritten zu mehr Frieden getan und angeboten.

Der Dreiklang

- Friedenssicherung
- Friedensförderung
- Friedensgebet

ist auch in Zukunft für uns verpflichtend.

Papst Johannes Paul II. sagte vor wenigen Wochen vor Offizierschülern in Aosta:

„Die moralische Grundlage des Militärstandes liegt in der Forderung, die geistigen und materiellen Güter der nationalen Gemeinschaft, des Vaterlandes, zu verteidigen. Diese Verteidigung, Garant des Gemeinwohls eines Volkes, ist eine Voraussetzung für Frieden und Eintracht zwischen den Nationen. . . . Die Tatsache bleibt bestehen, daß man sich absichern muß gegen jene Versuchungen zu Angriff, Ungerechtigkeit und Gewalt, die nicht selten den Geist des Menschen verführen und verfälschen. . . . In diesem Zusammenhang ist Verteidigung Klugheit, Recht, Pflicht, die die Menschen zu ständiger innerer und äußerer Wachsamkeit anhält, um der Entfesselung des Hasses und des Krieges zuvorkommen.“

H.F.

BDKJ im Gespräch mit der Militärseelsorge

Norbert M. Schütz

Über dieses Gespräch veröffentlichte des KMBA am 12. 12. 1986 eine Pressemitteilung. In ihr wurde mitgeteilt, daß „ethische und politische Aspekte der ‚Abschreckung‘ als Mittel der Sicherheitspolitik — auf der Grundlage kirchlicher Lehraussagen und bisher formulierter BDKJ-Positionen — überprüft“ wurden. Zu welchen Ergebnissen die Gesprächspartner zu diesem Punkt gekommen sind, wurde (noch) nicht der interessierten Öffentlichkeit mitgeteilt.

Demgegenüber bedauerten laut dieser Pressemitteilung die Vertreter der Jugendverbände, „daß es zu wenige qualifizierte Beiträge katholischer Soldaten zu dieser komplexen Problematik gebe. Bundesvorsitzender Harles bat die Katholische Militärseelsorge ausdrücklich darum, wie schon in der Vergangenheit für die Ermöglichung eines wirklichen innerkirchlichen Dialogs zu den oft kontroversen Sachfragen einzutreten.“

Der in der Pressemitteilung wiedergegebene Standpunkt des BDKJ bleibt unverständlich. Wenn der BDKJ für eine Ermöglichung eines wirklichen innerkirchlichen Dialogs beim KMBA eintritt, so rennt er bei uns Soldaten offene Türen ein. An Dialogen hat es in der Vergangenheit nicht gefehlt. Daß es dabei oftmals kontrovers zugeht, hatte seine Gründe. Entweder lag es an der mangelnden Fähigkeit unserer Gesprächspartner, militärpolitische und strategische Fragen in ihrer Komplexität zu erfassen, oder eine ideologische Sperre bei ihnen führte zu unüberwindlichen Gegensätzen (siehe auftrag 151/152 als ein Beispiel).

Der Kritik des BDKJ stehen die guten Erfahrungen entgegen, die in wichtigen Gremien wie z. Z. in „Entwicklung und Frieden — Sektion Frieden“ und heute in der „Justitia et Pax“ u. a. gemacht wurden und werden. Die Beiträge der dort mitarbeitenden Soldaten sind gefragt und werden geschätzt.

Unabhängig davon bleibt festzustellen: Es ist nicht Sache des Soldaten, in aller Öffentlichkeit laut über alternative Lösungen gegenüber gültigen Strategien sich zu äußern, die womöglich dann auch noch publiziert werden. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung eines jeden von uns, für sich selbst über die ethische Zulässigkeit seines soldatischen Handelns nachzudenken. Bei der Schärfung seines Gewissens wird ihm der Seelsorger ein willkommener Berater sein.

Unfriede bei Pax Christi?

Jürgen Bringmann

Forum im Zweiten — am Mikrofon Marianne Müsle und Jürgen Hoeren

Herr Hoeren: Guten Abend, verehrte Hörerinnen und Hörer, „Unfriede bei Pax Christi“ — so lautet die Grundfrage unserer heutigen Life-Diskussion aus Mainz. Anlaß für diese Frage ist die sogenannte Feuersteiner Erklärung der katholischen Friedensbewegung Pax Christi vom 9. November 1986. Sie trägt den provokativen Titel „Gewaltfrei widerstehen — Kriegsdienste verweigern — Abschreckung überwinden“. In dieser Erklärung wird festgeschrieben, Kriegsdienstverweigerung sei heute eine ethisch gebotene Handlungsweise. Leicht vorstellbar, daß diese Erklärung über den kirchlichen Raum hinaus unterschiedliche Reaktionen und Diskussionen auslöst.

Frau Müsle: Wir wollen in unserer Runde über diese Stellungnahme informieren und debattieren. Dazu haben wir als Gesprächspartner in unser Studio eingeladen:

- Den Trierer Bischof Hermann Josef Spital, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Pax Christi.
- Sodann Oberstleutnant Jürgen Bringmann. Er ist Bundesgeschäftsführer der Gemeinschaft Katholischer Soldaten.
- Und Karlheinz Koppe. Er ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied von Pax Christi.

Herr Hoeren: Bischof Spital, warum sind Sie eigentlich nur Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Pax Christi und nicht Präsident? Ist man in der Deutschen Bischofskonferenz mit der Arbeit von Pax Christi nicht mehr so recht zufrieden? Traut man dieser katholischen Friedensbewegung nicht mehr so recht über den Weg?

Bischof Spital: Man traut dieser katholischen Friedensbewegung durchaus über den Weg. Es ist aber ein Unterschied, ob sich Menschen aufgrund des Koalitionsrechtes in der Kirche zusammenschließen, eine Gemeinschaft, einen Verband oder eine Gruppierung bilden und dann ihre Meinung in aller Öffentlichkeit sagen. Solche Verbände haben wir eine ganze Reihe in der Kirche. Keiner dieser Verbände hat einen bischöflichen Präsidenten. Die Pax-Christi-Bewegung ist von dem französischen Bischof Theas von Lourdes 1946 gegründet worden, zusammen mit Laien, und war von vornherein eine Bewegung, die in den einzelnen Landessektionen bischöfliche Präsidenten hatte, weil sie offen sein wollte für alle, die sich vom Friedensauftrag Jesu Christi betroffen fühlen.

Herr Hoeren: Aber warum hat Pax Christi in Deutschland heute keinen Bischof mehr als Präsidenten?

Bischof Spital: Das liegt eben daran, daß in Pax Christi eine Tendenz festzustellen ist, sich zu einer Bewegung zu entwickeln, die Stellungnahmen, Forderungen oder Erklärungen abgibt, von denen man nicht sagen kann, daß sie noch offen sind für alle, die sich vom Friedensauftrag Jesu Christi betroffen fühlen. Wenn Pax Christi diese — an sich völlig le-

*) Diskussion im Südwestfunk — Forum im Zweiten — am 14.1.1987, 17.05 bis 18.00 Uhr — zusammengestellt nach dem Band von Jürgen Bringmann

gitime — Entscheidung fällt, so weitergehen zu wollen, dann wird sie ein Verband unter anderen katholischen Verbänden, aber dann kann sie ebensowenig einen bischöflichen Präsidenten haben wie andere Verbände auch.

Frau Müsle: Heißt das, Herr Koppe, daß Pax Christi heute neuerdings Themen angeht, die über den Bereich einer kirchlichen Friedensbewegung hinausgehen?

Herr Koppe: Ich meine nicht. Richtig ist, daß Pax Christi — eine französisch-deutsche Initiative, für die wir in der Kirche dankbar sind — mit dem Gedanken der Versöhnung begonnen hat. Diese Linie hat Pax Christi nicht nur in der Bundesrepublik konsequent weiterverfolgt. Versöhnung mit Polen geht weitgehend auf Initiativen von Pax Christi zurück. Wir überlegen auch heute Wege der Versöhnung mit Völkern der Dritten Welt, auch mit den Völkern in Osteuropa. Wir haben aber auch immer, von Anbeginn an — und es gibt eine Reihe von Publikationen, die das zeigen — die Frage der Gewaltlosigkeit mitbedacht.

Herr Hoeren: Herr Koppe, ehe wir dazu kommen, sagen wir unseren Hörern doch erst einmal ein bißchen mehr über Pax Christi selbst. Wann und mit welcher Zielsetzung entstand diese katholische Friedensbewegung?

Herr Koppe: Sie hatte damals eine ganz konkrete Zielsetzung: Versöhnung zwischen Deutschen und Franzosen unter Bedingungen, die auch für die französische Seite damals außerordentlich „hart“ waren. Bischof Theas sagte nämlich zu französischen Offizieren und Soldaten in einem Gefangenenlager: „Ihr könnt erst auf Frieden Christi hoffen, wenn Ihr den Deutschen verzeiht.“ Das war für damalige Verhältnisse einfach eine Tat, die schwer nachvollziehbar war, und diese ist Ausgangspunkt für Pax Christi gewesen.

Herr Hoeren: Was sagt denn die Satzung über die Zielsetzung von Pax Christi?

Herr Koppe: Die Satzung sagt, daß Pax Christi unter dem Gedanken der Versöhnung für Frieden in einem umfassenden Sinne eintritt — ohne weitere Präzisierung.

Herr Hoeren: Wieviel Mitglieder hat Pax Christi heute in der Bundesrepublik? Ist Pax Christi international? Wie finanziert sich die Friedensbewegung? Wer kann Mitglied werden?

Herr Koppe: In Pax Christi sind schätzungsweise 20000 Mitglieder. Ich bin übrigens ehrlich genug als Mitglied des Präsidiums: Nicht alle sind so aktiv und engagiert, wie es wünschenswert wäre — aber ich glaube, das trifft für alle Verbände zu. Wir sind in Bistumsstellen organisiert — in jedem Bistum eine Bistumsstelle — und in Gruppen, die teils an Gemeinden sich anhängen, teils über Gemeinden Basisgruppen sind. Das ist in etwa die Struktur auch in Frankreich und in den meisten größeren Verbänden. Darüber hinaus haben wir heute Pax-Christi-Sektionen in vielen Ländern: in den meisten westeuropäischen Ländern, aber beginnend auch in den Vereinigten Staaten und in Ländern der Dritten Welt. Dankenswerterweise stellt uns die Deutsche Bischofskonferenz die Grundfinanzierung von 164000 DM zur Verfügung.

Frau Müsle: Herr Bringmann, gibt es auch katholische Soldaten, die Mitglied bei Pax Christi sind?

Herr Bringmann: Ich kann das nicht ganz konkret beantworten. Ich bezweifle aber, daß Berufs- und Zeitsoldaten Mitglied bei Pax Christi sind. Ich halte es für denkbar, daß Wehr-

s ihrer Arbeit bei Pax Christi zum Bund kommen und in ihre Arbeit bei Pax
er zurückgehen.

: Würden Sie katholischen Soldaten empfehlen, daß sie Mitglied bei Pax Chri-
werden?

nann: Die allgemeinen Ziele von Pax Christi, die gerade erwähnt worden
Versöhnung und Verfolgung des Friedens in einem umfassenden Sinne —
jeder Soldat und jeder katholische Soldat mittragen. Die aktuellen Forderun-
x Christi, über die wir ja gleich sprechen werden, kann er sicher nicht mittra-
em Sinne würde ich im Augenblick nicht empfehlen, daß katholische Soldaten
isti gehen.

n: Was sagt dazu ein Bischof?

al: Ich habe den persönlichen Wunsch, daß Pax Christi wirklich die ganze Brei-
chen Friedenshandeln einbezieht, und wäre darum froh, wenn eben auch Sol-
1 Beitrag und ihre Gewissensüberzeugung in das Gespräch einbringen würden.
1 der augenblicklichen Situation schwierig ist, muß man aber zugeben. Mein
n der Bischofskonferenz besteht ja gerade darin, zu prüfen, ob diese umfassen-
von Pax Christi heute noch gegeben ist oder nicht. Und ich habe mir jetzt viele
für das kommende Jahr freigemacht, um wirklich ins Gespräch zu kommen.

Herr Koppe: Ich stehe auch dazu, daß Pax Christi sehr umfassend sein soll. Aber angesichts
der doch unbestreitbaren Tatsache, daß der Friedensbegriff auch sehr vage ist, darf oder
sollte man nicht verlangen, daß im Interesse eines möglichst breiten und dann oft unver-
bindlichen Friedensbegriffes auf Konkretisierungen verzichtet wird. Pax Christi wird im-
mer — und hat dies auch gezeigt — etwa bei Konkretisierungen dieser Art nach vorn ge-
hen. Wir haben die Versöhnung zwischen Deutschland und Polen zu einer Zeit getan, als
viele andere Katholiken einschließlich der Kirche noch nicht bereit waren, diese Konse-
quenzen zu ziehen. Dies werden wir auch weiter in dieser Art tun.

Frau Müsle: Wir wollen jetzt konkret werden und kommen zur umstrittenen Feuersteiner
Erklärung. Um einen Einblick davon zu gewinnen, welche Position die Feuersteiner Er-
klärung bezieht, und damit Sie sich ein Urteil über diese Stellungnahme bilden können,
haben wir einige Passagen von einem Sprecher für Sie lesen lassen:

„Wir stellen fest, daß die Aufrüstung in den letzten Jahren fortgesetzt und intensiviert
worden ist. Innergesellschaftliche Militarisierung, neue konventionelle Waffen, das Air-
Land-Battle-Konzept, die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles, neue chemi-
sche und atomar-strategische Waffen und das SDI-Rüstungsprogramm stehen für diese
Entwicklung.

Das Engagement der Friedensbewegung hat zwar einen Bewußtseinswandel in der Gesell-
schaft in Gang gesetzt, aber bisher ist es noch nicht gelungen, die Aufrüstung zu stoppen
und zur Abrüstung überzuleiten.

Diese Situation fordert Pax Christi heraus, deutlicher als bisher das NEIN zur Abschrek-
kung praktisch werden zu lassen und Schritte der Verweigerung zu entwickeln.

Besonders umstritten ist gegenwärtig in diesem Zusammenhang die Beurteilung des Solda-
tendienstes. Der Bundeswehrsoldat versieht heute seinen Dienst im Rahmen eines Ab-

schreckungssystem, das die permanente Aufrüstung vorantreibt, die Kriegswahrscheinlichkeit erhöht und der Förderung von Gerechtigkeit entgegensteht. Er soll sich im Kriegsfall gemäß der Militärdoktrin und den Einsatzplänen der NATO am Einsatz von Massenvernichtungswaffen beteiligen. Mit seinem Dienst stützt er dabei in besonderer Weise ein Drohsystem, dem Pax Christi jede Legitimation abspricht.

Jeder Soldat und Reservist muß sich fragen, wie er seinen Dienst als Soldat verantworten kann, wenn er eigenverantwortlicher Träger und direkter Ausführungsgehilfe dieses in sich unverantwortbaren Abschreckungssystems wird. Wir bitten alle Wehrpflichtigen, alle Berufs- und Zeitsoldaten und alle Reservisten, diesem schweren ethischen Problem nicht auszuweichen und zu prüfen, ob nicht auch für sie die Kriegsdienstverweigerung eine heute gebotene Handlungsweise ist.

Neben der ernsthaften Prüfung, ob der Soldat unter den gegenwärtigen Bedingungen seinen Dienst überhaupt noch leisten kann, muß er zumindest heute schon deutlich machen, daß er sich einer Beteiligung am Einsatz von Massenvernichtungswaffen verweigern wird, wie dies z.B. Mitglieder des Arbeitskreises „Darmstädter Signal“ problematisieren und es manche Wehrpflichtige tun. Auch wenn der Soldat seinen Dienst als Notdienst in einer Übergangszeit für notwendig erachtet, ist ihm ethisch geboten, an der Überwindung der Abschreckung zu arbeiten und im gesellschaftlichen und politischen Raum nach wirksamen Handlungsmöglichkeiten zu suchen.

Aufgrund unseres Glaubens und aufgrund unserer Analyse der gegenwärtigen Situation sehen wir Kriegsdienstverweigerung als eine heute ethisch gebotene Handlungsweise an und treten deswegen mit Nachdruck für die Kriegsdienstverweigerung ein.“

Herr Hoeren: Herr Bringmann, wie hat auf Sie, wie hat auf einen katholischen Soldaten diese Erklärung von Pax Christi gewirkt?

Herr Bringmann: Ich selbst — und ich glaube, die Masse der katholischen Soldaten — waren zuerst einmal erstaunt und sprachlos und dann empört. Wir waren es in dreifachem Sinne:

Einmal als Staatsbürger, weil wir es nicht verstehen können, daß ein katholischer Verband oder eine katholische Bewegung zu direktem Widerstand gegen — und damit zum Rechtsbruch in unserem demokratischen Rechtsstaat auffordert, die Verweigerung nahezu aller Dienste für diesen Staat fordert und gleichzeitig von einer zunehmenden gesellschaftlichen Militarisierung spricht.

Zum zweiten als Soldat, wenn hier der Dienst des Soldaten und nahezu alle anderen Dienste für die Gesellschaft als „Kriegsdienst“ verunglimpft werden und indirekt zumindest unterstellt wird, wir würden einen Krieg vorbereiten — und das muß ja wohl bedeuten, wir wollen einen Krieg, und daß die Strategie der Abschreckung, in die wir eingebunden sind und die uns den Frieden erhalten hat, als ethisch nicht mehr tolerierbar angesehen wird.

Und schließlich auch als Christ und Katholik, wenn man mir abspricht, eine ethisch legitimierte Gewissensentscheidung für die Ableistung meines Dienstes für dieses Land und die Bürger dieses Landes getroffen zu haben, und gleichzeitig sagt, daß die Kriegsdienstverweigerung die ethisch gebotene Handlungsweise sei.

Herr Hoeren: Herr Bischof Spital, das 2. Vatikanum hat in seiner Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute ja folgendes formuliert:

„Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ Ich bringe dieses Zitat des 2. Vatikanums mit der Feuersteiner Erklärung von Pax Christi nicht in Einklang. Bringen Sie es als Bischof fertig?

Bischof Spital: Nein, das geht mir ebenso wie Ihnen. Wir deutschen Bischöfe haben in unserer Erklärung „Gerechtigkeit schafft Frieden“ dieses Zitat aufgegriffen. Ich meine, daß man dem katholischen Soldaten, der sich auch diese Frage gestellt hat — der man in der heutigen Gesellschaft ja gar nicht ausweichen kann — und sich dann entschieden hat, nicht absprechen kann, daß er ethisch verantwortlich handelt.

Frau Mühle: Herr Koppe, Sie haben sich sehr für die Verabschiedung dieser Erklärung eingesetzt. War Ihnen wirklich wohl dabei? Und verhält sich Pax Christi mit dieser Erklärung noch friedensstiftend?

Herr Koppe: Mir war nicht wohl dabei. Ich stehe hinter dieser Erklärung. Ich halte sie für richtig. Mir war insofern nicht wohl, weil mir hier bewußt war, daß wir mit dieser Herausforderung — und ich meine jetzt ausdrücklich diese Erklärung: Wir wollen herausfordern, Öffentlichkeit, Gesellschaft, Regierung, Kirche, Bischöfe und selbst Soldaten — auf Unverständnis, auch natürlich auf Gegenreaktionen stoßen werden. Ich habe — ich habe selbst die Debatte geleitet — beim Abschluß ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir, auch wenn wir diese Erklärung angenommen haben, die Pflicht haben — ich habe sogar von einer gewissen Art von Schuld gesprochen gegenüber denen, die nicht zustimmen —, diese immer wieder zu erläutern und natürlich auch unsere Position immer wieder zu überdenken und zu überarbeiten. Ich möchte auch eines Herrn Bringmann hier sofort zugestehen, daß der Bürger oder auch der Soldat, der meint — wie übrigens auch die kirchlichen Dokumente sagen — in dem Bewußtsein, zur Kriegsverhütung beizutragen und nichts anderes, vor seinem Gewissen diesen Dienst erfüllen zu müssen, selbstverständlich nicht nur generell, sondern auch im Glaubensverständnis voll gerechtfertigt ist. Daran halte ich fest, dabei bleibt es. Wer mich kennt, der weiß, ich habe ja — und hoffe dies auch weiterhin zu tun — mit Soldaten immer zusammengearbeitet, weil wir einen großen Teil Weges gemeinsam gehen können hin zum Ziel der Abrüstung und zum Ziel der Gewaltfreiheit, auf das wir hoffentlich noch einmal zu sprechen kommen.

Herr Hoeren: Aber in Ihrer Erklärung steht, der Soldat schützt heute ein Drohsystem. Herr Bischof Spital, kann man das unterstützen?

Bischof Spital: Das kann man eigentlich nicht so stehenlassen, weil es — so wie es in dieser Erklärung steht — viel zu umfassend angesetzt ist. Wenn da gesagt wird, daß man sich fragen müsse, ob man nicht auch verweigern müsse in Krankenhäusern, bei Notdiensten, die jetzt für den Ernstfall eingeplant werden, dann ist das erstens unrealistisch, weil der einzelne hier wahrscheinlich kaum unterscheiden kann. Zweitens frage ich mich, ob ein Christ nicht immer dem Verletzten beistehen muß — ganz egal, ob er im Krieg oder zu einer anderen Zeit verletzt worden ist. Das ist das eine. Ich habe aber auch noch eine Frage an Herrn Koppe. Er hat uns gerade gesagt, er habe bei der Verabschiedung der Erklärung — bei der ich leider, weil ich erst kurz zuvor den Auftrag bekommen hatte, nicht dabei sein

konnte — schon gewußt und auch gesagt: „Wir werden die immer wieder erklären müssen.“ Was muß man von einer Erklärung halten, über die vier Wochen nach ihrem Erscheinen das Präsidium eine weitere zweiseitige Zusatzklärung abgibt und von der man von vornherein weiß, sie ist mißverständlich?

Herr Koppe: Ich glaube, dies sollte man uns zuallerletzt vorwerfen angesichts der Tatsache, daß dies ja nun wirklich eine brisante Frage ist, eine Überlebensfrage. Da es wirklich umstritten ist, daß es in der letzten Verästelung der Hintergründe für dieses militärische Sicherheitssystem Fragen über Fragen gibt, nicht nur bei uns, sondern natürlich auch auf Seiten derer, die dieses System stützen — also bei Regierung, Soldaten und sicherlich bei einer Mehrheit der Öffentlichkeit —, ist es einfach unrealistisch, zu erwarten, daß wir eine in sich stimmige und unabwiesbare Erklärung machen. Vor allen Dingen — ich muß immer wieder daran erinnern — wir wollen herausfordern, wir wollen ja den Dialog darüber, und ich glaube, wir haben dies in vielerlei Hinsicht auch geschafft.

Zu Herrn Bringmann gesagt: Natürlich unterstützt der Soldat ein Drohsystem — was ich zunächst einmal wertfrei sage —, nämlich eine Verteidigung, die auf dem Prinzip der atomaren Abschreckung nach wie vor beruht. Und es gibt genügend kirchliche Dokumente, die diese atomare Abschreckung in sich sehr stark bezweifeln. Diese Zweifel, die vom Vatikanum bis hin in „Gerechtigkeit schafft Frieden“ lesbar sind, werden dort aufgelöst mit dem Hinweis, es sei noch zu dulden, vorausgesetzt, daß bestimmte strenge Kriterien erfüllt werden, die ich übrigens immer anerkannt habe. Wir ziehen einen anderen Schluß daraus, und dies ist doch legitim. Wir sagen, dieses Drohsystem ist nicht mehr haltbar; es ist auch nicht mehr legitimierbar, und wir glauben, daß es andere Möglichkeiten der Verteidigung geben muß im Interesse des Überlebens.

Herr Hoeren: So, jetzt aber erst mal Punkt. Herr Bringmann, dann Herr Bischof Spital.

Herr Bringmann: Zuerst einmal muß ich sagen, wir leben nicht in einem Droh- oder Abschreckungssystem, sondern wir leben schlicht und ergreifend in einem freien demokratischen Rechtsstaat, der für sich selbst und für seine Bürger Freiheit und Frieden erhalten will. Dazu bedient er sich unter anderem der Strategie der Abschreckung, um damit den Frieden zu erhalten und den Krieg zu verhindern. Wenn Pax Christi sagt, Abschreckung sei verwerflich, da sie permanenter Aufrüstung diene, Kriegswahrscheinlichkeit erhöhe und die Gerechtigkeit nicht fördere, dann übersieht Pax Christi die Essentials dieser Abschreckung.

Nämlich erstens: Diese Abschreckung hat uns seit mehr als 40 Jahren hier in Europa den Frieden erhalten, während ringsherum 150 Kriege mit Millionen von Toten geführt worden sind. Zum zweiten hat diese Abschreckung auch dazu beigetragen, daß Wege zur Abrüstung beschritten wurden. Logischerweise, denn wenn Abschreckung erfolgreich ist und damit sagt, „Waffeneinsatz lohnt sich nicht“, dann ergibt sich ja die Überlegung, ob ich dann nicht weniger Waffen für mich bereithalten kann. Zum dritten: Kriegsverhinderung — dieses Ziel ist bis jetzt erreicht worden. Ich bin davon überzeugt, es wird auch weiterhin erreicht werden. Schließlich zum „Drohsystem“: Herr Koppe sagte, Abschreckung sei Drohung. Ich sehe das ganz anders. Wir sind bedroht, und wir sagen mit der Abschreckung — der Franzose hat ein aus meiner Sicht besseres Wort dafür gesagt, nämlich „dissuasion“, also „Abraten“ —: „Wenn du uns nichts tust, dann hast du nichts zu befürchten. Aber wenn du uns angreifst, dann wirst Du erstens — dafür haben wir genügend Waffen

und Soldaten — deine Ziele nicht erreichen, und zum zweiten gefährdest du dich selbst — und das willst du ja wohl nicht.“

Bischof Spital: Ich hätte dieses letzte auch gesagt. Ist es nicht eine wirklich provokative und den Dialog erschwerende Formulierung, wenn man aus Abschreckung Drohung macht, denn Drohung geht eigentlich davon aus, daß jemand einen anderen ungerecht bedroht, und zwar als erster? Daß jemand sagt, „Ich will mich verteidigen, weil du mich bedrohst“, das ist, so glaube ich, keine Drohgebärde. Das ist das erste. Das zweite, was ich meine, ist, daß der Dialog nun wirklich notwendig ist. Aber wenn ein Dialog notwendig ist, dann darf man eben nicht den anderen in eine Ecke stellen, wo er eine ethisch gebotene Handlungsweise nicht vollzieht. Was ethisch geboten ist, muß man tun, und wenn man es nicht tut, dann steht man eben in einer Ecke.

Herr Hoeren: Woher nimmt Pax Christi eigentlich die Kompetenz, sich zu einem so komplizierten Thema zu äußern? Sie haben vorhin gesagt, wir können von Pax Christi nicht erwarten, daß es eine fertige, ausgewogene, stichhaltige Erklärung abgibt. Aber genau das erwarte ich. Pax Christi ist doch umgeben von Gremien mit Fachleuten; und ich habe aus dem Kreis von Pax Christi gehört, daß es durchaus Fachleute gegeben hat, die gesagt haben: „Um Himmels willen, nur nicht solche eine einäugige Erklärung auf den Tisch, damit blamiert Ihr euch!“ Wie kann dann so ein Papier überhaupt den Weg in die Öffentlichkeit finden?

Herr Koppe: Die Kompetenz von Pax Christi ist weder geringer noch etwa viel größer als die Kompetenz anderer Gremien, wo immer Sie sie suchen mögen. Pax Christi hat etwa die Informationen, die allen Bürgern oder Gremien, wie etwa auch den kirchlichen Gremien, zur Verfügung gestanden haben, als die Bischöfe ihre Erklärung „Gerechtigkeit schafft Frieden“ herausgaben. Wir haben sie zur Kenntnis genommen und in einem mehrmonatigen, ja ich würde fast sagen über ein Jahr dauernden Prozeß durchgearbeitet. Es hat eine Grundlegung schon vor Jahren gegeben mit der „Plattform“ zur Sicherheitspolitik, die übrigens, was ich in Erinnerung rufen möchte, damals ebenso einen Aufschrei von der Gemeinschaft Katholischer Soldaten erfahren hat und heute weitgehend übernommen wurde und deren Gedanken sich nahtlos in der bischöflichen Erklärung widerspiegeln — ich sage nicht, daß sie direkt übernommen wurden. Um noch einmal auf das Drohsystem zurückzukommen, weil das sehr wichtig ist: Wir sagen ja ausdrücklich in dieser Erklärung — was auch oft übersehen wird —, daß, wenn etwa die Verteidigung der Bundesrepublik oder der gesamten NATO sich auf ein betont defensives System beschränken würde — und Sie wissen, daß darüber auch in militärischen Kreisen diskutiert wird —, daß dann die Fragestellung eine andere ist. Aber so, wie es zur Zeit ist, ist die atomare Abschreckung — und das ist nach wie vor der gängige Begriff, der ja auch immer wieder in kirchlichen Dokumenten benutzt wird — der Leitgedanke und das Rückgrat unserer Verteidigung.

Herr Hoeren: Herr Koppe, wie wird der Begriff Abschreckung in der Erklärung überhaupt definiert? Meiner Meinung nach wird er sehr unklar definiert, denn einerseits wird auf Seite 2 der Erklärung das Abschreckungssystem grundsätzlich abgelehnt, andererseits werden alternative Formen der Verteidigung befürwortet. Eine Erörterung der Chancen und Risiken von Abschreckung, insbesondere der kriegsverhütenden Wirkung fehlt meiner Meinung nach völlig.

Herr Koppe: Nein, mit Abschreckung ist der gängige Begriff gemeint, nämlich die Androhung eines unzumutbaren Schadens auf der anderen Seite, wenn angegriffen wird. Wir sind uns heute alle weitgehend einig, daß Angriffskriege kaum zu erwarten sind, sondern, daß hier ein System aufgebaut wird, das für einen Fall X in Kraft treten soll. Und nun sagen wir, was im übrigen auch die Bischöfe sagen sollen — nicht nur sagen sollen, sondern tatsächlich gesagt haben: daß der Einsatz etwa solcher Waffen unter keinen Umständen „zu rechtfertigen ist“. Aber dennoch wird ein System aufrechterhalten — hier ist ein echtes Dilemma —, das solche Waffen, solchen Einsatz androht, um ihn zu verhindern. Und hier sagen wir, dies ist nicht legitimierbar. Die Gefahr, daß es etwa durch Versehen — übrigens gerade außerhalb des direkten Bereiches der Ost-West-Beziehungen, etwa aus der Dritten Welt — doch zur Eskalierung kommen könnte, wo so etwas dann möglich ist, dieses muß verhindert werden, d. h., weg von dieser Form der Sicherung und der Verteidigung. Dies ist zu überdenken in dem Augenblick, wo tatsächlich andere Formen der Verteidigung, die ja in der Diskussion sind — da diskutiert ja Pax Christi gar nicht allein — und dies steht auch ausdrücklich bei uns drin.

Herr Hoeren: Abschreckung: Herr Bringmann, stimmen Sie mit der Definition und den Ausführungen von Herrn Koppe überein?

Herr Bringmann: Ich glaube, der Ansatz stimmt schon nicht. Herr Koppe spricht von defensiven Systemen der Verteidigung und übersieht dabei völlig, daß unsere gesamte Sicherheits- und Verteidigungspolitik defensiv ist. Und das ist das Grundsätzliche, denn Abschreckung ist ja nur im Rahmen dieser Politik zu sehen. Sie wissen, daß unser Grundgesetz Verteidigung als einzige Möglichkeit und den einzigen Grund für die Aufstellung von Soldaten und der Bundeswehr angibt. Sie wissen, wenn Sie nachzählen — und da gibt es Facts aus Forschungsinstituten, die neutral sind, — daß wir weder von den Waffen noch von der Ausrüstung, noch von der Zahl unserer Soldaten her in irgendeiner Weise imstande wären anzugreifen, sondern daß wir uns auf das Minimum dessen beschränkt haben, was zur Verteidigung erforderlich ist. Sie wissen auch, jedenfalls wenn Sie ehrlich sind, daß wir in unserer Ausbildung in keiner Weise ein Feindbild, geschweige denn offensive Optionen vertreten, wie das im Osten der Fall ist. Man darf ja nicht vergessen, daß z. B. der Warschauer Pakt seine Manöver mit Kriegszielen in Westdeutschland — Hannover, Kassel usw. — durchführt. Ich möchte wissen, was für ein Aufschrei passieren würde, wenn so etwas in der Bundeswehr geschähe und wir Manöver mit fiktiven Kriegszielen in Magdeburg oder sonstwo auf der anderen Seite durchführten. Das ist der springende Punkt: Wir sind von der Sicherheits- und Verteidigungspolitik her defensiv. Im Rahmen dieser defensiven Einstellung ist die Abschreckung zu sehen.

Ein zweites: soziale Verteidigung als eine Möglichkeit, die hier genannt worden ist. Das ist eine Utopie, die nur von Schreibtischstrategen wirklich vertreten werden kann. Soziale Verteidigung bedeutet nichts anderes, als daß wir einen Angreifer erst einmal in unser Land lassen, alles besetzen lassen, und dann fangen wir an, im Untergrund ihn anzugreifen, ihn zu piesacken, die Zusammenarbeit zu verweigern, und hoffen auf diese Weise, einen Angreifer — und in diesem Falle kann es ja nur eine Diktatur aus dem Osten sein — wieder aus unserem Land treiben zu können. Das haben die Tschechen nicht geschafft, das werden wir auch nicht schaffen. Das kann nicht das Ziel unserer Verteidigungspolitik sein.

Frau Müsle: Herr Bischof Spital, in der Erklärung heißt es, das „Nein“ zum Abschreckungssystem müsse „praktisch“ werden.

Bischof Spital: Das „Nein“ zum Abschreckungssystem auf die Dauer ist sicher ein Anliegen aller, die den Frieden wollen und die sich vom Friedensauftrag Jesu Christi betroffen fühlen. Das haben wir in unserem Wort zu diesem Thema auch deutlich gesagt. Ich meine, daß es praktisch werden muß vor allem dadurch, daß wir immer wieder in Formen eines fairen Dialogs unsere Meinungen austauschen. Daß wir dann uns selber auch sehr deutlich für mehr Gerechtigkeit einsetzen, denn Gerechtigkeit schafft Frieden und nicht Frieden Gerechtigkeit — denn wir haben hier 40 Jahre Frieden, aber ob wir wirklich Gerechtigkeit haben, darüber kann man sehr wohl geteilter Meinung sein. Deswegen werfe ich der Erklärung ein wenig vor, daß sie zu eng geführt auf dieses einzige Ziel erstens ethische Gebote aufstellt — das ist nicht die Sache einer Gruppe von Katholiken, die sich zusammenschließen, mögen sie ein noch so gutes Anliegen haben — und daß sie zweitens diese Engführung mit dem Aufruf zu Verweigerung in den verschiedensten Formen verbunden oder sie gefordert hat.

Herr Hoeren: Herr Bischof, aber die Erklärung von Pax Christi versteht das NEIN zum Abschreckungssystem, wo es praktisch werden muß, doch auch so, daß direkter Widerstand gefordert ist, z. B. Sitzblockaden und Manöverbehinderung. Eigentlich müßten die Bischöfe sich aufgerufen fühlen, nun mal vor Mutlangen eine Sitzblockade zu machen. Wie stehen Sie denn dazu?

Bischof Spital: Ich bin der Meinung, daß wir in unserer Demokratie ein Grundrecht zur Demonstration und auch zur Protestdemonstration haben, solange die gewaltfrei bleiben. Sie wissen, daß darüber gestritten wird, ob, wann und unter welchen Umständen eine Sitzblockade gewaltfrei ist. Dies wird wahrscheinlich Pax Christi auch oder sicher nicht bestreiten, denn Gewaltfreiheit steht ja gerade am Anfang dieser Erklärung als dicke Überschrift — das muß man auch sehen und zugeben. Was jetzt diesen zweiten Hinweis angeht, „wann setzen sich denn die Bischöfe da hin?“, so müssen Sie unser Amt sehen. Wir sind doch auf dem Wege — hoffe ich —, Klerikalismus vergangener Zeiten zurückzuschrauben. Das heißt, wir Bischöfe und auch unsere Pastöre sind nicht dafür da, ihre Gläubigen in die ein oder andere Richtung, die sie für richtig halten, zu steuern, sondern sie sind dafür da, eben der Einheit zu dienen. Das heißt in diesem Falle nicht, daß man nicht streiten darf, aber es heißt, daß man einen fairen Dialog führt. Und deswegen würden wir uns da nicht hinsetzen.

Herr Hoeren: Aber Herr Bischof, da möchte ich Sie doch ein bißchen konkreter fragen. Würden Sie dann aber doch diesen Aufruf zum direkten Widerstand — z. B. Sitzblockaden, wie es da steht, und Manöverbehinderung — an die Christen unterstreichen, würden Sie sagen: Ja, ihr Christen, ihr Laien, ihr Pfarrgemeinderäte, geht hinaus nach Mutlangen, setzt euch vor die Tore, behindert die Manöver!?

Bischof Spital: Im Gegenteil. In meiner Reaktion darauf habe ich an alle Pax-Christi-Zellen einen Brief geschrieben und deutlich gesagt: Mein Auftrag wird durch diese Erklärung schwieriger, weil sie sowohl in ihrer ethischen Forderung, in der Aufstellung ethischer Gebote als auch in diesen konkreten Folgerungen für einen bischöflichen Präsidenten, der ich ja nicht bin, aber der ja zur Debatte steht, nicht tragbar wäre.

Frau Müsle: Herr Koppe, wie stellt sich Pax Christi dies tatsächlich vor? Ich denke, im vergangenen Jahr die Demonstration in Hasselbach wollte gewaltfrei Zeichen setzen; ich glaube, da hat man hinterher sehr Gutes gehört; jeder hat gesagt, das sei gelungen. Aber das steht wieder auf einer anderen Ebene. Wie stellt man sich das praktisch vor?

Herr Koppe: Frau Müsle, ich wundere mich schon seit einigen Minuten; eigentlich seit Beginn der Diskussion, daß dieser Begriff, der doch für Christen und dann wieder für Pax Christi so ganz zentral ist, nämlich Gewaltlosigkeit, bisher nicht zur Sprache kam. Pax Christi läßt sich in Sachen Gewaltlosigkeit von niemandem übertreffen. Das hat Konsequenzen in zwei Richtungen. Zum einen Verweigerung, die davon ausgeht, daß es andere Formen der Sicherung eines Gemeinwesens gibt. Und da stimmen wir überein, daß dieser Bürger einen Anspruch darauf hat, daß Recht, Freiheit, seine Gesellschaft geschützt wird — das ist nicht nur eine Sache militärischer Verteidigung. Man darf doch hoffentlich darüber nachdenken und dies auch laut sagen und auch dafür werben, daß ganz andere Formen, gewaltfreie Formen, der Verteidigung eines Gemeinwesens denkbar sind. Ob soziale Verteidigung eine Utopie ist, weiß ich nicht. Ob die 40 Jahre Frieden nur der Abschreckung zu verdanken sind, weiß ich auch nicht, ich wage es sogar zu bestreiten. Ob nicht etwa in diesem Norden, in dem diese Abschreckung im Augenblick nur vorhanden ist, ganz andere Mechanismen gewirkt haben, etwa die zunehmende und hohe Verwundbarkeit moderner Gemeinwesen in Ost und West, die jede Form von militärischer Auseinandersetzung sinnlos werden läßt und irrational, ob es da nicht andere Formen geben kann und soll, sollte ernsthaft geprüft werden. Das war also die eine Seite der Gewaltlosigkeit.

Die andere Seite der Gewaltlosigkeit ist, daß, wenn wir für andere Formen der Sicherung des Gemeinwesens eintreten, daß wir diese anderen Formen dann selbstverständlich — und jeder andere Verdacht ist völlig falsch und wäre völlig ungerecht uns gegenüber — ebenso gewaltlos durchsetzen wollen. Wir wollen sie allerdings durchsetzen, wir wollen dafür sorgen, wir wollen dafür werben, und dann sind etwa Blockaden dieser Art Zeichen. Verweigerung heißt in erster Linie zu sagen, „wir wollen nicht mehr, daß dieses System“ — ich vermeide jetzt einmal den Begriff Drohsystem — „so im Vordergrund steht und so dominiert, sowohl in der Verteidigung wie aber auch in vielen Fällen des Alltags“ — wenn sie an die Höhe der Verteidigungsausgaben denken, wenn Sie daran denken, daß die Verteidigung jetzt bereits in den Weltraum geht, wenn darüber diskutiert wird, daß Frauen in die Bundeswehr kommen sollen oder nicht, wenn Vorsorge getroffen wird für die Einbeziehung der verschiedensten Dienste in den Kriegsfall — einschließlich der jetzigen Verweigerer, die Zivildienst leisten, die dann plötzlich indirekt den militärischen Dienst ergänzen sollen. Verweigerung und Gewaltlosigkeit sind Alternativen zur militärischen Sicherung.

Herr Bringmann: Ich habe das Gefühl, diese ganze Erklärung ist im Wolkenkuckucksheim der Theorie entstanden und hat mit der praktischen Wirklichkeit unserer Politik sehr wenig zu tun. So wird zum Beispiel die westliche Nachrüstung — Pershing II, Cruise Missiles und alles mögliche andere — genannt, aber ohne irgendeine Erwähnung der östlichen Vorrüstung, die eigentlich diese Maßnahmen erst notwendig gemacht hat.

Herr Hoeren: Also SS 20 kommt nicht vor?

Herr Bringmann: SS 20 kommt nicht vor, es kommt nicht die immense chemische Aufrüstung des Ostblocks vor und ähnliche Dinge. Zum zweiten fehlt mir völlig das Gegenüberstellen der Wertvorstellungen in Ost und West:

daß hier Demokratie mit all ihren Schwächen, aber eben doch Demokratie herrscht, dort drüben eine Diktatur; daß es hier Recht gibt und die Möglichkeit, sein Recht mit entsprechenden Maßnahmen zu verfolgen, dort drüben Unterdrückung, Unfreiheit, Unrecht;

daß hier das Selbstbestimmungsrecht der Völker gewahrt wird — die Mitglieder der NATO sind freiwillige Mitglieder des Bündnisses, die Satelliten im Ostblock sind keine freiwilligen Mitglieder des Warschauer Pakts.

All diese Unterschiede tauchten in der Erklärung gar nicht auf. Da stehen sich zwei Systeme anscheinend wertneutral gegenüber. Das entspricht in keiner Weise der Wirklichkeit. Das nur als Anmerkung, um mal die Grundlage dieses ganzen Papiers etwas in Frage zu stellen.

Kommen wir aber auf die Gewaltlosigkeit, die Gewaltfreiheit. Gut, sie wird hier verbal verlangt und — wie Herr Koppe sagt — steht sie über allem. Faktisch wird sie nicht verlangt, denn wenn ich von Manöverbehinderungen und Kasernenblockaden rede, dann ist das Gewaltanwendung gegen die Soldaten, die da — auch als Wehrpflichtige, also unter dem Gesetzeszwang, nicht alle freiwillig — ihre Pflicht für unser Land erfüllen. Da kann mir keiner sagen, das sei gewaltlos. Weiter aber: wenn Gewaltlosigkeit zur höchsten Richtschnur meines Handelns gewählt wird — im Dokument steht zwar, Gewaltlosigkeit und Nächstenliebe, ich weiß aber, daß Herr Koppe selber gesagt hat, für ihn stehe Gewaltlosigkeit über der Nächstenliebe —, dann frage ich mich natürlich, ob das noch biblisch oder christlich ist. Meines Wissens steht die Nächstenliebe an der Spitze der Werte, und im Zuge ihrer Verwirklichung ist Gewaltlosigkeit gefordert, aber nicht nur. Da gibt es auch noch andere Werte, wie z.B. Wahrheit, Recht, Schutz des Schwächeren — daher kommt nämlich das Verteidigungsrecht, die Verteidigungspflicht, von der auch das Vatikanische Konzil spricht, von der auch der Papst jetzt erst wieder gesprochen hat. Schutz des Schwachen, damit er seiner Rechte und seiner Freiheit nicht beraubt wird. Und dann frage ich mich allerdings wirklich, wie kommt Pax Christi dazu, in diesen diffizilen Fragen so im Hau-ruck-Verfahren in einer Delegiertenversammlung ethisch verpflichtende Entscheidungen zu treffen, die die Bischöfe und die Kirche der Gewissensentscheidung des einzelnen überlassen haben — und das aus wohlherwogenen Gründen.

Bischof Spital: Ich würde auch an diese Erklärung die Frage richten, ob man sagen kann, direkter Widerstand ist noch gewaltfrei, denn ich beschränke mindestens einen anderen in seiner Freiheit — einen anderen, der mich nicht angreift, wohl aber einen anderen, der eine andere Meinung hat als ich. Aber wenn fairer Dialog gefordert wird, müssen Meinungen zur Geltung kommen dürfen und ausgetauscht werden. Zum zweiten bleibt eben ein Bruch in der Erklärung, daß auf der einen Seite gesagt wird: „Nach unserer Glaubensauffassung und unserer Situationsanalyse ist Kriegsdienstverweigerung heute ethisch geboten“, und es dann gleich im nächsten Satz heißt — da wird vom dem Verweigerer gesprochen —, seine Gewissensentscheidung könne ihm niemand abnehmen. Was tut die Erklärung denn, wenn sie etwas als ethisch geboten bezeichnet? Dann nimmt sie genau die Gewissensentscheidung ab, denn ethische Gebote zu erfüllen, dafür braucht man sich nicht mit einer Gewissensentscheidung zu engagieren. Da muß ich der Erklärung eine sehr

nicht nur mißverständliche, sondern ich meine auch falsche Terminologie vorwerfen, die das kostbare Recht unserer Verfassung, das wir aufgrund des Gewissens verweigern dürfen, eigentlich in ein Zwielicht oder wenigstens in ein Durcheinander bringt.

Frau Müse: Wir wollen nun auch gern wissen, wie es mit der Erklärung weitergeht. Müßte sie rundum abgelehnt werden, oder gibt es eine Möglichkeit — z. B. bei der nächsten Delegiertenversammlung —, diese Erklärung noch einmal durchzubuchstabieren, kann es Korrekturen geben, ist das sinnvoll? Es haben ja die Präsidiumsmitglieder, die sich öffentlich von der Erklärung distanzieren haben, gesagt, die Erklärung ist sehr wohl bekenntnisfähig — sie haben also Aussagen da drin, denen zugestimmt werden kann — nur nicht abstimmungsfähig, nämlich wegen der personalen Verpflichtung oder der Allgemeingültigkeit. Ich meine, es steckt hier sehr viel drin, das sehr wohl diskussionswürdig ist. Ich glaube auch, es gibt viele Stellen darin, wo Sie, Herr Bringmann, schon mitdiskutieren können. Sie wird gerade die eine Passage interessieren: Was ist mit dem Gewissen der Soldaten, wenn die Anwendung der Massenvernichtungsmittel nicht ausgeschlossen ist? Also ich glaube, es ist darin viel angelegt.

Herr Koppe: Ich muß, Herr Bischof, in einem Punkt Widerspruch anmelden. Sie kritisieren, daß wir angeblich den Glauben für uns insgesamt in Anspruch nehmen. Das tun wir nicht, weil wir nämlich diesen Satz auf uns beziehen, auf unser Verständnis und unsere Analyse. Das bedeutet, daß andere durchaus ein anderes Verständnis und eine andere Analyse der Situation haben können. Und wenn wir dies zudem noch ganz ausdrücklich einschränken dadurch, daß dies nach wie vor an die Gewissensentscheidung des einzelnen gebunden bleibt, dann verstehe ich nicht, wieso und warum Sie uns dies als einen Widerspruch zum Vorwurf machen. Es bleibt eine Gewissensentscheidung.

Bischof Spital: Weil da nicht steht, wir sehen die Kriegsdienstverweigerung *für uns* als eine heute gerechtfertigte oder gebotene Handlungsweise an, sondern, weil hier jetzt auf einmal eine Gruppe sich zusammenfindet und ihre Gewissensüberzeugung zum ethischen Gebot macht. Wo kommen wir denn da hin? Da haben wir ja ein ganzes Durcheinander von ethischen Geboten. Wer ist denn legitimiert, ethische Gebote zu formulieren?

Herr Hoeren: Aber Herr Bischof, dann frage ich mich natürlich, warum in dem zusätzlichen Beschluß des Präsidiums von Pax Christi vom 13. 12. 86 zur Feuersteiner Erklärung das nicht deutlich gesagt wird. Wo sind da Ihre Bedenken?

Bischof Spital: Da muß ich Ihnen voll recht geben. Dieser Grundwiderspruch oder dieser Bruch in der Erklärung wird durch diese Zusatzklärung nicht aufgelöst. Wohl muß ich natürlich denen, die für diesen Beschluß eingetreten sind — ich habe das ja nicht mitbeschlossen, ich bin zur Zeit kein stimmbildiges Mitglied des Präsidiums, oder das ist nicht geklärt —, sagen, diesen Bruch habt ihr nicht ausgeräumt, sondern ihr bleibt dabei, daß die Formulierung so tragbar ist. „Wir wollten ja nur herausfordern“ — ich nehme ihnen ab, daß sie das gewollt haben. Aber ich muß sie ja schließlich danach beurteilen, was sie getan haben, und da muß man sehen, was da steht, nicht danach sehen, was man im Hinterkopf vielleicht gemeint hat.

Herr Koppe: Ich gebe übrigens zu, daß dieser Satz nach unserem Verständnis besser formuliert werden sollte — das liegt ja drin, daß solche Dinge geschehen. Ich hoffe nur, daß, wenn Korrekturen kommen, sie nach vorn und nicht wieder zurück gehen.

Herr Hoeren: Was heißt für Sie nach vorn und zurück?

Herr Koppe: Daß das weiter konkretisiert wird, unter Umständen geklärt wird, Widersprüche ausgeräumt werden können, aber nicht, daß etwa unsere Überzeugung, daß Verweigerung ethisch geboten sein kann — immer für den, der dies im Gewissen sieht und bejaht —, zurückgenommen wird. Es können doch auch durchaus — da sehe ich nicht das Problem — auch gewisse ethische Überlegungen miteinander in Konkurrenz stehen. Es gibt doch nicht nur die eine Ethik, daß etwa Soldatsein, Dienst, Friedenssicherung mit der Waffe die alleinige Norm und damit allein schon ethisch geboten ist. Man muß auch zugehen, daß es andere Überlegungen geben kann, die derjenige für sich mit gleichem ethischem Anspruch vertreten kann.

Bischof Spital: Müßte da nicht stehen: Ethisch gerechtfertigt? Ethisch gerechtfertigt ist etwas anderes als „ethisch geboten“. Daß jemand sich nach seinem Gewissen richten muß, das wollten Sie doch wohl nicht sagen, denn das ist nun so selbstverständlich, daß darüber eigentlich nicht diskutiert werden müßte.

Herr Koppe: Auch dies ist ein Punkt, über den wir sprechen können. Ich will es Ihnen in diesem Punkt leicht machen, Herr Bischof. Aber daß — und es wurde verschiedentlich gesagt, wir sollten etwas realistisch sein — eine solche Erklärung in allererster Linie die Feststellung ist, wer und wie viele — und es ist eine große Mehrheit der Delegierten in Pax Christi — sich eine solche Auffassung zu eigen macht, dies ist ein wichtiger Punkt. Damit wollen wir signalisieren, an die Öffentlichkeit, an die Kirche: Es gibt diese Überlegungen; bitte setzt euch mit uns auseinander. Denn bisher wurde diese Auseinandersetzung weitgehend — ich will nicht sagen verweigert — aber sie wurde immer unter den Teppich gekehrt, sie wurde nicht ernst genommen. Jetzt geben wir einmal eine solche Erklärung ab, d. h., wir bezeugen unsere Meinung in dieser Sache, und schon wird gesagt, das dürfe nicht sein.

Herr Bringmann: Wissen Sie, das Wort ist eine gefährliche Waffe. Und wenn's geschrieben dasteht, ist es noch viel gefährlicher. Um so sorgfältiger sollte man diese Waffe eben auch handhaben, wie andere Waffen auch. Was Sie sagen und was da geschrieben steht, deckt sich nicht. Das heißt nicht, daß das, was Sie sagen, gelogen wäre — das will ich Ihnen nicht unterstellen. Sondern, was da geschrieben steht, sieht anders aus. Da steht zwar in der Einleitung — und bis dahin habe ich es auch noch ganz gern gelesen —, dies sei „ein liebendes Nein, das niemanden verletzen will“ oder ihn aus dem Bereich der Kirche hinauschieben will, aber in Wirklichkeit — das muß ich leider sagen — ist es ein arrogantes Nein, das sich zum Richter, zum Maßstab über andere macht, das die eigene Entscheidung, die ich Ihnen zugestehe, als verbindlich für andere erklärt. Auch wenn da irgendwo steht, „aus unserer Sicht“ — so kommt es nicht über, und es ist vor allem in den Medien verkürzt dargestellt. Auch deswegen sagte ich, das Wort ist eine gefährliche Waffe, auch das muß man berücksichtigen. Was da steht, ist etwa der Ausspruch des Pharisäers „Herr, ich danke dir, daß ich nicht so bin wie dieser Soldat da“, und ich meine, das können wir so natürlich nicht stehenlassen.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt zu den Massenvernichtungsmitteln bringen, weil da Ihre Aussage einfach auch nicht stimmt. Die Kirche hat nicht die Massenvernichtungsmittel grundsätzlich als nicht vertretbar bezeichnet, sondern sie hat gesagt, der unterschieds-

lose Gebrauch, die Anwendung gegen die Bevölkerung sei verboten. Das ist ein ganz großer Unterschied, und den darf man hier nicht unter den Tisch kehren.

Herr Hoeren: Bischof Spital, eine Frage an Sie als Diözesan-Bischof. Wie sind denn die Reaktionen auf diese Feuersteiner Erklärung in Ihrer Diözese Trier? Sie kommen in Ihre Gemeinde, Sie treffen Soldaten, Sie treffen Jugendliche, Sie treffen Pax-Christi-Mitglieder. Welche Erfahrungen haben Sie?

Bischof Spital: Ich habe mit dieser ja relativ jungen Erklärung noch nicht direkte Erfahrungen mit Basiskontakt, und das bedaure ich. Denn das ist gerade die Gefahr einer solchen Erklärung, daß sich Pax Christi so weit an den Rand unserer Gemeinden manövriert, daß über so etwas dann nicht mehr gesprochen wird. Das wäre auch mein brennendes Anliegen, daß Pax Christi wirklich alles tut, zu einem fairen Dialog zu kommen und nicht einfach zu sagen, wir wollen ja herausfordern. Wenn es dann noch in dieser Weise geschieht, dann ist es nicht nur eine Herausforderung, sondern eine Ausgrenzung, und dann zerbricht der Dialog. Das ist in unserer heutigen Gesellschaft eine wirkliche Gefahr, auch für unser Miteinander in einer freiheitlichen Demokratie.

Herr Hoeren: Muß Pax Christi sich ändern, Herr Bischof?

Bischof Spital: Pax Christi muß sich ändern, wenn es einen bischöflichen Präsidenten haben will. Zu Pax Christi als einer Gruppe, die in ihrem eigenen Namen solche Erklärungen abgibt, würde ich sagen: Daß ihr da ethische Gebote aufstellt, ist nicht euer Recht und steht Euch nicht zu. Aber um der Sache des Friedens und um der verdienstvollen Geschichte willen — Versöhnung mit Polen, Versöhnung mit Frankreich — will ich hoffen, daß Pax Christi sich ändert.

Herr Hoeren: Herr Koppe, will Pax Christi sich ändern?

Herr Koppe: Nein.

Frau Müsle: Das heißt nicht, daß Pax Christi harmlos werden muß?

Bischof Spital: Nein, weiß Gott nicht. Pax Christi wird sicherlich bereit sein, weiter an diesem Problem zu arbeiten.

Herr Hoeren: Herr Bringmann, was erwarten katholische Soldaten von Pax Christi?

Herr Bringmann: Katholische Soldaten erwarten, daß die Mitglieder von Pax Christi ihre eigene Gewissensentscheidung zum Maßstab ihres eigenen Handelns machen, aber anderen auch zugestehen, ihre eigene Gewissensentscheidung mit genau derselben Wertigkeit auch zum Maßstab ihres jeweiligen Handelns machen zu können — also auch Soldaten ihre Gewissensentscheidung für den soldatischen Dienst.

Frau Müsle: Das war „Forum im Zweiten — Kirche“, heute mit dem Thema „Unfriede bei Pax Christi?“ Die Gesprächspartner waren: Hermann Josef Spital, Bischof von Trier und Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Pax Christi; Oberstleutnant Jürgen Bringmann, Bundesgeschäftsführer der Gemeinschaft Katholischer Soldaten; und Karlheinz Koppe, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied von Pax Christi. Wir danken unseren Gesprächspartnern. Es moderierten Jürgen Hoeren und Marianne Müsle.

Leserbrief

(an Redaktion „Die Welt“)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 12. 11. 86 hat Gernot Facius über „Pax Christi“ und das Wort vom „Drohsystem“ geschrieben. Hierzu meine ich folgendes:

Wenn mir als Soldat von „Pax Christi“ unterstellt wird, ich „stütze . . . in besonderer Weise ein Drohsystem“, dann frage ich mich, was aus dieser (angeblich) katholischen Friedensgruppe geworden ist. Es muß schon ein gerüttelt Maß an Ignoranz und Arroganz zusammenkommen — beide Eigenschaften wirken auf Menschen destruktiv und sind damit dem Frieden abträglich —, um die Philosophie der Abschreckung in ihrer friedenssichernden Funktion derart zu entstellen. Da mir einige Funktionäre von Pax Christi bekannt sind, kann ich bestätigen, daß es sich bei ihnen nicht um Dummköpfe handelt. Was aber treibt diese Agitatoren um, wenn sie auf so beleidigende Weise gerade diejenigen moralisch abqualifizieren, die für Frieden und Freiheit, auch für die Meinungsfreiheit von Pax Christi, ihren Kopf hinhalten?

In einer Zeit, die den Krieg hoffentlich — wenn auch bisher leider nur regional — überlebt hat und in der vernünftige und verantwortungsbewußte Menschen erkannt haben, daß sich Konflikte nicht mit Soldaten und Waffen lösen lassen, kann doch Abschreckung nur bedeuten, dem ideologischen Gegner den sicher auch in seinem Interesse gutgemeinten Rat zu geben, uns in unserer freigewählten politischen Ordnung in Frieden leben zu lassen. Und wir garantieren ihm, daß wir entsprechend der Goldenen Regel seinen Frieden nicht stören werden.

Zugegeben, dieser Rat enthält für den Fall eine Drohung, daß sich der Gegner gegen unseren Willen durch einen Angriff zu unserem Feind macht. Wir Soldaten fragen uns, was daran verwerflich sein soll, wenn wir einem potentiellen Störenfried sagen, daß wir uns zu wehren gedenken, daß wir Methoden einüben und über Mittel verfügen, von denen wir annehmen, daß sie geeignet sind, einen uns aufgezwungenen Krieg so schnell wie möglich zu beenden und Schaden so weit wie möglich zu begrenzen. So gesehen sind wir Feuerwehrlente — und Vorbeugen ist doch allemal besser als. . ., oder?

Und ohne uns moralisch naß zu machen, schieben wir nach, daß ein möglicher Aggressor von seiner destruktiven Handlung mehr Schaden hätte als Nutzen. Die Alternative wäre doch jenes ohnmächtige Klein-Beigeben um des lieben Friedens — was für eines Friedens eigentlich — willen. Es gibt aber Zeit-Genossen, die auch noch in solchen Situationen raten: „Der Klügere gibt nach.“ — Ihnen halte ich entgegen, daß doch dann am Ende die Dummheit herrschen würde! Dann aber gute Nacht, Völkerrecht, Menschenwürde, Demokratie. . .

Mit freundlichem Gruß

Helmut P. Jermer, Hauptmann

Mitglied der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

Beschluß der Delegiertenversammlung 1986: „Gewaltfrei widerstehen – Kriegsdienste verweigern – Abschreckung überwinden“

Die „Internationale Katholische Friedensbewegung Pax Christi“ hat mit einem Beschluß zu den Aspekten der Sicherheits- und Friedenspolitik eine heftige Kontroverse ausgelöst: Die Delegiertenversammlung, die für etwa 20000 Mitglieder spricht, verabschiedete am 9. November 1986 auf Burg Feuerstein bei Bamberg nahezu einstimmig eine Erklärung unter der Überschrift „Gewaltfrei widerstehen – Kriegsdienste verweigern – Abschreckung überwinden“.

Obwohl organisatorisch in die Strukturen der katholischen Kirche einbezogen, vertritt Pax Christi darin zum Teil radikale pazifistische Positionen, die im Widerspruch zu kirchlichen Auffassungen stehen. Auch die katholischen Bundeswehrsoldaten vertreten eine andere Position.

Die Erklärung wiederholt und bekräftigt zunächst eine Aussage von Pax Christi aus dem Jahre 1983. Danach soll „der gegenwärtigen Sicherheitspolitik, die den Einsatz von Massenvernichtungswaffen einkalkuliert, die ethische Legitimation entzogen“ sein. Es gelte nun, dieses „Nein zur Abschreckung praktisch werden zu lassen und Schritte der Verweigerung zu entwickeln“. Als konkrete Möglichkeiten werden u. a. der Abbau von Feindbildern, der Abbau von Ausbeutung und Unterdrückung, die Nicht-Zusammenarbeit in Form der „Verweigerung z. B. von Wehrpflichtigen, Soldaten, Reservisten, Frauen, Berufsgruppen“, der direkte Widerstand, z. B. Sitzblockaden oder Manöverbehinderung, oder auch die „soziale Verteidigung“ genannt.

Im Mittelpunkt der Erklärung steht aber das „ethische Dilemma des Soldatendienstes“. Ausgehend von der These, der Bundeswehrsoldat versehe heute „seinen Dienst im Rahmen eines Abschreckungssystems, das die permanente Aufrüstung vorantreibt“, er stütze „in besonderer Weise ein Drohsystem, dem Pax Christi jede Legitimation abspricht“, werden alle Wehrpflichtigen, alle Soldaten und Reservisten aufgefordert zu prüfen, „ob nicht auch für sie die Kriegsdienstverweigerung eine heute gebotene Handlungsweise ist“. Neben dieser Prüfung müsse der Soldat „zumindest heute schon deutlich machen, daß er sich einer Beteiligung am Einsatz von Massenvernichtungswaffen verweigern wird“. Ferner: „Dort, wo er anderen Soldaten vorgesetzt ist, muß er die hier angedeutete kirchliche Position und mögliche Konsequenzen vermitteln.“ Pax Christi weiß aber darum, wie die Erklärung formuliert, „daß die auftretenden Loyalitätskonflikte zu Schikanen und bei Berufssoldaten zu Disziplinarstrafen und Entlassungen führen können“.

Im Widerspruch zu der Aussage, die Entscheidung des Kriegsdienstverweigerers sei eine „persönliche Gewissensentscheidung, die ihm von niemandem abgenommen werden kann“, wird an anderer Stelle festgestellt: „... wir (sehen) Kriegsdienstverweigerung als eine heute ethisch gebotene Handlungsweise an.“

Die Konflikte um Pax Christi haben sich schon vor dieser Erklärung deutlich abgezeichnet: Bischof Karl Braun von Eichstätt hatte sein Amt als Präsident der deutschen Sektion von Pax Christi nach tiefgehenden Auseinandersetzungen über das Selbstverständnis der katholischen Friedensbewegung niedergelegt. Im September dieses Jahres beauftragte die Deutsche Bischofskonferenz Bischof Hermann Josef Spital von Trier, der trotz der von ihm in einem Gespräch mit der Zeitung „Die Welt“ vom 3. Dezember 1986 sehr grundsätzlich kritisierten Feuersteiner Erklärung von Pax Christi noch auf Überzeugung und Dialog vertraut, mit der Klärung der Position von Pax Christi.

Sehr deutlich und sehr schnell reagierte der Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes in Bonn, Generalvikar Dr. Ernst Niermann. In einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur vom 18. November 1986 wies er die Position von Pax Christi zum Dienst des Soldaten entschieden zurück. Nach seiner Auffassung ist es unzulässig, daß Minderheiten innerhalb der katholischen Kirche ihr „Gruppenethos zum ethischen Maßstab aller erheben“. Weiterhin führte er aus:

„Ebensowenig kann es die Kirche akzeptieren, daß ein katholischer Verband zum umfassenden Bruch des Rechtsgeborsams aufruft, wenn er ... die Verweigerung anderer sogenannter ‚Kriegsdienste‘ fordert. Er stellt sich damit in einen Gegensatz zu unseren Bischöfen, die in ‚Gerechtigkeit schafft Frieden‘ Auftrag und Dienst der Soldaten in der Bundeswehr — natürlich unter Bedingungen und Voraussetzungen — ausdrücklich anerkennen.“

Und an anderer Stelle:

„Soldaten denken über den grundgesetzlichen Schutz des Gewissens angesichts des Waffendienstes nach. ... Die deutsche Pax Christi spricht in der Erklärung von ‚einem in sich unverantwortlichen Abschreckungssystem‘, für das die Soldaten als ‚eigenverantwortliche Träger und direkte Ausführungsgehilfen‘ tätig werden. Diese Deutung der Grundlagen deutscher Sicherheitspolitik widerspricht der Position der katholischen Bischöfe, wie sie im Wort ‚Gerechtigkeit schafft Frieden‘ zum Ausdruck kommt, und setzt Soldaten generell moralisch ins Unrecht. Das kann die Kirche nicht hinnehmen.“

Zu einer grundsätzlichen Debatte kam es dann am 20. November 1986: Die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ hatte den Generalsekretär von Pax Christi, Dr. Ansgar Koschel, zusammen mit dem Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, Karl Heinz Koppe, zu Vortrag und Diskussion in das Haus des katholischen Militärbischofs in Bonn eingeladen.

Die anwesenden Soldaten kritisierten insbesondere die Auffassung, die Kriegsdienstverweigerung sei ethisch geboten. Sie warfen Pax Christi vor, durch die Inpflichtnahme der Vorgesetzten Unfrieden in die Bundeswehr zu tragen. Es sei außerdem nicht vertretbar, die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland als ein verwerfliches Drohsystem zu charakterisieren. Außerdem sei die historische Erfahrung mit Unrechtsregimen nicht beachtet worden.

Ein Mitarbeiter des katholischen Militärbischofsamtes, Dipl.-Theol. Harald Oberhem M.A., warf Pax Christi vor, mit dem Anspruch des Lehramtes aufzutreten und sich von der Auffassung der katholischen Bischöfe zu entfernen.

Demgegenüber vertrat vor allem Karl Heinz Koppe eine — wie er selbst formulierte — „radikale pazifistische Position“ und sprach dem Dienst mit der Waffe jede Legitimation ab. Es sei ihm allerdings klar, daß er in der DDR wegen seiner Auffassung massive Unterdrückung zu erwarten hätte.

An dieser Aussage wird die Grenze deutlich, die Pax Christi hätte beachten müssen: Wenn auch für den einzelnen der Verzicht auf militärische Verteidigung Gewissenspflicht sein kann, so darf er dies doch nicht der Gemeinschaft als sittliche Norm auferlegen. Wenn Pax Christi die Kriegsdienstverweigerung als ethisch geboten bezeichnet, muß sie wissen, daß das ethisch Gebotene das individuelle Gewissen bindet, daß also danach den Soldaten in der Bundeswehr allenfalls ein irrendes Gewissen entschuldigen, nicht aber rechtfertigen könnte.

Wie sehr sich Pax Christi mit der Feuersteiner Erklärung von der Position der Kirche entfernt (obwohl die eigenen Auffassungen stets mit theologischen Argumenten untermauert wurden), zeigt ein Blick auf die wichtigsten Dokumente der katholischen Kirche zu Dienst und Auftrag des Soldaten:

- Das Zweite Vatikanische Konzil hat in der Pastoralkonstitution „*Gaudium et Spes*“ von 1965 das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung zum Ausdruck gebracht: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ Damit befindet sich Pax Christi in der grundsätzlichen Frage der sozialetischen Erlaubtheit des Wehrdienstes im Widerspruch zu den Aussagen der Kirche.

Nukleare Abschreckung als Instrument der Kriegsverhütung wird von Konzil beschrieben, aber nicht sittlich bewertet: „... wie immer man auch zu dieser Methode der Abschreckung stehen mag...“

Mit dieser Aussage ist gesichert, daß der katholische Christ zur Abschreckungsstrategie die von seinem Gewissen vorgeschriebene Position beziehen, sie also sowohl ablehnen als auch bejahen kann. Daher sind zwar Pazifismus und Kriegsdienstverweigerung, aber eben auch der Wehrdienst in der katholischen Kirche als individuelle Haltung vertretbar. Gleichzeitig ist in diesen Fragen ein Absolutheitsanspruch, wie er in dem von Pax Christi formulierten „ethischen Gebot“ zum Ausdruck kommt, ausgeschlossen.

- Auch in dem Hirtenbrief der deutschen Bischöfe zum Frieden mit dem Titel „Gerechtigkeit schafft Frieden“ (1983) wird dem Staat das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung zugesprochen, „solange die Sicherheitspolitik ethisch zulässige, ja verpflichtende Ziele — Verhinderung des Krieges, Verteidigung der sittlich-politischen Wert-

ordnung gegen totalitäre Bedrohung, Ermöglichung von Abrüstung — verfolgt und sich dabei ethisch annehmbarer Methoden und Mittel bedient“. Zur nuklearen Abschreckung wird festgestellt, daß sie auf Dauer kein verlässliches Instrument der Kriegsverhütung sei, aber unter bestimmten strengen Auflagen sittlich zu tolerieren sei.

Erneut wird daraus deutlich, daß Kriegsdienstverweigerung nach Auffassung der katholischen Kirche nicht als „eine heute ethisch gebotene Handlungsweise“ anzusehen ist, wie Pax Christi es formuliert, sondern daß „der Dienst des Soldaten unverzichtbar und ethisch gerechtfertigt ist“.

Das Ziel der Versöhnung zwischen Deutschen und Franzosen war nach dem 2. Weltkrieg ein wesentliches Anliegen von Pax Christi. Sie hat wichtige Brücken geschlagen, die zur Aussöhnung beitrugen. Auch bei den Bemühungen um die deutsch-polnische Aussöhnung hat sich Pax Christi Verdienste erworben.

Aus dieser Entstehungsgeschichte erklären sich das Selbstverständnis von Pax Christi als innerkirchliche Friedensbewegung und das Engagement bei der Bekämpfung von Kriegsursachen und daraus folgend bei der Beratung von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen.

Mit der Feuersteiner Erklärung hat sich Pax Christi jedoch von den Auffassungen der katholischen Kirche entfernt. Bischof Hermann Josef Spital möchte daher auch nicht ausschließen, daß Pax Christi nahegelegt werden könnte, als ein katholischer Pazifistenverband, als organisatorisch getrennt von den Kirchenstrukturen, weiterzuarbeiten. Dies ist ein deutlicher Hinweis.

Abrüstung ja — aber eine sinnvolle

Norbert M. Schütz

Briefwechsel zwischen Kohl und Kamphaus

Bundeskanzler Kohl und der Limburger Diözesanbischof Kamphaus in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der deutschen Kommission „Justitia et Pax“ sind gemeinsam der Auffassung, daß ein weitgehender Abbau der nuklearen Offensivwaffen die Stationierung eines weltraumgestützten Systems überflüssig machen könnte. Dies geht aus einem Briefwechsel zwischen beiden Persönlichkeiten anläßlich der Übersendung einer Studie der deutschen Kommission „Justitia et Pax“ mit dem Titel „Abschreckung, Rüstungskontrolle und Raketenabwehrwaffen“ hervor. Die Studie wurde am 11.09.86 an Bundeskanzler Kohl übergeben.

In seinem Antwortschreiben vom 13. Oktober 1986 begrüßt der Bundeskanzler, „daß den großen technischen Anstrengungen der USA sowohl Untersuchungen der politischen und strategischen Konsequenzen möglicher strategischer Defensivsysteme als auch ethische

Bewertungen an die Seite gestellt werden. Ihren Ansatz, der die politischen und strategischen Realitäten ebenso wie den vorläufigen Charakter der bisherigen Ergebnisse des SDI-Forschungsprogramms in Rechnung stellt, wie auch Ihre abgewogene Schlußfolgerungen vermag ich in fast allen Punkten mitzutragen.“

Wo liegen die nicht übereinstimmenden Punkte? Die Sachverständigengruppe war zu dem Ergebnis gekommen, aus heutiger Sicht wäre die einseitige Einführung umfassender Raketenysteme ohne rüstungspolitische Steuerung mit den Kriterien des Friedenswortes der deutschen Bischöfe „Gerechtigkeit schafft Frieden“ nicht vereinbar. Die ethische Bewertung von SDI hängt von der Glaubwürdigkeit des Versuchs ab, zu kooperativen Lösungen zu kommen. Dieser Auffassung trat der Bundeskanzler bei, fügte allerdings hinzu: „Die Bundesregierung hält das SDI-Forschungsprogramm angesichts der langjährigen sowjetischen Bemühungen auf vergleichbaren Gebieten für notwendig.“ Der Bundeskanzler gab auch zu bedenken, „daß eine Stationierung strategischer Verteidigungssysteme nicht nur Chancen, sondern auch Risiken für die Sicherheit in Europa mit sich brächte. — Es ist allerdings auch zu bedenken, daß eine möglicherweise bald realisierbare teilwirksame Verteidigung gegen strategische Offensivwaffen zum Schutz des Zweitschlagpotentials dienen könnte. Dies würde die Glaubwürdigkeit der westlichen Abschreckung stärken, auf die sich die Sicherung des Friedens noch auf absehbare Zeit gründen muß.“ (Siehe hierzu auftrag 156/157, Seite 109 ff.)

Derzeitige Lage im Bereich der Rüstungskontrollpolitik

Unbeschadet der widersprüchlichen Bewertung des Gipfels von Reykjavik herrscht bezüglich des Verhandlungsstandes auf dem Gebiet der Rüstungskontrollpolitik zwischen den USA und der UdSSR gedämpfter Optimismus. Der Kanzler spricht in seinem Brief an Bischof Kamphaus von „vorsichtigen Hoffnungen“.

Die Sowjetunion will SDI unbedingt zu Fall bringen. Der beste Weg hierzu wäre der einer Einigung zwischen Ost und West bezüglich einer drastischen Reduktion der Langstrecken- und Mittelstreckenraketen; letztere bis hin zu einer Null-Lösung. Sind keine Raketen mehr stationiert, benötigt man auch kein Raketenabwehrsystem. Wozu also das von den Sowjets in Reykjavik plötzlich aufgetischte Junktim, erst nach Einigung über SDI rüstungspolitische Fortschritte in Aussicht zu stellen? Und warum hat es die Sowjetunion abgelehnt, auf das US-Angebot einzugehen, die SDI-Tests vor Ort zu beobachten, um sich von ihrem defensiven Charakter zu überzeugen? Abgesehen davon, ist es ohnehin völlig offen, ob, wann und wie überhaupt die SDI-Forschung zu einer waffentechnischen Realität werden wird. Wollen die Sowjets mit ihrer Weigerung zugleich die Abrüstung verweigern?

Daß es letztlich bei den Amerikanern zu SDI gekommen ist, liegt zu einem gewichtigen Teil an der Enttäuschung über mangelnde Erfolge der Rüstungskontrolle, bei der Begrenzung und Verringerung der sowjetischen militärischen Bedrohung.

Gefahren beachten

Eine Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen größerer Reichweite (SS 20 und SS 4 sowjetischerseits; Pershing II und Marschflugkörper auf seiten der NATO) führt zu einer merklichen Bedrohung durch das Ungleichgewicht bei den Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite im Verhältnis von 7:1 plus einer deutlich zunehmenden konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts. Die gegenwärtige wechselseitige Abschreckung würde aufs Spiel gesetzt. Die speziell in der DDR massierten starken Panzerverbände der Sowjets würden zu einem Problem des Verteidigers. Das Konzept der „Flexiblen Response“ würde unterlaufen. Vor allem die kriegsverhindernde Wertung würde aufgehoben. Die ethische Forderung aus dem Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden: „Ziel des militärischen Beitrages zur Friedenssicherung... muß die Verhinderung des Krieges sein, und zwar jeden Krieges“, könnte nicht mehr garantiert werden. (GsF, S. 50)

Was ist zu tun?

Im Sinne von „Gerechtigkeit und Frieden“ und dem Aufruf des Papstes Paul VI. auf der 2. UNO-Sonderabrüstungskonferenz, die Abschreckungsdoktrin lediglich noch als Mittel zur Friedenssicherung auf einem Weg zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu betrachten, bedarf es des Abbaus von militärischen Potentialen ohne Gefährdung unserer eigenen Sicherheit. So muß die UdSSR, wenn sie auf die Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen längerer Reichweite eingeht, auf den gleichzeitigen Abbau sowjetischer Atomraketen kürzerer Reichweite verpflichtet werden. Unmittelbar in Verbindung damit ist ein Rückzug des Übergewichts der konventionellen Streitkräfte des Warschauer Paktes in das tiefe Innere der Sowjetunion angezeigt sowie die kontrollierte Vernichtung chemischer Waffen und ein Verbot von deren Produktion. Eine zwingend vorgeschriebene wirksame und allseits akzeptierte Vor-Ort-Kontrolle sowie der Austausch von Informationen würde einen Überraschungsangriff so gut wie unmöglich machen. Die Folge wäre, über die Nuklearpotentiale Frankreichs und Großbritanniens sowie die Stärke der Stationierung der Gaststreitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland verhandeln zu können.

Mit solchen einschneidenden Maßnahmen würde die Tür für umfassende und noch weitergehende Verhandlungen geöffnet, durch die Großbritannien und Frankreich eintreten könnten.

Entwicklung neuer Waffensysteme stoppen

Die Bemühungen um eine nachhaltige und wirksame Rüstungsreduktion müssen untermauert werden durch eine bündnisübergreifende Kontrolle der bereits angelaufenen Entwicklungen von Folgegenerationen. Dazu gehören z. B. die sowjetischen landbeweglichen Interkontinentalraketen und die Weiterentwicklung der strategischen U-Boot-Systeme zu qualitätsverändernden, weil zielgenauen strategischen Waffen. Die vertragliche Übereinkunft über Rüstungskontrollmaßnahmen auf diesem Gebiet Hand in Hand mit den vorgenannten Maßnahmen ist von überragender sicherheitspolitischer Wichtigkeit. Schließ-

lich brächten Absprachen über künftige Rüstungskontrollmaßnahmen ein Mehr an gemeinsamer Sicherheit.

Mahnung des Bischofs

Auf das Schreiben des Bundeskanzlers vom 13. Oktober 1986 antwortete Bischof Kamp-haus nochmals am 5. Dezember 1986. Dabei verwies er auf die Glaubwürdigkeit rüstungs-politischer Steuerung und die Bereitschaft zur Kooperation zwischen Ost und West. Der ABM-Vertrag müsse strikt eingehalten und voll angewendet werden. Vertragsverletzungen müssten geklärt und bereinigt werden, was auch für die Bestimmungen des SALT II-Vertrags zu gelten habe.

Diese Mahnung gehört in allerster Linie an die Adresse der Sowjets gerichtet. Trotz ABM-Vertrag und unter bewußter Inkaufnahme des Verstoßes gegen seine Bestimmungen baut die Sowjetunion gegenwärtig ein flächendeckendes Abwehrsystem gegen ballistische Ra-keten auf. Sie begann damit 1962, als Marschall Sokolowski in der sowjetischen „Militär-Strategie“ erklärte, daß das Problem der Abwehr von ballistischen Raketen von Sowjet-wissenschaftlern prinzipiell gelöst worden sei. Freilich verringert die (geringfügige) Über-schreitung des von den USA nicht ratifizierten SALT II-Vertrages durch die USA nicht gerade die bisher schon großen Probleme. Sie steht jedoch in keinem Verhältnis zu dem, in was sich die Sowjets unter dem Mantel der Entspannungspolitik im Gegensatz zur NATO hineingerüstet haben.

Die Einbeziehung des gesamten KSZE-Raumes in eine funktionierende militärische Kon-trollzone mit einer einhergehenden wirksamen Abrüstung in diesem Gebiet würde zu ei-ner modifizierten, den dann geschaffenen Rahmenbedingungen anzupassenden Verteidi-gungsstrategie führen müssen. Sollte zudem die UdSSR auf die ideologisch begründete Lehre vom „gerechten Krieg“ verzichten, wäre nicht nur Europa einen entscheidenden Schritt in Richtung Frieden weitergekommen. Das dadurch gewonnene Vertrauen könnte ein beiderseitiges und ausgewogenes Abrüsten einleiten, von dem alle Menschen guten Willens bislang nur träumen.

Ärztliche Ethik und Militärseelsorge

Gottfried Roth^{*)}

Zur Geistesgeschichte der Pastoralmedizin im Erzbistum Wien

Am Ende des 18. Jahrhunderts konstituierte sich die Pastoralmedizin als wissenschaftli-ches Doppelfach, als wechselseitiger Dienst von Theologie und Medizin. Aus dieser Zeit existieren im Bereich der medizinisch-chirurgischen Josephsakademie in Wien zwei be-merkenswerte Dokumente, die Titel und Untertitel rechtfertigen:

^{*)} Dr. Gottfried Roth, Dozent für Pastoralmedizin, Wien

Die Gelöbnisformel der Absolventen der medizinisch-chirurgischen Josephinischen Militärakademie und ein Text aus dem Reglement für die kaiserl.-königl. Feldchirurgen. Im ersten Text¹⁾ sind Paragraphen von arzthetischer und pastoralmedizinischer Bedeutung:

„Ich gelobe hiermit eidlich, Seiner Majestät dem Kaiser mit aller pflichtmäßigen Treue ergeben zu seyn, in deren allerhöchstem Dienste stets allen möglichen Fleiß und Eifer zu bezeigen, mich gegen meine Vorgesetzten jederzeit gehorsam und achtungsvoll zu betragen, und überhaupt ihrer Einsicht und Leistung in allen, den Dienst des Staates, und das Wohl meiner Mitbürger betreffenden Fällen zu überlassen.“

„Mich im Dienste der Kranken, die sich mir anvertrauen, ohne Unterschied des Standes und Vermögens mit gleicher Liebe und Aemsigkeit zu verwenden; auch in dieser Rücksicht weder Gefahr, oder Ansteckung, noch irgend eine Mühe zu scheuen, und daher es als eine meiner wesentlichen Berufspflichten zu betrachten, gefährlichen Kranken, oder schwer Verwundeten ohne Zeitverlust bei Tag und Nach gleich thätig beizuspringen.“

„Mir angelegen seyn zu lassen, daß Kranke, oder Verwundete bei Zeit sowohl ihre zeitlichen Angelegenheiten in Ordnung bringen, als für das Heil ihrer Seele besorgt seyn; auch die neugebohrnen schwachen Kinder christlicher Aeltern sogleich zu taufen, oder ihre Taufe zu veranstalten.“

„Vorzüglich werde ich es für ein unüberschreitbares Gesetz ansehen, mich durch keinen Vorwand zur Verschreibung, oder Reichung solcher Mittel verleiten zu lassen, welche auf mittelbare, oder unmittelbare Weise die Abtreibung eines Kindes verursachen, oder befördern könnten.“

„In Ansehen derjenigen Personen, die sich mir mit geheimen Krankheiten anvertrauen, werde ich als ein Mann von Pflicht und Ehre ewig das strengste Stillschweigen beobachten; überhaupt auch das Zutrauen der Häuser, wohin ich berufen werde, durch keine Art von Verführung für mich, oder andere mißbrauchen.“

Der Militärarzt ist verpflichtet, Sorge zu tragen, daß Kranke oder Verwundete pastorale Hilfe finden können, er muß um die Krankenseelsorge besorgt sein, er hat bemüht zu sein um die Verwirklichung der Militärseelsorge, aber auch um die Nottaufe lebensschwacher Neugeborener; er darf eine Abtreibung weder durchführen oder veranlassen, er darf keine toxischen Mittel verwenden und muß die ärztliche Schweigepflicht einhalten und stets nach Wahrheit und Gewissen handeln.

Auch der Eid der k.k. Feld-Ärzte enthält Passagen in dieser Richtung:

„Sie werden geloben, in Ihrem dienstlichen Wirken durch alle zu Gebote stehenden Mittel dasjenige hintanzuhalten oder zu beseitigen, was nach Ihrem dafürhalten dem Heile der Kranken und Verwundeten oder dem Interesse des Dienstes und des Aerars abtraglich seyn könnte.“²⁾

Ein weiteres Dokument³⁾ enthält folgenden Paragraphen:

„Wenn eine Schlacht entscheidend für den Ruhm unserer Waffen ist, und unsere Truppen Meister des Schlachtfeldes bleiben, so wird es sowohl dem Protochirurgen als allen Stabs- und Regimentschirurgen zur Pflicht, zuerst die verwundeten Herrn Offiziere, und zwar vor allem die schwer Verwundeten, dann die übrige Mannschaft mit gleichem Eifer, mit gleicher Liebe, seyen es auch unsere Feinde, zu verbinden und zu versorgen. Nur werden sie besonders sorgen, daß unsere verwundeten Leute von den feindlichen abgesondert bleiben, so auch in's Spital überbracht, und dort auch abgesondert verlegt werden. Den Chirurgen des Spitals müssen sie auch unter dieser Bemerkung übergeben werden, und diese müssen wieder besondere Zettel für den Medikamenten-Bandagen- und Kompressen-aufwand halten.“

Dieser Text ist bemerkenswerterweise 75 Jahre vor der Gründung des Roten Kreuzes publiziert worden und verlangt die militärärztliche Sorge auch für die verwundeten Feinde; dieser Schwerpunkt ärztlicher Ethik, dem zweiten Bereich der Pastoralmedizin, ist schon früh im Medium einer militärischen, militärärztlichen Vorschrift festgehalten worden.

Krankenseelsorge und Nottaufe, arzethisches Verhalten wie ärztliche Hilfe für Freund und Feind kennzeichnen beispielhaft Verpflichtungen für Militärärzte, die von jenen Zentralstellen der Monarchie ausgingen, die im Erzbistum Wien gelegen waren.

1) Johannes Alexander Brambilla: Verfassung und Statuten der josephinischen medizinisch-chirurgischen Akademie samt der Ordnung bei Beförderungen zu Magistern und Doktoren der Chirurgie. Wien 1786.

2) Gottfried Roth: Juramentum Doctorandorum in Medicina. Archigymnasium 4, Wien 1971.

3) Johannes Alexander Brambilla: Reglement für die kaiserl.-königl. Feldchirurgen in Friedenszeiten. Wien 1789.

4) Gottfried Roth: Die Eide und Gelöbnisse an der medizinischen Fakultät der Universität Wien. In: Studien zur Geschichte der Universität Wien. Band I, 218–258. Wien 1964.

Presse

Pressekonferenz Kardinal Höffner am 16. Dezember 1986

Helmut Fettweis

Wenige Stunden nach der Landung in Frankfurt gab Kardinal Höffner um 11.00 Uhr in Köln im Maternushaus eine Pressekonferenz. Sie war von Funk und Fernsehen sowie von Zeitungsjournalisten gut besucht. Der Inhalt der Pressekonferenz war ein Bericht über den Pastoralbesuch des Kardinals in Mittelamerika und auf den Philippinen vom 2. bis 16. Dezember 1986.

Zunächst gab Kardinal Höffner — ohne Spuren der Anstrengungen der Reise — ein Statement von ca. ¾ Stunde. Der Kardinal sprach frei, nur von einem Merkzettel ab und an ablesend.

Seine Begleitung sah sichtlich erschöpft aus.

Der Bericht begann mit einer Hintergrundinformation über den Sinn der Reise. Es sei bisher üblich gewesen, daß man vorwiegend die großen Länder besucht habe. So habe er sich entschlossen, die kleinen Länder in Mittel- und Südamerika aufzusuchen, weil auch hier wichtige Entscheidungen zu fällen seien und weil die Bevölkerung und auch die Kirche dort nicht nur Geld sehen wolle, sondern auch persönliche Kontakte für wichtig halte.

Drei Fakten könne er nach Abschluß der Reise feststellen:

1. Die Kirche werde zur Zeit erkannt als Hüterin der Rechte und der Würde der Menschen.
2. Bischöfe, Priester und Ordensschwestern und viele Laien zeigten bekennerhaften Mut, würden zu Tausenden verhaftet und vielfach auch ermordet.
3. Die Kirche verwahre sich gegen jede Einseitigkeit. Man könne nicht nur soziales Engagement fordern, sondern dieses müsse gleichlaufend mit der Glaubensverkündigung einhergehen.

Die Ursachen der großen Not in Mittel- und Südamerika liege vorwiegend in den ungerechten sozialen Verhältnissen. Es komme darauf an, den Besitzenden klarzumachen, daß es — wie er in Mexiko an der Universität vorgetragen habe — auf das Ethos des Unternehmers ankomme.

In diesem Zusammenhang zitierte er aus seinem Buch „Christliche Gesellschaftslehre“ den Passus, der dem Sinn nach lautet: „Wenn man vom Soldaten fordert, daß er sein Leben ohne Entschädigung einsetzt, dann müsse man auch in Notsituationen fordern, daß der Vermögende nicht nach dem Marktwert, sondern geringerwertig entschädigt würde.“

Die Kirche in der dortigen Welt ist ein wichtiger Faktor. Es gibt nach der Aussage des Kardinals zwei Verhaltensmuster:

- entweder man sucht ihre Nähe oder
- sucht sie als Faktor auszuschalten.

Daher sei es besonders wichtig, daß die Kirche Kraft und Einheit zeige. Inzwischen werde auch die Hilfe der Kirche als Hilfe zur Unabhängigkeit anerkannt. Denn, und das betonte der Kardinal nochmals, keine kirchliche Hilfe wird ohne Genehmigung durch die Ortskirche gegeben. Nach Abschluß der Projekte gehen diese in das Eigentum der dortigen Kirche über. Es ist also nicht so, daß die Katholische Kirche in Deutschland mit Geld Anteile an Objekten in der weiten Welt „sammelt“.

Seine Reise habe ihm 6 Aspekte der Sorge, auch 6 Zeichen der Hoffnung mitgegeben.

Die Sorgen:

- mangelndes Priestertum
- unzureichende Verkündigung
- um sich greifen der Sekten
- Verelendung
- Bürgerkriege
- Eingreifen fremder Mächte.

Überall sei ihm die Sorge über das Wachsen der Sekten dargelegt worden. Diese Sekten, die gemeint sind, sind nicht Mitglied der Vereinigung der Kirchen in Genf. Die dort zusammengeschlossenen 305 Kirchen vertreten eindeutig christliche Aspekte.

Darüber hinaus gebe es in der Welt noch 10 bis 20000 weitere Gemeinschaften und Sekten, die sich zum Teil auf christliche Vorbilder berufen. Diese Gemeinschaften würden aber nicht den Glauben stärken, sondern versuchten zum Glaubensabfall zu bringen, den Zusammenhalt der Familien zu stören und die Abkehr von der Gemeinschaft zu fördern. Sie brächten bei den jungen Menschen eine psychische Veränderung, die sich für jede Gesellschaft schädlich auswirke.

Hinsichtlich der Einmischung der fremden Mächte betonte er, daß z.B. auf den Philippinen 20000 Untergrundkämpfer sitzen, die vom Ausland bezahlt werden. Das ist Einmischung.

6 Hoffnungen:

- tiefe Religiosität
- Zunahme der Priester- und Ordensleute in der 3. Welt
- Bereitschaft zur Hingabe an den Glauben
- wachsende Bereitschaft der Laien, in der Kirche mitzuarbeiten
- Verantwortungsbewußtsein der Kirche für die sozialen Verhältnisse
- das Bestreben, glücklich zu werden im Leben durch die Bindung an Gott.

Zu diesen Punkten gab der Kardinal noch einige Erläuterungen, so z.B., daß seit 1975 die Priesteramtskandidaten von 60000 auf 80000 in der Welt zugenommen haben.

Die wachsende Bereitschaft der Hingabe an den Glauben lasse sich aus der hohen Zahl der Berufungen zum Ordensleben erkennen. Eigenartigerweise nehme niemand daran Anstoß, daß unter den 1,4 Millionen im Zölibat Lebenden über 900000 im Orden tätig sind.

Gegen das Zölibat der etwa 150 000 Weltpriester — vorwiegend im Diözesandienst — aber werde lauthals angegangen.

Das Gewicht der katholischen Kirche lasse sich daran erkennen, daß zur Zeit 887 Millionen Menschen katholisch sind. Das ist die weitaus größte geschlossene Glaubensgemeinschaft. Aber innerhalb dieser Kirche verändere sich die Zusammensetzung nach Volkszugehörigkeit sehr stark.

Europa zähle noch 280 Millionen Katholiken, USA und Kanada zusammen ungefähr die gleiche Zahl, der Rest verteile sich auf Südamerika, Afrika und Asien.

Daraus ergibt sich, daß einer der nächsten Päpste sicherlich aus der südlichen Welt gewählt würde.

In einem Kurzüberblick gab der Kardinal dann noch Einzelheiten über die Situation in den besuchten Ländern bekannt.

Kuba

Hier deutet sich eine Hoffnung auf Öffnung der Religion an.

Nicaragua

Die Behinderung der Kirche ist stark. Die sandinistische Jugend ist marxistisch infiltriert und kaum für die Kirche zu gewinnen. Die Demokratisierung fehle. Radio Catholika sei immer noch beschlagnahmt. Er habe dem Staatschef Ortega die Sorge der katholischen Kirche sehr deutlich gemacht. Insbesondere die vorausgeführten Fehlleistungen machen den Gläubigen in Deutschland Schwierigkeiten, im größeren Ausmaß in Nicaragua zu helfen.

Der Staats-Chef habe eine Prüfung der Zulassung des katholischen Senders zugesagt und angedeutet, daß er sich mit der Kirche um ein besseres Verhältnis bemühen wolle.

Auf zusätzliche Fragen von Journalisten sagte der Kardinal, daß leider konkrete Zusagen auch ihm nicht gegeben worden seien. Insgesamt habe er aber den Eindruck, daß die dortigen Machthaber weder eine Afghanisierung noch eine Kubanisierung, eine Neokolonisierung oder gar Sowjetisierung wünschten.

El Salvador

leidet noch immer unter den Folgen des Erdbebens. Die inneren Auseinandersetzungen sind noch nicht zur Ruhe gekommen. Anzeichen der Hoffnung ist die Achtung von Präsident Duarte vor den Menschenrechten und die Verfolgung von Unrecht. Die Kirche ist Zuflucht und Hoffnung. Der ermordete Kardinal Romero wird tief verehrt. Das Problem ist die Bodenreform. Eine Entschädigung ist einfach nicht möglich.

Honduras

Hier zeigt sich die Bereitschaft, demokratischer zu werden. Es gibt Zeichen der Hoffnung.

Guatemala

Auch in diesem Lande sind demokratische Ansätze. Es würde dem Land gut tun, wenn es eine Militär- und Polizeiseelsorge bekäme. Dann könnte die Kirche helfen, das Tun der Soldaten und der Polizei durch Postulate der Ethik zu humanisieren.

Mexiko

Das Land leidet unter den Folgen des Erdbebens. Es ist viel zu tun, auch hinsichtlich der Auflösung von ungerechtfertigtem Besitz. Daher sei hier sein Vortrag über die Ethik des Unternehmers konzipiert gewesen und mit relativ großem Erfolg gehört worden.

Philippinen

Auf den Philippinen habe er Besprechungen mit Frau Aquino gehabt. Diese Präsidentin sei von den Linken bedrängt durch Terrorismus und von den Rechten durch jene, die alte Privilegien beleben wollten. Er habe sie als eine Frau kennengelernt, die ihre Lage realistisch sieht, aber großen Optimismus ausstrahlt. Es wird davon abhängen, daß die verfassungsgebende Versammlung die neue Verfassung bald erläßt, damit im nächsten Jahr gewählt wird. Es komme alles darauf an, daß auch hier ungerechte Verhältnisse beseitigt werden, daß der Bürgerkrieg erledigt wird und daß sich vor allem das Ausland nicht weiter einmischt.

Er habe am 12. Dezember Radio Veritas — eine Schenkung der katholischen Kirche — neu eingeweiht. Der Sender habe eine Leistung von 250 kW, habe etwa 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sende in 13 verschiedenen Sprachen und erreiche mit seinen Sendungen China und Korea. Die Gliederung des Programmes sei:

35% Glaubensverkündigung

10% Berichte und Nachrichten

20 bis 30% soziale Unterweisungen und Verschiedenes. Der Rest seien Musiksendungen.

Bei einer Zwischenlandung in Hongkong habe er feststellen können, daß Caritas Hongkong gute Beziehungen zu China unterhalte und dort zum Unterricht gesucht sei.

Zum Abschluß gab der Kardinal noch einige Kurzinformationen. Nach seiner Ansicht seien zur Zeit die Hauptsünden des Menschen:

- Subjektivismus
- Materialismus
- Imperialismus
- Terrorismus.

Es gäbe vier Aspekte der Apartheid:

- Ungleichheit hinsichtlich der Rassen
- soziale Apartheid
- Apartheid der ungeborenen Kinder
- religiöse Apartheid.

Auch hierzu brachte der Kardinal Beispiele und sagte, daß, wenn alle vier Formen, alle gleich gravierend, verschwinden würden, ginge es der Welt schon erheblich besser.

In der anschließenden Aussprache versuchte der Kardinal noch einmal die Situation in allen Ländern darzustellen, indem er die Hauptübel herausstellte. Die Situation sei fast überall ähnlich. Sie könne nur gebessert werden, wenn man

- die sozialen Mißverhältnisse beseitige
- den Bürgerkrieg in den Ländern selbst überwinde
- Einmischung aus dem Ausland verhindere und dann groß angelegt sozial helfe.

Dabei betonte er, daß man in dieser Situation nicht *einem* Ausland Enthalttsamkeit „verordnen“ könne, während andere Ausländer sich um so heftiger einmischten.

Insgesamt zeigte diese Darstellung, daß der Kardinal sich in der kurzen Zeit mit großem persönlichen Einsatz bemüht hat, die Situation vor Ort zu erkennen und hinsichtlich ihrer Problematik klar darzustellen.

Aus GKS und PGR

Hammelburg

Grüß Gott, meine Damen und Herren!

Das bevorstehende Jahresende soll uns Anlaß sein, in einem kurzen Rückblick über die Aktivitäten unseres GKS-Kreises im vergangenen Jahr zu berichten und Sie über die Planungen für die nächste Zeit zu informieren.

Zunächst der Rückblick:

Unsere Veranstaltungen haben auch im vergangenen Jahr wieder erfreulichen Anklang gefunden, z.B. die Fahrt in den Raum Rhön-Grabfeld über Münnerstadt, Saal a.d. Saale nach Mellrichstadt oder unser Grillabend im September. Neben diesen Veranstaltungen, die hauptsächlich die Zusammengehörigkeit und die Geselligkeit förderten, haben wir uns auch zu besinnlichen Stunden bzw. zum gemeinsamen Gebet getroffen. Ich erinnere an unseren Kreuzweg bei Kloster Altstadt in der Karwoche und an die Feier des Weltfriedenstages, den der GKS-Kreis am 1. Fastensonntag mitgestaltete. Den Weltfriedenstag begingen wir nicht nur mit Soldaten des Standortes Hammelburg, sondern auch mit Soldaten und deren Familienangehörigen der US-Militärgemeinde Schweinfurt.

Darüber hinaus haben Mitglieder unseres Vorstandes als Delegierte bei den Wehrbereichskonferenzen und an der „Woche der Begegnung“ im Mai 86 teilgenommen; viele unserer Mitglieder des GKS-Kreises haben an den zahlreichen Veranstaltungen unserer Militärkirchengemeinde mitgewirkt.

Nun zu den Vorhaben:

Auch weiterhin soll die Familienarbeit besonders gefördert werden. Wer sich den beiden Familienkreisen anschließen oder bei einem neuen Kreis mitmachen möchte, sollte sich mit unserem Standortpfarrer in Verbindung setzen. Der GKS-Kreis plant in nächster Zeit folgende Veranstaltungen, zu denen wir Sie jetzt schon herzlich einladen:

- Eine Buchausstellung im Pfarrsaal am 7. 12. 86 nach dem Gottesdienst (9.00 Uhr in der Christkönigkirche),
- die Gestaltung des Weltfriedenstages am 8. 3. 87, wieder gemeinsam mit unseren amerikanischen Freunden,
- eine Fahrt am 5. 4. 87 in den Raum Haßfurt — Zeil — Maria Limbach,
- abendliches Gebet an den Kreuzwegstationen bei Kloster Altstadt in der Karwoche.

Zu allen Veranstaltungen (außer Buchausstellung) ergehen gesonderte Einladungen.

Darüber hinaus wollen wir uns wie bisher an den anderen Veranstaltungen der Militärseelsorge rege beteiligen.

Zum Schluß noch ein organisatorischer Hinweis:

Der Jahresbeitrag für die Mitglieder der GKS (jährlich 5,— DM je Familie) kann bei der Sparkasse Hammelburg, Konto-Nr. 760103 eingezahlt werden. Sie können den Betrag natürlich auch direkt beim Kassier, HptFw Weitzmann, KpFTrS 1, IV. Inspektion, einzahlen.

Ihnen, Ihrer Familie und Ihren Freunden wünschen wir jetzt schon ein gesegnetes Weihnachtsfest und für 1987 alles Gute.

Ihr
W. Witzgall
Militärpfarrer

Ihr
W. Stapper
Sprecher der GKS

Wedel/Holst.

Christkönigstreffen der GKS

Martina + Harald Küster

Der Einladung der GKS zum diesjährigen Christkönigstreffen waren viele Familien gefolgt, um an diesen Tagen gemeinsam über das Thema: „Aus den Wurzeln leben“ — Von der Verwurzelung des christlichen Glaubens im Glauben des Volkes Israel — nachzudenken und Neues darüber zu erfahren. Es bot sich die Gelegenheit, über den eigenen Glauben in Beziehung zum jüdischen Glauben und über die gemeinsamen Ursprünge zu sprechen, gemeinsam zu beten und zu singen, und auch die notwendige Möglichkeit des Auf-tankens.

Im Rahmen dieses Familienwochenendes wurden drei verschiedene Gruppen gebildet — eine Erwachsenen-, eine Jugend- und eine Kindergruppe —, in welchen das Thema auf unterschiedliche Weise behandelt wurde. Auf Zustimmung stieß der erfrischende Wechsel zwischen gemeinsamen Aktivitäten aller drei Gruppen und der getrennten Beschäftigung mit dem Thema.

Die Leitung der Erwachsenengruppe hatte Pfarrer Wilm Sanders von der Katholischen Akademie Hamburg übernommen. Er bot den Teilnehmern die Thematik in vier Etappen dar:

1. Der nie gekündigte Bund; Pfarrer Sanders verdeutlichte u. a., daß die übliche Unterscheidung Altes Testament — Neues Testament (bei den Christen) und die Bibel der Juden (nämlich das sogenannte Alte Testament) nicht ganz richtig ist. Die Wurzeln unseres Glaubens gehen unwillkürlich in den ersten Teil der Bibel zurück, somit ist das AT eine wesentliche Erfahrung, die wir mit dem jüdischen Glauben gemeinsam haben.

2. Jüdischer Festkalender und Kirchenjahr; hier konnten die Teilnehmer erstaunliche Parallelen zwischen jüdischen und christlichen Festen feststellen. Ostern z. B., der Tag der Auferstehung Christi fällt auf den Tag, wo die Juden 1. die Rettung in das gelobte Land, 2. Vorrübergang des Herrn und 3. das Fest der ungesäuerten Brote feiern. Auch zum christlichen Weihnachtsfest (das Licht der Welt kommt zu den Menschen) gibt es eine jüdische Entsprechung: Seit jeher feiern die Juden an diesem Termin ein Lichterfest.

Aber auch den Juden eigentümliche Feste wurden vorgestellt, z. B. das Laubhüttenfest (erinnert an die 40 Jahre Wüstenwanderung) und den Yomkipur (Versöhnungsfest).

3. Gottesdienst und Familienmahl; zu diesem Thema gab Pfarrer Sanders interessante Erläuterungen, wie gläubige Juden im allgemeinen den Sabbat feiern. Die Feier besteht aus zwei Teilen, dem Eröffnungsgottesdienst in der Synagoge und der Familienliturgie zuhause, zu deren Abläufen uns der Referent genauere Beschreibungen gab. Wichtig für die Zu-

hörer war dabei, daß einige Teile aus der Meßfeier hier ihren Ursprung hatten (z. B. nach dem Mahle nahm Jesus den Kelch...).

4. Jesus als Jude; Pfarrer Sanders beendete seinen Vortrag mit dem Hinweis, daß Jesus zunächst als Jude geboren und im jüdischen Glauben erzogen wurde (Beschneidung, Bar Mizwa...), er durch sein Wirken, Tod und Auferstehung den Alten Bund der Juden mit Gott nicht aufheben, sondern ihm ein neues und erweitertes Verständnis geben wollte. Außer Frage steht, daß, wer Jesus Christus begegnet, auch dem Judentum begegnet.

Uns, als Neulinge in diesem Kreis, fiel die rege Beteiligung, die angenehme Atmosphäre und der freundschaftliche Umgang der Teilnehmer untereinander auf. Erwähnt soll auch das Kloster Nütschau (der Veranstaltungsort) und seine reizvolle Umgebung werden, die beide eine gute Gelegenheit zum seelischen und geistigen Auftanken boten.

Wir freuen uns schon auf das nächste Familientreffen der GKS.

Christkönigstreffen der Jugend

Hagen Schmidt-Bleker*

Am Freitagnachmittag trafen die Familien ca. 17.00 Uhr im Kloster Nütschau ein. Wir bezogen zunächst unsere Zimmer und gingen, nachdem wir uns das Wohnhaus angeschaut hatten, zur Kirche. Nach der Feier war es an der Zeit zu essen. Sofort danach trafen sich alle Familien und die Gruppenleiter für die Eltern, Jugendlichen und Kinder. Jede Familie stellte sich vor. Dann wurde getanzt und gesungen. Um 8.00 Uhr mußten die Kinder bis zu 10 Jahren ins Bett. Die Jugendlichen gingen in den Kaminraum, um sich zu unterhalten und zu spielen. Nachdem die Eltern in das Kaminzimmer gekommen waren, teilte sich die Gruppe.

Einige gingen ins Bett, die anderen in den Fernsehraum, einige unterhielten sich noch eine Weile.

Am nächsten Morgen gab es um 8.30 Uhr Frühstück. Danach gingen wir alle in den Vortragsaal. Dort wurde getanzt und gesungen. Nach einer Weile wurde gesagt, daß die Kinder und Jugendlichen etwas für den sogenannten „bunten Abend“ vorbereiten sollten. Danach wurde die Gemeinschaft aufgelöst und alle teilten sich in Gruppen auf. Die Jugendlichen besprachen das sehr interessante Thema „Judentum und Sabbat“. Danach bereiteten wir den „bunten Abend“ vor. Wir planten ein Quiz, das wir mit viel Spaß und großem Eifer vorbereiteten, und ein Partnerraten. Andere aus unserer Gruppe buken Zopfbröte für das Abendessen. Dieses war sehr feierlich, denn es wurden Kerzen angezündet und Gebete über Brot und Wein gesprochen. Das alles erinnerte an die Bräuche der Juden.

Zum „bunten Abend“ führten die Kinder 3 Sketche auf, an denen die Erwachsenen genauso viel Freude hatten wie an den Quizbeiträgen der Jugendlichen. Um 9.00 Uhr hörte die Feier offiziell für Jugendliche und Kinder auf.

Am Sonntagmorgen gingen wir zuerst zum Essen und dann zur Kirche. Danach hatten alle Jugendlichen Freizeit, in der zum Beispiel Tischtennis gespielt wurde. Nach dem Mit-

* 11 Jahre

tagessen trafen wir uns alle zum letzten Mal in einer vollzähligen Runde. Danach verabschiedeten sich schon einige, andere blieben noch bis zum Kaffee.

Als letztes wurden wir von Pater Prior verabschiedet.

Ich fand diese Woche sehr interessant (wegen „Judentum und Sabbat“) und man hatte sehr viel Spaß dabei. Ich wäre gern länger dort geblieben.

Und die Jüngsten...

Roland Schmidt-Bleker*

In der Vorstellungsrunde am Freitagabend trafen wir unsere Gruppenleiterin Agnes. Mit ihr spielten wir am nächsten Morgen Tischtennis und Tischfußball. Am Nachmittag holte Agnes Kerzen und Wachs. Damit schmückten wir die Kerzen. Die Kerzen sollten zum Abendessen auf die Tische gestellt werden. Am nächsten Morgen sagten die Jugendlichen, daß sie ein Rätsel aufführen würden, und wir sollten einen Sketch aufführen. Jeder von uns machte einen Vorschlag. Als wir fertig überlegt hatten, fingen wir sofort an zu proben. Im Nu hatten wir die Stücke im Griff. Am Abend im Kaminraum führten wir die Stücke auf, und ich glaube, sie haben den Eltern auch gefallen.

Am Sonntagmorgen fuhren einige schon ab, deshalb lohnte es sich nicht mehr, neue Dinge anzufangen. Wir spielten nur Tischtennis und Tischfußball. Am Nachmittag verabschiedeten wir uns.

Ich finde, es war im Kloster Nütschau eine schöne Zeit.

Hammelburg

Eva Albert

Der Beginn eines neuen Jahres soll der Anlaß sein, einen kurzen Rückblick über die Aktivitäten des GKS-Kreises Hammelburg zu geben.

Unsere Veranstaltungen haben auch im Jahr 1986 wieder erfreulichen Anklang gefunden.

Am 2.3.1986 feierte die Militärgemeinde in der Christkönigskirche in Hammelburg zusammen mit Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte aus Schweinfurt den Weltfriedenstag mit einem Gottesdienst. Im Anschluß an den Gottesdienst fand im Pfarrsaal ein Stehempfang statt, bei dem neue Kontakte geknüpft und alte vertieft werden konnten.

Weiterer Höhepunkt des Jahres war die traditionelle Fahrt der GKS in der Fastenzeit. Ziel war die Stadtpfarrkirche von Münnertstadt mit dem bekannten Riemenschneideraltar, bevor es zur Wallfahrtskirche Maria Saal am Findelberg bei Saal a. d. Saale weiterging. Nach kurzer Führung und Andacht und einer Kaffeepause wurde der Abend im Soldatenheim in Mellrichstadt beschlossen.

Das zweite Mal durchgeführt wurde der Kreuzweg entlang den Stationen am Kloster Altstadt in Hammelburg. Hier finden sich in der Woche vor Palmsonntag ca. 40 Personen zusammen, um gemeinsam den Kreuzweg zu beten.

* 10 Jahre.

Im September trafen sich die Mitglieder der GKS zum Grillfest. Wegen des schlechten Wetters mußte in den Pfarrsaal ausgewichen werden, was aber der Stimmung keinen Abbruch tat. Erwähnenswert ist das tolle Salatbuffett, das von den Frauen aufgebaut wurde.

Am Gebetstag für den Frieden am 27. 10. 1986, zu dem Papst Johannes Paul II. in Assisi aufrief, fand in der Christkönigskirche ein ökumenischer Gottesdienst statt. Eingeladen war die evangel. Militärgemeinde. Danach war gemütliches Beisammensein im Pfarrsaal.

Wie alle Jahre fand am 2. Adventssonntag eine Buchausstellung im Pfarrsaal statt, die wieder großen Anklang fand.

Im Jahre 1986 wurde mit einer Geburtstagsaktion begonnen, bei der jedes Mitglied der GKS und dessen Ehefrau einen kurzen persönlichen Kartengruß zum Geburtstag erhält. Die Kartengrüße werden vom Schriftführer versandt.

Für das Jahr 1987 sind wieder viele Aktivitäten geplant.

Hammelburg

Seit vielen Jahren veranstaltet die Kath. Militärseelsorge Hammelburg eine Familienbildungswoche. Vom 2.—6. 1. 1987 trafen sich dazu 11 Familien unter Leitung von Mil.Pfarrer Witzgall im Hotel Hans Veit in Rothenkirchen im Frankenwald. Nach dem gemeinsamen Mittagessen begannen bereits am Nachmittag des Anreisetages die Vorträge. Referent war Oberstudienrat Hubert Wicklein zum Thema „Schöpfungsglaube und Naturwissenschaft“. — Bereits am Abend zeigte sich durch die rege Diskussion, wie stark das Thema alle interessierte.

Der Samstag begann mit einem gemeinsamen Morgengebet und der Weiterführung des Themas nach dem Frühstück. Anhand der Person Galileo Galiläi zeigte der Referent auf, wie es durch die Jahrhunderte zuerst zur Ablehnung und dann schrittweise zur Annäherung zwischen Kirche und Naturwissenschaft kam.

Am Nachmittag stand das Thema „Kernenergie“ auf dem Programm. Hier kamen so viele Fragen und Diskussionspunkte auf, daß sogar der ganze Abend noch dazu genutzt wurde, sie mit dem Referenten zu klären. Dieser verstand es wirklich, alle Fragen mit großem Wissen und oft anhand von Folien zu beantworten. Ihm gebührte nach stundenlangem Referat großer Dank. — Während der Vorträge trafen sich die Kinder mit ihrer Betreuerin im Kindergarten von Rothenkirchen zum Basteln und Spielen. Auch für die Betreuung der Jugendlichen war gesorgt.

Am Sonntagvormittag besuchten die Familien den Gottesdienst in der architektonisch besonders schönen Kirche von Buchbach. Nach dem Mittagessen startete der Bus zum traditionellen Ausflug. Die Fahrt ging bei Schneefall ins Deutsche Dampflokomotivmuseum nach Neuenmarkt-Wirsberg. Dort konnten in einem alten Lokschuppen Dampflokomotiven verschiedener Baureihen besichtigt werden. Die Dampfzüge sind liebevoll restauriert und alle, vor allem die Kinder, waren begeistert. Danach war Gelegenheit zu einer Kaffeepause, bevor man nach Rothenkirchen zurückfuhr. Wie alle Jahre gab es auch heuer wieder einen bunten Abend. Diesmal hatte man auf einen Alleinunterhalter verzichtet, und alle trugen zum Gelingen des Abends bei. Die Kinder luden ein zum Ententanz, es gab mehrere Sketche und Tanzspiele, und alle verlebten einen schönen Abend. Der Mon-

tag stand dann im Zeichen der „Freizeit“. Über Nacht hatte es reichlich geschneit, so daß die Kinder sich beim Schlittenfahren und Schneemannbauen tummelten. Am Nachmittag wanderte eine große Gruppe bei dichtem Schneetreiben. Abends erlebten alle nochmal per Video „Television-Rothenkirchen“ die Geschehnisse der vergangenen Tage.

Am Dienstag fand ein Familiengottesdienst statt, der unter dem Thema „Teilen“ stand. Die Kinder zeigten anhand eines Beispiels, was es heißt, miteinander zu teilen. Nach dem gemeinsamen Frühstück hieß es Abschied nehmen vom verschneiten Frankenwald. Es waren wieder ein paar schöne Tage der Bereicherung und Erholung in harmonischer Gemeinschaft.

Bonn — Treffen der Frauen

Verantwortliche Frauen in der Militärseelsorge trafen sich vom 17.—19. 10. im Gästehaus des Katholischen Militärbischofsamtes in Bonn

Ute Daumann

Durch den ersten Abend führte MD Walter Theis mit dem Thema: Glauben im Bejahen und Verneinen. Daraus entwickelte sich eine lebhafte Diskussion.

Den Samstag begannen wir mit einer Meditation „Jesus und die Frau“ durch die Frau Martin führte, danach folgte ein Gottesdienst mit MD Theis und einem amerikanischen Militärbischof.

Dipl.-Theologe Harald Oberhem referierte über das Thema: Frauen in der Kirche. Er erläuterte uns anhand von Statistiken die religiöse Einstellung der Frau zur Kirche. Hier unterschied er zwischen der Hausfrau, der berufstätigen Frau Halbtags, und der ganztags berufstätigen Frau. In dieser Statistik spiegelt sich auch unsere Erfahrung in der Kirche wider. Hier erwischen wir die ganz jungen Frauen überhaupt nicht, leichter wird es dann mit der Generation der Frauen um die 50 Jahre.

Nach dem Mittagessen und einem Spaziergang am Rhein referierte Frau Dr. Helene Schüngel über feministische Theologie.

Sie gliederte die feministische Theologie in 5 Gruppen:

1. Erfahrungstheologie—Kontexttheologie: wo finde ich mich als Frau in der Bibel angesprochen oder überhaupt wieder.
2. Theologie der Befreiung — eine Basis-Theologie, Sie spiegelt sich sehr stark in charismatischen Bewegungen wider. Hier geht es auch um das Erspüren der Ängste, die eine männergeführte Kirche für uns Frauen hat.
3. Theologie von unten: Basisarbeit, auch hier eine starke charismatische Bewegung. Sie setzt sich auch bes. mit den Texten auseinander, in denen sich Frauenbilder wiederfinden.
4. Kritische Theologie: Texte sind kritisch zu hinterfragen. Wir müssen auf die Spur unserer androzentrierten Kirche kommen. Wo haben wir Frauen denn einen Raum — wo ist er für uns möglich?

5. Ökumenische Theologie: Frauen aller Rassen und Sprachen setzen sich kritisch mit ihrer Kirche auseinander — und kommen einander in diesem Bemühen sehr nahe.

Es gibt zwei Gruppen der feministischen Theologie.

Die erste Gruppe lehnt die Bibel als ein Buch der Unterdrückung der Frau ab (Mary Daly). Die zweite Gruppe versucht die richtigen Fragen zu stellen und befindet sich auf der Suche nach der richtigen Antwort. Sie versucht die Mitte einzuhalten, versucht aber auch zu hinterfragen, wie Übersetzungen der Bibel in den Jahrhunderten zustande kommen und warum auch heute noch keine Frau zu Bibelkommissionen berufen wurde.

Frau Dr. Schüngel ging danach zu den Frauen über, die in der Bibel z. T. verschwunden sind, deren Anteile an der Verkündigung stark beschnitten wurden — im Laufe der Übersetzungen. Sie wies auf Frauen wie Miriam und Deborah, die unbekannte, namenlose Tochter des Jephtha hin und auf Maria von Magdala, die ja den Jüngern die Auferstehung verkündete. Die Referentin führte aus, daß Frauen sehr wohl in der Zeit nach Jesu als Gemeindeleiterinnen gefragt und gewirkt haben — wie auch Phoebe. Junias — so führte sie aus — sei durch Manipulation männlicher Übersetzer kurzerhand zum Mann „erhoben“ worden.

Weibliche Bibelkommentatorinnen gibt es auch heute noch nicht — sind auch heute noch nicht einmal gefragt.

Wie aber sieht denn das Gottesbild aus? Steht dafür das Wort: „Wenn Gott männlich ist — ist das Männliche Gott???

Frau Dr. Schüngel glaubt nicht, daß feministische Theologie nur eine Trenderscheinung ist, sondern daß vieles in der Kirche in Bewegung geraten ist. Was einmal entdeckt wurde — damit muß nun auch die Kirche leben. Mutlos werden gilt nicht.

Den Abend beschloß ein Film „Der Name der Rose“. Meine persönliche Meinung: Überhaupt nicht empfehlenswert!!!

Am Sonntag nach einer Meditation mit Frau Martin zum Schrifttext: Jesus und die Sünderin und einem Gottesdienst rund um den Altar mit einem Predigtspiel unter der Leitung von MD W. Theis verabschiedeten wir uns nach dem Frühstück in der Hoffnung auf ein Wiedersehen.

PS: Vielleicht könnte dann auch ein bißchen Zeit sein für eine Aussprache über das, was wir tun, oder über daß was wir noch tun könnten!

Regensburg

Bericht über die Adventfeier der katholischen Militärseelsorge am 14. 12. 1986

Harald Schäfer

Am Sonntag fand in der Klosterkirche St. Fidelis die Adventfeier der kath. Militärseelsorge statt. Waren in den Jahren zuvor stets Waldweihnachtsfeiern ein Anlaß, um sich in der Adventszeit zusammenzufinden, so war man in diesem Jahr zu einem besinnlichen Konzert zusammengekommen.

Ein Quintett des Heeresmusikkorps 4 spielte Bläsermusik verschiedener Jahrhunderte, und an der Orgel begleitete der Wehrpflichtige Th. Kroll.

Eine besondere Überraschung für die Zuhörer waren die Variationen von Mozart über „Ah! vous dirai-je maman“ für zwei Flöten, gespielt von den Geschwistern Luft. Zwei Solarien interpretiert durch zwei ehemalige Domspatzen und jetzige Soldaten des Sanitätsbataillons P. Stetter und H. Schäfer, sowie ein Chorsatz zeigte die ganze musikalische Spannweite von Berufs- und Hobbymusikern bei der Bundeswehr.

In seiner Ansprache legte Militärdekan P. Roland Stemmler die Begegnung von Maria und Elisabet aus dem Lukasevangelium aus und bezog dies auch auf unsere Zeit. Eine Meditation über dasselbe Thema von H. Schäfer versuchte den tieferen biblischen Sinn dieser Begegnung auszudeuten und zu verdeutlichen.

Nach dem Konzert fand man sich dann noch im Sailerhaus zu einem gemütlichen Beisammensein zusammen.

Bonn

Kontroverse zwischen GKS und Pax Christi

Norbert M. Schütz

Zu einer kontroversen und heftig geführten Debatte zwischen GKS und Pax Christi führte eine Abendveranstaltung der Bonner GKS am 20. November 1986. Der Westdeutsche Rundfunk berichtete darüber.

GKS-Mitglieder widersprachen und widerlegten die zum Teil widersprüchlich vorgetragenen Argumente von Pax Christi. Sie wurden vom Generalsekretär Dr. Koschel und Herrn Koppe vorgebracht. Letzterer fungiert im Pax-Christi-Vorstand als Militärexperte und kam Dr. Koschel in der Diskussion mit Soldaten (einschließlich im Generalsrang) zur Hilfe. Die von Pax Christi aufgestellte Behauptung, Soldaten dienten einem „Drohsystem“ und erhöhten damit die Kriegswahrscheinlichkeit, wurde entkräftet und das Gegenteil bewiesen. Die Versammlung widersetzte sich vehement der von Pax Christi vertretenen Auffassung, aufgrund unseres Glaubens und der gegenwärtigen Abschreckungsstrategie sei Kriegsdienstverweigerung als die heute ethisch gebotene Handlungsweise zu betrachten. Entschiedener Protest erhob sich gegen die von Pax Christi geforderte Kampagne, Soldaten zum Ungehorsam dadurch zu verleiten, daß sie im Rahmen ihrer begrenzten Widerstandsmöglichkeiten an der Überwindung der Abschreckungsstrategie mitwirken sollen.

In Anbetracht dieser Polit-Eskapaden und des Absolutheitsanspruches in Fragen der Sicherung und Förderung des Friedens durch Pax Christi forderte ein Diskussionssteilnehmer am Schluß der Veranstaltung unter Beifall Pax Christi auf, über die Bezeichnung ihrer Organisation nachzudenken. Der Name „Pax Christi — Friede Christi“ beanspruche einen hohen Wert, dem sich nicht minder katholische Soldaten verpflichtet fühlen. Unter dem Dach dieser Bezeichnung verbietet sich die Vereinnahmung einer bestimmten politischen Auffassung; vor allem auch dann, wenn sie in wichtigen Passagen dem Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden vom 18. April 1983 entgegensetzt.

Informationen aus Kirche und Welt

Privatisierung bringt Erschlaffung

Zivildienstseelsorge des Erzbistums Köln möchte Gemeinschaftssinn der Ersatzleistenden fördern

PEK — „Privatisierung bringt Erschlaffung“, Friedrich Wenzler formuliert hier keine provokante sozioökonomische These, sondern faßt seine Erfahrung als Referent für Zivildienstseelsorge des Erzbistums Köln zusammen.

Denn seit junge Männer den Wehrdienst schriftlich verweigern können und sich keiner umfangreichen mündlichen Prüfung mehr stellen müssen, werden Diakon Wenzler und vierzig kirchlich zur ehrenamtlichen Zivi-Betreuung legitimierte Beiräte weniger häufig konsultiert. Die Verweigerung ist zu einem höchst privaten Vorgang mit guten Erfolgsaussichten geworden — immerhin liegt die Anerkennungsquote bei 90 Prozent.

Ob aber derjenige, der im stillen Kämmerchen seinen Verweigerungsbrief verfaßt, genauso um die Tragweite seiner Entscheidung weiß wie der, welcher sich in langen Beratungsgesprächen mit der Wehrdienstverweigerung gründlich auseinandergesetzt hat, darf bezweifelt werden. Wenzler jedenfalls konstatiert bei manchem „Schreibtischverweigerer“ eine starke Erschlaffung jenes politischen und sozialen Engagements, das frühere Zivi-Generationen prägte.

Heute hat es hingegen oft den Anschein, als werde das „Nein zum Dienst an der Waffe“ nur dazu genutzt, vom Wehrdienst unbehelligt erst einmal die Berufsausbildung abzuschließen. Wer sich danach aber als inzwischen 24–25-jähriger Zivi erneut nach dem Sinn seiner Wehrdienstverweigerung fragt, der macht nach Wenzler vielfach eine Erfahrung, „die ans Eingemachte geht“.

(aus PEK 311, 9. 1. 87)

Video-Filme für Bildungsarbeit

Katholisches Filmwerk macht Angebot für 160 Titel

Insgesamt 160 Video-Filme bietet das Katholische Filmwerk in einem neuen Verkaufskatalog

an. Das Angebot wird in erster Linie gemacht für die Familienarbeit, die Gemeindekatechese, die Jugend- und Erwachsenenbildung sowie den Religionsunterricht. Der 88seitige Katalog soll Schulen, Gemeinden, Dekanate und Religionslehrer anregen, sich eine kleine Videothek anzulegen, die dann für die jeweiligen Zwecke stets verfügbar ist. Einige Titel können auch beim Kommunion- oder Firmenunterricht eingesetzt werden. Ein Stichwortverzeichnis erleichtert das Auffinden interessierender Filme im Katalog.

Die angebotenen Filme haben eine Laufzeit von fünf bis 55 Minuten. Lediglich fünf Kinospieelfilme laufen länger. Der überwiegende Teil der Produktion gehört dem Bereich der Kurzfilme bis 20 Minuten an. Für Gesprächsabende eignen sich auch die mittleren Laufzeiten zwischen 20 und 45 Minuten. In dem Angebot sind nur wenige Filme, die in Schwarz-Weiß produziert sind.

Der Katalog enthält Filme verschiedener Produzenten, so daß er einen guten Überblick über die vorhandenen religionspädagogischen Medien gibt. Die Kassetten kosten — von den Kurzspielfilmen abgesehen — je nach Laufzeit zwischen 50,— DM und 158,— DM. Mit dem Kauf der Kassetten wird gleichzeitig das Recht zur öffentlichen Vorführung im nichtgewerblichen Raum erworben.

Der Katalog „Video-Cassetten“ kann beim Katholischen Filmwerk (Ludwigstraße 33, Postfach 111152, 6000 Frankfurt 11) oder bei den Diözesan-Medienstellen angefordert werden.

Vorrang für einschneidende Abrüstung bei den Offensivwaffen

Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Kohl und Bischof Kamphaus über SDI

Bonn, 22. 12. 1986. — In einem Briefwechsel haben Bundeskanzler Helmut Kohl und der Vorsitzende der Deutschen Kommission *Iustitia et Pax*, Bischof Franz Kamphaus, zu SDI Stellung genommen.

Anlaß war die Veröffentlichung der Überlegungen zur ethischen Urteilsbildung über die Strategische Verteidigungs-Initiative der USA, die die Sachverständigengruppe „Sicherheitspolitik“ von Justitia et Pax vorgelegt hatte. Die Sachverständigengruppe war zu dem Ergebnis gekommen, aus heutiger Sicht wäre die einseitige Einführung umfassender Raketenabwehrsysteme ohne rüstungskontrollpolitische Steuerung mit den Kriterien des Friedenswortes der deutschen Bischöfe „Gerechtigkeit schafft Frieden“ nicht zu vereinbaren. Die ethische Bewertung von SDI hänge von der Glaubwürdigkeit des Versuchs ab, zu kooperativen Lösungen zu gelangen. Angesichts der Kosten und der technischen Probleme umfassender Raketenabwehr sowie der Schwierigkeiten ihrer kooperativen Einführung müsse aus ethischer Sicht die Reduzierung und Abrüstung der Offensivwaffen Vorrang behalten; diese Orientierung müsse im Verhandlungsansatz beider Seiten sichtbar werden.

In einem Schreiben an den Vorsitzenden der Deutschen Kommission Justitia et Pax stellt Bundeskanzler Kohl zunächst fest, daß er den Ansatz und die Schlußfolgerungen der Sachverständigengruppe in fast allen Punkten mittragen könne. Eine einvernehmliche Regelung zwischen den Supermächten über eine mögliche schrittweise Einführung strategischer Defensivsysteme, die umfassende rüstungskontrollpolitische Steuerung eines solchen Schrittes und weitere umfassende Bemühungen um Fortschritte bei der Rüstungskontrolle seien Forderungen, die auch von der Bundesregierung unterstützt und die besonders im Dialog mit dem amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck vertreten würden.

Die Bundesregierung halte das SDI-Forschungsprogramm angesichts der langjährigen sowjetischen Bemühungen auf vergleichbaren Gebieten für notwendig. Auf der anderen Seite bringe eine Stationierung strategischer Verteidigungssysteme jedoch nicht nur Chancen, sondern auch Risiken für die Sicherheit in Europa mit sich. Es könnte daher, so betont der Bundeskanzler, desto überflüssiger werden, weltraumgestützte Systeme zu stationieren, je einschneidender die nuklearen Offensivwaffen in Ost und West reduziert werden könnten.

Es sei allerdings auch zu bedenken, daß eine möglicherweise bald realisierbare teilwirksame Verteidigung gegen strategische Offensivwaffen zum Schutz des Zweitschlagpotentials dienen könnte. Dies würde die Glaubwürdigkeit der westlichen Abschreckung stärken, auf die sich die Sicherung des Friedens noch auf absehbare Zeit gründen müsse.

Beim Blick auf die derzeitige Lage im Bereich der Rüstungskontrollpolitik ergebe sich, so fährt der Bundeskanzler fort, daß der Verhandlungsstand zwischen den USA und der Sowjetunion zu vorsichtiger Hoffnung berechtige. Die von beiden Seiten vorgelegten Vorschläge könnten erstmals zu substantiellen Verringerungen auf wichtigen Gebieten der Nuklearrüstung führen. Er werde weiterhin auf Präsident Reagan und die anderen verantwortlichen Regierungschefs einwirken, alle Chancen zum Abbau von militärischen Potentialen zu nutzen, wo dies ohne Gefährdung unserer Sicherheit möglich sei.

In seiner Antwort begrüßt Bischof Kamphaus die Feststellung des Bundeskanzlers, daß die Stationierung weltraumgestützter Systeme desto überflüssiger werden könnte, je einschneidender die nuklearen Offensivwaffen in Ost und West reduziert werden. Aus ethischer Sicht — die die Risiken und Chancen der Stationierung strategischer Verteidigungssysteme im Hinblick auf das umfassende Ziel der Kriegsverhütung gegeneinander abzuwägen habe — sei Justitia et Pax der Meinung, daß die Reduzierung und Abrüstung der Offensivwaffen Vorrang behalten und im Verhandlungsansatz beider Seiten sichtbar werden müsse. Daß die Bundesregierung weiterhin in dieser Richtung auf Präsident Reagan und die anderen verantwortlichen Regierungschefs einwirken wolle, liege in unser aller sicherheitspolitischem Interesse.

Bischof Kamphaus begrüßt ausdrücklich auch das Festhalten der Bundesregierung an der sogenannten Null-Lösung im Bereich der Mittelstreckenwaffen, weil hier die politische Glaubwürdigkeit des westlichen Bündnisses auf dem Spiel stehe. Justitia et Pax teile indessen auch die Sorge, daß die besonderen Gegebenheiten unserer Lage auch spezifische Sicherheitsinteressen mit sich brächten.

Die deutschen Bischöfe hätten, so betont Bischof Kamphaus, in ihrem Wort „Gerechtigkeit schafft Frieden“ der Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung einen sehr hohen Stellenwert eingeräumt und die sittliche Tolerierung der nuklearen Abschreckung — im Einklang mit dem Papst — an wirksame Bemühungen und Fortschritte auf diesem Gebiet gebunden. Der Vorsitzende von *Justitia et Pax* äußert in diesem Zusammenhang seine Genugtuung über die Zusicherung des Bundeskanzlers hinsichtlich der Rüstungskontrollpolitik.

Die Bereitschaft zur Kooperation im politisch-militärischen Verhältnis zwischen Ost und West würde allerdings, so betont Bischof Kamphaus abschließend, nicht zuletzt dadurch unter Beweis gestellt, daß der ABM-Vertrag strikt eingehalten und voll angewendet werde — wobei Vertragsverletzungen geklärt und bereinigt werden müßten. Die Verletzung der SALT-II-Bestimmungen widerspreche im Kern diesem Ansatz und erfülle ihn mit großer Sorge.

Die Studie „Raketenabwehr und die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI)“ ist erschienen bei der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*, Kaiserstraße 163, 5300 Bonn 1.

(PD 10/86)

Tschechoslowakei

In der CSSR haben Katholiken aufgefodert, eine Petition gegen neue Gesetzesvorhaben zur Abtreibung zu unterschreiben.

Die politische Polizei hat Priester und katholische Laien verhaftet und stundenlang verhört, darunter den 72 Jahre alten G. Adamak und Maria Kaplanowa, Mutter von zehn Kindern, die die Petition gegen einen Antrag auf Änderung des Gesetzes von 1957 über die Abtreibung unterzeichneten, mit dem angestrebt wird, schwangeren Frauen die Möglichkeit zu geben, ohne jedwede Kontrolle über eine Abtreibung zu entscheiden.

Mehr als 6500 Personen in der Slowakei und 7000 in Böhmen haben diese Petition unterzeichnet. Hunderte von Exemplaren dieser Petition sind von der Polizei beschlagnahmt worden. Außerdem hat diese entschieden, daß Mgr.

Karel Otčenasek die bischöflichen Funktionen als Apostolischer Administrator von Hradec Kralove nicht mehr ausüben darf.

(MAG-INFO Kanada, Nr. 9/86)

China: „Frau des Jahres“ bekennt sich als gläubige Christin

Eine Wissenschaftlerin, die für ihre Verdienste auf dem Gebiet der Medizin in Radio, Fernsehen, Publikationen und Versammlungen als für die Bevölkerung Chinas beispielhaft geehrt wird — sie wurde zur „Frau des Jahres“ ernannt —, bekennt sich öffentlich zu ihrem christlichen Glauben. Die 50jährige Professorin Rui-Juan Xiu leitet ein medizinisches Zentrum, ist Vizepräsidentin der Chinesischen Akademie für Medizinische Wissenschaften, in der 18 Forschungsinstitute vertreten sind, und ist im Beratungskomitee des Volkskongresses, in dem auch Nicht-Parteimitglieder vertreten sein können. Ihre Forschungsergebnisse, vor allem auf den Gebieten Diabetes und Herzkrankheiten, wurden auch im Ausland, so in den USA und Schweden, gewürdigt.

Prof. Rui-Juan Xiu bezeichnete die schwedische Missionarin Matilda Persson, die in Zhucheng ein Waisenheim leitete, als ihr Vorbild und ihre zweite Mutter. Sie erklärte, wie der „European Baptist Press Service“ am 27.10.1986 schrieb: „Ich habe meinen Glauben nie verleugnet, eine Tatsache, die manche schwierige Momente und Leiden verursachte. Jetzt, da die schwierigen Zeiten vorüber sind, danken wir Gott für die Freiheit und für die Öffnung unseres Landes. Jetzt kann ich frei meinen Glauben bezeugen, der mich durch die Jahre hindurchtrug. Ich danke Gott für Matilda.“

(idu, Nr. 47/86)

Erklärung von Mgr. Caffara nach dem 9. Welt-Familien-Kongreß

Nach dem 9. internationalen Familien-Kongreß, der Mitte September in Paris stattfand (Spez.-Info. 11/86), hat Mgr. Carlo Caffara, Präsident des römischen Instituts Johannes Paul II. für Studien über Ehe und Familie, über Radio Vatikan erklärt: „Der 9. internationale Familien-Kongreß von Paris stellt ein großes Ereignis dar, vor allem weil es das erste Mal ist, daß an einem

ganz unkirchlichen Ort wie dem Palais des Congrès von Paris, in dessen größtem Saal, die christliche Lehre von der Ehe klar verkündet worden ist. Die großen dort behandelten Themen waren vor allem die der verantwortlichen Zeugung, der Rechte und Pflichten der Eltern hinsichtlich der Kindererziehung, der Vorbereitung der Jugendlichen auf die Ehe. Tatsächlich waren mehr als 50% der vielen tausend Teilnehmer Jugendliche. Ich möchte sagen, daß man im Zusammenhang mit den acht vorausgegangenen Kongressen zunächst hat bestätigen wollen, wie die Lehre der Kirche verkündet und in der Welt verbreitet wird. Und wenn ich Welt sage, meine ich wirklich alle Völker der Erde. So ist in der Tat ein Arbeitskreis der Vorstellung einer jetzt bis zur Volksrepublik China begonnenen Arbeit gewidmet gewesen. Einer der Organisatoren des Kongresses ist durch die chinesische Regierung eingeladen gewesen, um die Methoden der natürlichen Geburtenregelung zu lehren und zu verbreiten.

Was als Schlußfolgerung aus diesen vier Tagen lebhafter Aussprachen festgestellt werden kann, ist ein großes Verlangen, eine große Erwartung gegenüber der authentischen Lehre der Kirche...

(MAG-INFO Kanada, Nr. 7/86)

USA: Überdruß an freier Liebe

„Ein Überdruß an freier Liebe“ werde in den USA registriert, gibt Ewald Hundrup im „Kirchenboten für das Bistum Osnabrück“ bekannt. Die Sexpostille „Playboy“ habe mehr als die Hälfte der Auflage verloren und mangels Besuchern alle Playboy-Clubs schließen müssen. Bis zu der Erkenntnis, daß sexuelles Austoben ohne jegliche Grenzen in unerträgliche Gefühlsleere einmündet und in bittere Unfähigkeit zu lieben und geliebt zu werden, sei jedoch „Lehrgeld in Form millionenfacher Verzweiflung gezahlt worden“. Gesellschaftliche Entwicklungen in Amerika gelangten mit etwa zehnjähriger Verzögerung auch zu uns. „Politik und Kirche können diesen Zeitraum jedoch drastisch verkürzen helfen.“

(idu, Nr. 46/86)

Deutschland: Harte Kritik an Universitäts-Theologie

Scharfe Kritik an einer sich seiner Ansicht nach nur noch als wissenschaftliche Disziplin verstehenden Theologie hat der Dozent der orthodoxen Theologie an der Universität Münster Anastasios Kallis, geübt. Die Theologie an den Universitäten habe sich inzwischen so vom Leben der Kirche entfremdet, daß heute „die Frage erlaubt sein muß, was diese Theologie eigentlich noch mit Theologie zu tun hat“, sagte Kallis bei einer Tagung in Trier. Der Sinn theologischer Forschung muß nach Ansicht dieses Theologen umformuliert und neu akzentuiert werden. Theologische Forschung dürfe es nicht ohne innere Verbindung zu Gebet und Liturgie der Kirche geben.

(idu, Nr. 47/86)

Anbetung Gottes wichtigste Voraussetzung für den Frieden

Als wichtigste Voraussetzung für den Frieden unter den Menschen nannte Bischof Dr. Karl Braun bei der Christmette in Eichstätt die Verehrung Gottes. Nirgendwo herrsche mehr Menschlichkeit als dort, wo Gott angebetet werde. Deshalb sei es an der Zeit, Gott in den Mittelpunkt zu stellen und zum Inhalt unseres Lebens zu machen. Im Geschehen der Heiligen Nacht gehe es zuerst um das Offenbarwerden der Herrlichkeit Gottes, die Mitmenschlichkeit sei dann die unausweichliche Konsequenz. Die Verherrlichung Gottes müsse deshalb Vorrang haben vor allem anderen. Würde diese Rangordnung auf den Kopf gestellt, drohe dem Glauben ideologische Verengung. Die Kirche wäre dann auf dem Weg zu einer rein humanitären Vereinigung, der Kern des Weihnachtsgeheimnisses wäre verkannt und verraten.

(idu, Nr. 1/87)

Verfolgung der Kirche in Burundi

Am letzten 15. September, dem Gedenktag der Schmerzen Mariens, hat die Regierung von Burundi entschieden, die sechs kleinen Seminare des Landes zu verstaatlichen. Dadurch wird außerdem der Wirksamkeit des in einem Seminar untergebrachten Heims der Barmherzigkeit ein Ende gesetzt. Die sieben Bischöfe Burundis

haben sich in einem Protestschreiben gegen diese „Enteignung“ gewandt, die einen schweren Verstoß gegen die Freiheit des Kultes darstellt, indem sie die Ausbildung künftiger Priester schwierig macht.

Wenn man sich auf die Beobachtung einer Reihe ausgewiesener Missionare — deren Zahl immer weiter wächst — bezieht, scheint es, daß die Haltung des Episkopats sich von nun an merklich wandelt: feststellend, daß das Abwarten die Verfolgung nur verstärken ließ, scheinen die Bischöfe jetzt entschlossen, das Vorgehen der Regierung in wiedergefundener Einmütigkeit bei dem zu verfolgenden Vorgehen aufzudecken. Diese Entwicklung ist bedeutsam, denn Nachrichten über das Land drangen bisher wegen des Bemühens der Geistlichkeit, unterschiedliche Haltungen nicht bekannt werden zu lassen, sehr schwer durch.

Noch offen ist heute die Reaktion der örtlichen Behörden auf das Protest-Dokument der Bischöfe: Unglücklicherweise gibt es allen Grund zur Annahme, daß die Unterdrückung noch verschärft werden wird. Burundi bereitet sich auf das Entstehen einer neuen Kirche des Schweigens vor.

(MAG-INFO, Nr. 347)

Not der Kirche im Heiligen Land

Im Mai 1986 übermittelte Kardinal Lourdosa-my, Präfekt der Kongregation für die orientalischen Kirchen, der Gesamtheit der Bischöfe den dramatischen Bericht eines Kommissars im Heiligen Land über die Lage der Kirche in Israel. Zweck dieser Sendung war, die Gemeinschaft der Christen, die in den meisten Fällen die Art der Schwierigkeiten, denen die Kirche von Jerusalem begegnet, nicht kennt, zu alarmieren. „Heute ist diese Kirche“ — so der Kommissar — „in großer Gefahr, und ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich behaupte, daß diese so alte Gemeinschaft ganz einfach vom Auslöschen bedroht ist“. Paul VI. hatte schon 1974 einen Alarmruf ausgestoßen, die Gläubigen ermuntert, der Gemeinschaft des Heiligen Landes zu Hilfe zu kommen. „Mehr als zehn Jahre nach diesem Appell muß man erkennen, daß sich die Lage nicht nur nicht geändert hat, sondern deut-

lich schlechter geworden ist“, stellt der Bericht fest.

Bis 1948, Datum des Beginns des arabisch-israelischen Konfliktes, lebten 25 000 Christen allein in der Stadt Jerusalem. 1967, nach dem Sechstage-Krieg, waren es noch 12 000. Heute zählen die Christen nicht mehr als einige tausend. In ganz Israel sind es nicht mehr als 120 000 gegen 3,5 Millionen Juden und 1,5 Millionen Mohammedaner. Der Kommissar für das Heilige Land kommentiert die gegenwärtige Lage so: „Durch die Massenmedien kennen wir alle die starken Spannungen zwischen der arabischen und der jüdischen Bevölkerung. Aber wenige wissen, daß die christliche Gemeinschaft, eingeklemt zwischen den beiden politisch und religiös entgegengesetzten Kräften, allein die Kosten dieses Streites zahlt. Eine kleine Gemeinschaft, die von Tag zu Tag kleiner wird und deren Mitglieder der Auszehrung und Diskriminierung ausgesetzt sind und genötigt auszuwandern. Sehr wenige wissen von den Schwierigkeiten bei der Suche nach Beschäftigung, vor allem auf dem öffentlichen Sektor, wie nach einer Wohnung.“

Der Kommissar erinnert abschließend an die dringende Notwendigkeit, in den Gemeinden die jährliche Kollekte „Pro Terra Sancta“ am Karfreitag wieder durchzuführen, die wiederholt durch die Päpste erbeten worden ist.

Wir schließen hier mit der Wiedergabe der oben erwähnten Ermunterung von Paul VI: „Wenn die Gegenwart dieser Brüder, die die unsrigen sind, fehlen würde, wäre das das Verschwinden eines lebendigen Zeugnisses und die Heiligen Stätten würden Museen ähnlich.“

(MAG-INFO, Nr. 348)

Europa ist nicht sicher

Die Vereinigten Staaten stellen mit wachsender Bitterkeit fest, daß die 270 Millionen Europäer (USA: 240 Millionen Einwohner) nicht immer den Anstrengungen zustimmen, die für ihre Sicherheit erforderlich wären. 1985 hat der neue Kontinent 289 Milliarden Dollar für seine Verteidigung ausgegeben, der alte Kontinent dagegen 88. Amerika übernimmt sicher sehr schwere Aufgaben, die ihm als eigene zufallen. Aber das Mißverhältnis in Europa selbst bleibt zu beach-

lich. Man begreift daher, daß „Im-Stich-Lassen“, so wie es bei der „Affäre“ von Tripolis erkennbar wurde, sehr negativ empfunden wird.

Die USA beobachten auch mit Unruhe gewisse Entwicklungen in Großbritannien. Ende September hat z. B. auf dem Jahreskongreß der Labour Party deren Führer Neil Kinnock erneut bekräftigt, daß im Falle eines Sieges seiner Partei bei den nächsten Wahlen „Großbritannien auf atomare Bewaffnung verzichten und die amerikanischen Basen schließen würde“. Dieses Programm, in der Aussprache von Richard Perle als „unverantwortlich“ beurteilt, ist trotzdem am Ende angenommen worden.

Einige Tage vorher hatte die gleiche Frage Anlaß zu einer Stellungnahme der Liberalen Partei gegeben, die mit der Sozialdemokratischen Partei eine „Allianz“ bildet, die bei den nächsten Parlamentswahlen (1988) siegen könnte. Nun hat diese Gruppe entgegen dem, was ihr führender Mann David Steele mit Verbissenheit empfohlen hatte, sich einer Nuklearwaffen feindlichen Bewegung angeschlossen, so die gesamte „Allianz“ in Frage stellend und die pazifistische Strömung im Lande verstärkend.

In Deutschland hat man, wenn man auch zur Stunde die Bedeutung nicht übertreiben sollte, Mitte Oktober einen neuen Erfolg der „grünen“ Ökologen, bei denen Einsickern der Ost-Dienste offenkundig ist, erlebt. Bei den Wahlen in Bayern sind sie von 2,7 % (1982) auf 7,3 % gestiegen, damit in ein weiteres Landesparlament gelangt. (Weiterer Erfolg bei den Wahlen in Hamburg—Redaktion.)

Fügen wir endlich zum vorläufigen Abschluß dieses Kapitels an, daß auch Spanien ein Herd der Unsicherheit ist. Wohl ist das Referendum über Verbleib in der Atlantischen Allianz positiv verlaufen, aber die derzeitige Stellung der spanischen Regierung ist keineswegs klar: Man spürt Felipe Gonzalez durch eine Entwicklung versucht, die erlauben würde, die Eigenschaft als nicht militärisch integriertes Mitglied mit einer wirksamen Teilnahme an Aufgaben der NATO in Übereinstimmung zu bringen. Aber ein großer Teil seiner eigenen Partei widersetzt sich einer solchen Perspektive mit Gewalt.

Diese Unklarheit wird in dem Augenblick bekannt, in dem die Mitte-Rechts-Opposition

Rückschlag nach Rückschlag erlebt, deren letzter bei den baskischen Wahlen zum Rücktritt von Fraga geführt hat, der bisher deren Führer war.

Im Hinblick auf alle diese Fakten versteht man leicht die Gründe, die die Redakteure der „Revue de l'OTAN“ dazu geführt haben, in der letzten Nummer einem Artikel die Überschrift zu geben: „Die Atlantische Allianz: ein Beispiel der Spaltung der Kontinente?“ Unter diesen Worten schien deutlich echte Unruhe über die Zukunft der freien Welt durch.

(MAG-INFO, Nr. 348-4)

Pax-Christi-Präsident auch künftig ein Bischof?

Die Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz vom 22. bis 26. September 1986 in Fulda hat nach Rücktritt des bisherigen Präsidenten der deutschen Sektion von Pax Christi, Bischof Dr. Karl Braun (Eichstätt), keinen Nachfolger für dieses Amt vorgeschlagen. Die Frage blieb offen, ob auch künftig ein Bischof dieses Amt einnehmen muß. Zunächst soll eine kritische Besinnung hinsichtlich der Inhalte, der Struktur und der Methoden der Pax-Christi-Arbeit Klarheit verschaffen. Dazu wird der Bischof von Trier, Hermann Josef Spital, im Laufe eines Jahres die notwendigen Gespräche mit Pax Christi führen.

Nach Auffassung des Bischofs von Trier muß Pax Christi einen eigenen Beitrag zur Geltung bringen, der die „besonderen Akzente des christlichen Glaubens“ bedenke. Dazu sei aber sowohl Nähe als auch Distanz zu außerkirchlichen Friedensgruppierungen notwendig.

Ob die deutsche Sektion von Pax Christi auch künftig wieder einen bischöflichen Präsidenten erhalten wird, hängt nach Auffassung von Bischof Spital vom Selbstverständnis der Pax-Christi-Bewegung ab. Sollte sich Pax Christi zu einem Verband entwickeln, könne ein solcher Verband ebensowenig einen bischöflichen Präsidenten beanspruchen wie andere Verbände auch. (1)

Forderung an die Katholische Junge Gemeinde (KJG)

Bereits in seinem Brief an die KJG vom 25. Juli 1985 hatte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz die Bundesleitung der KJG darauf hingewiesen, daß die Forderung der KJG, ein Christ sei moralisch verpflichtet, den Wehrdienst und jede Mitwirkung im Katastrophenschutz, in Zivildienst und Rüstungsbetrieben zu verweigern, nicht im Einklang mit der Lehre des II. Vatikanischen Konzils stehe. Zudem sei die KJG in ihren Äußerungen zu politischen Fragen an die katholische Soziallehre gebunden.

Nunmehr bestätigte die Deutsche Bischofskonferenz in ihrer Herbstvollversammlung 1986, daß die KJG mit ihrer „Standortbestimmung der KJG in der Kirche“ gute Ansatzpunkte in bezug auf Gemeindeverständnis, Verbindlichkeit des Glaubens der Kirche für einen kirchlichen Verband, Weitergabe des Glaubens und Erziehungsrecht der Eltern gefunden hat. Die Bischofskonferenz fordert die KJG auf, in diesem Sinne für eine durchgreifende Erneuerung der KJG Sorge zu tragen.

Erhebliche Defizite sieht die Deutsche Bischofskonferenz dagegen in der Standortbestimmung der KJG. U. a. bemängelt sie eine Sichtweise, die sich zu stark auf innerweltliche Werte beschränkt, so daß Kirche bloß zum Instrument für sozialkritisches Engagement wird. Kritisiert wird auch eine Selbsteinschätzung, die unter dem Begriff der „Parteilichkeit“ einen Absolutheitsanspruch erhebt, der keine andere Meinung duldet.

In einer Erwiderung vom 10. Oktober d.J. nahm die KJG Stellung zur Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz. Danach hält die KJG ihren Anspruch auf ein politisches Mandat aufrecht. Sie wolle sich nicht entpolitisieren und vorrangig auf die Aufgaben der Glaubensvermittlung beschränken.

Bei dieser Sachlage wird der Bischof von Limburg, Dr. Franz Kamphaus, in seiner Eigenschaft als neu berufener Jugendbischof der Deutschen Bischofskonferenz harte Arbeit leisten müssen. Jedoch werden ihm aufgrund seiner besonderen Aufgeschlossenheit gegenüber Drittwelt- und Friedensproblematik gute Chancen

zum Abbau der Spannung zwischen KJG und Deutscher Bischofskonferenz eingeräumt. (2)

Friedensbegriff ohne politische Bezüge

Auf seiner im November 1986 durchgeführten Pastoralreise in den Fernen Osten hat Papst Johannes Paul II. in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington auf die Brüchigkeit des Friedens durch menschliche Leidenschaften hingewiesen. Haß, Eifersucht, Machtgier, Stolz und unkontrollierte Besitzgier stellten ihn in Frage. Dadurch würde der innere Friede, der Friede der Familien, der Dörfer und der Nationen gefährdet. Die Ungerechtigkeit verursache Spannungen und Konflikte. Der Friede sei aber auch durch eine „ideologische Manipulierung der Information“ bedroht.

Diese Definition des Friedens ohne Hinweis auf rüstungspolitische Fragen hat in Beobachtern Kreisen verwundert. Will der Papst damit dokumentieren, daß die Gefahr eines Krieges nicht in erster Linie aus dem Vorhandensein von Waffen entsteht? (3)

Menschenrechtsverletzungen gefährden den Frieden

„Eine ‚Welt ohne Krieg‘, wie sie die Kirche immer wieder fordert, kann erst entstehen, wenn Menschenrechte und Völkerrecht universale, von Machtinteressen nicht eingeengte Anerkennung finden.“ (Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden, 18. April 1983)

Gegen diesen Grundsatz wird in jüngster Zeit durch die vermehrte verachtungswürdige Anwendung des DDR-Schießbefehls verstoßen. Die fortdauernde Konfrontation durch das Bestehen einer unterschiedlichen Gesellschaftsordnung zwischen Ost und West liefert hierfür den wesentlichen Grund.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Bemühungen um Rüstungsbeschränkung gesehen werden. Das sowjetische Bedürfnis nach militärischer Absicherung nach innen wie nach außen hindert sie und die DDR sowie andere kommunistische Staaten, ihre Grenzen entscheidend zu öffnen und auf militärische Überlegenheit zu verzichten. (4)

Nach Reykjavik — worauf es ankommt

„Alle Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft (haben) die dringende Pflicht, mit aller Anstrengung nach Alternativen zur Androhung von Massenvernichtung zu suchen.“ (Gerechtigkeit schafft Frieden — Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden, S. 54)

Warum warnen verantwortliche Militärs im Westen vor einer in Reykjavik zwischen Gorbatschow und Reagan angestrebten „Null-Lösung“ bei den atomaren Mittelstreckenwaffen, wenn nicht zugleich eine entsprechende Reduktion auf konventionellem Gebiet einhergeht?

Abrüstung hat nur Sinn, wenn damit der Friede sicherer gemacht wird. Eine „Null-Lösung“, die vielleicht oder in einem nicht abzuschätzenden Zeitraum von einer Reduktion auf konventionellem Gebiet gefolgt wird, verschafft dem Warschauer Paktsystem für diese Zeit einen militärischen Spielraum ohne Risiko für das Gebiet des Warschauer Paktes. Ein nicht zu verharmlosender konventioneller Krieg ausschließlich auf deutschem Boden wäre möglich.

Worauf es ankommt: Abrüstung muß den atomaren wie konventionellen Krieg verhindern. Bisher haben die vorhandenen Atomwaffen den Warschauer Pakt davor gehindert, seine starke konventionelle Übermacht einzusetzen. Abrüstung muß daher alle militärischen Mittel mit dem Ziel einer ausgewogenen Stabilität auf möglichst niedrigem Niveau umfassen. „Die Verantwortung für den Krieg tragen nicht nur diejenigen, die den Krieg stiften, sondern auch die, die ihn nicht verhindern.“ (Weibischof Muszynski, Polen) (5)

Nachlese zum 89. Deutschen Katholikentag in Aachen

Informationsstand „Wähle das Leben“

Wie in auftrag Nr. 158/159 berichtet, wurde dieser Stand unter Koordination von Oberfeldarzt Dr. Julius durch Mitglieder der GKS unterstützt. Dabei haben die mitwirkenden Soldaten-Ehefrauen durch ihre engagierte Mitarbeit einen besonders nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

In einem Dankschreiben der Zentralstelle Pastoral der Deutschen Bischofskonferenz an den

Vorsitzenden der ZV, OTL Havermann, wird deshalb u.a. zum Ausdruck gebracht: „Besonders intensiv war dabei die Unterstützung durch die Soldaten und deren Ehefrauen, die der GKS angehören. Ohne deren Hilfe — während des gesamten Zeitraums des Katholikentages war immer mindestens ein Vertreter der GKS am Stand der Initiative — wäre es nicht möglich gewesen, die Anliegen der Initiative ‚Wähle das Leben‘ den Katholikentagsbesuchern nahezubringen. — Ich würde mich freuen, wenn auch in Zukunft eine sich so gute Zusammenarbeit ermöglichen würde.“ (6)

Soldaten im Dienst für das Leben der anderen

Über dieses Faltblatt, das am Stand der Initiative „Wähle das Leben“ zur Verteilung kam, äußerte sich Frau Dr. Veronika Carstens in einem Schreiben an den Herausgeber u. a.: „Es ist gut, daß Sie über Denken und Handeln der Soldaten berichten. Viele junge Menschen reden einfach das nach, was ihnen in tendenziöser Weise erzählt wird, ohne weiter darüber nachzudenken. — Besonders haben mir auch Ihre praktischen Beispiele tätiger Hilfe durch Soldaten, zum Teil unter großer persönlicher Gefahr, Eindruck gemacht. Ich hoffe sehr, daß solche Informationen recht oft auf fruchtbaren Boden fallen.“

Frau Dr. Veronika Carstens, Ehefrau des Bundespräsidenten a.D. Karl Carstens, hielt auf der Katholikentagskundgebung der Initiative „Wähle das Leben“ zum Thema „Schutz des ungeborenen Lebens“ aus der Sicht einer praktizierenden Ärztin ein bemerkenswertes Referat, das nachhaltig zum Nachdenken zwang. (7)

Es ging um die Interkommunion

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hatte auf dem Katholikentag während seiner Rede die Frage nach einer gemeinsamen Eucharistie- und Abendmahlfeier von Katholiken und evangelischen Christen angesprochen. Auf einem Empfang in Bonn bildete sich um ihn eine kleine Gruppe zu einem Stehkonvent und diskutierte mit dem Bundespräsident sein auf dem Katholikentag vorgebrachtes Anliegen.

Den Bundespräsidenten, der in Aachen seine persönliche Meinung aus der Sorge und dem Sehnen nach einer ökumenischen Vereinigung der Kirchen ausgesprochen hatte, stimmten die angesprochenen Argumente seiner katholischen Gesprächspartner nachdenklich. Das Ziel einer Eucharistiegemeinschaft wurde von den Gesprächspartnern unterstrichen. Doch müßte zunächst bei nicht wenigen Katholiken wie evangelischen Christen um ein klares Eucharistieverständnis gerungen werden, das bei Katholiken oft nicht mehr und bei evangelischen Brüdern und Schwestern noch nicht vorhanden sei. (8)

Argumente und Dokumente zur Diskussion um Leben und Schutz des ungeborenen Kindes

Dazu brachten das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1, Kaiserstr. 163, und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Generalsekretariat, Bonn, Hochkreuzallee 246, gemeinsam eine Broschüre heraus. Sie kann bei den Herausgebern abgerufen werden.

Auf seiner im November 1986 erfolgten Fernostreise sprach der Papst in Singapur über das Recht der Ehepaare, „eine freie wissentliche und einvernehmliche Entscheidung über die Zahl der Geburten und des Umfangs der Familien zu treffen“. Er verwies in diesem Zusammenhang jedoch auf „moralisch erlaubte Methoden der Familienplanung“, die „menschlicher Würde und echter ehelicher Liebe“ entsprechen müsse.

(1–9) N.Sch.

Persönlichkeiten

Am 6. Februar 1887 — also vor 100 Jahren — wurde *Josef Kardinal Frings* geboren.

Er starb im gesegneten Alter von 91 Jahren am 17. Dezember 1978. Kardinal Frings wirkte in Köln 27 Jahre als Bischof. Er ist berühmt als hervorragender „Lateiner“. Schon fast erblindet, überraschte er die Väter im Konzil oftmals durch seine inhaltsreichen lateinischen Vorträge.

Er war auch ein Meister auf der Violine.

Neben seiner musischen Begabung hatte er nur zwei Anliegen, die Kirche und den Menschen

dienen. Seine rheinische Fröhlichkeit konnte er auch dann nicht verbergen, wenn es um sehr ernste Dinge ging.

Zur Erinnerung an diesen großen Kardinal wurde am 7. Februar 1987 im Kölner Maternushaus ein Festakt abgehalten, auf dem Joseph Kardinal Ratzinger, der Leiter der vatikanischen Glaubenskongregation, die Festrede hielt.

Am 21. Januar 1987 wurde *Bischof Hermann Kunst* achtzig Jahre alt. Der rüstige Bischof entstammt einer Handwerkerfamilie. Von 1949 bis 1977 war er „Botschafter“ der EKD in Bonn. Von 1956 bis 1972 war der Geistliche auch evangelischer Militärbischof. Wer Bischof Kunst kennenlernen durfte, wird sich gerne an diesen offenen, der Geschichte bewußten, fortschrittlichen Seelenführer erinnern. Seine ökumenische Zusammenarbeit war für evangelische wie auch katholische Christen stets gewinnbringend.

Ein Mann von echtem Schrot und Korn, dem Gott noch gesegnete Jahre schenken möge.

Bruno Heck, Minister a.D., Vorsitzender der Konrad Adenauer Stiftung, wurde 70 Jahre am 20. Januar 1987. Der geborene Schwabe wurde in einer Feierstunde im Konrad-Adenauer-Haus geehrt. Seine Wertordnung auf der Grundlage des katholischen Glaubens, hat er stets mit Fairneß in die Politik zu übertragen versucht. Er ist verbindlich und herzlich im Umgang. Man sagt ihm nach, daß er auch geschäftstüchtig und arbeitsam sei.

Er ist an alten humanistischen Idealen gebildet. So hatte er in der CDU und im Staatsdienst eine Reihe einflußreicher Verwendungen.

Neben Bundeskanzler Kohl hielt der ehemalige Ministerpräsident von NRW, Heinz Kühn — heute Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung —, die Festansprache. Er vergaß nicht zu betonen, daß Heck auch hart sein könne, wenn es an die Grundsätze gehe. Sein Familiensinn sei sprichwörtlich. Dem rüstigen Jubilar wurden noch viele gute Jahre gewünscht — nicht zuletzt auch im Interesse unseres Volkes.

Zum 4. Februar 1987 hatte die SPD aus Anlaß des 60. Geburtstages von *MdB Prof. Dr. Horst Ehmke* eingeladen. Aus der Fülle der Besucher ragte mit launiger Ansprache heraus Bundes-

tagspräsident Philipp Jenninger. Den Lebensweg charakterisierten der Parteivorsitzende Willy Brandt und der Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel.

Ehmke, der aus einer bürgerlichen Familie aus Danzig stammt, hat eine recht steile Laufbahn hinter sich und — wie in allen Reden anklang — auch noch vor sich. Er ist eine Persönlichkeit eigener Prägung. „Er paßt in kein Schema“, sagte eine Tageszeitung. Aber es wurde auch deutlich, daß Ehmke weder für die eigene Partei noch in der Diskussion ein leichter Partner ist. Mit Respekt sagten die Parteifreunde, daß das Geburtstagskind es nie an Selbstbewußtsein habe fehlen lassen. Man wünschte ihm noch viele gute Jahre.

H.F.

Reserveoffiziersvereinigung der Bundeswehr gegründet

Am 6. Dezember 1986 fand am Sitz des Wehrbeauftragten die Gründungsversammlung der Reserveoffiziersvereinigung — ROV — der deutschen Bundeswehr statt. Der kürzlich in den Ruhestand getretene stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant Walter Windisch, wurde zum Präsidenten der ROV gewählt. Mit der Gründung dieser Vereinigung wurde eine Lücke innerhalb der NATO geschlossen. In den Ländern unseres westlichen Bündnisses haben die Reserveoffiziersvereinigungen eine wichtige Mittlerfunktion zwischen den zivilen Bürgern und den Bürgern in Uniform übernommen. Die neugegründete Organi-

sation will die rund 270 000 Reserveoffiziere der Bundeswehr ansprechen, fördern und motivieren. Zweck der Vereinigung ist auch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und der NATO — auch außerhalb von Wehrübungen, zu denen Reserveoffiziere bis zum 60. Lebensjahr herangezogen werden können. Sie will darüber hinaus sicherheits- und verteidigungspolitische Themen in die Öffentlichkeit bringen und sich der militärischen Förderung und Weiterbildung von Reserveoffizieren annehmen. Insbesondere will die Vereinigung an der Verwirklichung der Reservistenkonzeption der Bundeswehr mitwirken, die bis Mitte der neunziger Jahre eine wesentlich intensivere Nutzung des Reservistenpotentials vorsieht. Der in Bonn gegründeten Vereinigung gehören schon jetzt zahlreiche Reserveoffiziere mit unterschiedlichen Dienstgraden aus allen Bereichen des zivilen Lebens der Bundesrepublik an. Sie ist davon überzeugt, daß viele der bisher in der Bundeswehr ausgebildeten Reserveoffiziere — es sind, wie bereits erwähnt, rund 270 000 — der neuen Organisation beitreten werden. Das neue Zeichen für Reserveoffiziere ist eine schwarz-rot-goldene Kordel, die wie eine Schlaufe über die Schulterklappe des Offiziers gezogen wird. Sie muß immer dann getragen werden, wenn die Uniform außerhalb eines Wehrdienstverhältnisses getragen wird. Bei Reichswehr und Wehrmacht waren bis 1945 die Waffenfarben der Achselstücke bei Reserveoffizieren grau unterlegt — wie mit einer zusätzlichen Paspel.

KWB

Personalia

In das ZdK wurden auf der Vollversammlung am 21. und 22. November 1986 gewählt:

Oberst a.D. Georg Heymann als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Kath. Verbände.

In den Geschäftsführenden Ausschuß des ZdK wurden gewählt:

Oberst a.D. Hans Georg Marohl
Oberstleutnant Willy Trost, Bundesvorsitzender der GKS

In den Vorstand des katholischen Pressebundes wurde auf der Sitzung am 7. Nov. 1986 gewählt:

Oberst a.D. Helmut Fettweis, Chefredakteur auftrag

Anschrift:

Im Heft 158/159 ist auf Seite 104 eine falsche Anschrift verzeichnet. Sie muß heißen:

Der Katholische Standortpfarrer
Flensburg-Mürwik
Kelmstr. 14
2390 Flensburg-Mürwik

oder

Günter Thyé
Uranusweg 80
2390 Flensburg

Das aktuelle Buch

Der unbekannte Christus im Hinduismus

Raimundo Panikkar, Reihe: Dialog der Religionen, aus dem Englischen übertragen von Heike Riße, Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz 1986, 168 Seiten, ISBN 3-7867-1217-4.

Die Begegnung der Religionen ist heutzutage ein dringendes menschliches Problem. Als Sohn einer katholischen Spanierin und eines hinduistischen Inders sieht sich der Autor Raimundo Panikkar, Professor für Religionswissenschaft an der University of California in Santa Barbara, unausweichlich mit diesem Problem konfrontiert. Eine Lösungsmöglichkeit wäre die strikte Trennung der Religionen. Doch wäre, so Panikkar, eine stolze Isolation ohne die Sorge um den anderen gottloser Egoismus und würde den Ruin jeder Religion bedeuten. Der Autor ist überzeugt, daß sich Christus in jeder authentischen religiösen Tradition finden läßt. Deshalb macht er den Versuch einer Art Synthese:

Vielleicht gibt es einen Treffpunkt zwischen Hinduismus und Christentum? Gemeinsame Berührungspunkte? „Der unbekannte Christus im Hinduismus“ — eine unbekannte Wirklichkeit, die die Christen Christus nennen, entdeckt im Herzen des Hinduismus. Der Theologe will hier die christliche Theologie mit der Weisheit Indiens ins Gespräch bringen und zu einer gegenseitigen Befruchtung und Weiterentwicklung treiben.

Panikkar entwickelt in dieser Studie drei besondere Aspekte des Themas: Das erste Kapitel beschreibt die Begegnung von Hinduismus und Christentum auf der ontologischen und existentiellen Ebene, um zu zeigen, daß Christus im Hinduismus in lebendiger Gegenwart vorhanden ist.

Das zweite Kapitel behandelt ergänzend die Frage der Berührungspunkte von hinduistischer und christlicher Lehre: Wie sollte sich der Christ verhalten gegenüber einem Hinduismus, der als eine voll entwickelte, legitime und gültige Religion verstanden wird?

Der dritte Teil des Buches handelt von einem konkreten Beispiel: der Auseinandersetzung zwischen einem Lehrsatz der Veden und einem christlichen Dogma. Hier wird versucht, das Vorhandensein einer religiösen Wahrheit in mehr als einer Religion aufzuzeigen.

Das Ziel dieser Schrift ist der „Versuch, zu einer echten Verständigung zu gelangen, ohne irgendeine spezielle christliche oder hinduistische Wahrheit aufzugeben“. Die Kenntnis von Christentum und Hinduismus sowohl nach alten als auch nach modernen Quellen wird beim Leser allerdings vorausgesetzt. Ein wirkliches Verständnis des Buches ist wohl erst dann möglich. Ein ausführliches Glossar der Fachausdrücke aus den hinduistischen Schriften erleichtert das Verständnis.

C.S.

Auf Leben und Tod

Hoffacker, Steinschulte, Fietz (Hrsg.): Abtreibung in der Diskussion, Bastei-Lübke Taschenbuch 60133, 250 S., 7,80 DM, Gustav Lübke Verlag GmbH, Bergisch Gladbach, 4. Auflage 1986.

Die Gesamtzahl der Abtreibungen (jährlich mehr als 200 000 gemeldet) ist allen Hoffnungen und Erwartungen zum Trotz in den letzten Jahren weiter angestiegen. Ein besorgniserregender Grund, der es nötig macht, die Diskussion um die Abtreibung, um die Tötung menschlichen Lebens, nicht nur nicht verstummen zu lassen, sondern verstärkt zu fördern, die Gesellschaft wachzurütteln.

Dies ist neben der Information die Intention dieses Buches, das im Juli 1986 in seiner 4. Auflage erschien und von breiten Kreisen gelesen werden sollte. Aus diesem Grunde werden hier wissenschaftliche Erklärungen nicht mit Hilfe von oft unverständlichen Fachtermini gegeben, sondern auf eine auch für den Nicht-Fachmann verständliche Weise. Hieraus darf jedoch nicht fälschlicherweise der Schluß gezogen werden, daß sich dies auf das inhaltliche Niveau negativ auswirke.

Bekannte Autoren der verschiedensten Fachrichtungen äußern sich zum Thema Abtreibung. So kommen Ärzte, Juristen und Philosophen ebenso zu Wort wie eine Mutter und Hausfrau, ein Parlamentarischer Staatssekretär und ein Journalist. Auffällig ist dabei, daß überwiegend Männer ihre Meinung zu diesem Thema formulieren. Die Herausgeber sind sich dessen bewußt, wie es in der Einführung heißt. Ihrer Meinung nach ist die Tötung geborenen oder ungeborenen menschlichen Lebens nie die Sache eines Geschlechts allein.

Wie die Herausgeber in einem Pressegespräch betonten, sei es ihre Absicht, zu informieren, Denkanstöße zu geben, die Problematik der „Tötung ungeborener Kinder“ ins öffentliche Licht zu rücken und eindeutige Standpunkte aufzuzeigen. Prinzipielle Überlegungen — so einer der Autoren —, wie sie in diesem Buch angestellt würden, beanspruchten zwar Geltung auch für den Einzelfall, aber sie beurteilten ihn nicht (S. 114).

Daß die Verfasser hinter dem stehen, was sie äußern, wird beim Lesen des Taschenbuches offenkundig.

Die verschiedenen Stellungnahmen betrachten die Problematik der Abtreibung — von jeweils unterschiedlichen Fragestellungen und Ansätzen ausgehend — entsprechend der Lebens- und Berufserfahrung der einzelnen Autoren und ergänzen sich somit. Vielfach kommen sie auch zu gleichen oder ähnlichen Fragestellungen. Gemeinsamer Ausgangspunkt all dieser vielfältigen Überlegungen und Aspekte ist die durch das Retortenbaby experimentell bewiesene Tatsache, daß spezifisch menschliches Leben mit der Befruchtung beginnt.

Das bedeutet, daß menschliches Leben von Anfang (Verschmelzung zweier Keimzellen) an besteht, und es daher ungerechtfertigt, ja sogar wissenschaftlich falsch ist, vom „werdenden“ Leben zu sprechen. Das bedeutet aber noch mehr: ungeborenes menschliches Leben darf nicht zu einer Art „Vormenschlichkeit“ degradiert werden und muß als Subjekt der Gesellschaft in jedem Stadium seiner Entwicklung geschützt werden — auch gegenüber den Interessen der Mutter, falls dies notwendig sein sollte. Es darf nicht der privaten Willkür obliegen, jemandem die Anerkennung des Menschenrechts zu- oder abzusprechen.

Obwohl die Medizin und Naturwissenschaft diese Tatsache erwiesen hat, gibt es immer noch Menschen, die dies nicht wissen (wollen).

Voraussetzung für fruchtbare Dialoge und richtiges Handeln ist die Notwendigkeit, breite Kreise der Bevölkerung zu informieren und mit eindeutigen Begriffsdefinitionen zu operieren, betonen die Autoren.

Aus diesem Grunde werden im ersten Teil des Buches biologisch und medizinisch erwiesene Informationen zur vorgeburtlichen und menschlichen Entwicklung gegeben. Hervorgehoben wird hierbei wiederholt, daß der Embryo keinerlei tierähnliche Stadien während seiner Entwicklung durchläuft.

Dargestellt werden in diesem Teil weiterhin die Abtreibungsmethoden und Gefahren (Früh- und Spätschäden) für die Frau im Falle einer Abtreibung.

In den weiteren Teilen geht es den Autoren u. a. um folgende Aspekte: soziale und medizinische Indikation, Verantwortung und Pflichten gegenüber dem Ungeborenen, Verantwortung des Erzeugers, Beratung der schwangeren Frau, Meldedefizit und Abtreibung auf Kosten der gesetzlichen Krankenkassen.

Weiterhin werden solche Fragen erörtert wie „Was macht den Menschen zum Menschen?“, ist „eugenische Indikation gerechtfertigt?“, „Wer urteilt über lebenswert und lebensunwert?“, wer ist für verfassungswidrige Zustände verantwortlich und wie kann man sie verändern?, wie kann man verantwortliche Instanzen für diese Problematik mobilisieren?

Ferner werden die Aufgabe oder Chance der Medien, das öffentliche Bewußtsein zu ändern, angesprochen und Parallelen zwischen Abtreibung und Euthanasie diskutiert. Denn die Autoren und Herausgeber sind sich auch dahingehend einig, daß ein Gesinnungswandel der Bevölkerung wichtiger ist als eine Änderung des Paragraphen 218 und daß Gesetze die öffentliche Meinung nicht verändern können.

Vermissen mag mancher Leser allerdings in diesem Kontext die Thematik der Abtreibung im Zusammenhang mit Gewaltverbrechen. Etwas zu kurz kommt in dem Buch vielleicht der Aspekt der möglichen Alternativen zur Abtreibung (Freigabe des Kindes zur Adoption).

Im Anschluß an die Verhandlungen enthält das Taschenbuch noch eine Dokumentation, die Auszüge aus dem Urteil vom 25. Februar 1975 zur sogenannten „Fristenlösung“ und die bis heute gültige Fassung der Abtreibungsparagraphen beinhaltet.

Eine Fotodokumentation mit Erläuterungen trägt zum Verständnis der Problematik um das ungeborene Leben bei.

Sowohl dem Buch als auch der Sache ist zu wünschen, daß es großes öffentliches Interesse erregt und die Diskussion um die Tötung ungeborenen menschlichen Lebens anregt, fördert und letztlich zu einem Bewußtseinswandel führt, denn Abtreibung ist „immerhin eine Entscheidung auf Leben und Tod“ (S. 228).

E.A.F.

Das Hohelied der Liebe

laßt uns singen!, P. Ingbert Franz, 1954/1986, Franz-Sales-Verlag, Rosental 1, 8078 Eichstätt, 180 Seiten.

„Freund! Ich lege dir das Büchlein in die Hand, du aber wisse: Es ist geschrieben aus dem Herzblut eines Liebenden und Sorgenden für Volk, Vaterland und Kirche! Es ist gewachsen in vielen Stunden des Gebetes und kommt aus Gottes Nähe. Wenn du es ohne Sammlung, nur oberflächlich lesen willst, dann leg' es auf die Seite! Gebricht es dir an Mut und Tapferkeit, auch dann ist dieses Büchlein nichts für dich. Die Ehrfurchtslosen aber versperren sich selbst den Weg; sie sind des „Hohenliedes“ auch nicht wert — ihr ändern aber nehmt es frohgemut! Euch hat es viel zu sagen. Das Büchlein hat in schwerer Zeit ein leidgeprüfter Mensch durchlitten und ist daran selbst frei und hochgemut geworden. Es soll auch dich so machen. Dann ist's ein kleiner Baustein zum Aufbau unserer Jugend und des Volkes.“

So schreibt der Verfasser Pater Ingbert Franz in der Einleitung. Es ist ihm viel daran gelegen, die besonderen Umstände der Entstehung dieses Büchleins beim Leser bewußt zu machen. Für das Verständnis sei es notwendig, den zeitbedingten Hintergrund seines schmerzhaften Werdens nicht zu übersehen. Erst dann habe das „Hohelied der Liebe“ seine volle Klangfarbe, bleibe es Zeugnis dafür, daß der Geist der Liebe fähig ist, Leid zu tragen und zu überwinden.

Um die Eigenart des Büchleins zu verstehen, muß man also viel von seinem Entstehen wissen: Ingbert Franz war kriegsgefangener Priester in Rußland und mußte großes körperliches Elend erleiden. Härteste seelische Not um die Gesundheit seines Volkes und seiner Heimat aus verheerendem Niedergang prägte sein Denken. Nur der Wille, der Glaube und die Liebe gaben ihm die Kraft, den Verhältnissen zu trotzen. Diese Schrift ist der Ausdruck dessen, was sich innerlich in ihm vollzogen hat, „Das Hohelied der Liebe ist mein leidgeborenes Kind.“

Unter solchen Bedingungen darf man hier kein Werk hohen literarischen Ranges erwarten. Pater Franz schreibt selbst, es sei keine Abhandlung, sondern einzig Dynamik des Lebens und Ausdruck der Liebe. Dieses Bändchen erscheint bereits in der vierten Auflage. Doch Aufbau, Art und Sprache wurden treu bewahrt, um von seiner Ursprünglichkeit nichts wegzunehmen. Kapitel wie „Laßt uns ein Loblied singen dem Großen Gott!“, „Das Hohelied der Liebe ist so schön!“, „Die Liebe ist die Königin aller Ideale“ sind bezeichnend.

Gedacht vor allem für Brautpaare und junge Eheleute, wendet sich das Buch an alle Menschen, denen Liebe und Freundschaft — sowohl von Mensch zu Mensch als auch zu Gott — wertvoll sind. Doch muß man sich, wie bereits gesagt, die schwierigen Umstände seiner Entstehung immer wieder vor Augen halten, um sich in die Gedankengänge des Autors leichter hineinversetzen zu können. „Nur der wird alle Schwingungen und Tiefen dieses Büchleins auskosten, der sich im Geist in diesen Kreis hartgeprüfter Menschen versetzt, um mit ihnen aus dem Hintergrund des Leides die Größe des ‚Hohenliedes‘ mit tapferem Herzen zu vernehmen.“ Es soll daher nicht wie andere Bücher gelesen, sondern langsam und betend innerlich verarbeitet werden.

C.S.

Tradition und Zukunft

im Denken von Polen und Deutschen — Einige Bemerkungen zur Lage, Wladyslaw Bartoszewski, Hrsg.: Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hochkreuzallee 246, 5300 Bonn 2, Butzon & Bercker 1986, 32 Seiten, ISBN 3-7666-9443-X.

Wladyslaw Bartoszewski ist am 5. Oktober dieses Jahres mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1986 ausgezeichnet worden. Aus diesem Anlaß veröffentlichte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken diesen Vortrag Bartoszewskis „Tradition und Zukunft im Denken von Polen und Deutschen — Einige Bemerkungen zur Lage“, den er im November 1983 vor der Vollversammlung gehalten hatte.

Der leidenschaftliche Pole und Katholik Bartoszewski ist lebendiges Beispiel für eine praktische Friedensarbeit. Sein tiefer Glaube, der ihn viele Jahre Konzentrationslager und Haft überstehen ließ, gipfelt in beständigem Kampf für Menschenrechte und Frieden.

Als Pionier der deutsch-polnischen Verständigung und Versöhnung will der gebürtige Warschauer mit diesem Vortrag — „subjektive Formulierungen eigener Erfahrungen und Beobachtungen“ — die wichtigen Aufgaben der deutschen und polnischen Patrioten in Erinnerung rufen.

Dem Heftchen ist des weiteren eine Zeittafel über die biographischen Daten des Autors angefügt.

C.S.

Adenauer; Der Aufstieg:

1876—1952, von Hans-Peter Schwarz, 1021 Seiten, über 100 Abbildungen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart, 1986.

Der Autor — Professor Hans-Peter Schwarz — hat, neben jenen kaum übersehbaren Materialien, die ihm von seiner langjährigen wissenschaftlichen Arbeit über die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts vertraut sind, bislang völlig unbekannte Quellen erschlossen. Da finden sich plötzlich Dutzende von Briefen Adenauers aus den Jahren 1933/34, aus denen seine gehetzte Existenz in jener Zeit unmittelbar deutlich wird. Krieg und Kriegsende werden in schriftlichen Selbstzeugnissen bedrückende Wirklichkeit. Und zum Jahr 1945 tauchen nun aus amerikanischen Beständen die ersten Berichte über Gespräche mit dem Pensionär von Rhöndorf auf.

Der Aufstieg Adenauers zur Macht nach 1945 und seine Politik bis 1952 lassen sich jetzt endlich dank bisher unzugänglicher Aufzeichnungen seiner engsten Mitarbeiter und noch nicht ausgewerteter amtlicher Stellen schildern. Auf die bis heute umstrittenen Weichenstellungen seiner Außenpolitik — Wiederbewaffnung, Westpolitik, Wiedervereinigungspolitik — fällt damit neues Licht. Auch über Adenauers Jugendzeit, seine Karriere und sein Familienleben im Kaiserreich und in der Weimarer Republik ergaben sich vertiefte Erkenntnisse. Mit dieser Veröffentlichung entstand ein außerordentlich lebendig wirkendes und nuanciertes Adenauerbild und zugleich ein faszinierendes Panorama der deutschen Entwicklung von der Epoche Bismarcks bis in die Jahre des erfolgreichen Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg. Ein Buch, das man jedem empfehlen kann, der sich mit der neuesten deutschen Geschichte auseinandersetzen möchte.

K.W.B.

Gedanken zum 50. Jahrestag der Enzyklika „Mit brennender Sorge“

Wenn man den Weg der Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus betrachtet, dann fällt auf, daß der Druck des Regimes nicht stetig ist, sondern phasenhaft verläuft.

Zunächst werden 1933 Rechnungen „aus der Kampfzeit“ beglichen. Vorwiegend geht man also gegen Priester vor, die vor der NSDAP warnen.

Nach einer „ruhigen“ Zeit 1934, folgen 1935 die sogenannten Devisenprozesse. Man will die Kirche unglaubwürdig machen. Frühjahr 1936 werden die „Sittlichkeitsprozesse“ begonnen. Sie werden aber beendet sobald die Vorbereitung für die Olympiade anläuft.

Am 21. März 1937 wird die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Papst Pius XI. verkündet. Obwohl der Wortlaut in Deutschland nur schwer zu bekommen ist, setzt Hitler mit der Wiederaufnahme der Sittlichkeitsprozesse und einer Verleumdungskampagne zum Angriff an. Goebbels hält in diesen Tagen in seinem Tagebuch fest: die „Pfaffen“ werden nun „unsere Strenge, Härte und Unerbittlichkeit kennenlernen“.

Zwischen 1938 und 1940 — in dieser Zeit fallen die Besetzung der Tschechoslowakai, der Polen-, Norwegen- und der Frankreichfeldzug — läßt der Terror etwas nach. Ab 1942 steigt die Kurve der Verfolgungen an und erreicht zwischen 1941 und 1942 den Höhepunkt.

Man kann daraus erkennen, daß diese Verfolgungen irgendwie mit den politischen Ereignissen korrespondieren.

Es muß jedoch auch aufgezeigt werden, daß die Verfolgung mit Beginn des Krieges „qualitativ“ härter wird.

Sind vorher Maßregelungen und Freiheitsstrafen üblich, werden ab 1940 Einweisungen ins KZ und Todesstrafen vermehrt ausgesprochen und vollzogen.

Nicht erkennbar wird, warum dieser Priester belangt wird und jener nicht. Ebenso ist nicht zu erkennen, was jeweils das auslösende Ereignis ist. Es kommen Verhaftungen nach dem Gottesdienst ebenso vor wie nach seelsorgerischer Handlung. Die Bandbreite ist äußerst groß — oder wer kann sich heute etwas unter „politischer Unzuverlässigkeit“ vorstellen?

Aus einer statistischen Auswertung*) geht hervor, daß Namen und Schicksale von 8021 katholischen Priestern (7155 Weltgeistliche und 866 Ordensleute) erfaßt sind. Aus politischen und/oder religiösen Gründen werden zwischen 1933 und 1945 insgesamt 22703 Straf- oder Gewaltmaßnahmen des Regimes gegen diese Geistlichen verfügt. Damit werden in dieser Zeit mehr als ein Drittel der damals tätigen Geistlichen irgendwie belangt. Da nicht alle Diözesen gute Unterlagen beibringen können, ist die tatsächliche Ziffer wahrscheinlich höher.

Von den bisher erfaßten 447 Geistlichen — 411 kath., 36 evangelische — sterben zwischen 1939 — 45 im KZ oder an den Folgen der Gefangenschaft: 169.

So ist unverkennbar, daß das NS-Regime in der katholischen Kirche einen seiner Hauptgegner sieht.

Vielfach wird heute zuweilen bestritten, daß die Kirche echten Widerstand geleistet hat.

Wenn man davon ausgeht, daß echter Widerstand nur darin besteht, mit Bomben und Granaten ein Regime zu verändern, dann stimmt das. Dennoch auf der Liste der Widerstandskämpfer zum 20. Juli stehen auch Geistliche.

Kirchlicher Widerstand ist im Prinzip von anderer Art.

Verschiedene namhafte Geschichtsforscher gliedern Widerstand in vier Stufen:*)

1. Stufe: punktuelle Unzufriedenheit z.B. wenn demonstrativ die Glocken läuten, um eine NS-Veranstaltung zu „ärgern“, die angesetzt ist, um eine gleichzeitig stattfindende Fronleichnamsprozession zu stören.
2. Stufe: Nicht-Anpassung in Zeit, Wort und Schrift; bewahren des Glaubensgutes, insbesondere wenn es im Gegensatz zu Totalforderungen der Partei steht. (z.B. Verteilen von „Katechismuswahrheiten“ an Frontsoldaten)
3. Stufe: Passive Resistenz; Androhung mit oder Flucht in die Öffentlichkeit. (Kritik an Einzelmaßnahmen — Euthanasie, Judenverfolgung —, Weigerung die Kirche zu beflaggen usw. z.B. Kardinal Graf Galen)
4. Stufe: Aufruf zum Staatsstreich, generelle Gehorsamsaufkündigung.

Betrachtet man die Haltung der Kirche unter diesen Gesichtspunkten, dann hat die Kirche anteil an allen Stufen des Widerstandes vor allem an den Stufen 1—3.

Diese Form des Widerstandes darf nicht gering geachtet werden, denn er vereint zwei Komponenten, die des Widerstehens gegen ein Unrechtregime und die Erhaltung einer sittlichen Lebensgrundlage.

Daß die Kirche den Traum vom neuen deutschen Reich mit dem neuen deutschen Menschen — was auch immer Hitler, Rosenberg, Goebbels oder einer der anderen „Größen“ darunter versteht — empfindlich stört, geht aus vielen Äußerungen führender Parteifunktionäre der damaligen Zeit hervor.

Aus taktischen Gründen wird die „Vernichtung der Pfaffen“ bis nach dem „Endsieg“ zurückgestellt.

Hitler will dann das Kirchenproblem so beenden, damit der Staat absoluter Herrscher wird und bleibt.

Bei einer solchen Auffassung ist natürlich das alte Lied der Katholischen Jugend: „Christus mein König, Dir allein, schwör ich die Liebe, lilienrein, bis in den Tod die Treue“ Widerstand gegen den Totalitätsanspruch des Staates.

*) Priester unter Hitlers Terror, Ulrich von Hehl, Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz, JSBN 3-7867-1152-6, Kommission für Zeitgeschichte

Aber vielleicht wichtiger ist dann, daß die Kirche, und da müssen die tapferen evangelischen Glaubensbrüder mit eingeschlossen werden, in den Menschen der damaligen Zeit eine ethische Grundhaltung erhält, die es ermöglicht, nach dem Zusammenbruch aufgrund eines allgemeinen Konsenses den gesellschaftlichen und staatlichen Neubau zu vollziehen.

Heute 50 Jahre nach der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ leben wir in einem freien Staat, weil es in der damaligen Zeit Menschen in Verantwortung — Bischöfe, Priester und Laien — gibt, die den Glauben an Gott, den Schöpfer und Herrn und die Erlösung durch Christus — Gottes Sohn — unseren Retter erhalten und weitergegeben haben.

Leicht kann ein Volk seine geistige und persönliche Freiheit vertun, wenn es den Glauben durch Vergessen und materielle Einflüsse verliert. Mit brennender Sorge! H.F.

Der Königsteiner Engel

In der Offenbarung des Johannes, auch Apokalypse genannt, geschrieben gegen Ende der Regierungszeit des römischen Kaisers Domitian (81 bis 96 n. Chr.), wird im 8. Kapitel von den sieben Engeln mit den sieben Posaunen berichtet. Jeder Posaunenton bringt Not und Elend. Der siebte Engel mit der siebten Posaune (11, 15–19) aber ist der Bote der Hoffnung.

So steht im Vers 15: „Der siebte Engel blies seine Posaune. Da ertönten laute Stimmen im Himmel, die riefen:

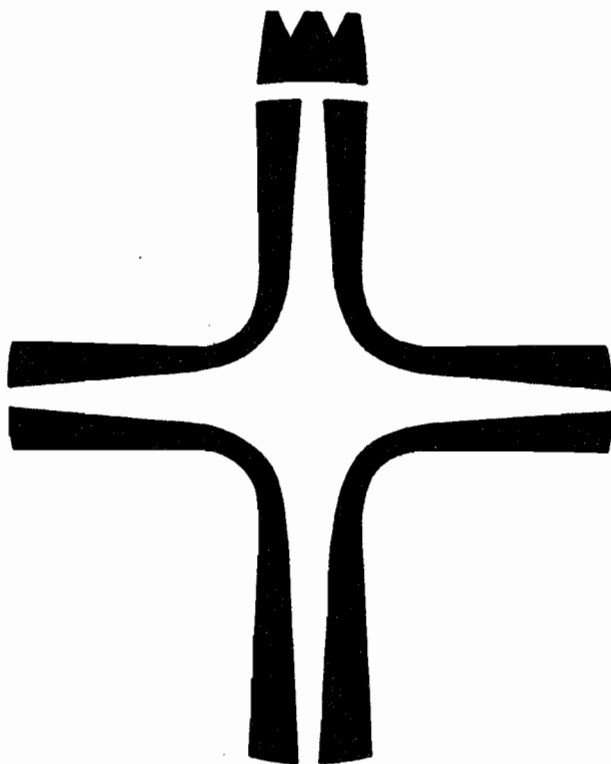
Nun gehört die Herrschaft der Welt
unserem Herrn und Gesalbten;
und sie werden herrschen in alle Ewigkeit.“

Dieser Engel mit der siebten Posaune, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt, hat den Künstler inspiriert. Er schuf in der schweren Zeit des Aufbaus nach dem Krieg am Haus der Begegnung in Königstein diesen Engel der Hoffnung.

In Königstein begann 1960 die organisierte Laienarbeit katholischer Soldaten.

Der Königsteiner Offizierkreis übernahm diesen Engel, weil auch er sich mit dieser Hoffnung identifizierte. So wurde der Engel zum Zeichen des Königsteiner Offizierkreises (KOK) und auf den Königsteiner Offizierbriefen. „auftrag“ übernahm das Hoffnungszeichen und die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)“ wählte es als ihr Symbol.

Der Engel der Hoffnung ist damit Begleiter und Symbol katholischer Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 25 Jahren



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Helmut Fettweis (Oberst a.D.), Chefredakteur

Wilhelm Lehmkämpfer (Oberstleutnant a.D.), Gesellschaft und Kirche

Helmut P. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

Brief-Zuschriften: auftrag, Postfach 200125, 5300 Bonn 2

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, 5305 Bonn-Oedekoven, Schöntalweg 5

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.

Unser aktueller Leserdienst

Nur zwei Wochen nach dem
Papstbesuch könnten diese Platten
oder Cassetten bei Ihnen sein:

**JOHANNES
PAUL II
MARIA
UNSERE
HOFFNUNG**

Die Anprache in
Kevelaer mit
marianischer Musik

**JOHANNES
PAUL II
ZEUGEN
UNSERER
HOFFNUNG**
EDITH STEIN
RUPERT MAYER
KARDINAL VON GALEN

Die Ansprachen von
München, Speyer,
Köln und Münster

**Bis 1. Mai bestellt:
Sonderpreis DM 19.80**

Die Muttergottes,
das marianische Jahr,
die Seligsprechung
von E. Stein und
R. Mayer sind die Inhalte
der Papstansprachen.

Zeitlose Dokumentation
in Ihrem Besitz!

CALIG

Schallplatte für Leser der Kirchenpresse

Ich bestelle zum Sonderpreis

- | | |
|----------------------------------|------------|
| Expl. Schallplatte, Maria | à DM 19,80 |
| Expl. Cassette, Maria | à DM 19,80 |
| Expl. Schallplatte, Zeugen | à DM 19,80 |
| Expl. Cassette, Zeugen | à DM 19,80 |

an Bernward-Verlag, Postfach 100253
3200 Hildesheim

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____